46. Jahrgang 1998 / 1. Heft / Januar ISSN 0042-5702 B 2176 F

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

## AUS DEM INHALT

JOACHIM FEST
Über Adam von Trott

CHRISTOPH MARIA MERKI
Zur Widersprüchlichkeit der nationalsozialistischen Tabakpolitik

JOHN FARQUHARSON
Großbritannien und die deutschen Reparationen nach 1945

ANDREAS WENGER
Kennedy, Chruschtschow und das gemeinsame Interesse der Supermächte am Status quo in Europa

DOKUMENTATION
Goethe und der „Geist von Weimar". Eine Rede bei der Verfassungsfeier in der Paulskirche am 11. August 1932
(Petra Weber)

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte


# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER
in Verbindung mit
Theodor Eschenburg,
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter
Redaktion:
Manfred Kittel, Udo Wengst, Jürgen Zarusky
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Christian Hartmann
Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 80636 München, Tel. 12 68 80, Fax 123 17 27

46. Jahrgang | Heft 1 | Januar 1998


## INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE


*Joachim Fest* — Spiel mit hohem Einsatz. Über Adam von Trott . . 1

*Christoph Maria Merki* — Die nationalsozialistische Tabakpolitik . . . . . 19

*John Farquharson* — Großbritannien und die deutschen Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg . . . . . 43

*Andreas Wenger* — Der lange Weg zur Stabilität. Kennedy, Chruschtschow und das gemeinsame Interesse der Supermächte am Status quo in Europa . . . . . 69



Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



MISZELLE

*Greg Donaghy* Look Before You Leap. Elektronische Publikationen in neuer Sicht. 101

DOKUMENTATION

*Petra Weber* Goethe und der „Geist von Weimar". Die Rede Werner Thormanns bei der Verfassungsfeier in der Paulskirche am 11. August 1932 . . . . . 109

ABSTRACTS . . . . . 137

MITARBEITER DIESES HEFTES . . . . . 139

Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte im Internet
http:/www.oldenbourg.de

Verlag und Anzeigenverwaltung: R. Oldenbourg Verlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Für den Inhalt verantwortlich: Horst Möller; für den Anzeigenteil: Suzan Hahnemann. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Jahresabonnement: Inland DM 99,80 (DM 85,– + DM 14,80 Versandspesen); Ausland DM 104,20 (DM 85,– + DM 19,20 Versandspesen). Studentenabonnement (nur Inland) DM 80,80 (DM 66,– + DM 14,80 Versandspesen); Einzelheft DM 29,– zzgl. Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Ermittlung der gebundenen Ladenpreise für Österreich und die Schweiz: Österreich: DM-Preis × 7,3 = öS-Preis (ab 0,5 aufgerundet, bis 0,4 aberundet auf volle Schillinge). Schweiz: DM-Preis × 0,86 = sFr-Preis (aufgerundet auf volle Franken). Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 52,– zuzüglich Versandkosten zu beziehen.
Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und verpflichtet zur Gebührenzahlung.
Satz und Druck: Appl, Senefelderstraße 3–11, 86650 Wemding

Ein Teil dieser Auflage enthält folgende Beilage: Institut für Sozialforschung: *Mittelweg 36*

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

JOACHIM FEST

# SPIEL MIT HOHEM EINSATZ

## Über Adam von Trott[1]

Die Geschichte ist eine launische Gebieterin und verfährt nach seltsamen Regeln. Sie hat eine Vorliebe für verwickelte Ereignisse und Figuren, deren Darstellung immer einen unauflösbaren Rest zurückläßt. Sie ist verführbar durch das große Drama, durch Glanz und Unglück, Aufstieg und Fall von Mächten und Menschen. Als Voltaire gefragt wurde, warum er über Karl XII. geschrieben habe, erwiderte er, der König sei groß, rätselhaft und verrückt gewesen; das sei der Stoff, aus dem Geschichte gemacht werde. Ihre Geringschätzung gilt dagegen den chancenlosen Verlierern, der Causa victa, die Cato so gefiel, weil in ihr oftmals mehr Ehre und mehr Menschlichkeit zu finden ist als in der Causa victrix. Die Geschichte kümmert das nicht, obwohl sie lange weiß, daß das Los der Besiegten uns oftmals mehr über eine Zeit und ihre Umstände verraten kann als die Darstellung derer, die scheinbar die Sieger sind.

Vielleicht liegt darin schon eine erste Erklärung dafür, warum der deutsche Widerstand niemals einen angemessenen Platz in der Geschichte erlangt hat. Er war keineswegs groß, nicht rätselhaft oder verrückt. Er bestand nur aus einigen Einzelnen, die weder von einer übergreifenden Idee noch von einem Gruppengefühl geeint und zu ihrer Zeit nicht einmal durch einen Begriff verbunden waren; die aber in aussichtsloser Lage unternahmen, was die Selbstachtung, die Moral und der Name des Landes geboten. In Deutschland ist denen, die dem erst im nachhinein so genannten „Widerstand" angehörten, bis heute nicht viel mehr als ein mitunter widerwilliger Respekt zuteil geworden. Anderswo weiß man kaum, daß es ihn je gegeben hat, und wo man es weiß, stellt man vielfach seine Motive in Frage. Man kann nicht einmal sagen, der Widerstand sei eine abhandengekommene oder vergessene Sache. Denn dazu gehörte, daß er irgendwann im allgemeinen Bewußtsein war.

Immerhin gibt es den 20. Juli 1944, als im Hauptquartier Hitlers in Ostpreußen Stauffenbergs Bombe explodierte. Da war nun das unerhörte Ereignis, von dem sich

[1] Ende Februar 1997 wurden am Balliol College in Oxford einige Studienräume nach Adam von Trott benannt, der Anfang der dreißiger Jahre dort studiert hatte. Im Rahmen einer Veranstaltung trug der Verfasser die Rede vor, die hier um einige wenige Sätze erweitert wurde. Der besondere Anlaß erklärt das Gewicht, das den britisch-deutschen Mißverständnissen jener Jahre eingeräumt wird. Sie haben Trotts Dasein bis zum Ende begleitet und sind nicht selten noch heute anzutreffen. Zugleich mag man in der Geste des Colleges aber ein Zeichen dafür sehen, daß solche Mißverständnisse der Vergangenheit angehören.

*VfZ 46 (1998)*
*© Oldenbourg 1998*

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



die Geschichte sonst so bereitwillig überreden läßt, und tatsächlich hat das Attentat auch einige Bücher und Filme zur Folge gehabt. Aber dann fiel es wieder aus der Erinnerung, verschlungen von der Wucht des Geschehens, das darauf folgte. Und noch weniger im Gedächtnis blieb der lange Weg bis zu diesem Attentat, die zahlreichen Anläufe, verschwörerischen Betreibungen und unvermutet auftauchenden Hindernisse, all die unsäglichen Mühen und Gefahren eines einzigartigen und jedenfalls unter keinem anderen totalitären Regime je unternommenen Staatsstreichversuchs.

Man hat, beginnend mit dem Jahr 1938, fünfzehn oder mehr versuchte Anschläge auf Hitler gezählt, mindestens fünf davon hätten, nach menschlichem Ermessen, Erfolg haben müssen. Aber sie alle scheiterten. Einige infolge unvorhersehbarer Umstände, technischen Versagens oder unvermuteter Terminänderungen; andere aufgrund von Hitlers scharfem und fast raubtierhaftem Instinkt für Gefahren.

Im ganzen ist die Geschichte des deutschen Widerstands mit dieser endlosen Folge von Fehlschlägen ein eher deprimierender Gegenstand. Nicht nur, weil man den Eindruck gewinnt, als habe Hitler wieder und wieder mit dem „Schicksal" im Bunde gestanden oder jedenfalls mit dem, was wir so nennen, wo rationale Erklärungen nicht weiterhelfen. Sondern auch, weil auf seiten der Verschwörer zwar eine respektgebietende moralische Stärke sichtbar wird; aber auch mehr Entscheidungsschwäche, mehr gedankliche Skrupel und Befangenheiten, als die Erhebung gegen ein übermächtiges, von einer riesigen Polizeimaschine gesichertes Gewaltsystem erlaubt. Das hat den Staatsstreichversuch, seine Planungen und am Ende die Beteiligten selbst in ein unverdient diffuses Licht getaucht. Der Rest an Helligkeit, der allenfalls noch auf sie fiel, wurde von dem Schatten verdunkelt und zuletzt zum Verschwinden gebracht, den Hitler über die Zeit warf.

Die Gründe für die Verdrängung des Widerstands in Deutschland sind nicht schwer zu verstehen; zumindest dann nicht, wenn man jene ersten Jahre nach dem Ende des Krieges ins Auge faßt, die im öffentlichen Bewußtsein die lange gültigen Markierungen gesetzt haben. Zu viele hatten Hitler gewählt (obwohl er in keiner freien Wahl jemals eine Mehrheit gewann), zu viele hatten Gründe gehabt, ihm, anfangs jedenfalls, dankbar zu sein, zu viele seinen zunächst innenpolitischen und dann militärischen Erfolgen zugejubelt, und zu viele waren ihm schließlich, in einer Art Lähmung des Gewissens wie des Überlebenswillens, widerspruchslos in die Katastrophe gefolgt. Keiner sollte jetzt, da das Fieber jener Jahre vorüber war, das Vorrecht in Anspruch nehmen dürfen, schärfer gesehen, nüchterner gedacht und moralisch empfindlicher geurteilt zu haben als jedermann. Zwar wehrte sich die öffentliche Meinung gegen die These von der Kollektivschuld. Aber kollektiv verführt sein wollten alle gleichwohl. Niemand sollte sich von der Masse absetzen und eine besondere Integrität geltend machen dürfen. Schon gar nicht die Angehörigen einer zum Untergang verurteilten Klasse aristokratischer Offiziere, deren Namen in so auffälliger Weise mit dem Widerstand verbunden schienen.

Inzwischen weiß man genauer als in den frühen Nachkriegsjahren, daß sich die Aktivitäten gegen das Regime nicht auf die Angehörigen einer alten militärischen Adelselite beschränken lassen. Sie traten nur im letzten dramatischen Akt, wie in ei-

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



ner Szene des Abschieds, noch einmal ins Helle. In allen früher liegenden Bestrebungen, auch in der politischen Vorbereitung des coup d'état vom 20. Juli, spielten Oppositionelle aus allen Lagern und aus allen Herkünften eine unübersehbare Rolle. Die Militärs bildeten gleichsam nur den bewaffneten Arm des Komplotts. Unbestritten war hier wie da, daß sie nach dem gelungenen Sturz Hitlers und seiner Komplizen in die zweite Reihe zurücktreten und den Zivilisten die politische Führung des Landes übergeben würden.

Anders sehen die Gründe aus, die in England das Bild des deutschen Widerstands verdrängt haben. Und doch gibt es Ähnlichkeiten. Denn auch dies ist keine ganz ungetrübte Erinnerung. Vielmehr eine Geschichte von Mißverständnissen, falschen Verdächtigungen und zerbrochenen Freundschaften. Als charakteristisch kann man wohl das Verhalten von Sir John Wheeler-Bennett ansehen, der noch zu Anfang des Krieges vielfältige, in persönlicher wie politischer Nähe begründete Beziehungen zu Adam von Trott unterhalten und die innerdeutsche Opposition als „Alliierte der demokratischen Mächte" bezeichnet hatte. Doch später vergaß er die vielen einvernehmlich verbrachten Abende, die gemeinsamen Ausritte und die Beratungen, die sogar zu einer Denkschrift an die britische Regierung geführt hatten. Da gab er vor, Trott nie gekannt zu haben. Zwar mußte er sich dann, unter dem Druck zahlreicher Zeitzeugen, korrigieren. Doch im zweiten Band seiner Autobiographie von 1975 fiel er wieder in die Verleugnung zurück und erwähnte den Freund von einst mit keinem Wort[2].

Bekanntlich setzte der deutsche Widerstand von Beginn an alle Hoffnung auf Großbritannien, das den meisten in einem ganz buchstäblichen Sinne näher lag, auch verständiger und interessenverwandter schien als die USA oder gar die Sowjetunion. Das hatte sich schon bei jenem höchst seltsamen, in der Geschichte beispiellosen Pilgerzug von 1938 und 1939 offenbart, als rund ein Dutzend Emissäre der Opposition nach London gereist war, jeder „mit einem Strick um den Hals", wie einer von ihnen seine Unterredung mit Sir Robert Vansittart eröffnete[3]. Was sie bei allen Unterschieden im einzelnen erbaten, war nichts anderes als eine entschlossene Geste der britischen Regierung gegen Hitler. Sie sollte dem deutschen Diktator den Ernst jener Lage vor Augen führen, die er mit seinem Konfliktkurs Schritt für Schritt heraufbeschwor.

Doch bei ihren Gesprächspartnern, angefangen von Chamberlain und Halifax bis zu vielen anderen, stießen sie auf nicht viel mehr als Verwunderung und offene Abwehr, und von einem dieser Zusammentreffen heißt es sogar, die Atmosphäre sei „eisig" gewesen[4]. Denn das Ersuchen lief erkennbar auf das strikte Gegenteil der mit so vielen Erwartungen eingeleiteten Appeasement-Politik hinaus, und kaum irgendwer auf britischer Seite war bereit, darüber Belehrungen ausgerechnet von Deutschen entgegenzunehmen. Das lag zum Teil gewiß auch an dem Auftreten der Abge-

[2] Vgl. John W. Wheeler-Bennett, Special Relationships. America in Peace and War, London 1975.
[3] Joachim Fest, Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli, Berlin 1994, S. 77.
[4] Ebenda, S. 84.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



sandten selber, die zwar gleichlautend nicht mehr als eine energische, womöglich militärisch gestützte Warnung an die Adresse Hitlers verlangten. Aber die Ansichten, die sich dahinter über deutsche Gebietsansprüche, die Rolle des Reiches in Europa oder über die Wiederherstellung der Monarchie auftaten, waren notgedrungen unabgestimmt und folglich allzu widersprüchlich. Zwar mochte jeder einzelne mit aufrichtigen und besorgten Beweggründen gekommen sein. Aber im ganzen hörten ihre Gegenüber aus dem Vorbringen zuviel von jenem alten, unruhigen Ehrgeiz der Deutschen nach einer hegemonialen Rolle heraus, und unüberwindbar blieb, daß sie sämtlich einer Schicht entstammten, deren Typus nicht nur bei den Lesern billiger Massenblätter durch klischeehafte Bilder mit Stehkragen, Monokel und Pickelhaube geprägt war.

Vor diesem Hintergrund nahm sich Hitler, trotz allen Unbehagens, das er weckte, nicht ganz so besorgniserregend aus, wie seine inneren Widersacher behaupteten. Und schließlich darf auch der Hinweis auf die nationalen Befangenheiten der Zeit nicht fehlen, für die solche verschwörerischen Interventionen über die Grenzen hinweg durchaus ungewöhnlich waren und augenblicklich den Verdacht eines abgekarteten Spiels zwischen dem Regime und seinen angeblichen Gegnern wachriefen. Als der britische Militär-Attaché in Berlin berichtete, daß nach dem Urteil des deutschen Generalstabsoffiziers Gerhard von Schwerin das gerade geschlossene Münchener Abkommen für Hitler nicht mehr als „ein(en) Fetzen Papier" darstelle, fragte sich ein hoher Beamter des Foreign Office, ob sich hinter dieser „ungeheuren, ehrlosen Disloyalität" nicht eine „machiavellistische Lüge" verberge. Und als kurze Zeit später Schwerin selber nach London kam und nicht nur sein Urteil über Hitler, sondern noch einmal die Bitte um ein Signal vortrug, eine Flottendemonstration beispielsweise oder die Verlegung einiger britischer Fliegerstaffeln nach Frankreich, sah man darin nichts anderes als eine „verdammte Unverschämtheit"[5].

Und so immer wieder. Ein Berg von Mißtrauen versperrte jeden Weg zueinander, und es gehört zu den kostspieligsten Ironien der Geschichte, daß Hitlers Wort im London der späten dreißiger Jahre mehr Glaubwürdigkeit besaß als das seiner ruhelosen Gegner. An dieser Mauer von Argwohn, Phlegma und halber Verachtung zerbrachen alle Versuche des Widerstands auch in der folgenden Zeit, die Entfernungen wuchsen sogar noch. Die zunehmend verzweifelter unternommenen Bemühungen dauerten bis in den Sommer 1944. Erst mit den Massenverhaftungen nach dem 20. Juli brachen sie endgültig ab.

Als Beispiel für die Ausweglosigkeit aller Bestrebungen, Hitler gemeinsam entgegenzutreten, kann man Adam von Trott ansehen. Er läßt sich sogar als eine Art Modellfall verstehen, weil seine Biographie alle Voraussetzungen vereinte, die für ein Zusammenkommen der beiden Seiten sprachen. Denn Trott war nicht nur dank seiner Abstammung von John Jay, einem der „aristokratischen Revolutionäre Amerikas

[5] Klemens von Klemperer, Die verlassenen Verschwörer. Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938–1945, Berlin 1994, S. 121; ferner David Astor, Adam von Trott. A personal View, in: Hedley Bull (Hrsg.), The Challenge of the Third Reich, Oxford 1986, S. 25.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



von 1776", wie er selber gelegentlich bemerkt hat, angelsächsisch geprägt, sondern hatte auch als Rhodes Scholar am Balliol College in Oxford seine womöglich besten Jahre verbracht. Er war in dieser Zeit zu einem tiefen, wenn auch nicht unkritischen Verständnis britischer Lebensart gelangt und hatte überdies manche Einsichten in die Bewegungskräfte der Politik des Landes gewonnen. Er war selbstsicher, furchtlos und von impulsivem Temperament, das bisweilen ins Halsbrecherische reichte.

In der biographischen Literatur hat man zu recht auf Trotts Neigung hingewiesen, Grenzen zu erproben und Auseinanderliegendes womöglich zu vereinen[6]: der mitunter idealisierende, von schöneren Vergangenheitsbildern inspirierte Zug, der ihm eigen war, trübte seinen Blick für die strengeren Erfordernisse der Gegenwart nicht, und weder die hohe Einfühlungsgabe, über die er gebot, noch das Spiel mit den Möglichkeiten, das er liebte, setzten die ihn leitenden Prinzipien außer Kraft. Schon in jungen Jahren hatte er die sozialistischen Theoretiker studiert, aber zugleich Hölderlin gelesen, war tief beeindruckt von Ernst Jüngers „Arbeiter" gewesen und als Herausgeber der politischen Schriften Heinrich von Kleists in Erscheinung getreten[7]. Er hat sich stets zwischen zwei Welten gesehen, einer patriotischen und einer europäisch-weltbürgerlichen, einer religiösen und einer liberalen, zwischen alten Werten und neuen Forderungen, ohne doch je ins Schwanken zu geraten. Anders als das bekannte Wort versichert, hat sein Gewissensernst ihn nicht „feige" gemacht, sondern in den Grundsätzen nur immer aufs neue bestärkt.

Alle diese scheinbaren Unvereinbarkeiten waren aber zusammengehalten durch jene schon früh ausgebildeten Konturen seiner Persönlichkeit, die vielen Beobachtern aufgefallen ist. Und das eine wie das andere verlieh ihm, im Verein mit dem Charme, über den er gebot, eine ungewöhnliche Fähigkeit, sich Freunde zu machen. In Oxford zählten binnen kurzer Zeit Sir Stafford Cripps dazu und Richard H. Crossman, David Astor, Isaiah Berlin, Lord Lindsay, Maurice Bowra und viele andere. Sie alle öffneten ihm, beeindruckt oder sogar überwältigt, wie sie von ihm waren, neue Türen zu weiteren Verbindungen.

Im Januar 1933, als Hitler in Deutschland an die Macht gelangte, war Trott in Oxford. Seiner Umgebung gegenüber hatte er nie einen Zweifel an seinem prinzipiellen Abscheu vor der aufstrebenden Nazi-Partei gelassen und, wie der Brief eines Freundes offenbart, schon am Abend des 30. Januar mit großer Hellsicht von den Schwierigkeiten gesprochen, in die er aufgrund dieses „schrecklichen Unglücks" persönlich wie beruflich geraten werde[8]. Dennoch setzte die Entfremdung augenblicklich ein. Ihren greifbaren Ausdruck fand sie in der zunehmenden Gleichsetzung von „Deutschen" und „Nazis", gegen die sich Trott wieder und wieder leidenschaftlich empört und bis zuletzt zur Wehr gesetzt hat.

---

[6] Vgl. Eberhard Bethge, Adam von Trott und der deutsche Widerstand, in: VfZ 11 (1963), S. 213 ff.; Klemperer, Die verlassenen Verschwörer, S. 40.

[7] Heinrich von Kleist, Politische und journalistische Schriften, hrsg. v. Adam von Trott, Potsdam 1935.

[8] So C. E. Collins, zit. in: Clarita von Trott zu Solz, Adam von Trott zu Solz. Eine Lebensbeschreibung, Berlin 1994, S. 60.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Er hat offenbar nicht nur eine persönliche Kränkung darin gesehen, sondern auch die Zurückweisung jenes politischen Rollenspiels, in dem er sichtlich damals schon seine Bestimmung sah. Und vielleicht hat er deshalb von nun an mit vermehrtem Nachdruck auf einer Unterscheidung beharrt, die in der Sache vertretbar, aber politisch problematisch war. Wie viele Deutsche jener Jahre glaubte er, Hitler sei nichts anderes als eine Episode, die über kurz oder lang zu Ende kommen werde. Es sei nur eine andere Art der Kapitulation vor diesem Mann, wenn man jedes legitime deutsche Interesse einzig aus dem Grunde verneine, weil es auch von Hitler vertreten werde.

So fuhr er fort, die Interessen seines Landes offen und sogar selbstbewußt zu behaupten. Die Vorwürfe, daß er damit auf die revisionistische Linie des deutschen Diktators gerate, nahm er in Kauf, wie sehr er sich dadurch auch verkannt fühlte, desgleichen die Verstimmungen seiner britischen Freunde. Zu ihrem Befremden schien er den tiefen Bruch zu ignorieren, der sich durch Hitler zwischen Deutschland und den übrigen Nationen aufgetan hatte. Vergeblich wies er auf den grundsätzlichen Unterschied hin, der sowohl in den Mitteln wie in den Zielen zwischen dem wirklichen deutschen Interesse und den Absichten Hitlers bestand.

Was er wohl nicht hinreichend bedachte, war, daß die erregte Zeit für solche feingesponnenen Unterscheidungen nicht gemacht war. Und wenn er es sah, blieb er doch unbeirrt. Aus den erhaltenen Briefen meint man mitunter sogar herauszulesen, daß seine nationale, wenn auch stets am Europäischen orientierte Beharrlichkeit sich im Lauf der Jahre noch versteifte. Zu den in Deutschland sich regenden Kräften des Widerstands unterhielt er enge Beziehungen. Die Gespräche, das freundschaftliche Einvernehmen mit lauter Gleichgesinnten, die freilich alle vom Zentrum der Macht und deren Entscheidungsquartieren entfernt waren, bestärkten ihn noch in jener Auffassung, daß Hitler nichts anderes sei als ein Zwischenspiel. Der Schein seiner Übermacht verdecke nur das wirkliche Problem: den Ausgleich zwischen den europäischen Nationen und ihre Verständigung auf eine Friedensordnung, die den unseligen und konfliktträchtigen Vertrag von Versailles endlich aus der Welt schaffe. Eine der deutschen Freundinnen Trotts hat von dem „starken romantischen Zug" in seinem Wesen gesprochen, und vielleicht kam etwas davon in solchen weiten Perspektiven zum Vorschein, die den näherliegenden moralischen Irritationen der Zeit allzu wenig Beachtung schenkten. Sie hat freilich hinzugefügt, diese Neigung des Freundes habe „in einer wunderbaren inneren Standfestigkeit . . . ein Gegengewicht" gefunden[9].

Das war der Ursprung der sogenannten Trott-Kontroverse. Im Kern ging es dabei um die Frage, ob man ein unnachsichtiger Gegner des Hitler-Regimes und gleichzeitig ein Anwalt deutscher Interessen sein könne. Und es war nur ein weiteres Beispiel des oftmals verblüffenden Vorherwissens Trotts, daß er schon im März 1933, wenige Wochen nach dem Machtantritt Hitlers, an seine Oxforder Freundin Diana Hubback schrieb: „Was ich persönlich in der Welt am meisten fürchte, ist, daß die Entwicklung der Dinge hier [in Deutschland] – an sich schon schrecklich genug, mir meine weni-

[9] Margret Bovery, Der Verrat im 20. Jahrhundert, Bd. II, Hamburg 1956, S. 75.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



gen Freunde in Deinem Land in einem Ausmaß entfremden wird, das den mir immer noch sehr teuren Beziehungen schadet."[10]

Eine Zeitlang blieb es bei bloßen Entfremdungen. Aber die seit 1938 sich verstärkende politische Spannung untergrub die persönlichen Beziehungen zusehends mehr. Trott hatte immer geglaubt, für das unvermeidliche Dilemma, in das er als Patriot und gleichzeitiger Gegner Hitlers gerate, müßten gerade Freunde Verständnis aufbringen, sofern Freundschaft überhaupt etwas bedeute. Nun erfuhr er, daß dies ein Irrtum war. Nur wenige Verbindungen wie die mit Stafford und Isobel Cripps oder mit David Astor widerstanden den Turbulenzen der Zeit. Die meisten wurden zunächst stillgestellt. In einigen Fällen kam es zum offenen Bruch.

Anfang Juni 1939 reiste Trott für eine Woche nach England, und schon die Tatsache, daß er mit einem Auftrag von Hitlers Verbindungsmann zum Auswärtigen Amt, dem ihm aus früherer Zeit bekannten Botschafter Walter Hewel, kam, erregte unwilliges Stirnrunzeln. Auf dem Landsitz der Astors in Cliveden hatte er Gelegenheit, vier Stunden lang mit dem Außenminister Lord Halifax und dem künftigen Botschafter Londons in den USA, Lord Lothian, zu sprechen. Wie alle Emissäre der deutschen Opposition versuchte auch er, die britische Seite zu einer energischeren Haltung gegen das Reich zu veranlassen. Nur auf diese Weise, trug er vor, sowie durch eine Kette immer neuer Verhandlungen werde man Zeit gewinnen und den von Hitler rastlos betriebenen Krieg womöglich verhindern. Was er verschweigen mußte, war, daß die Verzögerung auch für die Frondeure in Deutschland notwendig war. Es gab zwar das Einverständnis zahlreicher Offiziere, daß Hitler ein Unglück sei oder doch das Land ins Unglück treibe, aber auch die Bindung an den Eid und den Grundsatz, daß Begriffe wie „Meuterei und Revolution ... im Lexikon eines deutschen Offiziers" nicht vorkämen[11]. Und es gab die vielen Zirkel, deren Mitglieder die Politik Hitlers mit Schrecken verfolgten, aber alle vereinzelt, unterschiedlich in Entschlossenheit wie Zielvorstellung und schwer oder doch nur unter großem Zeitaufwand koordinierbar.

Die Unterredung mit Halifax stimmte Trott überaus zuversichtlich, und am Ende hat er sich vielleicht sogar das Unmögliche eingeredet: im Namen einer kleinen, politisch kaum definierbaren Gruppe ein Zusammenwirken zwischen London und den alten deutschen Führungsschichten zustandezubringen. Das Illusionäre des Vorhabens lag offen zutage, und Halifax dachte nicht daran, die kühl kalkulierte Appeasement-Politik für solche Träumereien aufs Spiel zu setzen. Allerdings hörte er aufmerksam zu, und unerfahren, wie Trott damals war, verstand er ganz buchstäblich, was nur Redensart war, und glaubte ein Interesse zu erkennen, wo nicht mehr als die Regeln diplomatischer Konversation eingehalten wurden. Wie zu Theo Kordt, bei dem er rund ein Jahr zuvor die gleichen irrtümlichen Vorstellungen erweckt hatte, hätte Halifax auch zu Adam von Trott später sagen können:

---

[10] Trott, Adam von Trott, S. 61.

[11] So Ludwig Beck Anfang 1938 zu Franz Halder, zit. nach Romedio Galeazzo Graf von Thun-Hohenstein, Der Verschwörer. General Oster und die Militäropposition, Berlin 1982, S. 70.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



„Wir sind nicht imstande gewesen, so freimütig zu Ihnen zu sein, wie Sie zu uns waren."[12]

Immerhin war der britische Außenminister von dem Gespräch in Cliveden so beeindruckt, daß er Trott eine private Unterredung mit dem Premierminister, Neville Chamberlain, vermittelte. In einer ungewöhnlichen Geste wurde Trott, ein junger, nicht einmal dreißig Jahre alter Mann ohne Amt und Status, aber, wie Halifax annehmen durfte, ausgestattet mit dem Vertrauen des Staatssekretärs Ernst von Weizsäcker, in 10 Downing Street empfangen. Doch im Gegensatz zu fast allen vorausgegangenen Gesprächen verlief die Begegnung enttäuschend, in kühler und verständnisloser Fremdheit. „Er kam entmutigt zurück", notierte David Astor darüber, „und sagte, daß Mr. Chamberlain sehr nett, aber bereits ‚wie ein halbtoter Mann' sei. Seinem Eindruck zufolge fiel es Mr. Chamberlain schwer, die vorgetragenen unorthodoxen Andeutungen zu begreifen, wonach er, der britische Premierminister, versuchen sollte, halbwegs abtrünnige Deutsche zum Widerstand gegen ihr Regime zu ermutigen."[13]

Wie sehr sich das Mißtrauen vereinzelt schon zur stummen Anklage geweitet hatte, die nur darauf wartete, beredt zu werden, zeigte sich andernorts. Wenn Trott von Verhandlungen und Zeitgewinnen sprach, drängte sich vielen seiner Gesprächspartner der nicht unbegreifliche Verdacht auf, er sei auf weitere Konzessionen an Hitler aus. Nur die wenigsten konnte er einweihen. Einer davon war möglicherweise Maurice Bowra, der Warden of Wadham College, den Trott seit seinen Studienjahren kannte und hoch verehrte. Ihn hat er, wenn die Hinweise nicht trügen, zumindest teilweise ins Vertrauen gezogen. Bei einem Besuch im Hause Bowras unterrichtete er ihn über seine mehr privaten Verbindungen zum Auswärtigen Amt und zu einigen oppositionellen Militärs, auf die er große Hoffnungen setzte. Doch ohne auf den Überschwang seines Gastes einzugehen, mit trockener Nüchternheit, fragte Bowra augenblicklich, wie diese Gruppen über Hitlers territoriale Gewinne dächten und ob sie bereit seien, alles Eroberte und zu Unrecht Angeeignete nach einem erfolgreichen Umsturz wieder herauszugeben[14].

Es gibt keinen verläßlichen Bericht über das, was dann folgte. Vieles spricht dafür, daß Trott unglücklich erwiderte, sich in Widersprüche verwickelte und Verlegenheiten offenbarte, zumal er nicht als Abgesandter einer der erwähnten Gruppen nach England gekommen war, sondern als Kundschafter in mehr oder minder eigener Sache. Hinzu gekommen sein mag, daß er nicht hinreichend bedacht hatte, wie hoch die Wogen der Empörung über Hitlers unlängst unternommenen Einmarsch in Prag noch immer schlugen; Lord Lothian hatte den Übergriff nicht weniger schwerwiegend genannt als die Verletzung der Neutralität Belgiens im Jahre 1914. Jedenfalls hörte Bowra aus allem, was Trott sagte, offenbar nur heraus, daß die deutsche Oppo-

[12] Fest, Staatsstreich, S. 79.

[13] Trott, Adam von Trott, S. 135. Nach einer Mitteilung David Astors dem Verf. gegenüber hat Adam von Trott ihm versichert, daß Ernst von Weizsäcker tatsächlich über die Reise informiert war und Trotts Vorhaben billigte.

[14] Vgl. C. Maurice Bowra, Memories 1898–1939, London 1966.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



sition zwar Hitler stürzen, aber das von ihm Erraffte behalten wolle. Man weiß nicht, ob Trott auf den naheliegenden Einwand kam, daß eine neue Regierung gleichsam ihren eigenen Sturz herbeiführen müßte, wenn sie in der chaotischen, womöglich bürgerkriegsähnlichen Lage nach einem Putsch ihre Arbeit mit einer Geste des generellen Verzichts begann, und daß fürs erste nur die Wiederherstellung der Tschechoslowakei unstrittig sein konnte.

Vermutlich blieben solche Überlegungen in der kalten Erregtheit, in die das Gespräch alsbald übergegangen war, ungesagt. Bowra sah seine schlimmsten Befürchtungen bestätigt und schien in seinem Unmut auch alles zu vergessen, was er je über Trotts leidenschaftliche Gegnerschaft zum NS-Regime gewußt hatte. Eine halbwegs gerechte Rekonstruktion der Szene wird aber auch Trotts psychische Verfassung zu berücksichtigen haben: den Druck der Umstände, unter denen er operierte, das Bewußtsein ständiger Gefährdung sowie die Hochspannung, in die er durch das Verwirrspiel mit immer anderen, von Gespräch zu Gespräch wechselnden Hintergedanken geraten war. Bevor der Besuch richtig begonnen hatte, war er auch schon zu Ende, und Bowra wies seinem Gast kurzerhand die Tür[15]. Das Band war zerrissen. Und wie zum Beweis dafür schrieb der Gelehrte einem einflußreichen Freund in Washington einen Brief. Darin warnte er vor Trott, der, wie er wußte, gerade vor einer Reise in die Vereinigten Staaten stand, um auch dort für seine Auffassungen zu werben. Das Schreiben zerstörte nicht nur jede ernsthafte Gesprächschance, sondern hatte auch zur Folge, daß Trott während seines gesamten Aufenthalts auf Schritt und Tritt observiert wurde, sechsundvierzig FBI-Agenten, so hat man später herausgefunden, haben ihn in den annähernd drei Monaten beschattet. Bowras Unversöhnlichkeit hielt lange an. Noch nach dem Krieg versicherte er einem Oxforder Freund, „daß Trott einer der wenigen Nazis war, die man hätte hängen sollen"[16]. Erst in seinen Memoiren, zwanzig Jahre später, nahm er seine bitteren Anschuldigungen zurück[17].

Seit dieser Zeit spätestens war Trott von einer Aura wispernden Geredes umgeben, das ihn als „Spion" oder „Nazi-Agenten" verdächtigte. Er selber schien diesen Vorwürfen noch Nahrung zu geben. Denn am 22. September 1939 begab er sich, diesmal mit einer offiziellen, von Ernst von Weizsäcker gegen manche Widerstände durchgesetzten Genehmigung des Auswärtigen Amts, zu Schiff von Genua aus auf die Reise in die Vereinigten Staaten. Zwar folgte er damit einer lange ergangenen und Mitte September noch einmal dringlich wiederholten Einladung des „Institute of Pacific Relations" zu einer Konferenz in Virginia Beach. Aber die Tatsache, daß die Reise drei Wochen nach Ausbruch des Krieges stattfand, mußte allem schon bestehenden Argwohn die Vermutung hinzufügen, daß das Regime ihm Privilegien einräumte, die nicht jedermann genoß. Niemandem konnte er erklären, was sein wirkliches Vor-

[15] Vgl. Klemperer, Die verlassenen Verschwörer, S. 131; Henry O. Malone, Adam von Trott zu Solz. Werdegang eines Verschwörers 1909–1938, Berlin 1986, S. 218.

[16] Astor, von Trott, S. 29.

[17] Vgl. Bowra, Memories, S. 305 f.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



haben war: nämlich die Möglichkeiten zur Beendigung des Krieges zu erkunden, die dem oppositionellen „Freundeskreis" im Auswärtigen Amt als Voraussetzung zur Beseitigung Hitlers erschien[18].

Die persönliche Bedeutung der Reise war aber anderer Art. Denn sie nötigte Trott die Entscheidung über seinen künftigen Lebensweg ab. Die Frage war, ob er nach Deutschland zurückkehren solle oder nicht. Schließlich war er noch ohne Beruf. Zwar besaß er die juristischen Examen. Doch aufgrund seiner nie verheimlichten Kritik am Hitlerregime und seiner wiederholten offenen Weigerung, der Partei beizutreten, hatte er das Studium nur mit einer befriedigenden Note abgeschlossen. Um die Entscheidung hinauszuzögern, hatte er ein Stipendium des Rhodes Trust angenommen, das ihm einen längeren Aufenthalt im Fernen Osten ermöglichte. Doch inzwischen war kein Ausweichen mehr. Dank seiner weitreichenden Verbindungen mußte er zwar um sein berufliches Fortkommen nicht fürchten, sei es in dem von ihm bevorzugten Auswärtigen Dienst, in einem Anwaltsbüro oder wo sonst immer auch. Die Frage war vielmehr, zu welchen Zugeständnissen und Widersprüchen die politischen Verhältnisse ihn nötigen würden.

Wollte er alledem entgehen, konnte er die Emigration wählen. Auch für diesen Fall mußte er sich beruflich kaum ernstliche Sorgen machen. Er besaß nach wie vor zahlreiche Freunde in England und hatte überdies soeben, während seiner Reise durch die USA, alte Verbindungen wiederbelebt und neue hergestellt. Auch hatte die „Macht seiner Persönlichkeit", von der ein amerikanischer Konferenzteilnehmer gesprochen hat[19], überall nachhaltigen Eindruck hinterlassen, und seine sachliche Kompetenz sowie sein Scharfsinn und sein Überblick in den Weltbegebenheiten waren nicht einmal bei denen umstritten, die er als Freunde gehabt und verloren hatte. Gerade während seines Aufenthalts in den Vereinigten Staaten ist er verschiedentlich bedrängt worden, Deutschland den Rücken zu kehren, und einflußreich, wie nicht wenige seiner Gesprächspartner waren, mochte er sich ausrechnen, ohne allzu große Umstände eine angemessene Tätigkeit zu finden.

Doch im Grunde ging es nicht so sehr um eine berufliche Entscheidung. Die Wahl, vor der er stand, lautete vielmehr, ob er in „das große Zuchthaus", wie Julius Leber das Deutschland jener Jahre genannt hat, zurückkehren oder als Beobachter von außen die deutschen Dinge verfolgen sollte. Die Konsequenzen der einen wie der anderen Alternative waren ihm zweifellos bewußt. Die Emigration verhieß Sicherheit, Bewegungsraum, nützliche Einflußnahmen, aber auch bedrückende Distanz; die Rückkehr nach Deutschland dagegen hohen Einsatz, Gefahr und womöglich alle Arten von Unglück, den Tod eingeschlossen, verbunden freilich mit dem Bewußtsein, einer besonderen Verantwortung für das eigene Land zu genügen. Gerade wenn man Trotts „romantischen Zug" bedenkt, lag darin eine Verlockung, der nichts auf der Welt gleichkam. Denn wie jedermann wußte er, daß ein Leben sich entweder dem Abenteuer widmen kann und dann zumeist jeden vertretbaren Sinn

[18] Trott, Adam von Trott, S. 139ff.
[19] Ebenda, S. 141.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



einbüßt; oder es unterwirft sich einer Aufgabe und bezahlt dafür mit der Ergebung in eine strenge, oft eintönige Pflicht. Im Widerstand gegen das NS-Regime verband sich, was so selten zusammenkommt: das Wagnis und das Bewußtsein sinnvollen Tuns.

Den Zeugnissen zufolge ist Trott die Entscheidung nicht schwergefallen. An die Freundin Shiela Grant Duff hatte er schon vor Jahren geschrieben, das Emigrantendasein sei „erniedrigend". Und später fügte er hinzu, ihre Vermutung sei unverantwortlich falsch, die Angst vor den Machthabern werde ihn, falls er nach Deutschland zurückkehre, „still und willfährig" machen; als weit treffender betrachte er ihre Vorhersage, daß der „richtige Ort" für ihn und seinesgleichen „das Gefängnis" sei[20]. Vielen Freunden gegenüber äußerte er jetzt, Emigranten gebe es inzwischen genug, in den USA war er mit einigen von ihnen zusammengetroffen, angefangen vom Reichskanzler der späten Weimarer Jahre, Heinrich Brüning, über den Journalisten Paul Scheffer bis hin zu Kurt Riezler, dem letzten Kabinettschef der Kaiserzeit. Die Atmosphäre von Verlorenheit, Ohnmacht und gespensterhafter Stille, die sie umgab, die Verdächtigungen und Verratsvorwürfe von der einen wie der anderen Seite, die sie nie loswurden: das alles war nicht seine Sache. Den Freunden von überall her, die ihn beschworen, sein Leben nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen, erwiderte er, dieses Risiko lasse sich nicht vermeiden[21]. Doch wenn Deutschland in die Gemeinschaft der Völker zurückkehren solle, würden Menschen benötigt, die im Lande ausgehalten, den Sturz des Regimes betrieben und die künftige Ordnung kenntnisreich vorbereitet hätten. Viele einzelne seien vonnöten, um jene „Revolution" aller Klassen und Bevölkerungsschichten, vom Militär bis zur Arbeiterschaft, in Gang zu setzen, die er, nicht ohne charakteristische Sorglosigkeit, vor einem ausgewählten Zuhörerkreis in den Vereinigten Staaten gefordert hatte[22]. Über Japan und Moskau kehrte er Anfang 1940 nach Deutschland zurück.

Es war ein dünnes Seil, auf das er sich begab, als er wenig später durch Vermittlung seines Freundes Josias von Rantzau und halbwegs an Ribbentrop vorbei als Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in das Auswärtige Amt eintrat. Er ging sogar noch weiter und begann, im Büro das Abzeichen der Partei zu tragen, der er kurze Zeit darauf beigetreten war. Die vielen Beobachter, die ihm das eine wie das andere verübelten und von seiner endlichen Demaskierung sprachen, wußten nicht, daß dies gerade die Maskerade war und zu den Verkleidungen gehörte, die ein totalitäres System seinen Gegnern abverlangt. Denn auch in Deutschland war Trott ständigem Verdacht ausgesetzt. Aber das Doppelleben war der Preis. Jeder, der ihn entrichtete, konnte darauf verweisen, daß die Sorge um den Schein persönlicher Integrität eine falsche Ängstlichkeit verrate und gerade moralisch zu wenig sei für finstere Zeiten.

---

[20] Trott, Adam von Trott, S. 126; vgl. auch Klemperer, Die verlassenen Verschwörer, S. 176.

[21] Vgl. Bovery, Verrat, S. 73.

[22] Vgl. Trott, Adam von Trott, S. 142.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Natürlich gerieten alle, die solche Akte der Anpassung vornahmen, in ein Zwielicht, und nicht wenige der Verschwörer haben zunehmend darunter gelitten[23]. Die ebenso niederschmetternde wie triviale Wahrheit lautet, daß man nicht als Widersacher des Regimes wirken konnte, ohne ein Teil davon zu sein. Das „andere Deutschland" hatte im Deutschland Hitlers wohl oder übel seinen Platz einzunehmen. Alle Welt mußte inzwischen wissen, wie dichtgespannt das Netz der Überwachungsapparate unter der Diktatur war. Daher baute Trott trotz aller zurückliegenden Enttäuschungen weiterhin auf das Verständnis zumindest derer, die ihn und die Unnachgiebigkeit seiner Überzeugungen kannten. Es war die schon verschiedentlich fehlgegangene, aus Stolz, Eigensinn und Übermut erwachsene Illusion, die er nicht aufgeben wollte.

Ganz im Gegenteil wurden von nun an augenblicklich die alten sowie zahlreiche neue Vorbehalte wach, sobald in einer der Denkschriften oder Botschaften, die während des Krieges auf oftmals verschlungenen Wegen nach London gelangten, der Name Adam von Trotts auftauchte. Gewiß ist einzuräumen, daß die gespaltene Existenz, zu der er sich verurteilt hatte, ihn zu manchen Irrtümern verleitete, daß ihm Unbedachtheiten unterliefen und er sich wiederholt in den eigenen Fallstricken verfing. Die Vorwürfe verschärften sich noch, als er 1941 dem Sonderreferat Indien des Auswärtigen Amts zugeteilt wurde. Denn damit geriet er an einen ausnehmend empfindlichen Bereich der britischen Politik. Seit je hatte er die indische Unabhängigkeit befürwortet und ließ jetzt nicht deswegen davon ab, weil diese Forderung der deutschen Außenpolitik entsprach. Alles, was er fortan zu deren Förderung unternahm, deckte ihn zwar gegen das Mißtrauen der Mehrzahl seiner Amtskollegen ab, setzte aber zwangsläufig auch seine auswärtigen Verbindungen aufs Spiel, und manch einer seiner englischen Gegenspieler fragte sich, was diesen Feind des Regimes eigentlich von dessen Anhängern unterschied. So ist die Indien-Mission von Sir Stafford Cripps im Frühjahr 1942 nicht zuletzt aufgrund der Propagandaeinsätze Trotts gescheitert, und jeder Erfolg, den er von da an für die indische Sache erzielte, brach unvermeidlicherweise ein Stück seines ohnehin beschädigten Ansehens in London weg[24].

Es war ein Spiel mit hohen Einsätzen, und Trott gab sich offenbar nicht hinreichend Rechenschaft darüber, daß die Karten nur gegen ihn fallen konnten. Selbst Richard Crossman, der ihm noch immer freundschaftlich zugetan war, schrieb 1942 über ein Memorandum von Trott, es sei, wie „geistreich" auch immer, sich seiner „intellektuellen und politischen Unehrenhaftigkeit nicht bewußt"[25]. Als jedoch Anthony Eden dazu bemerkte, Trott gehöre zu jenen nicht untypischen Gegnern Hitlers, die „nie bereit gewesen seien, den Preis für ihre Überzeugungen zu zahlen

[23] Hans Bernd von Haeften „litt zunehmend darunter, dem Nazireich als Beamter zu dienen" und bedauerte, nicht gleich 1933 in die Emigration gegangen zu sein. Gleichzeitig jedoch sah er seinen Platz in Deutschland. Vgl. Barbara von Haeften, Nichts Schriftliches von Politik. Hans Bernd von Haeften – Ein Lebensbericht, München 1997, S. 40.

[24] Vgl. Klemperer, Die verlassenen Verschwörer, S. 241 ff. Ferner Christopher Sykes, Eine deutsche Tragödie. Adam von Trott, Düsseldorf 1969, S. 320 f. Nach Trott, Adam von Trott, S. 202, litt Trott erheblich unter dem Gedanken, den Fehlschlag der Cripp'schen Indien-Mission mitbewirkt zu haben.

[25] Zit. nach Klemperer, Die verlassenen Verschwörer, S. 244.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



und unter dem NS-Regime den Dienst zu quittieren", belehrte ausgerechnet Stafford Cripps ihn, daß Trott „einen viel größeren Preis bezahlt (habe), indem er sich weigerte, sich dem Nationalsozialismus anzuschließen und dennoch nach Deutschland zurückging, um für die Ziele zu kämpfen, die er für richtig hielt"[26].

Aber das war die Stimme eines Freundes, der die Nötigung zur Tarnsprache und die zermürbende Spannung nachempfand, die das Los der inneren Regimegegner war. In den amtlichen Stellungnahmen dagegen fehlte dieser Einfühlungswille fast stets. Die Quellen sind reich an Dokumenten einer deprimierenden Phantasiearmut. Als Beispiel kann eine weitere Notiz Edens zu der erwähnten Denkschrift Trotts dienen: Er habe nicht die Absicht, „diesen Leuten zu antworten", schrieb der Außenminister, „bis sie ins Offene kommen und ein sichtbares Zeichen ihrer Bereitschaft geben, beim Sturz des Nazi-Regimes dabei zu sein"[27]. Der Satz bedeutete nichts anderes als die Aufforderung zum Selbstmord als Vorbedingung für mögliche Annäherungen. Es war die alte starre Front, an der sich seit 1938 jeder Vorstoß festgelaufen hatte: London verlangte eine sichtbare Tat, bevor es – vielleicht – Unterstützung gewährte; die Opposition dagegen erwartete eine Geste der Unterstützung, um der Tat möglichst breiten Rückhalt zu verschaffen. Es war ein tödlicher Zirkel.

Von seiten der Mitverschwörer fiel auf die Hingabe Trotts an die gemeinsame Sache in allen Jahren freilich niemals der leiseste Zweifel. Im „Kreisauer Kreis" des Grafen Helmuth von Moltke war er einer der führenden Köpfe und genoß nicht nur höchstes Ansehen, sondern galt auch als außenpolitischer Sprecher der Gruppe. Unermüdlich war er, formal gedeckt durch seine Stellung im Auswärtigen Amt, auf Reisen und von 1942 bis Juli 1944 insgesamt sechzehn Mal im Ausland: in Schweden, in der Schweiz, in Italien und anderswo, um Verbindungen zu knüpfen und, in welcher Form auch immer, die Front gegen Hitler zu stärken. Die Serie von Niederlagen, in der alle seine Versuche endeten, die von Churchill errichtete Mauer des „absoluten Schweigens" zu durchbrechen, ließ ihn unentmutigt. Die Aufgabe, von der politischen und moralischen Substanz seines Landes zumindest einen Rest aus dem sichtlich näherrückenden Desaster zu retten, blieb das Wichtigste. Ihr widmete er sich um so verzweifelter, je aussichtsloser die Lage wurde.

Schon die von Roosevelt verkündete Forderung nach „Bedingungsloser Kapitulation", Anfang 1943, traf ihn, wie die gesamte Opposition, tief: sie hatte nun keine Karte mehr in der Hand. Gleichwohl gab Trott nicht auf, sondern verstärkte womöglich noch seine Bemühungen. In den Fühlungnahmen mit der anderen Seite jedoch schrumpften seine Forderungen zusehends zusammen. Am Ende verlangte er im Grunde nicht mehr als den Verzicht der Alliierten auf alle Unternehmungen, die den geplanten Staatsstreich behindern mußten, kam aber daneben auch auf den alten Anstoßpunkt zurück, der die Deutschen im ganzen mit dem Regime gleichsetzte. Aber selbst damit fand er nicht länger Gehör. Die deutsche Position, die er jenseits der Hitlerschen Zielsetzung stets vertreten hatte, besaß kein Gewicht mehr. Der

[26] Ebenda, S. 245.
[27] Zit. nach Astor, von Trott, S. 33.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



von Anfang an herumgeisternde Verdacht gerade der Engländer, daß der Widerstand weniger gegen das NS-Regime als gegen dessen Scheitern aufbegehre, zerstörte den allenfalls verbliebenen Rest an Aussichten. In seiner wachsenden Ratlosigkeit erwog Trott verschiedentlich noch einmal das „Mühlespiel" zwischen Ost und West, ohne freilich große Hoffnungen darauf zu setzen. Vom Frühjahr 1944 an drängte sich ihm die Ahnung auf, daß er vollkommen gescheitert war, und was er an Kraft noch besaß, verbrauchte er im Widerstreben gegen diese Einsicht.

Im April des Jahres, bei seinem letzten Besuch in der Schweiz, sagte er zu seinem Freund Willem A. Visser't Hooft, dem niederländischen Generalsekretär des Ökumenischen Rats der Kirchen, er sei „tief enttäuscht, ja sogar erschüttert", alle weiteren Anstrengungen seien jetzt nutzlos; und einem schwedischen Freund schrieb er: „Im Augenblick kann man dem fürchterlichen Gericht, das über die ganze Menschheit niedergehen wird, nicht Einhalt gebieten."[28] Eine Serie von Paßfotos aus jener Zeit zeigt ein früh gealtertes, fahles Gesicht mit seltsam entleerten Zügen. Eine Mitarbeiterin der britischen Gesandtschaft in Bern, die ihm damals begegnete, bezeichnete ihn als „einen Schatten seiner selbst" und nannte ihn einen „gebrochenen Mann"[29]. Ihr sagte er, er erwarte seine Verhaftung, sobald er nach Deutschland zurückkehre. Den Gedanken an Flucht lehnte er, schon seiner Frau und seiner Kinder wegen, jetzt und späterhin ab. Er kannte seine Schuldigkeiten. Es gab keine „Troubled Loyalty", wie der Titel der kritischen Biographie lautet, die Christopher Sykes über Adam von Trott verfaßt hat[30]. Die existierte eher auf der Gegenseite. Anfang Juli 1944, kurz nach der letzten Reise Trotts nach Schweden, meldete die BBC, daß ein ehemaliger „deutscher Rhodes-Stipendiat" in Stockholm „Friedensfühler" ausgestreckt habe[31]. Aufmerksame Freunde verhinderten, daß die Meldung in die amtliche Pressemappe geriet.

Eine todbringende Indiskretion vergleichbarer Art beging die britische Kriegspropaganda kurze Zeit später, unmittelbar nach dem Scheitern des 20. Juli. Während viele der Verdächtigen sich möglichst unsichtbar machten und auf die Standfestigkeit ihrer Freunde in den Gestapo-Verhören hofften, gab sie über den Rundfunk „ständig Namen von Leuten bekannt, von denen sie behauptete, daß sie ebenfalls am Staatsstreich teilgenommen hätten". Es war ein britisches Flugblatt, das der Präsident des Volksgerichtshofs, Roland Freisler, den Angeklagten triumphierend entgegenhielt, und die Worte, mit denen es die Verschwörer verhöhnte, unterschieden sich kaum von denen der Goebbels-Propaganda[32].

Vielleicht war es nicht verwunderlich, daß sich die britische Öffentlichkeit weithin befriedigt zeigte über den Fehlschlag des Versuchs, „das Hakenkreuz durch den

[28] Klemperer, Die verlassenen Verschwörer, S. 296.

[29] Ebenda, S. 293; die erwähnte Serie der Paßfotos in: Trott, Adam von Trott, S. 184 f.

[30] Christopher Sykes, Troubled Loyalty. A Biography of Adam von Trott zu Solz. The Story of a German Aristocrat Who Defied Hitler, London 1968.

[31] Malone, Werdegang eines Verschwörers, S. 225 sowie Anm. S. 300.

[32] Marie Wassiltschikow, Die Berliner Tagebücher der „Missie" Wassiltschikow 1940–1945, Berlin 1987, S. 267; ferner Detlef Graf von Schwerin, Dann sind's die besten Köpfe, die man henkt. Die junge Generation im deutschen Widerstand, München 1991, S. 441 f.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Schaftstiefel zu ersetzen", wie der „Daily Telegraph" am 22. Juli 1944 schrieb. Ungewöhnlich dagegen war wiederum das Verhalten John Wheeler-Bennetts. Er legte dar, daß das Scheitern des Attentats ebenso wie die Verfolgung und Auslöschung des Widerstands im britischen Interesse liege: „Die Gestapo und die SS haben uns einen anerkennenswerten Dienst erwiesen, indem sie eine Anzahl von Leuten beseitigten, die nach dem Krieg als ‚gute' Deutsche posiert hätten . . . Es ist deshalb zu unserem Nutzen, daß die Säuberung weitergeht." In Vorbereitung der Unterhaussitzung vom 2. August 1944, in der die Regierung zu den Vorgängen in Deutschland Stellung nahm, hatte er überdies eine Unterredung mit Anthony Eden geführt, und es ist aufschlußreich, daß die Aktennotiz für den Premierminister, die daraus hervorging, bis heute und noch auf Jahre hin in den Archiven verschlossen bleibt[33]. Aufs Ganze gesehen und zumal unter Berücksichtigung auch der amerikanischen Reaktionen, muß man wohl der Bemerkung Patricia Meehans beipflichten, daß „die Presse des Westens, als das Scheitern des 20. Juli bekannt wurde, sich in der Verdammung der Verschwörer fest hinter Hitler stellte"[34]. Man wünschte nicht nur die Nazis zur Hölle, sondern „das andere Deutschland" auch.

In die gleiche Richtung, wenn auch im Ton zurückhaltender, zielte dann, in der Parlamentsdebatte vom 2. August, Churchills bekannte Äußerung: „Die höchsten Persönlichkeiten im deutschen Reich ermorden sich gegenseitig."[35] Der historische Betrachter steht oft ratlos vor den Ausbrüchen eines so extremen, ebenso blinden wie unsinnigen Hasses denen gegenüber, die unter großen persönlichen Gefahren für die am Ende gemeinsame Sache gekämpft hatten. Die Feindseligkeit der Zeit ließ nicht einmal Akte einfacher Menschlichkeit zu. Als Bischof George Bell von Chichester, der sich über Jahre hin, wenn auch vergeblich, für die Sache des Widerstands verwendet hatte, im August bei der Regierung anfragte, ob man den in Deutschland Verfolgten nicht bei der Flucht behilflich sein könne, wich Eden aus, nicht ohne hinzuzufügen: „I cannot admit that we have any obligation to help those concerned in the recent plot." Vor diesem Hintergrund nimmt es sich geradezu als Lichtblick aus, daß Allen W. Dulles, der Leiter des amerikanischen „Office of Strategic Services" in Bern, keine Mühe scheute, dem Verschwörer Hans Bernd Gisevius zur Flucht in die Schweiz zu verhelfen[36].

Natürlich kann man bei alledem die in Jahren angehäufte Erbitterung nicht außer acht lassen und auch nicht die Wirkungen der psychologischen Kriegführung, der, wie die Erfahrung lehrt, oftmals diejenigen erliegen, die sie inszeniert haben. Aber auch die generationenalten Brandmarkungen des deutschen Konservatismus, der Jun-

---

[33] Lothar Kettenacker, Die Haltung der Westalliierten gegenüber Hitlerattentat und Widerstand nach dem 20. Juli 1944, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime, Köln 1974, S. 22f.

[34] Patricia Meehan, The Unnecessary War. Whitehall and the German Resistance to Hitler, London 1992, S. 335f.

[35] Winston Churchill, The War Situation, abgedr. in: Complete Speeches 1897–1963, Bd. VII, hrsg. v. Robert R. James, New York/London 1974, S. 6985.

[36] Kettenacker, Die Haltung der Westalliierten, S. 23.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



ker und des hohen Offizierskorps, taten wieder ihre Wirkung: „Our enemies are both, the Nazis and the Generals", notierte der Privatsekretär des Außenministers in seinem Tagebuch[37], und tatsächlich war die Sorge nicht unbegreiflich, die deutschen Militärs könnten sich wiederum, wie schon 1918, aus der Verantwortung davonstehlen. Schließlich spielten auch Erwägungen der politischen Strategie der Alliierten hinein. Ihr langfristiges Ziel war, die Machtverhältnisse in der Mitte Europas ein für allemal zu regeln. Seit sie sich aber, wenn auch durch Hitler veranlaßt, entschlossen hatten, dies ausgerechnet im Verein mit der Sowjetunion zu tun, war jede innerdeutsche Opposition, was immer ihre Motive oder Absichten sein mochten, nur eine störende Unabsehbarkeit. Vermutlich ging darauf auch zurück, daß Churchill, der sonst so sehr die ritterlichen Gesten liebte, in seinen Kriegsmemoiren kein Wort der späten Anerkennung für die Verschwörer des 20. Juli gefunden hat[38].

Dabei blieb es über die Jahre hin. Auf längere Dauer hat die Mehrzahl der britischen Darstellungen jener Zeit den Widerstand teils verschwiegen, teils herabgemindert oder unter Verdacht gestellt. Die Änderung vollzog sich nur sehr allmählich, und in der breiteren Öffentlichkeit herrscht die Skepsis wohl bis heute vor. Vielleicht war die Person, die als erste das Totschweigen durchbrach, der Theologe Dietrich Bonhoeffer, der eine Zeitlang im Südosten Londons als Auslandspfarrer gewirkt und seit jenen Jahren, nicht anders als Trott, enge Verbindungen nach England unterhalten hatte. Der Respekt, den ihm die Kirche alsbald für sein Märtyrertum zollte, kam schließlich manchen seiner Freunde und Mitverschwörer zugute. Aber auch die amerikanische Journalistin Dorothy Thompson, der aus Deutschland emigrierte Historiker Hans Rothfels mit seinem Buch „The German Opposition to Hitler: An Appraisal", William Carr, Terence Prittie, Michael Balfour, Robert Birley und manche andere bis hin zu Klemens von Klemperer haben das tiefverwurzelte Vorurteil zu beseitigen versucht, daß von einem deutschen Widerstand im Grunde nicht zu reden sei; was so genannt werde, sei nur eine geschickter getarnte Form des ewigen deutschen Eroberungshungers[39]. „Eine Rasse fleischfressender Schafe", hatte der sarkastische Hugh Dalton die konservativen Gegner Hitlers genannt und die Trott, die Kordt und Schwerin durchaus einbezogen. Doch war es immer ein Irrtum, zumindest die Angehörigen der jüngeren Generation des Widerstands in die Tradition des

[37] John Harvey (Hrsg.), The War Diaries of Oliver Harvey 1941–1945, London 1978, S. 348 (30. 7. 1944), zit. nach Kettenacker, Die Haltung der Westalliierten, S. 23.

[38] Churchills angebliche Ehrenerklärung für den deutschen Widerstand geistert in mannigfacher Form durch die einschlägige Literatur. Churchill selbst hat jedoch eingeräumt, daß seine oft zitierte Würdigung, die Leistung des deutschen Widerstands zähle zu „den edelsten und größten der Geschichte", nicht von ihm stamme, sie entspräche jedoch seinen „Empfindungen gegenüber den deutschen Belangen". Klemperer, Die verlassenen Verschwörer, S. 542, Anm. 483; Richard Lamb, Der verfehlte Frieden. Englands Außenpolitik 1935–1945, Berlin 1989, S. 451, Anm. 12.

[39] Vgl. in diesem Zusammenhang: The conscience in revolt. 64 Portraits of the German resistance 1933–1945, hrsg. von Annedore Leber in Zusammenarbeit mit Willy Brandt und Karl Dietrich Bracher, mit einem Vorwort von Robert Birley, Headmaster of Eton College, London 1957 (Neuausgabe Oxford 1994).

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



wilhelminischen Expansionsstrebens zu stellen, und gerade von Trott stammt die Bemerkung, die Verschwörer müßten „nach innen und außen, jeden Anstrich von ‚Reaktion', ‚Herrentum', Militarismus" vermeiden[40]. Richard Lamb und Patricia Meehan haben unlängst nachzuweisen versucht, daß und in welchem Ausmaß die Schwäche des deutschen Widerstands mit den Schwächen und Konfusionen der Politik Whitehalls zu tun gehabt habe.

Natürlich ist das nur ein Aspekt der unglücklichen Geschichte, und man sollte die Schuldzuweisungen besser vermeiden. Es gibt Konfrontationen, die kein Entkommen erlauben, zumal wenn so starke Emotionen im Spiel sind wie in diesem Fall, Gefühle gegenseitiger Bewunderung und enttäuschter Übereinstimmung, die es geradezu erlauben, von einer „Affäre" zu sprechen. Auf deutscher Seite war viel idealistischer Überschwang am Werk, viel Selbsttäuschung sowie ein Element politischer Naivität, und nicht ganz zu Unrecht hat Werner von Trott seinen jüngeren Bruder Adam einmal einen „modernen Don Quichotte" genannt[41]. Was er wie seine Mitverschworenen der Welt vergeblich begreifbar machen wollte, war, daß auch die Deutschen selber zu den „unterdrückten Völkern" zählten. In der Tat sahen sie schärfer als viele auf der Gegenseite, daß Hitlers Kampfansage nicht nur auf eine neue Ordnung in Europa zielte und nicht einmal nur auf die Eroberung von Lebensraum. Vielmehr hatte er der gesamten zivilisierten Welt den Krieg erklärt, ihren Überlieferungen von Freiheit, Recht und Menschenwert. Wollte man sie bewahren, durfte es kein eng nationales Interesse und keine Machtpolitik alten Stils mehr geben. Alle hatten sich gegen den zu verbünden, der der Feind aller war.

Gewiß bestand diese Einsicht nicht von Anfang an. Aber sie wurde im Fortgang der Zeit zum stärksten einigenden Band der Opposition. Es hat sich in den endlos philosophischen, vielfach religiös durchsetzten Debatten hergestellt, zu denen die Freundesrunden immer wieder zusammenkamen. Verstärkt wurde es im Fortgang der Jahre durch den für viele zunächst mühsamen Abschied vom alten Nationalstaat und der Wendung zu einem föderalistischen Europa. Bereits 1937 hatte Adam von Trott in einem Brief an Shiela Grant Duff „eine große europäische Allianz" beschworen und seit 1939 Vorstellungen entwickelt, die eine gesamteuropäische Staatsbürgerschaft, eine Zoll- und Währungsunion sowie einen einheitlichen Höchsten Gerichtshof vorsahen[42]. Wer über das Scheitern des Widerstands nachdenkt, wird bald darauf stoßen, daß die spekulative Neigung, die ihm eigen war, nicht nur viel zu seiner inneren Unbeugsamkeit beigetragen hat. Vielmehr ist ihr auch zuzuschreiben, daß der

---

[40] Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen (Hrsg.), Die Hassell-Tagebücher 1938–1944, Berlin 1988, S. 289. Zur Bemerkung Hugh Daltons vgl. Hedva Ben-Israel, Im Widerstreit der Ziele: Die britische Reaktion auf den deutschen Widerstand, in: Jürgen Schmädeke/Peter Steinbach, Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München/Zürich 1986, S. 739.

[41] Klemperer, Die verlassenen Verschwörer, S. 42.

[42] Hans Mommsen, Der deutsche Widerstand gegen Hitler und die Überwindung der nationalstaatlichen Gliederung Europas, in: Manfred Hettling/Paul Nolte, Nation und Gesellschaft in Deutschland, München 1996, S. 65 ff.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



kürzere Weg zur befreienden Tat so schwer und steinig wurde: gedankliche Entschiedenheit und Schwäche im Vollbringen gingen hier, wie so oft, zusammen.

Von den zahlreichen Fehlurteilen, die das Bild der inneren Gegner des Regimes verzerren, ist der Zweifel an ihrer charakterlichen Festigkeit und ihrem Mut gewiß der gravierendste. „Auseinandergehende Wege" hat Shiela Grant Duff ihre Erinnerungen an Adam von Trott genannt[43]. Gemeint war damit, daß sie und die Welt, für die sie stand, den Weg von Moral und Gewissen einschlugen, während Trott mit der Rückkehr nach Deutschland davon desertierte. Die Frage ist aber gerade, wohin Moral und Gewissen einen Deutschen jener Jahre wiesen. Dietrich Bonhoeffer, der im Sommer 1939 in den USA war und sich, ähnlich wie Trott kurze Zeit später, von allen Seiten bedrängt sah, Deutschland hinter sich zu lassen, notierte schon bald nach seiner Ankunft in seinem Tagebuch: „Mir ist ganz deutlich, daß ich zurück muß." Und wenige Tage danach ergänzte er, es sei „vernichtend", in dieser Situation aus Deutschland wegzugehen[44].

Dem einen wie dem anderen war nicht verborgen, daß er mit der Rückkehr in eine Art Abseits geraten werde und womöglich in die menschliche Vereinsamung. Auch daß er sich, angesichts der steten Todesgefahr, zum Verstummen verurteilte und vermutlich nie eine Möglichkeit zur Rechtfertigung gegen seine Ankläger haben werde. In der Tat besitzen wir bis heute nur wenige Zeugnisse, die dem Widerstand eine Stimme geben. Einer der engen Freunde Adam von Trotts, Hans Bernd von Haeften, hat seit 1936 kein Schriftstück mit halbwegs politischem Inhalt aufbewahrt und selbst in seinen Privatbriefen jede einschlägige Andeutung bewußt vermieden[45]. Auch von den Debatten des „Kreisauer Kreises", dem Drängen der Stauffenbergs und Tresckows, den Gesprächen des „Freundeskreises" im Auswärtigen Amt, den Reflexionen Moltkes, Yorks oder Lebers sind allenfalls ein paar Sätze überliefert. Sonst nichts. Auch Trotts letzte Denkschrift über Deutschlands Rolle „zwischen Ost und West", von der er sagte, er habe sie „mit Herzblut" geschrieben, ist verloren[46]. Und selbst die Protokolle der Verhandlungen vor dem Volksgerichtshof, in denen die Verschwörer ein letztes Mal die Maximen ihres Handelns vortragen konnten, sind nur in unzureichenden, mitunter von der Zensur verfälschten Bruchstücken erhalten.

Dieses Schweigen der Quellen hat die Isolierung, die den Widerstand von Beginn an umgab, in die Geschichte verlängert. Das hat mitbewirkt, was man seine zweite Niederlage nennen kann. Deshalb ist es nicht nur ein Akt noblen Gedenkens, daß ein Ort im Balliol College nach Adam von Trott benannt wurde. Es ist auch ein Akt der Gerechtigkeit gegenüber der Geschichte, die, wie man weiß, so überaus launisch ist.

---

[43] Shiela Grant Duff, The Parting of Ways: A Personal Account of the Thirties, London 1982.

[44] Eberhard Bethge, Dietrich Bonhoeffer. Theologe, Christ, Zeitgenosse, München 1967, S. 733 und 736.

[45] Haeften, Nichts Schriftliches von Politik, S. 5.

[46] Trott hielt die Ausarbeitung für so wichtig, daß er mehrere Abschriften anfertigen ließ, eine davon wurde in Potsdam-Wildpark vergraben; sie konnte aber nach dem Krieg nicht mehr gefunden werden. Vgl. dazu Trott, Adam von Trott, S. 192 ff.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

CHRISTOPH MARIA MERKI

# DIE NATIONALSOZIALISTISCHE TABAKPOLITIK[1]

Als im April 1941 an der Friedrich-Schiller-Universität zu Jena mit großem Pomp das „Erste Tabakwissenschaftliche Institut" eröffnet wurde, traf aus München ein Glückwunschtelegramm ein. Adolf Hitler übermittelte den Versammelten seine „besten Wünsche" – für die „Arbeit zur Befreiung der Menschheit von einem ihrer gefährlichsten Gifte". Die Idee zur Gründung des Instituts, das sich dem „Kampf" gegen das „Tabakgift" widmen wollte, stammte vom Sportarzt Karl Astel, seines Zeichens Professor für menschliche Züchtungslehre und Vererbungsforschung und seit 1939 Rektor der Universität Jena. Auf der Tagung, die zur Eröffnung des Instituts veranstaltet wurde, hielt Professor Astel ein flammendes Plädoyer gegen das Rauchen. Er erhob das Nichtrauchen zu einer „nationalsozialistischen Pflicht", und dem „Tabakkapital" empfahl er, „sich zeitig umzustellen, um nicht zu große Verluste zu erleiden". Unter „lebhaftem Beifall" schloß er seine Rede mit einem abscheulichen, der NS-Logik allerdings durchaus inhärenten Vergleich: „Der Tabak ist ein Volksfeind wie Jud Süß. Behandeln wir ihn ebenso!"[2]

Die Eröffnung des Jenaer Instituts markiert den Höhepunkt einer Antitabakpolitik, die seit den späten dreißiger Jahren mit einem ganzen Bündel pädagogischer Maßnahmen, aber auch mit zahlreichen prohibitiven Verordnungen in Erscheinung getreten war. Diese Politik hatte in Thüringen ein besonders repressives Gepräge, was nicht weiter verwunderlich ist, galt dieses Land in gesundheitspolitischer Hinsicht doch geradezu als nationalsozialistischer „Mustergau"[3] und war dort doch

[1] „Weil wir ein Volk sind, das auf engem Raum zusammengepfercht leben muß und der Kampf gegen das Judentum noch längst nicht ausgetragen ist, können wir es uns nicht mehr leisten zu sagen, es sei Sache des einzelnen, ob er trinke oder rauche," sagte Robert Ley, Führer der Deutschen Arbeitsfront, auf der Reichstagung über „Genußgifte". Völkischer Beobachter vom 6.3. 1939. Robert Ley, dessen persönliches Verhalten mit dem öffentlichen Eintreten für Abstinenz nicht immer in Einklang stand, hieß im Volksmund „Reichstrunkenbold".

[2] Das Telegramm Hitlers sowie die Reden von Astel, Gauleiter Sauckel, Reichsgesundheitsführer Conti u. a. sind abgedruckt in der Zeitschrift des Bundes der Tabakgegner: Reine Luft, Heft 2 (1941).

[3] Vgl. dazu Paul Weindling, „Mustergau" Thüringen. Rassenhygiene zwischen Ideologie und Machtpolitik, in: Norbert Frei (Hrsg.), Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit, München 1993, S. 81–97. Schon vor Astels Zeit wurde an der Universität Jena auf dem Gebiet der Genußmittel geforscht. Der Direktor des Pharmakologischen Institutes, Heinrich Kionka, wandte sich 1931 in seiner Publikation Vom Trinken und Rauchen, Berlin 1931, S. 81, zwar gegen den „Mißbrauch" des Tabaks und warnte vor „Genußgift-Suchten" bzw. vor dem „Nikotinismus", gleichzeitig gestand er dem Tabak allerdings einen „Genußwert" zu und meinte: „Mäßiges Tabakrauchen ist [. . .] beim Gesunden nicht zu beanstanden."

*VfZ 46 (1998)*
*© Oldenbourg 1998*

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Karl Astel tätig, der seit Juli 1933 das neu geschaffene Thüringische Amt für Rassewesen[4] leitete, das sich mit seiner Gesundheits- und Fruchtbarkeitsförderung „rassisch wertvoller" Bevölkerungsteile reichsweit zu profilieren verstand und bei der Entwicklung eugenischer Kontrolltechniken Pionierarbeit leistete. In diesem Umfeld ist, wie zu zeigen sein wird, die Antitabakpolitik der Nationalsozialisten anzusiedeln[5]. Denn zu der immer wieder postulierten „Gesundheitspflicht" des deutschen Volksgenossen gehörte eben auch ein kontrollierter Umgang mit Genußmitteln oder – wie sie nun statt dessen hießen – „Genußgiften". Diese beeinträchtigten in den Augen der nationalsozialistischen „Gesundheitsführung" die Volksgesundheit und damit die Leistungsfähigkeit des deutschen Volks[6].

Wer an Krieg und Tabak denkt, der denkt wohl kaum an Gesundheitspolitik, sondern eher an die heiß begehrte Tabakkarte, an ununterbrochen rauchende „Landser" oder an die sogenannte „Ami", an die amerikanische Zigarette, die Deutschland nach dem Krieg im Sturm eroberte und in den drei westlichen Besatzungszonen zeitweise die Rolle einer inoffiziellen Währung übernahm. Tatsächlich gehörte Tabak im Gegensatz zu anderen Genußmitteln wie alkoholischen Getränken, Tee oder Kaffee bis weit in den Krieg hinein zu den in ausreichenden Mengen vorhandenen Gütern, und das sowohl an der Front wie in der Heimat. In diesem Sinne hatte der Tabak, wie es Reichswirtschaftsminister Walther Funk formulierte, eine eminent „politische Bedeutung"[7]. Gerade im Krieg erwies er sich als ausgezeichnetes Mittel zur Unterdrückung des Hungergefühls, als Ausgleich zu einer immer eintöniger werdenden Kost oder für die Bewältigung der außergewöhnlichen emotionalen Spannungen jener Zeit. Die Nationalsozialisten konnten auf dieses polyvalente und multifunktionelle Psychopharmakon, das sowohl sedativ wie stimulierend wirken kann, kaum verzichten. Ihre Tabakpolitik war deshalb widersprüchlich, und sie blieb – was die praktische Prävention angeht – überwiegend Ideologie. Die nationalsozialistische Führung war sich dieses Widerspruches übrigens durchaus bewußt. Propagandaminister Joseph Goebbels brachte ihn im Mai 1941 kurz und bündig auf den Punkt: „So nützlich es vielleicht vom gesundheitlichen Standpunkt aus ist, das Rauchen allgemein abzuschaffen, so unzweckmäßig ist dafür die gegenwärtige Zeit."[8]

---

[4] Vgl. Antonio Peter, Das Thüringische Landesamt für Rassewesen, in: Detlev Heiden/Gunther Mai (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen, Weimar/Köln/Wien 1995, S. 313–332.

[5] Henner Hess (Rauchen. Geschichte, Geschäfte, Gefahren, Frankfurt a. M./New York 1987, S. 45) behauptet, daß die Antitabakkampagne eine Maßnahme gewesen sei, die den Devisenabfluß für Tabakimporte habe bremsen sollen. Belege für diese These kann er keine angeben – es gibt auch keine. Denkbar ist allenfalls, daß außenwirtschaftliche Argumente für die Legitimierung der gesundheitspolitisch motivierten Prävention herangezogen worden sind.

[6] Vgl. dazu die paradigmatischen Äußerungen des Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes, Prof. Reiter, über „Genußgifte und Leistung", in: Reichs-Gesundheitsblatt (1939), S. 186–192.

[7] Bundesarchiv Berlin (künftig: BA Berlin), 31.01/11882, Sitzung vom 5.12. 1941 betreffend Einführung der Tabakkarte.

[8] BA Berlin, 50.01/1g, Bl. 104 [indirekte durch direkte Rede ersetzt].

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



## 1. Tabakkonsum in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Der Staat interessiert sich aus fiskalischen Gründen schon lange für den Tabak. Obwohl sich einzelne Statistiken bis in die Frühe Neuzeit zurückverfolgen lassen, haben sie meistens einen sehr begrenzten Aussagewert und verraten wenig über die säkularen Veränderungen in der Prävalenz von Tabak. Wer zum Beispiel die langfristige Zunahme von Lungenkrebs mit dem Aufkommen und der Durchsetzung der Zigarette korrelieren will, begibt sich dabei auf sehr unsicheres Terrain. So veränderte sich im 20. Jahrhundert nicht bloß der Pro-Kopf-Konsum an Zigaretten, sondern auch deren Gewicht und deren Zusammensetzung sowie die Rauchtechnik; ganz abgesehen von den Unsicherheiten der Morbiditätsstatistik oder von den Modifikationen anderer krankheitsauslösender Faktoren[9].

Ein wichtiges Maß für die Entwicklung des Konsums ist der Verbrauch von Rohtabak pro Kopf und Jahr, der sich im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts auf etwa $1^1/_2$ Kilogramm belief[10]. Seine Abhängigkeit vom allgemeinen Gang der Wirtschafts- und Sozialgeschichte ist offensichtlich. So nahm der Konsum im Ersten Weltkrieg zunächst deutlich zu, bevor der versorgungsbedingte Mangel zu drastischen Einschränkungen zwang (1915: 2,14 kg, 1918: 0,8 kg); sowohl während der Inflation von 1922/23 als auch während der Weltwirtschaftskrise nach 1929/30 ging er um jeweils zehn bis fünfzehn Prozent zurück. Trotz steigender Steuerbelastung lag das Konsumniveau in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre merklich höher als in der Vorkriegszeit – ein untrügliches Indiz dafür, daß sich das Rauchen auch bei den bislang nicht oder wenig rauchenden Frauen einzubürgern begann.

Die Erschließung dieses neuen Marktes gelang der Zigarette. In den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts eingeführt, war sie zunächst ein Produkt für die städtischen Oberschichten. Praktisch im Gebrauch und der Hektik des modernen Alltags adäquat, entwickelte sie sich in wenigen Jahrzehnten von einem modischen Accessoire zu einem standardisierten und durch eine neuartige Markenwerbung angepriesenen Massenkonsumgut. Ihr Anteil am Gesamtvolumen des deutschen Tabakmarktes erhöhte sich von 0,2 Prozent (1877) auf 12 Prozent (1912), 25 Prozent (1925) und 35 Prozent (1935)[11]. Daß sich die Zigarette in den zwanziger Jahren noch nicht gegen ihre ältere Schwester, die Zigarre, durchsetzen konnte, war vor allem eine Folge der Steuerpolitik: Der Fiskus bevorzugte aus arbeitsmarktpolitischen Motiven die Zigarre, deren Fertigung damals, anders als die der Zigarette, noch immer in Handarbeit geschah. Die Pfeife schließlich hatte ihre Position als lange dominierende Kon-

[9] Vgl. dazu grundlegend Robert D. Tollison/Richard E. Wagner, Smoking and the State. Social Costs, Rent Seeking, and Public Policy, Lexington 1988.

[10] Verbrauchszahlen pro Kopf und Jahr in: BA Berlin, 21.01/B 9103, Reichsfinanzministerium, 1900 bis 1928; Reichs-Gesundheitsblatt (1937), S. 262 f. (1928 bis 1935).

[11] Hans-Dietrich Rendel, Die Entwicklung der deutschen Zigarrenindustrie, Staatswirtschaftliche Diplomarbeit an der Universität München, Stuttgart 1953 (MS), S. 32.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



sumform von Tabak bereits im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eingebüßt[12]. Sie feierte in der Inflationszeit ein kurzes Comeback, als viele Zigarren- und Zigarettenraucher sich auf diese an und für sich billigste Variante des Rauchens besannen[13].

Nachdem der Zigarettenkonsum in den zwanziger Jahren vorübergehend zum Stillstand gekommen war, belebte er sich nach 1931 wieder neu. Der durchschnittliche Konsum verdoppelte sich zwischen 1931 und 1940 von 452 auf 914 Stück pro Kopf und Jahr. Wie zu Beginn des Ersten schnellte der Tabakkonsum auch zu Beginn des Zweiten Weltkrieges in die Höhe, bevor er seit Mitte 1941 zu schrumpfen begann[14].

Die Nachkriegszeit erlebte dann den definitiven Niedergang der Pfeife und der Zigarre, den Aufschwung der Filterzigarette sowie eine weitere Steigerung des weiblichen Konsums – der Anteil der rauchenden Frauen erreichte in den siebziger Jahren etwa 30 Prozent. Von den deutschen Männern rauchten zu Beginn der fünfziger Jahre 84 Prozent, heute sind es weniger als 40 Prozent[15].

## 2. Ideologie und Organisation der Antitabakpolitik

Der Streit um den Tabak ist im Abendland bekanntlich so alt wie dessen Gebrauch. Schon bei der Umwertung vom Heil- zum Genußmittel, die sich im Laufe des 17. Jahrhunderts vollzog und die von zahlreichen, aber letztlich allesamt erfolglosen

---

[12] 1893: 36 % Rauchtabak (Pfeife), 53 % Zigarre, in: Ebenda, S. 6.

[13] Vgl. zum Konsum in den zwanziger Jahren die materialreiche Arbeit von Adolf Flügler, Tabakindustrie und Tabaksteuer, Jena 1931, S. 192 ff. Auch in der Schweiz wurde die Zigarrenproduktion fiskalisch begünstigt. Vgl. dazu im Detail Christoph Maria Merki, Interessen im blauen Dunst: die Tabaksteuer in der Schweiz, in: Sébastien Guex/Martin Körner/Jakob Tanner (Hrsg.), Staatsfinanzierung und Sozialkonflikte (14.–20. Jh.), Zürich 1994, S. 241–261, hier S. 246 ff. Das Kauen und das Schnupfen – die beiden rauchlosen Formen des Tabakkonsums – spielten bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts keine bedeutende Rolle mehr.

[14] Vgl. Rendel, Entwicklung der Zigarrenindustrie, S. 9. Gemessen an der Stückzahl, konnte auch die Zigarre bis 1938 noch einmal zulegen (1933: 99 Stück pro Kopf und Jahr; 1938: 132 Stück). Allerdings verringerte sich zugleich ihr durchschnittliches Gewicht, und der Zuwachs ging hauptsächlich auf das Konto der kleinen „Stumpen" sowie der Zigarillos.

[15] Vgl. Burckhard Junge/Michael Tiefelsdorf/Lenore Arab-Kohlmeier, Bestandsaufnahme. Tabakkonsum in der Bundesrepublik Deutschland, in: Prävention 12 (1989), Heft 2, S. 35–40; Christian Staby, Die Marktstrukturen der deutschen Zigarettenindustrie nach dem II. Weltkrieg im Vergleich mit denen der dreißiger Jahre: Was erklärt die Veränderung?, Betriebswirtschaftliche Diplomarbeit an der Universität München, München 1986 (MS), S. 76 ff.; Wilfried von Stünzner, Psychosoziale Bedingungen des Rauchens. Sekundärstatistische Analysen von Querschnittserhebungen zum Tabakrauchen zum Verständnis der Veränderungen von Prävalenzraten, Frankfurt a. M. 1994 („Frauen" bzw. „Männer" meint: über 18jährige; während der Anteil der Rauchenden an der rauchfähigen Bevölkerung seit einigen Jahrzehnten kontinuierlich kleiner wird, erhöht sich gleichzeitig der durchschnittliche Konsum jener, die noch rauchen). Zur Konsumentwicklung in anderen Ländern vgl. Jordan Goodman, Tobacco in History. The Cultures of Dependence, London/New York 1993, S. 90 ff.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Prohibitionsbemühungen begleitet war, spielten die Argumente ärztlicher und kirchlich-moralischer Instanzen für die Legitimation repressiver Maßnahmen eine zentrale Rolle[16]. Auch die erneute Umwertung des Tabaks vom Genuß- zum Suchtmittel, die vor einigen Jahrzehnten in Gang gekommen ist, läßt sich nur dann verstehen, wenn man zuerst die allmähliche Konstruktion eines für den Alltag relevanten Risikowissens durch medizinische Experten analysiert[17].

In diesem medizinischen Diskurs hatten deutsche Wissenschaftler in der Zwischenkriegszeit eine starke, mitunter gar führende Position. Darauf aufbauend konnte der Dresdner Internist Fritz Lickint 1939 mit „Tabak und Organismus" eine rund 1100 Seiten umfassende Enzyklopädie der „gesamten Tabakkunde" vorlegen. Dieses Handbuch mit Pioniercharakter, das bereits damals ausführlich auf den tabakbedingten Krebs oder auf die Problematik des von Lickint erstmals so genannten „Passivrauchens" einging, geriet später in Vergessenheit, so daß sich heute der US-amerikanische Onkologe Wynder als Entdecker des Kausalkonnexes zwischen Rauchen und Lungenkrebs ausgeben kann[18]. Als die nationalsozialistische „Gesundheitsführung" den Tabak zu einer „Frage" zu machen begann, erhielt auch die medizinische Forschung einen starken Impuls. Professor Hans Reiter, der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, erließ am 6. März 1939 einen offiziellen Aufruf an mehr als zwei Dutzend medizinische Gesellschaften, „sich des für die Volksgesundheit so bedeutungsvollen Problems des Nikotingenusses [. . .] unverzüglich anzunehmen"[19]. Auch das Reichsgesundheitsamt selber beschäftigte sich intensiv mit den physiologischen Folgen des Tabakkonsums – für Experimente mit Nikotin hielt man Tausende von Versuchstieren, in erster Linie Fische[20].

Das Tabakwissenschaftliche Institut, das früher oder später wohl zu so etwas wie einer Koordinationsstelle dieser Forschungen geworden wäre, publizierte bis Kriegsende noch diverse Studien[21]. 1943 erschien die Habilitation des Gynäkologen Paul Bern-

---

16 Vgl. zum Scheitern der Prohibition das Beispiel Luzern: Christoph Maria Merki, „Meine gnädigen Herren trinkhen ihn auch selbsten": Tabak als Katalysator sozialer Prozesse in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, in: Luzerner Historische Mitteilungen 11 (1993), S. 16–22.

17 Vgl. dazu ausführlich Thomas Hengartner/Christoph Maria Merki, Heilmittel, Genußmittel, Suchtmittel: Veränderungen in Konsum und Bewertung von Tabak in der Schweiz, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 43 (1993), S. 375–418.

18 Vgl. W. Schüttmann, Ein Jubiläum im Kampf gegen den Tabakmißbrauch. Vor 50 Jahren erschien Lickints „Handbuch der gesamten Tabakkunde", in: Münchner medizinische Wochenschrift 131 (1989), S. 966 ff.; George Davey Smith/Sabine A. Ströbele/Matthias Egger, Smoking and health promotion in Nazi Germany, in: Journal of Epidemiology and Community Health 48 (1994), S. 220–223.

19 Reichs-Gesundheitsblatt (1939), S. 185 f. Einzelne Gesellschaften setzten Preise aus, um die Forschung auf diesem Gebiet anzuregen.

20 Vgl. das Interview mit Reiter im Völkischen Beobachter vom 7.3. 1939.

21 Von den medizinischen Dissertationen, die sich an der Universität Jena zwischen 1942 und 1944 mit diesem Thema beschäftigten, seien genannt: die Arbeiten von Käte Dischner und Gabriele Schulze, Die Zigarettenraucherin; Werner Feuerstein, Nikotin-Todesfälle der letzten hundert Jahre; Rolf Schoder, Die neurologischen Schäden durch den Tabak; Erich Schöniger, Lungenkrebs und Tabakverbrauch; Maria Schumann, Über den Einfluß des Tabakrauchs auf Tiere; und Lore Wenzel, Über den Einfluß des Nikotins auf Würmer.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



hard: „Der Einfluß der Tabakgifte auf die Gesundheit und die Fruchtbarkeit der Frau". Im Geleitwort sorgte sich Karl Astel hauptsächlich um die „Fortpflanzungsmächtigkeit" der deutschen Frau. Im Vordergrund stand dabei nicht etwa die individuelle Gesundheit der einzelnen Frau, sondern die „naturwidrige Lebensführung" aller Frauen, deren „Mutterschaftsbefähigung" durch das Rauchen gefährdet sei. Auf dem Spiel stand mithin, und Astel sagte es auch, das Leben der ganzen Rasse. War die Debatte über das Rauchen bislang eine Domäne der Sozialhygiene gewesen, wurde sie nun nach und nach rassenbiologisch überformt. Der Tabak war ein „schleichend wirkendes" und „süchtig machendes" „Rassengift", das es nach den Vorstellungen der Protagonisten dieses Diskurses auszurotten galt, ein „von Juden über die finstersten Kneipen eingeschlepptes Unterweltlaster", das dem Ziel von Reichsgesundheitsführer Leonardo Conti, „die Menschen schöner, gesünder und besser [zu] machen", im Wege stand[22]. Die Medizin hatte den Tabak, den sie einst als Heilmittel gepriesen hatte, als Unkraut enttarnt. Alles andere war eine Frage des politischen Willens und der Sozialtechnologie.

Der Kampf gegen den Tabak entsprang also, um eine Metapher des Soziologen Zygmunt Bauman zu gebrauchen, jenen gärtnerischen, d. h. korrigierenden und selektionierenden Ambitionen, die die Nationalsozialisten auch auf anderen Gebieten umtrieben[23]. Er war Teil einer umfassenden Biopolitik[24], in der die persönlichen Bedürfnisse und Gewohnheiten ihren privaten Charakter verloren hatten und man sich für sie vor der Öffentlichkeit verantworten mußte („Deine Gesundheit gehört nicht Dir!"). Selbstverständlich führten die Nationalsozialisten den Kampf gegen den Tabak nicht mit jener mörderischen Konsequenz, mit der sie zum Beispiel den Kampf gegen „unwertes Leben" führten, und ein solcher Vergleich mag auch ein Stück weit vermessen erscheinen. Doch die Logik, die hinter diesem Kampf stand, nämlich: einen als sozial und rassisch unerwünscht erkannten Gegenstand aus der Welt zu schaffen, war dieselbe.

In der Praxis gedieh die tabakfeindliche Politik freilich nicht über ein eher bescheidenes Anfangsstadium hinaus. Die Diskriminierung, Stigmatisierung und Pathologisierung der Raucher (weniger die der Raucherinnen) hielt sich in Grenzen. Das Fernziel einer tabaklosen Gesellschaft wurde zwar postuliert, Pläne zur konkreten Umsetzung dieses Zieles, die zum Beispiel mit der obligatorischen Erfassung und Behandlung der „Tabaksüchtigen" hätten beginnen können, wurden aber nie virulent. Angesichts der Tatsache, daß Rauchen sozial akzeptiert war und auch in der Elite des Dritten Reiches viele Anhänger hatte, war auch für die mit großen Vollmachten ausgestattete „Gesundheitsführung" der Spielraum eher klein. Andererseits zeigt der Feuereifer, mit dem ein Karl Astel einem jugendlichen Raucher die Zigarette aus

[22] Reine Luft, Heft 2 (1941). Die Zitate in diesem Satz stammen aus der Jenaer Rede Contis, die Bemerkung mit dem „Unterweltlaster" aus der Rede des Historikers Johann von Leers über den „Kampf gegen den Tabak in der Geschichte", in: Ebenda.

[23] Zygmunt Bauman, Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit, Hamburg 1992, bes. S. 43 ff.

[24] Zum Begriff vgl. Ferenc Fehér/Agnes Heller, Biopolitik, Frankfurt a. M./New York 1995.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



dem Mund schlagen konnte[25], in welche Richtung eine an den inhumanen Standards der nationalsozialistischen Fortpflanzungs- und Leistungsmedizin orientierte Präventions- und Biopolitik sich langfristig hätte entwickeln können.

Die Nationalsozialisten konnten bei ihrer tabakfeindlichen Politik an die Vorarbeiten anknüpfen, die der „Bund der deutschen Tabakgegner" seit 1912 geleistet hatte. Kulturkritisch-moralisch motiviert, bewegte sich der Bund im Dunstkreis der Temperenz- und Lebensreformbewegung. Waren es in den zwanziger Jahren moralische Unternehmer gewesen, die das Profil der Antitabakbewegung geprägt hatten[26], traten seit der Mitte der dreißiger Jahre medizinisch geschulte Experten in den Vordergrund, die nun mit professionellen Methoden daran gingen, das Rauchen überhaupt erst zu einem die gesamte Öffentlichkeit beschäftigenden Problem zu machen, das von der Medizin bereitgestellte Wissen zu popularisieren und damit den Tabak gezielt zu diskreditieren.

Der Bund der Tabakgegner wurde zuerst in einen „Bund zur Bekämpfung der Tabakgefahren" umgewandelt und dann der dem Innenministerium angegliederten „Reichsarbeitsstelle gegen die Alkohol- und Tabakgefahren" inkorporiert. Das für die nationalsozialistische Herrschaft typische Verwaltungschaos führte allerdings auch in diesem Bereich zu Kompetenzüberschneidungen und Doppelspurigkeiten: Neben der Reichsstelle leisteten auch die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die Hitlerjugend (HJ), die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) und das Hauptamt für Volksgesundheit der NSDAP entsprechende „Aufklärungsarbeit". Alle diese Organisationen bemühten sich darum, jenes Regelwerk auszubauen, das die Deutschen, und zwar speziell die Jugendlichen und die Frauen, vom Rauchen abhalten sollte.

## 3. Prohibition und Prävention – und ihre Grenzen

Der sozialrevolutionäre Impetus, von dem die Formierung des Dritten Reiches allgemein begleitet war, gab auch der Tabakprävention neuen Auftrieb. Nationalsozialistische Polizeipräsidenten mit sozialpolitischem Anspruch ließen im Frühling 1933 in den Gaststätten Plakate aufhängen, die in imperativem Ton verkündeten: „Die deutsche Frau raucht nicht!"[27] „Volksgenossen" wurden ermuntert, „Frauen, die auf der Straße rauchend angetroffen werden, an ihre Pflicht als deutsche Frau und Mutter zu erinnern"[28]. Daß diese unorganisierten und spontanen Aktivitäten des Jahres 1933 ausgerechnet auf das als „unästhetisch" diskreditierte Rauchen der Frauen ziel-

[25] Vgl. dazu Weindling, „Mustergau" Thüringen, S. 91.

[26] Prototypisch Hermann Stanger, der Gründer des Bundes. Vgl. sein – wie er selber meinte – „mit dem Goldstaub religiöser Weisheit und dem Silber höherer Moral durchwirkt[es]" Werk: Tabak und Kultur. Eine gemeinverständliche Schrift wider das Rauchen vom Standpunkte der Wissenschaft und der Vernunft, Dresden ²1922.

[27] Die Aktion wurde vom Polizeipräsidenten von Ulm initiiert, griff dann aber auch auf bayerische sowie nord- und mitteldeutsche Städte über; vgl. BA Berlin, 21.01/B 9013.

[28] Zitat aus einem Aufruf des Polizeipräsidenten von Erfurt, in: Ebenda.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



ten, war natürlich kein Zufall. Die Zigarette galt als Symbol weiblicher Emanzipation, seit George Sand und Lola Montez sie demonstrativ und öffentlich geraucht hatten[29], und insofern hatte die Agitation des Jahres 1933 weniger einen gesundheitspolitischen als einen antifeministischen Akzent. Sie ging mit jenen „sogenannten intellektuellen undeutschen Kreisen" ins Gericht, „die sich anmaßten, die Führung der Interessen ihres Geschlechts an sich zu reißen"[30]. In der Ideologie der nationalsozialistischen Männergesellschaft zählten rauchende Frauen zu einer verabscheuungswürdigen „Bordellkultur"; das „wirklich deutsche" Mädel war auch ohne Zigarette attraktiv[31].

Die Zigarettenindustrie verwahrte sich zwar gegen diese Agitation, doch eine Intervention des Reichsfinanzministeriums, das sie um Hilfe anging, unterblieb[32]. Sie war auch nicht nötig, weil die Agitation bald ins Leere lief; der Elan auf diesem Gebiet verpuffte ebenso schnell wie nach den Begeisterungsstürmen der „nationalen Erhebung" schon am Ende des Jahres 1933 politische Katerstimmung aufkam.

Für die Industrie wesentlich bedrohlicher waren die institutionellen Veränderungen, die nach der politischen Konsolidierung des nationalsozialistischen Regimes und nach der Inkorporierung der Antitabakbewegung in den Staat von den verschiedenen, auf dem Gebiete der Tabakprävention tätigen Organisationen ausgingen. Versteht man unter Institutionen mit Douglass C. North „jegliche Art von Beschränkung, die Menschen zur Gestaltung menschlicher Interaktion ersinnen"[33], dann können die präventiven und prohibitiven Maßnahmen der Nationalsozialisten als Versuch verstanden werden, das institutionelle Gefüge, das jemanden zum Rauchen animiert oder ihn davon abhält, in ihrem Sinne zu verändern. North unterscheidet in seiner Institutionentheorie zwischen formgebundenen, schriftlich niedergelegten Regeln einerseits und formlosen, meistens ungeschriebenen Verhaltenskodices, d.h. Sitten, Gebräuchen und Konventionen, andererseits.

Wendet man sich zuerst der sehr viel schwieriger zu erfassenden zweiten Kategorie zu, den Veränderungen der von North etwas unglücklich als „formlos" bezeichneten Regeln, also dem Versuch, das Rauchen als gesundheitsschädigende Unsitte in Verruf zu bringen, so sind in erster Linie die pädagogischen Bemühungen aller möglichen, berufenen und unberufenen Autoritäten zu erwähnen: der Gesundheits- und Fürsorgebehörden, der Krankenkassen und der Hitlerjugend, der Lehrer- und der Ärzteschaft. Warnungen vor dem Rauchen hörte man unter anderem in der Sprechstunde

[29] Vgl. Wolfgang Schivelbusch, Das Paradies, der Geschmack und die Vernunft. Eine Geschichte der Genußmittel, München/Wien 1980, S. 132 ff.

[30] Prof. Hans Reiter über „Alkohol- und Nikotinmißbrauch und gesundes Volk", in: Reichs-Gesundheitsblatt (1937), S. 844.

[31] Reine Luft, Heft 2 (1941), Referate von Astel („Bordellkultur", Rauchen als „Triumph des Unästhetischen") und Bruns vom Hauptamt für Volksgesundheit der NSDAP (über „gesunde, echte und wirklich deutsche Frauen"). Vgl. auch Fritz Lickint, Tabak und Organismus, Stuttgart 1939, S. 1066 (über „erotische Defekte" rauchender Frauen).

[32] BA Berlin, 21.01/B 9013.

[33] Douglass C. North, Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung, Tübingen 1992, S. 4.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



und auf dem Pausenhof, und sie begegneten einem in den Zeitungen und auf Flugblättern, im Radio und in den Schulbüchern.

Ein Merkblatt, das sich an die Jugendlichen wandte, warnte vor gesundheitlichen Schäden, insbesondere vor dem starken Nervengift Nikotin; gleichzeitig denunzierte es das Rauchen als Ausdruck charakterlicher Schwäche, mangelnder Selbstbeherrschung und fehlender Willenskraft[34]. Ob eine solche Botschaft ihre Adressaten überhaupt erreichte und wie sie von diesen aufgenommen wurde, ob man damit möglicherweise sogar das Gegenteil des Intendierten provozierte, nämlich: den Konsum als pubertären, wenn nicht gar antifaschistischen Akt der Rebellion attraktiv zu machen, läßt sich schwer sagen. Zumindest einigen der für diese Propaganda Verantwortlichen war auf jeden Fall bewußt, daß sie sich auf sozialpsychologisch heiklem Terrain bewegten und Trotzreaktionen vermeiden mußten. Sie versicherten denn auch, daß es ihnen lediglich um den „Mißbrauch" der Genußmittel gehe, nicht aber darum, jemandem die „Lebensfreude" zu vergällen[35]. Als Reaktion auf die Antitabakpropaganda denkbar ist schließlich auch ein Ausweichen auf andere Genußmittel (mindestens solange diese zur Verfügung standen). Der Zigarettenindustrielle Philipp F. Reemtsma, dessen Konzern bei Kriegsbeginn fast zwei Drittel des „großdeutschen" Verbrauches deckte, will eine solche Substitution in einem Lager für junge Segelflieger beobachtet haben, das sein Sohn 1938 besuchte: Alkohol und Tabak seien dort verboten gewesen, statt dessen habe man „ungeheuerlich" viel Kaffee und Coca-Cola konsumiert[36].

Etwas besser zu erfassen als die Veränderungen der formlosen sind die Veränderungen der formgebundenen Regeln, d. h. die in Erlassen, Gesetzen und Verordnungen niedergelegten prohibitiven Maßnahmen. Es handelte sich dabei nicht um ein von der Partei dekretiertes und zielstrebig umgesetztes Programm, sondern um einzelne Aktionen verschiedenster Körperschaften, wobei auch Hitler selber hin und wieder mit eigenen Anordnungen eingriff. Der Nicht- bzw. Exraucher[37], ein über-

---

[34] Reichs-Gesundheitsblatt (1937), S. 801 f.

[35] Vgl. z. B. Paul Kroschewski in der NS-Beamtenzeitung vom 20. 8. 1939: „Niemand [soll] jener kleinen Genüsse beraubt werden, die viel zur Lebensfreude beitragen. Deshalb geht es bei dem Kampf um die Volksgesundheit niemals grundsätzlich um die Genußmittel, sondern einzig und allein um den Mißbrauch von Tabak und Alkohol, durch den diese erst zu Genußgiften werden." Daß das Rauchen durch die Präventionspolitik zu einem Demonstrationszeichen für politischen Ungehorsam geworden sei, vermutet auch die heutige Sozialmedizin. Sie schießt aber über das Ziel hinaus, wenn sie dieses Widerstandspotential für das Scheitern der Präventionspolitik verantwortlich macht und die kriegsbedingte Steigerung der Nachfrage nach Tabak nicht erwähnt. Vgl. George Davey Smith/Sabine A. Ströbele/Matthias Egger, Smoking and death. Public health measures were taken more than 40 years ago, in: British Medical Journal 310 (1995), S. 369; George Davey Smith/Matthias Egger, Smoking and health promotion in Nazi Germany, in: Journal of Epidemiology and Community Health 51 (1997), S. 109 f.

[36] Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, bearb. von Helmut Heiber, Regesten, Teil I, Bd. 1, München usw. 1983, Nr. 13321, S. 385.

[37] In seiner Jugendzeit in Wien habe er Tag für Tag 25 bis 40 Zigaretten geraucht, sagte Hitler am 11. März 1942. Vgl. Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, hrsg. von Percy Ernst Schramm, Andreas Hillgruber und Martin Vogt, Stuttgart 1963, S. 195. Und weiter: „Es

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



zeugter Vegetarier und notorischer Hypochonder, scheint im Laufe der Zeit eine ausgeprägte Abneigung gegen den Tabak entwickelt zu haben. Martin Bormann, als Leiter der Parteikanzlei einer seiner engsten Vertrauten, bezeichnete ihn 1940 als „scharfe[n] Gegner nicht nur des Nikotinmißbrauchs, sondern überhaupt des Rauchens" – im Speisewagen des Sonderzuges dürfe selbst dann nicht geraucht werden, wenn der Führer abwesend sei[38]. Hitler war davon überzeugt, daß er sich bei einem Aufenthalt in einem verrauchten Lokal zwangsläufig einen Schnupfen holen müßte: „Die Bakterien stürzen sich auf meinen Körper, der Rauch fördert sie, sie gedeihen in der Wärme!"[39] Wie sehr ihm das Nichtrauchen am Herzen lag, illustriert auch seine Gepflogenheit, jedem Angehörigen seines engeren Gefolges, der sich das Rauchen abgewöhnte, eine goldene Uhr zu schenken[40].

Hitlers dezidierte Einstellung gegen das Rauchen hatte selbstverständlich Auswirkungen auf die nationalsozialistische Tabakpolitik, auch wenn diese selbstredend nicht mit Hitlers persönlicher Aversion erklärt werden kann. Zu den Maßnahmen, die direkt auf Hitler zurückgingen, gehörte seine Anweisung vom April 1941, die Anbauflächen für den Tabak „keinesfalls" zu vergrößern[41]. Auch das 1939 erlassene Rauchverbot in den Diensträumen der NSDAP trug seine Handschrift[42]. Die Antitabakpropaganda erfreute sich generell höchster Protektion. Als sich der Reichswirtschaftsminister im Mai 1941 nach der Eröffnung des Tabakwissenschaftlichen Instituts über die „Verunglimpfung der Tabakwirtschaft" beschwerte, ließ ihn die Reichskanzlei wissen, daß die Propaganda gegen den Tabakmißbrauch nicht gehemmt werden dürfe und daß die Volksgesundheit nach Ansicht des Führers über solchen wirtschaftlichen Erwägungen stehe[43].

Ermuntert durch die unzweideutige Haltung des Diktators, erließen verschiedene Teile der NS-Bürokratie prohibitive Maßnahmen. Besonders weitreichend waren die Polizeiverordnungen Heinrich Himmlers vom 9. und 18. März 1940, die den Ju-

---

ist nicht richtig zu glauben, der Soldat draußen könne nicht leben, ohne zu rauchen. Es war ein Fehler [...], daß wir zu Beginn des Krieges damit angefangen haben, jedem Soldaten täglich soundso viel Rauchwaren zu geben. Jetzt kann man nicht mehr zurück. Aber sobald Friede ist, soll mir das aufhören. Wir brauchen unsere Devisen zu etwas Besserem als dazu, Gift bei uns einzuführen. Mit der Jugend will ich anfangen. Man braucht ihr nur zu sagen, nehmt Euch kein Beispiel an den Alten, es geht auch so!".

38 BA Berlin, 21.01/B 9014, Bormann an Amann, 16.12.1940. In der Gegenwart Hitlers verzichtete der Raucher Bormann auf die Zigarette. Auch Hitlers Geliebte Eva Braun rauchte nur im verborgenen.

39 Werner Jochmann (Hrsg.), Adolf Hitler. Monologe im Führer-Hauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, München 1980, S. 218.

40 Vgl. John Toland, Adolf Hitler, Bergisch Gladbach 1977, S. 920. Hitler unterstützte auch das Jenaer Tabakinstitut. Vgl. Smith/Ströbele/Egger, Smoking and death (wie Anm. 35).

41 Akten der Partei-Kanzlei, Teil I, Bd. 1, Nrn. 14937, S. 574 und 17611, S. 938. 1938 produzierten die 69000 deutschen Pflanzer 350000 dz dachreifen Tabaks; ihre Ernte entsprach damit etwa einem Drittel des Gesamtbedarfes der deutschen Tabakindustrie. Vgl. Günther Stahl, Der deutsche Tabak, in: Wirtschaft und Arbeit 10 (1941), S. 251 ff.

42 Reine Luft, Heft 2 (1941), S. 125.

43 Akten der Partei-Kanzlei, Teil I, Bd. 1, Nr. 14971, S. 579.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



gendlichen unter 18 Jahren den „Gebrauch von Tabakwaren in der Öffentlichkeit" untersagten[44]. Hermann Göring verbot den Angehörigen der ihm unterstellten Luftwaffe im April 1939 das Rauchen an bestimmten Orten, so „auf offener Straße innerhalb von Ortschaften", eine Bestimmung, die er 1941 „für die Dauer des Krieges" wieder rückgängig machen mußte[45]. Der Oberbefehlshaber des Heeres verzichtete von vornherein auf ein formelles Verbot. Er appellierte lediglich an das Pflichtbewußtsein der Soldaten, „die Gesundheit mit allen Mitteln zu erhalten", und forderte sie auf, sich „Ausschweifungen aller Art" zu enthalten[46]. Unter Soldaten gehörte das Rauchen zu einem ganzen Set lebensweltlicher Normen, Wertvorstellungen und Ritualen; die „letzte Zigarette" wurde vor gefährlichen Einsätzen geteilt, und mit ihrer Hilfe evozierte man, vielleicht ein letztes Mal, Kameradschaft, Gemeinsamkeit und Geborgenheit.

Stark umstritten waren die Einschränkungen der Tabakwerbung. Auf der „Reichstagung" über „Volksgesundheit und Genußgifte", die im März 1939 15 000 Menschen aus ganz Deutschland für drei Tage nach Frankfurt a. M. brachte und die in der Presse großen, vermutlich vom Propagandaministerium inszenierten Widerhall fand, war die Werbung für Alkohol und Tabak ein zentrales Thema, und man forderte nachdrücklich deren „Kontrolle"[47]. In Verhandlungen zwischen dem Propagandaministerium und dem Reichsgesundheitsamt wurde im Mai 1939 ein erstes Reglement aufgestellt. Werbung, die sich an Jugendliche und Frauen wandte, war künftig verboten; untersagt wurden auch bestimmte Aussagen und Behauptungen (zum Beispiel über die Harmlosigkeit leichter Zigaretten) sowie Bildmotive; die Tabakwerbung mußte nun unter anderem auf Sportler oder allgemein auf „Männer, die als Vorbild für Jugendliche gelten und gelten sollen", verzichten[48]. Diese Vorschriften wurden nach und nach ausgebaut. Auf Anordnung Hitlers unterband Max Amann, der Reichsleiter der NSDAP für die Presse, Ende 1940 „jede Werbung für Tabakerzeugnisse im Textteil der Zeitungen"; gestoppt wurde auch die Werbung per Film[49]. Am 17. Dezember 1941 erließ der Präsident des Werberates der deutschen Wirtschaft nach Besprechungen mit verschiedenen Ministerien sowie mit der betroffenen Industrie ein neues, noch weitergehendes Regelwerk. Die Tabakreklame wurde quasi aus dem öffentlichen Raum verbannt: Weder in Verkehrsmitteln noch auf Plakaten oder Schildern, weder mittels Lautsprecherwagen noch durch Postwurfsendungen durfte fortan für das Rauchen geworben werden[50]. Diese Einschränkungen mögen, selbst mit heutigen Maßstäben gemessen, hart erscheinen; ob sie sinnvoll waren in einer Zeit, in der die Nachfrage das Angebot sowieso deutlich überstieg – das ist eine andere Frage.

---

[44] Reine Luft, Heft 2 (1941), S. 124.

[45] Vgl. Münchener Neueste Nachrichten vom 6./7. 4. 1939 und Bremer Nachrichten vom 21. 4. 1941.

[46] Vgl. Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege, Heft 3 (1939).

[47] Vgl. Frankfurter Zeitung vom 4. 3. 1939.

[48] Reichs-Gesundheitsblatt (1939), S. 626 f. (das Reglement im Wortlaut).

[49] BA Berlin, 21.01/B 9014, Amann an Bormann, 20. 12. 1940. Vgl. auch Akten der Partei-Kanzlei, Teil I, Bd. 1, Nr. 14755, S. 550.

[50] Reichs-Gesundheitsblatt (1942), S. 95 f.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



## 4. Die Gegenstrategie der Tabakindustrie

Selbstverständlich setzte die deutsche Tabakindustrie alle Hebel in Bewegung, um diese institutionellen Veränderungen abzublocken oder durch geschickte Anpassung zu unterlaufen. Ihre nationale Gesinnung und Regimetreue stellte sie 1935 mit Sammelbildchen deutscher Helden, Sagengestalten und Landschaften sowie mit einem Prachtband zur Glorifizierung des „Führers" unter Beweis[51]. Existenzbedrohend war die Präventionspolitik allerdings nie: Der Tabakmarkt erlebte in der ersten Hälfte des Krieges eine einzigartige Konjunktur, und die massive Drosselung der Produktion in der zweiten Hälfte des Krieges war nicht etwa die Folge gezielter Politik, sie ergab sich schlicht aus den kriegsbedingten Umständen.

Beunruhigend war die Präventionspolitik für die Industrie aber schon. 1941, als die Antitabakbewegung viel von sich reden machte, herrschte gar eine gewisse Resignation. Auf der Tagung, die zur Eröffnung des Tabakwissenschaftlichen Instituts veranstaltet wurde, kursierten Gerüchte, der Großindustrielle Reemtsma wolle sich aus dem Tabakgeschäft zurückziehen und seinen Konzern an den Staat verkaufen[52]. Tatsächlich meinte Reemtsma im November 1941 vor der Fachgruppe Zigarettenindustrie, daß man nicht gegen eine von der Staatsführung gewünschte Bewegung auftreten könne und daß die Antinikotinbewegung auch erfolgreich sein werde. Als Ersatz für den Wegfall des einheimischen Marktes müsse man auf lange Sicht „in anderen Räumen" einen Ausgleich finden, und „als solcher Ausgleichsraum käme [. . .] wohl nur Rußland in Frage"[53]. Eine solche Kapitulation kam, sofern sie denn überhaupt ernst gemeint war, zu früh. Wie im Laufe des Jahres 1941 klar wurde[54], war die deutsche Tabakindustrie für die Dauer des Krieges vor wirklich ernsthaften Einschränkungen sicher, und in der Sitzung, in der über die Einführung der Tabakkarte entschieden wurde, hieß es unverblümt: „Ideologien sind für die Zeit nach dem Kriege zurückzustellen."[55]

Neben der Politik im engeren Sinne, zum Beispiel dem Versuch, staatliche Zuwendungen an die Tabakgegner zu unterbinden[56], verfolgte die Industrie auch andere

---

[51] Vgl. Stünzner, Psychosoziale Bedingungen des Rauchens, S. 30.

[52] BA Berlin, 21.01/B 9014, Aschenbrenner an das Reichsfinanzministerium. Einen guten Nährboden für solche Gerüchte bildeten die Bestrebungen zur Einführung eines staatlichen Tabakmonopols. Vgl. auch Anm. 71.

[53] Ebenda, 21.01/B 1911.

[54] Vgl. Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, bearb. von Peter Longerich, Regesten, Teil II, Bd. 4, München usw. 1992, Nr. 41188, Bormann an Goebbels, S. 142, sowie BA Berlin, 50.01/1 g, Bl. 104, Votum Goebbels.

[55] BA Berlin, 31.01/11882, Sitzung vom 5. 12. 1941, Votum Gauleiter Kaufmann; indirekte durch direkte Rede ersetzt.

[56] Hatte sich das Reichsfinanzministerium auf Ersuchen der Industrie und im Interesse der Tabaksteuer früher beim Innenministerium gegen die finanzielle Unterstützung der Tabakgegner zur Wehr gesetzt, verzichtete es nach 1933 auf entsprechende Interventionen. Vgl. BA Berlin, 21.01/B 9013, u. a. den „Vermerk" vom 15. 5. 1939.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Strategien, um die Bemühungen der Protagonisten der Prävention oder generell: der medizinischen Kritik am Rauchen ins Leere laufen zu lassen. Im Vordergrund standen dabei produktebezogene Bestrebungen, insbesondere der Versuch, die schädlichen Wirkungen des heftig angefeindeten Nikotins zu minimieren oder gar zu neutralisieren. So erlebte etwa der Anbau nikotinarmer Tabake in den dreißiger Jahren eine erste Blüte[57]. In einem Brief an die wirtschaftspolitische Kommission der NSDAP brüstete sich Philipp F. Reemtsma im Februar 1939 damit, daß er den Nikotingehalt der von ihm verwendeten orientalischen Tabake in den letzten zehn Jahren um 35 Prozent gesenkt habe[58]. Mit den Bezeichnungen „nikotinfrei" und „nikotinarm" wurde allerdings auch viel Schindluder getrieben, so daß sie 1939 in einer Verordnung definiert und gesetzlich geschützt werden mußten. Gleichzeitig wurden Bezeichnungen wie „giftfrei" oder „entgiftet" sowie alle Epitetha mit „Gesundheit" für die Charakterisierung von Tabakprodukten untersagt[59].

Neben der Beeinflussung des Rohstoffes stand die Behandlung des Rauches, also dessen Filtrierung im Brennpunkt der Anstrengungen zur technischen Verbesserung des Genußmittels Tabak. Nachdem sich schadstoffabsorbierende Mundstücke und Zigarettenhalter schon seit langem eingebürgert hatten, kam 1934 die erste richtige Filterzigarette auf den Markt, die F 58 der Firma Kosmos in Dresden[60]. Das Laboratorium des Hauses Reemtsma arbeitete acht Jahre an der Entwicklung eines Zigarettenfilters, der schließlich 80 Prozent des Nikotins zurückbehielt – angeblich ohne Beeinträchtigung des Geschmacks[61]. Allerdings zogen auch diese nikotinarmen Zigaretten Kritik auf sich. Ein „Schulungsbrief" der NSDAP warnte vor ihnen, da sie „meist die gleiche Wirkung auf den Menschen entfalten wie normale"[62].

Die Antwort der Tabakindustrie auf die Prävention erschöpfte sich nicht in politischer Lobbyarbeit und in der Entwicklung leichter, „gesundheitsverträglicherer"[63] Produkte, die Industrie bemühte sich überdies darum, für ihre Selbstvergewisserung und für die ihrer Kundinnen und Kunden eine eigene, selbstverständlich ebenfalls „wissenschaftlich" fundierte Ideologie bereitzustellen (sofern dies angesichts der Zen-

---

57 Um die Tabakzüchtung verdient machte sich damals besonders die unter der Leitung von Prof. Paul Koenig stehende Reichsanstalt für Tabakforschung in Forchheim bei Karlsruhe.

58 Akten der Partei-Kanzlei, Teil I, Bd. 1, Nr. 13321, S. 385.

59 Vgl. dazu Wilhelm Preiss, Verordnung über nikotinarmen und nikotinfreien Tabak, Berlin 1939. Diese Verordnung des Innen- und des Ernährungsministeriums wurde mit dem einige Tage später erlassenen Reglement des Werberates (vgl. Anm. 48) koordiniert. Preiss war der Mann, der sich im Reichsgesundheitsamt auf den Tabak spezialisiert hatte. Vgl. z. B. seine Abhandlung: Zur Kenntnis des Rauchens, in: Zeitschrift für Untersuchung der Lebensmittel 72 (1936), Heft 2, S. 196–212.

60 BA Berlin, 21.01/B 1911, Niederschrift der Beiratssitzung vom 18. 11. 1941, S. 27.

61 Akten der Partei-Kanzlei, Teil I, Bd. 1, Nr. 13321, S. 385. Die Lancierung des Produktes solle „in einigen Monaten" stattfinden, schrieb Reemtsma Ende Februar 1939.

62 „Deutscher – merk' Dir das!" (Schulungsbrief der NSDAP, Nr. 2, 1939, S. 73). Als Autor zeichnete Dr. F. Lickint.

63 Auch heute ist die Medizin gegenüber dieser Art der Prävention skeptisch. Beobachtet wurden u. a. folgende Kompensationsvorgänge: mehr Zigaretten rauchen, tiefer inhalieren, die Zigaretten ganz, d. h. bis auf einen kleinen Stummel abrauchen. Vgl. Hess, Rauchen, S. 67 ff.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



sur überhaupt möglich war). Diesem Zweck diente die Internationale Tabakwissenschaftliche Gesellschaft, die 1938 in Bremen, der Hochburg des deutschen Tabakhandels, entstand und der nach und nach die meisten Unternehmen der Tabakbranche beitraten[64]. Bausteine zu einer Apologie des Rauchens lieferten die Monographiae Nicotianae, die von der Gesellschaft herausgegebenen Publikationen, in denen die gegnerische Kritik entkräftet werden sollte. In deren Zentrum stand das besonders dem Nikotin innewohnende, Abhängigkeit erzeugende Potential, das – vor allem bei „erbbedingter Bereitschaft" – zu einer unkontrollierbaren Sucht führen könne, zur sogenannten Tabaksucht, die man nun – analog zum Alkoholismus oder zum Morphinismus – als „Tabakismus" oder „Nikotinismus" zu bezeichnen begann[65]. Die Tabakkritiker profitierten davon, daß die von ihnen getroffene Unterscheidung zwischen tolerierbarem Genuß und zu beanstandender Sucht viel Interpretationsspielraum offenließ.

Genau hier setzten freilich auch die Publikationen der Tabakindustrie an. Das inkriminierte Genußmittel mache nicht süchtig, es diene lediglich dazu, die neurotische Disposition des Süchtigen an den Tag zu bringen. Wer den Süchtigen durch ein Verbot des „Suchtmittels" heilen wolle, huldige einem „Dämonenglauben". „Der Versuch, die Sucht durch Verbot der ‚Suchtmittel' zu bekämpfen, ist praktisch Exorzismus, Teufelsaustreibung", schrieb der Schriftleiter der Monographiae Nicotianae, Helmuth Aschenbrenner[66]. Immerhin akzeptierten aber auch die Experten der Industrie einen möglichen „Mißbrauch" des Tabaks. Der „Abusus" war in ihren Augen allerdings genauso abzulehnen wie die militante „Abstinenz". Ein Psychobiologe mit dem Namen Hans Lungwitz stellte die Abstinenz mit dem Abusus auf eine Stufe und erklärte beide zur „Perversion"[67]. Zum Normfall stilisiert wurde hingegen der „gelernte" und „biologisch gesunde" Tabakkonsument, jener Durchschnittsmensch, der – wie es ein anderer Experte der Industrie[68] ausdrückte – von Natur aus und bedauerlicherweise solange auf die „Stütze der Genußmittel" angewiesen sei, wie er sich noch nicht zu einem „Übermenschen" entwickelt habe.

Entsprechend dieser Ideologie kannte die Tabakwerbung – so ist zu vermuten[69] –

---

[64] Vgl. Helmuth Aschenbrenner/Günther Stahl, Handbuch des Tabakhandels, Berlin ²1944, S. 67.

[65] Dazu ausführlich Joh. Kriele, Ärztliche Gedanken zur Bekämpfung der Tabakschäden, in: Der Öffentliche Gesundheitsdienst 3 (1937/38), S. 385–388; Pfeuffer, Gesundheitliche Gefahren des Tabakgebrauchs, in: Ebenda 7 (1941), S. 513–516.

[66] Aschenbrenner/Stahl, Handbuch des Tabakhandels, S. 533. Vgl. auch Helmuth Aschenbrenner, Die Genußpharmaka (Genußmittel und Genußgifte), die Gründe ihres Gebrauches, ihre Geschichte und die Ursachen ihrer Bekämpfung, Bremen 1941.

[67] Tabak und Neurose, Bd. 2 der Monographiae Nicotianae, o. O. und o. J. (Bremen 1942) (MS), S. 144.

[68] Vgl. Adolf Wenusch, Warum raucht der Mensch?, I. Preisfrage des Luigi Bernardini-Gedächtnispreisausschreibens, eingereicht im März 1942, Wien o. J. (1942, Austria Tabakwerke AG), S. 69.

[69] Analog zur Schweiz vgl. Hengartner/Merki, Heilmittel, Genußmittel, Suchtmittel, S. 399 ff. Eine Analyse der Süddeutschen Tabakzeitung oder ähnlicher Publikationen könnte diese Vermutung bestätigen bzw. widerlegen. Ebenfalls interessieren müßten in diesem Zusammenhang die Auswirkungen der Präventionsideologie auf die Ikonographie der rauchenden Frau (in Spielfilmen, in den Printmedien und in der Werbung). Vgl. dazu nun Sabina Brändli, „Sie rauchen wie ein Mann, Madame." Zur Ikonographie der rauchenden Frau im 19. und 20. Jahrhundert, in: Thomas

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



nur ein wichtiges Leitmotiv: den übermäßig-süchtigen Konsum ignorieren und das bewußte, mäßige Genießen verabsolutieren. In einem solchen Konzept hatte selbst das Kokettieren mit der Antitabakbewegung Platz. Als im Sommer 1941 die Nachfrage nach Zigaretten kaum mehr befriedigt werden konnte, forderte die Martin Brinkmann GmbH, der nach Reemtsma größte Zigarettenkonzern Deutschlands, seine Kundinnen und Kunden auf, nicht zu hamstern – „etwas weniger rauchen kommt nur ihrer Gesundheit zugute"; das wichtigste sei schließlich die „unverändert hohe Qualität" der Marke „Alva". Mit diesem Aufruf zur Mäßigung verstieß die Firma keineswegs gegen ihre eigenen Interessen. Ihr Ziel war nicht ein schnödes Umsatzplus, mit ihrer „bedingungslosen Aufrichtigkeit" vom Typ „volksverpflichtete Werbung" hatte sie es, wie der für die Kampagne Verantwortliche offenherzig zugab[70], auf etwas viel Wertvolleres abgesehen: auf das „Vertrauen" der Konsumenten.

## 5. Die Steuerung des zivilen Konsums

Zielgerichtete und effektive Maßnahmen zur Verringerung des Konsums blieben, wie schon erwähnt, im Dritten Reich aus, obwohl das dafür nötige wirtschaftspolitische Instrumentarium eigentlich vorhanden gewesen wäre. Die schon Ende der zwanziger Jahre stark kartellierte Tabakindustrie wurde Mitte der dreißiger Jahre in einer sogenannten Fachgruppe, in einer der typischen Zwangskörperschaften der nationalsozialistischen Wirtschaft zusammengefaßt; ohne sie hätte sich weder die Kontingentierung der Produktion noch die Lenkung des Absatzes realisieren lassen. Die von Hitler geforderte Einführung eines staatlichen Tabakmonopols zögerte das Reichsfinanzministerium allerdings immer wieder hinaus, und zwar solange, bis sie im totalen Krieg wegen drängenderer Probleme von der Traktandenliste verschwand[71].

Seit dem 11. September 1939 lag auf allen Tabakwaren – zusätzlich zur herkömmlichen Steuer – ein massiver Kriegszuschlag. Er betrug zunächst 20, seit dem 3. November 1941 sogar 50 Prozent des Kleinhandelspreises. Um Kaufkraft abzuschöpfen und die drohende Inflation abzuwenden, drängte das Reichsfinanzministerium auch in den folgenden Jahren auf eine Erhöhung dieser und anderer Sondersteuern[72]. Aus Rücksicht auf die Stimmung der Bevölkerung wurden diese Pläne jedoch nicht in die Tat umgesetzt. Noch im April 1945, als die Finanzwirtschaft des Dritten Reiches

---

Hengartner/Christoph Maria Merki (Hrsg.), Tabakfragen. Rauchen aus kulturwissenschaftlicher Sicht, Zürich 1996, S. 83–109.

[70] Vgl. Hiemstra, Volksverpflichtete Werbung, in: Deutsche Werbung 17 (1941), S. 516f.

[71] Vgl. Akten der Partei-Kanzlei, Teil I, Bd. 1, Nr. 15604, S. 660, und Bd. 2, Nrn. 26207, S. 791 und 26281, S. 801; Teil II, Bd. 4, Nr. 42712, S. 322. Für den Sitz des künftigen deutschen Tabakmonopols interessierte sich vor allem der Wiener Gauleiter Baldur von Schirach – in Österreich hatte es vor 1938 ein staatliches Tabakmonopol gegeben.

[72] Vgl. Willi A. Boelcke, Die Kosten von Hitlers Krieg, Paderborn 1985, S. 99; BA Berlin, 21.01/B 1911, Tätigkeitsbericht von Hauptgeschäftsführer Jacob, November 1941.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



längst in Auflösung begriffen war, verlangte Hitlers Finanzminister, Graf Schwerin von Krosigk, eine Verzehnfachung des Kriegszuschlages auf Tabakwaren[73]. Die Zuschläge von 1939 und 1941 waren aber nicht etwa gesundheitspolitisch, sondern rein finanzpolitisch motiviert; eine mögliche Verringerung des Konsums durch steuerpolitische Abschreckung[74] stand nie zur Diskussion.

Trotz der Verteuerung der Tabakwaren[75] nahm deren Verbrauch auch nach 1939 zu – ganz im Gegensatz zu den meisten anderen Gütern, deren Konsum bereits in der Anfangsphase des Krieges drastischen Einschränkungen unterlag[76]. Erste Versorgungsprobleme mit Rohtabak traten im März und April 1940 auf, zu einer Zeit, als die deutsche Zigarettenindustrie 20 Prozent mehr produzierte als in der Vorkriegszeit. Die Industrie zehrte fortan von den Vorräten, die sie vor dem Krieg angelegt hatte[77]. Auch die Beute, die man auf dem Balkan und speziell in Saloniki machte, entspannte die Lage auf dem Rohtabakmarkt kaum. Im Mai 1941 lief die deutsche Zigarettenindustrie auf Hochtouren; kurz vor dem Überfall auf Rußland produzierte sie 50 Prozent mehr als in der Vorkriegszeit[78].

Im Sommer 1941 spitzte sich die Lage zu. Der nun einsetzenden Drosselung der Produktion infolge Rohstoff-, Brennstoff- und Arbeitskräftemangels stand eine unvermindert hohe, ja eher noch steigende Nachfrage gegenüber. In den Städten bildeten sich vor den Tabakwarenläden lange Schlangen, was man im Propagandaministerium mit Sorgen vermerkte. Die Wehrmacht, die 1940 weniger als ein Sechstel der gesamten Produktion auf sich gezogen hatte, verbrauchte mittlerweile, im Herbst 1941,

---

[73] Vgl. Akten der Partei-Kanzlei, Teil I, Bd. 2, Nr. 28578, S. 1088. Die Einnahmen aus den Kriegszuschlägen auf dem Tabak betrugen: 2 Mia RM (1942), 1,84 Mia RM (1943) und 1,3 Mia RM (1944), in: Ebenda. Hinter der letzten Finanzvorlage vom Frühling 1945 stand eher die Sorge um einen geregelten Neuanfang als das Bemühen um eine ohnehin sinnlos gewordene Kurskorrektur der Kriegsfinanzpolitik. Vgl. Ludolf Herbst, Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945, Stuttgart 1982, S. 420 ff.

[74] Das Ziel wäre gewesen, über eine staatlich gesteuerte Verteuerung des Konsums das Rauchen und damit die von ihm verursachten gesundheitlichen Schäden einzudämmen. Vgl. dazu Cay Folkers, Steuer und Subventionen als Instrumente zur Beeinflussung des Ernährungsverhaltens, in: Berichte über Landwirtschaft 66 (1988), S. 236–255, bes. S. 251. Immerhin dürften die Monopolpläne Hitlers zu einem nicht geringen Teil gesundheitspolitisch inspiriert gewesen sein. Vgl. Hubert Weischenberg, Das Problem eines deutschen staatlichen Tabakmonopols in der Gegenwart, Diss. Marburg 1945, S. 89 ff.

[75] An und für sich waren die Kleinhandelspreise seit Mitte 1939 eingefroren. Vgl. BA Berlin, 21.01/B 1911, Tätigkeitsbericht Jacob.

[76] Vgl. dazu Richard J. Overy, War and Economy in the Third Reich, Oxford 1994, S. 274 ff. und passim. Overy räumt mit den Vorstellungen einer Blitzkriegswirtschaft auf, die noch 1940 friedensähnlich organisiert gewesen sei.

[77] BA Berlin, 21.01/B 1911, Beiratssitzung vom 26. 11. 1940.

[78] BA Berlin, 50.01/1g, Bl. 100. Auch die Rauchtabakindustrie produzierte mehr als in der Vorkriegszeit, allerdings nur etwa 5 % (Zeitraum Mai 1940/Dezember 1941). Die Zigarrenindustrie schließlich schränkte ihre Produktion schon vor Mitte 1941 deutlich ein (10 bis 20 % weniger als in der Vorkriegszeit). Vgl. Ebenda, 31.01/11882, Bericht Koelfen an Funk vom 9. 12. 1941.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



ein Viertel[79]. Die Präventionsgeister, die man gerufen hatte, wurde man nun nicht mehr los: Die Verbraucherinnen und Verbraucher wollten einfach nicht wahrhaben, daß die Belieferung mit Tabakwaren nach wie vor umfangreicher war als in der Vorkriegszeit, und in der Antitabakbewegung sahen sie fälschlicherweise den eigentlichen Verursacher der Verknappung[80]. Auch mit Ermahnungen zu besonnenem Verhalten war der allmählich außer Rand und Band geratende Markt nicht mehr unter Kontrolle zu bringen. In Berlin ließ die Wirtschaftsgruppe Tabak Plakate anschlagen, die die Käuferinnen und Käufer vom Hamstern abhalten sollten: „Zigaretten sind in genügender Menge vorhanden. Kaufen Sie aber nicht mehr auf einmal als Sie unmittelbar gebrauchen."[81]

Um trotz zunehmender Schwierigkeiten eine gleichmäßige und „gerechte" Versorgung sicherzustellen, nahm man schließlich zu jener Maßnahme Zuflucht, gegen die sich die Industrie lange Zeit gesträubt hatte: zur Regulierung des Absatzes mittels Karten. Der Einführung einer Absatzkontrolle auf Landesebene im September 1941[82] folgte im Januar 1942 ein reichseinheitliches Arrangement. Die entsprechenden Modalitäten wurden am 5. Dezember 1941 in einer Sitzung unter der Leitung von Reichswirtschaftsminister Walther Funk festgelegt[83]. Wie weit man den Kreis der Versorgungsberechtigten ziehen sollte, erwies sich dabei als die heikelste Frage. Durfte man die Nichtraucher von der Versorgung ausschließen, und wenn ja, wie? Die Vertreter der verschiedenen Ministerien entschieden sich nach längerem Hin und Her gegen ein System, das – über eine Stammkundenliste bei ihrem Händler – ausschließlich die Raucher berücksichtigt hätte. Statt dessen wurde die Kontrollkarte an alle abgegeben, die sie beantragten und älter waren als 18 (bei den Männern) oder zwischen 25 und 55 (bei den Frauen). Die Karte, die im Vier-Wochen-Rhythmus ausgehändigt wurde, berechtigte lediglich zum Bezug einer bestimmten Menge Tabak, sie garantierte ihn aber nicht. Da die Karte auch von Nichtrauchern bezogen werden konnte, wurde sie rasch zu einem begehrten Geschenk- und Tauschgegenstand, und hier lag, wie noch zu zeigen sein wird, eine wichtige Ursache für die spätere Aufwertung der Zigarette zum Währungsersatz.

Die Einbeziehung der Frauen war ebenfalls stark umstritten – und zwar bis Kriegsende. Der Bund zur Bekämpfung der Tabakgefahren plädierte dafür, die Frauen „grundsätzlich von dem Bezug der Tabakkarte aus[zu]schließen, da Tabakgebrauch die Gesundheit der Frau schädigt, und die Möglichkeit für sie, Mutter zu werden, verhindern kann"[84]. In Sachsen, wo man im Herbst 1941 eine solche Regelung angekündigt hatte, mußte man schließlich dem empörten Protest der rauchenden Frauen – namentlich in den Rüstungsbetrieben – nachgeben[85]. Bei der Festset-

[79] Durchschnitt aller Tabakprodukte in: Ebenda.
[80] Vgl. Hiemstra, Volksverpflichtete Werbung.
[81] BA Berlin, 21.01/B 9014, Bl. 45.
[82] Vgl. BA Berlin, 21.01/B 9127, Runderlaß des Reichswirtschaftsministers vom 3. 9. 1941.
[83] BA Berlin, 31.01/11882, Protokoll.
[84] BA Berlin, 21.01/B 9014, Vorschläge.
[85] Ebenda, Beiratssitzung vom 18. 11. 1941.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



zung der Mindestaltersgrenze lagen propaganda- und gesundheitspolitische Überlegungen miteinander im Konflikt. Während die Gesundheitspolitik nach einer hohen Grenze verlangte, sprachen sich die Vertreter der Wehrmacht und des Propagandaministeriums für eine möglichst niedrige Altersgrenze aus; ihnen ging es dabei um die „Liebesgabesendungen" junger Frauen an die Soldaten an der Front[86]. Mit 25 Jahren wurde ein eher hohes Mindestalter festgesetzt, doch konnten jüngere Frauen ebenfalls eine Tabakkarte beziehen – sofern sie bereits verheiratet und ihre Männer im Felde waren. Frauen über 55 erhielten nur dann eine Karte, wenn sie nachweisen konnten, daß ihr Ehemann oder mindestens ein unverheirateter Sohn eingezogen war. Im Sommer 1942 mußte man schließlich auch den über 55jährigen Raucherinnen entgegenkommen. Sie bekamen fortan eine Karte, wenn sie ihr Bedürfnis glaubhaft machen konnten und folgende Erklärung unterschrieben: „Ich versichere wahrheitsgemäß, daß ich an den Genuß von Tabak gewöhnt bin und daher [. . .] Tabakwaren zum eigenen persönlichen Verbrauch benötige."[87]

Selbstverständlich kam es bei einem System mit so vielen Ausnahme- und Sonderbestimmungen[88] zu Ungerechtigkeiten, Betrügereien und Härtefällen. So beklagte sich ein gewisser W. Orthmann bei dem „sehr geehrten Herrn Minister", daß seine 59 Jahre alte Frau keine Tabakkarte mehr erhalte, seit der letzte Sohn gefallen sei. Während alle jüngeren Frauen eine Karte bekämen, „auch jedes dumme Ding", wenn es nur verheiratet sei, werde die Karte jener Mütter über 55, die ein, zwei oder noch mehr „Opfer" gebracht hätten, einbehalten: „Sehr geehrter Herr Minister, entschädigen Sie diese Mütter durch eine andere Wohltat, geben Sie diesen Müttern eine monatliche Portion Kaffee, [. . .], denn jede Frau trinkt gerne mal ein Täßchen, um traurige Erinnerungen zu verscheuchen. Sie werden damit im deutschen Volke einen Jubel erwecken!"[89] Auf der anderen Seite weckten rauchende Frauen auch viel Unmut. Der Zorn der rauchenden Männer richtete sich vor allem gegen die „Damen der ‚höheren Stände', die sich dem Nikotin ergeben hatten"[90]; er traf also die Frauen, die „oft stundenlang in den Kaffeehäusern sitzen und eine Zigarette nach der andern rauchen"[91]. Noch mehr Anstoß erregten allerdings jene Frauen, die mit ihren Karten Wucher trieben bzw. treiben mußten. Auf sie hatte es ein Feldwebel namens Göring abgesehen, als er 1943 im Namen einiger Kameraden den Wirtschaftsminister wutentbrannt wissen ließ: „Was braucht so ein Weib eine Raucherkarte, die nie in ihrem Leben geraucht hat."[92]

---

[86] BA Berlin, 31.01/11882, Protokoll; bes. Votum von Hanneken.

[87] Ebenda, Runderlasse des Reichswirtschaftsministers vom 3.7. 1942 sowie vom 14.8. 1942.

[88] Sonderbestimmungen gab es u.a. auch für die Belieferung der weiblichen Mitglieder religiöser Orden oder für die Belieferung von Kranken, denen der Arzt das Rauchen verboten hatte.

[89] BA Berlin, 31.01/11886, W. Orthmann an den Reichswirtschaftsminister, 27.10. 1944; dort auch weitere Beispiele.

[90] Ebenda, Brief an das Reichswirtschaftsministerium betreffend Raucherkarte, ohne Absender und ohne genaues Datum [1943?].

[91] BA Berlin, 21.01/B 9127, Stimmen zur Lage der Tabakwarenversorgung, ca. November 1941.

[92] BA Berlin, 31.01/11886, November 1943.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Mit Verständnis konnten hingegen die Frauen rechnen, die in der Industrie arbeiteten und die nun die Zigarette als neues, auf die Anforderungen ihrer Tätigkeit abgestimmtes Genußmittel entdeckten. Die Zigarette trat dabei meistens an die Stelle anderer Genußmittel, die – wie der Kaffee oder die Schokolade – praktisch aus dem Alltag verschwunden waren. Diesen Frauen war es zuzuschreiben, daß sich das Reichswirtschaftsministerium trotz Lieferschwierigkeiten bis zum Schluß weigerte, den Aufforderungen der Landeswirtschaftsämter nachzukommen und die Belieferung der Frauen „im Interesse einer Erhöhung der Männerportionen"[93] einzustellen. Allerdings hatte die Versorgung der Männer in der Schlußphase des Krieges eindeutig Priorität; spätestens seit Herbst 1944 zählten deren Karten doppelt soviele Abschnitte wie die der Frauen[94]. Eigene Regeln galten allerdings immer für die Wehrmacht. Sie profitierte bei der Versorgung mit Genußmitteln von zahlreichen Privilegien und beanspruchte in der letzten Phase des Krieges alleine ein Drittel[95] der gesamten Tabakproduktion für sich.

Wie sich der deutsche Tabakverbrauch zwischen 1942 und 1945 entwickelte, läßt sich kaum noch eruieren[96]. Schon Anfang 1942 sollen für die Versorgung der Zivilbevölkerung nur noch halb soviele Raucherwaren verfügbar gewesen sein wie zu Beginn des Sommers 1941[97]. Im Zuge der allgemeinen Rationalisierungsmaßnahmen wurden im April 1942 60 von 88 Zigarettenfabriken stillgelegt; gleichzeitig verschwanden 350 von 500 Zigarettenmarken. Nach und nach wurden alle teuren Zigaretten vom Markt genommen, und ab Oktober 1944 durfte nur noch die Vier-Pfennig-Zigarette produziert und in einer genau vorgeschriebenen Einheitspackung vertrieben werden[98]. Auch die Zahl der Rauchtabak produzierenden Unternehmen verringerte sich massiv (von 700 in der Vorkriegszeit auf 120 Mitte 1944), während die Struktur der Zigarrenindustrie mit ihrer hohen Lohn- und Arbeitsintensität nahezu unverändert erhalten blieb[99].

Standen pro Kopf der Zivilbevölkerung zu Beginn des Jahres 1942 monatlich 48 Zigaretten, drei Zigarren und 19 Gramm Rauchtabak zur Verfügung[100], hatte ein deutscher Mann im Frühling 1945 – allen Produktions- und Lieferschwierigkeiten zum Trotz – noch immer Anspruch auf durchschnittlich zwei Zigaretten pro Tag[101].

---

93 BA Berlin, 31.01/11888, Vermerk über die Verbrauchsregelungstagung in Marienbad am 29.9. 1944; vgl. auch BA Berlin, 31.01/11882, Runderlaß Koelfen vom 27.5. 1943.

94 BA Berlin, 31.01/11885. Daß die deutsche Frau „stets die halbe Männerration an Tabakwaren" erhalte, soll ein „Wunsch des Führers" gewesen sein. Vgl. BA Berlin 31.01/11887, Bl. 12.

95 Vgl. Akten der Partei-Kanzlei, Teil I, Bd. 2, Nr. 28578, S. 1088.

96 Die Reichsstelle Kaffee und Tabak – als staatliche Koordinationsorganisation noch Mitte 1944 mit 214 Angestellten dotiert – hat kaum Akten hinterlassen. Vgl. Bundesarchiv Koblenz (künftig: BA Koblenz), R 8/XII. Die statistische Arbeit sei eingestellt worden, hieß es am 3.8. 1944; BA Berlin, 31.01/11882. Nachforschungen auf lokaler Ebene könnten die erwähnte Lücke schließen helfen.

97 Ebenda, Bericht Koelfen.

98 Ebenfalls erlaubt blieb die Produktion der $2^1/_2$-Pfennig-Zigarette aus schwarzem Tabak. Vgl. Weischenberg, Das Problem, S. 13.

99 Ebenda, S. 37, 91.

100 BA Berlin, 31.01/11882, Sitzung vom 5.12. 1941; Angabe Reemtsma.

101 BA Berlin, 31.01/11885.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Allerdings bestand dieser Anspruch mitunter bloß auf dem Papier. Überdies traten bei der Versorgung mit Tabakwaren in den letzten Monaten des Krieges große regionale Unterschiede auf, insbesondere bei jenen Zusatzlieferungen, mit denen man den Opfern von Bombenangriffen über den ersten Schock hinweghelfen wollte[102]. Außerdem sagen Stückzahlen nichts über die Qualität der Ware: Nicht nur die Zigarren, auch die Zigaretten wurden im Laufe des Krieges kleiner, und ihr Inhalt dürfte sich ebenfalls verschlechtert haben.

Hingewiesen sei schließlich noch auf die Veränderungen in der Art des Konsums. So trat, vor allem bei Soldaten, die kurze Pfeife (in die man alles stopfen konnte) an die Stelle der früher stärker verbreiteten, langen Pfeife. Während der Konsum von Zigarren schon vor 1942 einen massiven Einbruch erlitt, erlebte der Verbrauch von Zigaretten einen gewaltigen Boom, und man kann, vor allem wenn man die vierziger Jahre als Ganzes betrachtet, geradezu von einem Siegeszug der Zigarette sprechen. Die Zigarette wurde nicht nur von Frauen bevorzugt, auch für Soldaten war sie außerordentlich attraktiv; schnell zur Hand, garantierte sie in dieser nervenaufreibenden Zeit die „rationellste Auswertung des Nikotins"[103]. Nach den psychohistorisch anregenden Beobachtungen des Neurologen Kurt Pohlisch verlor der „Genußkomplex des Rauchens" in den Kriegsjahren generell an Bedeutung, während gleichzeitig die pharmakologische Wirkung des Tabaks den Verbrauch zu bestimmen begann[104]. Zugespitzt könnte man also sagen: So wie am Ende des Nationalsozialismus nicht die propagierte Volksgemeinschaft, sondern die Atomisierung der Gesellschaft stand, so hinterließen die Nazis nicht die von ihnen herbeigesehnte tabaklose, sondern eine mehr denn je auf den Tabak angewiesene, um nicht zu sagen: von ihm abhängige Gesellschaft. Die nachträgliche Rekonstruktion von Prävalenzraten zeigt, daß der Krieg eine signifikante Zunahme des Raucherpotentials mit sich brachte. Wer in dieser Zeit, zumal als Mann und in der Armee, die letzte Periode seiner Sozialisation erlebte, fand im Tabak mit hoher Wahrscheinlichkeit einen ständigen Begleiter[105].

Von einer wirklichen „Steuerung" des Konsums konnte unter diesen Umständen natürlich keine Rede sein. Der Staat mußte sich darauf beschränken, den Mangel so gut zu verwalten, daß sich die Unzufriedenheit der Konsumenten in Grenzen hielt. Eine Weiterführung oder gar eine Intensivierung der Präventionspolitik hätte in die-

---

[102] In den letzten Monaten des Krieges mußte man immer häufiger auf Zusatzlieferungen verzichten. Vgl. z.B. BA Berlin, 31.01/11888.

[103] Kurt Pohlisch, Tabak. Betrachtungen über Genuß- und Rauschpharmaka, Stuttgart 1945, S. 160.

[104] Ebenda, S. 152ff.

[105] Bei den Geburtskohorten der Jahrgänge 1916 bis 1924 betrug die Wahrscheinlichkeit, während des Krieges zum – zumindest vorübergehenden – Raucher zu werden, um die 80% (bei den Männern) bzw. um die 15% (bei den Frauen). Vgl. Stünzner, Psychosoziale Bedingungen des Rauchens, S. 153ff. Stünzner stützt sich bei seiner statistischen Rekonstruktion von typischen Raucherkarrieren auf die Daten der in der Mitte der achtziger Jahre durchgeführten Herz-Kreislauf-Präventionsstudie (27283 Tiefeninterviews zu lebensgeschichtlichen Erfahrungen im Bereich der Gesundheit).

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



ser Situation nur höhnisch gewirkt. Der präventivmedizinische Diskurs lebte erst in der Mitte der fünfziger Jahre wieder auf – nachdem der „Nikotinhunger" der vierziger Jahre gestillt worden war.

Die Veranstaltungen gegen den „Tabakmißbrauch" wurden im Februar 1943 auch offiziell als „überflüssig" eingestellt[106]. Das heißt nicht, daß damit der Widerspruch zwischen dem ideologisch-gesundheitspolitischen Anspruch und dem systemimmanenten Nikotinbedarf ein für allemal beseitigt gewesen wäre: In der Frage der Tabakversorgung Jugendlicher brach er 1944/45 ein letztes Mal auf. In der letzten Phase des Krieges, als immer mehr Jugendliche in den Reichsarbeitsdienst oder in die Wehrmacht eingezogen wurden, paßten sich diese auch im Genußmittelkonsum dem Verhalten der Erwachsenen an. Vor die Wahl zwischen Süßwaren oder Tabakwaren gestellt, entschieden sie sich in der Regel für die Zigarette. Nach einer Intervention von Reichsgesundheitsführer Conti wurde die Verteilung von Tabakwaren an unter 18jährige im Februar 1945 eingestellt – jenen Jugendlichen, die im Kampfeinsatz standen, konnte *und wollte* man das Rauchen hingegen nicht verbieten[107].

## 6. Die „Zigaretten"-Währung

Die Zigarettenwährung wäre es wert, Gegenstand einer Monographie zu sein, die sowohl Ansätze der Wirtschafts- wie der Finanz-, der Kriminalitäts- und der Mentalitätsgeschichte aufnehmen müßte[108]. Hier ist lediglich der Ort, ihre Entwicklung kurz zu rekapitulieren und dabei besonders auf zwei Aspekte hinzuweisen: einerseits auf die noch wenig bekannte Entstehung der Währung im Krieg, andererseits auf den Import amerikanischer Zigaretten, die nach 1945 die bis dahin dominierenden orientalischen Raucherwaren in kürzester Zeit verdrängten, und dies nicht nur in der amerikanischen Zone.

Die Anfänge der Zigarettenwährung lassen sich bis in das Jahr 1941 zurückverfolgen. In den besetzten Gebieten Europas trat der mit Zigaretten reichlich bestückte „Landser" als Käufer von lokalen Waren und Dienstleistungen auf, und in der Heimat entwickelte sich die Zigarette sukzessive zu einem im Tauschverkehr allgemein gültigen Wertmaßstab; auf den illegalen Märkten rechnete man gewissermaßen in Zigaretten ab, und die Relationen zwischen den Schwarzmarktgütern und der neuen Werteinheit hatten oft eine erstaunliche Stabilität. Für die Erfüllung dieser neuen Funktionen besaß die Zigarette optimale Voraussetzungen. Sie war handlich, leicht zu transportieren, praktisch verpackt, ziemlich haltbar, schwer zu fälschen, in Ge-

---

106 Akten der Partei-Kanzlei, Teil II, Bd. 4, Nr. 44010, S. 475.

107 Vgl. dazu BA Koblenz, R 18, Nrn. 3069 und 3161, Verhandlungen des Arbeitskreises „Verteilung von Tabakwaren an Jugendliche".

108 Vgl. dazu meinen Aufsatz: Die amerikanische Zigarette – das Maß aller Dinge. Rauchen in Deutschland zur Zeit der Zigarettenwährung (1945–1948), in: Hengartner/Merki (Hrsg.), Tabakfragen, S. 57–82.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



wicht und Größe international genormt. In den letzten Monaten des Krieges und nach der Kapitulation avancierte die Zigarette von einem beliebten Tauschgegenstand zu einer allgemein gebräuchlichen Werteinheit und schließlich – zumindest auf den schwarzen und grauen Märkten – sogar zu einem Zahlungsmittel. Gegenüber dem gewöhnlichen Geld hatte sie einen entscheidenden Vorzug: Sie war inflationsresistent und löste sich, nachdem sie ihren Dienst als Tauschmittel getan hatte und sobald sie in die Finger eines Rauchers geriet, in einer Art automatischer Geldmengenregulierung in Rauch auf[109].

Hintergrund der Entstehung dieser Neben- oder Zusatzwährung war das Mißtrauen, mit dem die inflationserfahrene deutsche Bevölkerung der Reichsmark begegnete. Zwar konnte eine offene Inflation durch den allgemeinen Preis- und Lohnstopp, durch die zahlreichen Rationierungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen sowie durch fiskalische Abschöpfung vermieden werden. Doch schon Ende 1941 wurde die Diskrepanz zwischen den privaten Einkommen einerseits und den Verbrauchsmöglichkeiten andererseits so groß, daß sich der Schleichhandel allmählich zu einem regelrechten Schwarzmarkt auszuwachsen begann, die Geringschätzung des Geldes zunahm und die sogenannte Kaufsucht um sich griff[110]. Wahrscheinlich lag hier eine weitere Ursache für die außergewöhnliche Nachfrage nach Tabakwaren, die für den Herbst 1941 konstatiert werden kann. Auf jeden Fall belebte die Einführung der Tabakkarte zu Beginn des Jahres 1942 den Tauschhandel enorm, waren doch die Nichtraucherinnen und Nichtraucher seither geradezu gezwungen, die für sie wertlosen Karten einzutauschen, sei es gegen Geld, sei es gegen andere Lebensmittelkarten oder sei es, indem sie die Tabakwaren bezogen und diese dann gegen andere Konsumgüter veräußerten. Dadurch gewann das Karussell des Tauschhandels zusätzlichen und vielleicht entscheidenden Schwung. Zwar war die Tabakkarte an und für sich nicht übertragbar, doch waren ihrem Handel de facto keine Grenzen gesetzt, weil sie, anders als zum Beispiel die Kleiderkarte, nicht auf einen bestimmten Namen lautete.

Schon Mitte 1943 kostete eine gewöhnliche Vier-Pfennig-Zigarette auf dem Schwarzmarkt in Berlin 60 Pfennig. Der Preis kletterte im Herbst 1944 auf zwei Reichsmark hoch und belief sich im April 1945 schließlich auf sechs bis acht Reichsmark pro Stück, das Zweihundertfache des amtlichen Preises[111]. Fälschungen von Karten[112] illustrieren den Schwarzmarkt-Wert der Tabakwaren ebenso wie der Ver-

---

[109] Vgl. zu diesen monetären Mechanismen die Aufsätze von Günter Schmölders, Die Zigarettenwährung, in: Gerhard Brinkmann/Burkhard Strümpel/Horst Zimmermann (Hrsg.), Sozialökonomische Verhaltensforschung. Ausgewählte Aufsätze von Günter Schmölders, Berlin 1973, S. 166–171, und Paul W. Meyer, Die Zigarette als Generaltauschware im deutschen Schwarzen Markt 1945 bis 1948. Ein Beitrag zur Geldgeschichte und Geldtheorie, Augsburg 1984 (Sonderdruck einer FS für Wilhelm Vershofen von 1948).

[110] Vgl. Michael Brackmann, Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder. Die Vorgeschichte der westdeutschen Währungsreform 1948, Essen 1993, S. 69ff.

[111] Vgl. Schmölders, Die Zigarettenwährung, S. 168.

[112] BA Berlin, 31.01/11888, Bl. 31.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



such vieler Bauern, ihren überschüssigen Tabak selber und zu überteuerten Preisen abzusetzen[113]. Auch der Eigenbau nahm schon im Krieg deutlich zu; Paul Koenigs Anleitung für den „Tabakkleinanbau" war 1944 sofort vergriffen, und das „Geld" wuchs fortan immer häufiger in den Vorgärten und auf den Balkonen.

Nach der Kapitulation dehnte sich die bereits anerkannte Nebenwährung durch den Zustrom amerikanischer und englischer Zigaretten weiter aus. Zur neuen, inoffiziellen „Leitwährung" wurde nun – ähnlich wie der Dollar in der Weltwirtschaft – in den westlichen Besatzungszonen die amerikanische Zigarette, kurz: die „Ami". Ihr Besitz war den Deutschen untersagt, doch er wurde, anders als der Handel, kaum geahndet, so daß sie sich auf den schwarzen und grauen Märkten in wenigen Wochen als wichtigstes Tauschmittel und zentrale Rechnungseinheit etablieren konnte.

Den Besatzungssoldaten blieb die Kaufkraft ihrer Zigaretten nicht verborgen, und sie importierten sie auch auf privatem Wege. Allein im April 1947 gelangten auf diese Art und Weise etwa sechs Millionen Zigaretten nach Berlin. Für 7000 „Amis" erhielt der amerikanische Soldat einen Fotoapparat der Marke „Leica". 70 „Chesterfield" oder „Camel" benötigte er für eine Flasche Cognac und 120 für einen Flacon Chanel Nr. 5, mit dem er dann seine deutsche Geliebte – der Volksmund nannte sie spöttisch „Amilette" – verwöhnen konnte[114]. Obwohl die amerikanische Militärregierung im Mai 1947 die private Einfuhr von Zigaretten unterband, tötete diese Maßnahme nicht, wie General Lucius D. Clay hoffte, das „Herz des schwarzen Marktes"[115]. Erst mit der Währungsreform vom Juni 1948 sowie mit der Liberalisierung des Preis- und Bewirtschaftungssystems in den Jahren 1948 bis 1951 bildete sich die Schattenwirtschaft zurück. Die Zigarette büßte ihre Funktion als Nebenwährung ein; ihr Preis ging allerdings nur langsam zurück, und noch 1950 wurde die illegale Einfuhr ausländischer Zigaretten auf über 20 Prozent des bundesdeutschen Verbrauchs geschätzt[116].

Als sich der Tabakverbrauch nach fast anderthalb Jahrzehnten Krieg, Rationierung und Schwarzhandel normalisierte, sah seine Struktur völlig anders aus. Auf den Bedeutungsverlust der Zigarre, der sich schon in der ersten Phase des Krieges abzeichnete, ist bereits aufmerksam gemacht worden. Er beschleunigte sich nach 1945, als die Zigarre mit stark erhöhten Steuersätzen belegt wurde. Die betroffene Industrie führte diese hohen Sätze darauf zurück, daß die Besatzungsmächte, die ja die Steuerhoheit hatten, die Zigarre nur als Luxusartikel, nicht aber – wie die Deutschen – als

[113] BA Berlin, 21.01/B 9110.

[114] Vgl. dazu Schmölders, Die Zigarettenwährung, und Meyer, Die Zigarette als Generaltauschware. Zum Schwarzmarkt generell vgl. Willi A. Boelcke, Der Schwarze Markt 1945–1948, Braunschweig 1986; sowie Paul Erker, Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953, Stuttgart 1990.

[115] Zit. in Meyer, Die Zigarette als Generaltauschware, S. 17.

[116] Vgl. dazu Willi Albers, Tabaksteuer, in: E. v. Beckerath u. a. (Hrsg.), Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 10, S. 279–285, Stuttgart/Tübingen/Göttingen 1959. Vor allem die – verglichen mit dem Ausland – hohen Steuersätze, die damals auf den deutschen Produkten lagen, machten den Schmuggel lohnend.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



weit verbreitete und damit relativ gewöhnliche Konsumform kannten[117]. Nach der Gründung der Bundesrepublik wurde die steuerliche Bevorzugung der Zigarre wieder hergestellt; der Absatz erholte sich zwar deutlich, er blieb aber ebenso deutlich unter dem Niveau der dreißiger Jahre[118].

Davon profitierte die Zigarette, auch wenn das in den offiziellen Konsumzahlen bis in die erste Hälfte der fünfziger Jahre kaum zum Ausdruck kommt, denn weder der Schmuggel noch die massenhaft selber gedrehten Zigaretten wurden von der Statistik erfaßt. Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches konnte die westdeutsche Zigarettenindustrie nur den kleinsten Teil der Nachfrage befriedigen, und zwar in erster Linie deshalb, weil es ihr an Rohtabak gebrach: Die noch eingelagerten Orienttabake waren ihrem Zugriff größtenteils entzogen, der inländische Tabak kein vollwertiger Ersatz, und eine nennenswerte Einfuhr kam erst im Frühjahr 1948 in Gang[119].

Die deutsche Zigarette tauchte zwar ebenfalls auf dem Schwarzmarkt auf, sie erzielte aber deutlich niedrigere Preise als ihre prestigeträchtige Konkurrentin aus Amerika, eine helle, leichte und mühelos zu inhalierende Zigarette vom Typ „american blend", die vor allem aus industriell getrocknetem Virginia bestand. Wer sie rauchen konnte, bewies – im Bourdieuschen Sinne des Wortes[120] – Geschmack. Aufmerksame deutsche Produzenten ahmten die neue Geschmacksrichtung nach, doch nicht selten fehlte ihnen anfänglich das dafür nötige Know-how. Hatte die orientalische Zigarette vor dem Krieg den deutschen Markt zu 95 Prozent beherrscht, mußte sie sich in der Bundesrepublik am Ende der vierziger Jahre mit gerade noch drei Prozent Marktanteil begnügen[121]. Selbstverständlich hatte dieser revolutionäre Geschmackswandel auch mit der veränderten Außenhandelsorientierung zu tun; bulgarische Tabake beispielsweise waren für westdeutsche Importeure tabu. Die Zusammensetzung des blauen Dunstes war also (auch) politisch determiniert, und eine Frage, die sich daraus ergäbe, wäre die: Welcher Geschmack dominierte nach 1945 auf der östlichen Seite des Eisernen Vorhanges und wie veränderte er sich nach 1989? „Test the West!" – ließen sich die Ostdeutschen auf diesen Lockruf ein?

---

[117] Vgl. Tabakweltkongreß zu Amsterdam (September 1951), Nationalbericht der Deutschen Bundesrepublik, Hauptberichterstatter: Paul Koenig, o.O. und o.J. (MS), in: Archiv des Verbandes der Cigarettenindustrie, Bonn, S. 41.

[118] Der Zigarrenverbrauch erhöhte sich im Bundesgebiet von 47 Stück pro Kopf und Jahr (1949) auf 75 Stück (1950) und 90 Stück (1952); 1938 hatte er noch 133 Stück betragen. Vgl. Rendel, Entwicklung der Zigarrenindustrie, S. 69.

[119] Tabakweltkongreß zu Amsterdam, S. 47.

[120] Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede, Frankfurt a.M. 1987.

[121] Vgl. Tabakweltkongreß zu Amsterdam, S. 50; Meyer, Die Zigarette als Generaltauschware, S. 21; Staby, Marktstrukturen, S. 66ff. Bei der in der Bundesrepublik abgesetzten American-Blend-Zigarette handelte es sich damals noch um ein ausschließlich deutsches Produkt, das allerdings vorwiegend aus US-amerikanischem Rohtabak bestand.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

JOHN FARQUHARSON

# GROSSBRITANNIEN UND DIE DEUTSCHEN REPARATIONEN NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

In der britischen Zeitgeschichtsforschung hat das Problem der nach dem Ende des Dritten Reiches von Deutschland geforderten und gezahlten Reparationen bis vor kurzem wenig Aufmerksamkeit gefunden. Im Vordergrund standen andere Aspekte des anglo-deutschen Verhältnisses. Neuerdings haben allerdings Alec Cairncross und Alan Kramer Studien zu den Reparationen vorgelegt[1], und natürlich ist das Thema in allgemeinen Darstellungen der Rolle Großbritanniens im Kalten Krieg stets gebührend gewürdigt worden[2]. Schließlich handelte es sich um eine wichtige Frage für Großbritannien und seine Verbündeten, um eine Frage auch, die auf die Entwicklung der Nachkriegsbeziehungen zwischen ihnen und Deutschland von wesentlichem Einfluß sein mußte. Im folgenden wird versucht, die Reparationsstrategie zu analysieren, die Whitehall in der Zeit zwischen 1945 und 1947 verfolgt hat. 1947 ist als Zäsur gewählt worden, da im Oktober jenes Jahres in der britischen und der amerikanischen Besatzungszone (Bizone) ein drastisch reduziertes Demontageprogramm in Kraft trat. Hatte Whitehall seine Ziele bis dahin nicht erreicht, konnte es später keinen neuen Anlauf mehr unternehmen.

Das führt unmittelbar zu der Frage, wie diese Ziele denn tatsächlich ausgesehen haben. Welchen Gewinn erwartete die britische Regierung vom reparationspolitischen Aspekt der Besetzung Deutschlands? An allererster Stelle stand Sicherheit gegen jede künftige deutsche Aggression. Cairncross nimmt fraglos mit Recht an, daß hier das Kernelement britischer Reparationspolitik zu suchen ist[3]. 1939 war das Vereinigte Königreich aus mehreren Gründen in den Krieg eingetreten, auch aus morali-

[1] Vgl. Sir Alec K. Cairncross, The Price of War. British Policy on German Reparations 1941–1949, London 1986; Alan Kramer, Die britische Demontagepolitik am Beispiel Hamburgs 1945–1950, Hamburg 1991; ders., British Dismantling Politics, 1945–9. A Reassessment, in: Ian D. Turner (Hrsg.), Reconstruction in Post-War Germany. British Occupation Policy and the Western Zones, 1945–55, Oxford 1989, S. 125–153; Joseph Foschepoth (Hrsg.), Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952, Göttingen/Zürich 1985. Der Autor dankt an dieser Stelle sehr herzlich für die finanzielle Unterstützung durch die British Academy, die diese Forschung ermöglichte.

[2] Vgl. Anne Deighton, The Impossible Peace. Britain, the Division of Germany and the Origins of the Cold War, Oxford 1990; John Farquharson, „The Essential Division". Britain and the Partition of Germany 1945–1949, in: German History 1991, Bd. 9, 1, S. 23–45.

[3] Vgl. Cairncross, The Price of War, S. 24. Zur französischen Politik vgl. John W. Young, The Cold War and the Western Alliance, Leicester 1989, S. 9, 58.

*VfZ 46 (1998)*
*© Oldenbourg 1998*

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



schem Abscheu, den Hitler und das NS-Regime erregt hatten. Es könnte aber gesagt werden, daß der Hauptgrund der Kriegserklärung in der Entschlossenheit bestand, die Eroberung Nordwesteuropas durch jede Großbritannien feindliche Großmacht zu verhindern. Daraus folgte, daß Deutschland unschädlich zu machen war, und so gewann die Liquidierung des deutschen Rüstungspotentials größte Bedeutung für die Politik Whitehalls.

Ein zweites Motiv für die Demontage industrieller Anlagen mochte die Absicht sein, Fabriken und Maschinen zur Kräftigung der britischen Nachkriegswirtschaft ins Vereinigte Königreich zu transferieren. Man muß dabei bedenken, daß der deutsche Kapitalstock vor und während der Feindseligkeiten erheblich erweitert worden war, um den Anforderungen des Krieges zu genügen. Die Vermehrung der Anlagen bot mithin der Demontage beträchtliche Möglichkeiten: eine militärische Produktionsstätte in Deutschland konnte ins Vereinigte Königreich – oder in irgendein anderes alliiertes Land – verbracht und dort zu friedlicher Nutzung wiederaufgebaut werden[4]. Aber diese wirtschaftliche Seite der britischen Reparationspolitik muß als Faktor sorgfältig eingegrenzt werden.

Erstens hatten während des Krieges Churchill und Eden in etlichen Reden ausdrücklich erklärt, daß Deutschland nicht seiner ganzen Industrie beraubt werden, sondern nur seine überschüssigen Rüstungswerke verlieren solle. Churchill hat sich das Nachkriegsdeutschland einmal „fett, aber impotent" gewünscht, und diese Bemerkung brachte seine Grundhaltung treffend zum Ausdruck[5]. Schließlich mußte Deutschland die Fähigkeit behalten, für sich selbst aufzukommen. Überdies hatte ja auch in Großbritannien – und aus dem nämlichen Grund wie in Deutschland – der Produktionsbereich enorm expandiert. Belief sich 1938 der Bestand auf 450000 Werkzeugmaschinen, so 1945 auf 800000, wobei am Ende 560000 als ausreichend galten, die Ansprüche der Exportwelle der Nachkriegsjahre zu befriedigen[6]. So sind die Briten, während sie Fabriken und Maschinenparks in Deutschland demontierten, in gleicher Weise mit dreißig Prozent ihrer eigenen Produktionsstätten verfahren. Mithin ist klar, daß die britische Regierung nie beabsichtigte, aus ihrer Besatzungszone in Deutschland Anlagen in größerer Zahl nach Großbritannien zu transferieren. Qualität hieß das Schlüsselwort: sorgfältig ausgesuchte Maschinen sollten Lücken im Exportprogramm des Vereinigten Königreichs schließen helfen.

Zusätzlich zu solch limitierten Erwerbungen hoffte Großbritannien auf einen angemessenen Anteil an der deutschen Handelsflotte wie auch an den 1945 vom NS-

[4] Zur kriegsbedingten Erweiterung vgl. Sir Francis H. Hinsley u. a., British Intelligence in the Second World War, Bd. 3, Teil I, London 1989, S. 59.

[5] Zu solchen Reden Churchills und Edens vgl. Albrecht Tyrell, Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 1941–1945, Frankfurt 1987, S. 175; eine im gleichen Sinne am 24. 9. 1941 gehaltene Rede Churchills hat ein Labour-Abgeordneter erwähnt, vgl. Hansard, 10. 5. 1946, Bd. 422, Spalten 1350–1447. Das angeführte Zitat bei Lothar Kettenacker, Krieg zur Friedenssicherung, Göttingen 1989, S. 394 f.

[6] Protokoll einer Sitzung des Reparations Deliveries Committee, 29. 3. 1946, in: Public Record Office London (künftig: PRO), BT 211/136.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Regime gehaltenen Goldreserven und überseeischen Anlagen, von denen noch die Rede sein wird. Eine andere Reparationsform war die Aneignung – und zwar in großem Maßstab – von deutschen technischen und wissenschaftlichen Kenntnissen. Aus Platzgründen wird diese Seite der Reparationen hier nicht behandelt. Über derartige „versteckte Reparationen" aus der amerikanischen Zone hat John Gimbel eine bahnbrechende Arbeit vorgelegt, und es gab sie zweifellos auch in der britischen Zone[7]. Doch alles in allem stellten sie, obgleich qualitativ wertvoll, nie einen bedeutenden Faktor für die britische Reparationsstrategie dar.

Das Hauptziel jener Strategie war mithin Sicherheit durch ein relativ umfängliches Programm schlicht zerstörender Demontagen. Wie es ein britischer Minister, Sir John Anderson, formulierte: Die deutschen „Hauer" sollten gezogen werden, etliche „Zähne" jedoch bleiben[8]. Bei dieser Analogie meinte das erste Wort eindeutig Kriegspotential, während unter dem zweiten Wort die Industrie für den Friedensbedarf zu verstehen war. Daß der zuständige Kabinettsausschuß (für Waffenstillstands- und Nachkriegsfragen), dem Anderson angehörte, Ende 1944 in solchen Kategorien dachte, zeigt klar, daß der reparationspolitische Kurs Churchills und Edens in Geltung blieb. Das führt zu den beiden Fragen, um die es in diesem Aufsatz geht. Haben die Briten ihre Ziele erreicht? Wenn nicht, wo lagen die Gründe? Hier wird die These vertreten, daß sie das, was sie wollten, nicht bekamen; bis zum Ende der Okkupationszeit waren wohl einige „Hauer" entfernt worden, doch im großen und ganzen hatte die deutsche Industrie die Periode alliierter Herrschaft relativ unversehrt überstanden. Das Potential, das ihr der revidierte Reparationsplan vom Oktober 1947 beließ, übertraf jedenfalls die 1944 von Whitehall geplante Größe erheblich. Überdies hatte Großbritannien aus den Demontagen sehr wenig materiellen Gewinn gezogen; dafür werden noch Zahlen genannt werden.

Um den – relativ gesehen – Fehlschlag der britischen Reparationspolitik bemessen zu können, müssen etliche Faktoren in Betracht gezogen werden, sowohl politische wie technische, nicht zuletzt der internationale Kontext. In letzterer Hinsicht müssen die anglo-amerikanischen Beziehungen in Deutschland ins Auge gefaßt werden, ferner die Bürokratie im Hauptquartier der Interallied Reparations Agency (IARA) in Brüssel und das System der Viermächte-Herrschaft in Deutschland. Kurzum, Großbritannien war Mitglied eines Reparationsklubs und hatte sich an dessen Regeln zu halten. Auch ist das Problem in rein nationalem Rahmen zu analysieren. Zu einem guten Teil war offensichtlich die britische Regierung für den Mißerfolg selber verantwortlich, und zwar vor allem deshalb, weil sie, anders als die Russen, den Demontagen nie Priorität vor der deutschen Erholung einräumte. Ob das überhaupt möglich gewesen wäre, wird noch zu erörtern sein, doch hat jedenfalls die „Reparations Deliveries and Restitutions Division" (RDR) der Control Commission nie über ausreichende Handlungsmöglichkeit verfügt.

---

[7] Vgl. John Gimbel, Science, Technology and Reparations. Exploitation and Plunder in Post-War Germany, Stanford 1990.

[8] Auf einer Sitzung des Armistice and Post-War Committee, 31.8. 1944, in: PRO, CAB 87/66.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Die RDR sah sich außerdem sowohl psychologisch wie materiell isoliert. Whitehalls Zögern, den Demontagen Vorrang zu geben, fand ein Echo in Deutschland selbst. Viele britische Angehörige der Control Commission – CCG (BE) – erblickten ihre Hauptaufgabe in der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft. Natürlich zeigte sich diese Haltung am ungeniertesten in der „Trade and Industry Division", deren Politik auf eine Obstruktion des Kurses der RDR hinauslief. Daß Whitehall den Mangel an einer festen politischen Leitlinie entweder nicht erkannte oder einfach nicht energisch genug zu beseitigen suchte, ist fraglos der Regierung anzukreiden. Im folgenden soll mithin dargetan werden, daß ein Zusammentreffen widriger internationaler Konstellationen mit britischer Ineffizienz und Unentschlossenheit die Exekution eines umfassenderen Demontageprogramms vor Oktober 1947 verhinderte.

## I.

Die interalliierten Konferenzen von Jalta und Potsdam sind schon oft behandelt worden und bedürfen keiner detaillierten Beschreibung. Die erste Konferenz führte in der Reparationsfrage zu einem toten Punkt, da die Amerikaner und Briten sich weigerten, eine sowjetische Forderung zu akzeptieren, die Deutschland Reparationsschulden in Höhe von 20 Milliarden Dollar auferlegen wollte (die Hälfte davon an die UdSSR). Eine gemeinsame Expertenkommission trat schließlich in Moskau zusammen, um das Problem zu lösen, blieb jedoch ebenfalls stecken[9]. Die Einzelheiten sind hier nicht wichtig, es ist nur festzuhalten, daß sich zwischen der anglo-amerikanischen Position und der sowjetischen Position eine tiefe Kluft aufgetan hatte, die unüberbrückbar zu sein schien. Die Westmächte sahen als wichtigstes Ziel der Besatzungspolitik den Wiederaufbau Deutschlands an, die Sowjetunion hingegen wollte möglichst hohe deutsche Reparationsleistungen.

Am Ende kam James Byrnes, der amerikanische Außenminister, in Potsdam auf den bekannten Kompromiß: Die Sowjetunion sollte industrielle Anlagen ihrer eigenen Zone entnehmen und außerdem ein Viertel der in den Westzonen demontierten Fabriken und Maschinen erhalten. Was eine solche Vereinbarung für die Einheit Deutschlands bedeutete, braucht uns hier nicht zu beschäftigen; das ist an anderer Stelle ausreichend geschehen[10]. Wichtig ist aber, daß die Siegermächte in Potsdam die Demontage von industriellen Anlagen als die Hauptform der Reparationen behandelten. Anlagen dieser Art waren in der britischen Zone konzentriert, so daß also nun Whitehall vor der Aufgabe stand, beschleunigt ein entsprechendes Pro-

[9] Joseph Foschepoth, Britische Deutschlandpolitik zwischen Jalta und Potsdam, in: VfZ 30 (1982), S. 675–714.

[10] Daniel Yergin, Shattered Peace. The Origins of the Cold War and the National Security State, London 1980, nennt (S. 118) Byrnes' Lösung „einen bedeutenden Schritt zur Teilung". Vgl. auch Bruce Kuklick, American Policy and the Division of Germany. The Clash with Russia over Reparations, Ithaca 1972, S. 160f.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



gramm durchzuführen, nicht nur im britischen Interesse, sondern ebenso in dem der übrigen Reparationsgläubiger. Der Erfolg oder das Scheitern des reparationspolitischen Konzepts hing also zu einem guten Teil von den Briten ab. Für die britisch-sowjetischen Beziehungen war das von besonderer Bedeutung, da die Industrie der UdSSR unter dem Krieg furchtbar gelitten hatte und möglichst rasch Ersatz brauchte. Wie ein sowjetischer Delegierter während der Moskauer Reparationsverhandlungen sagte: Die Sowjetunion hat genügend Kohle, was ihr fehlt, sind Förderanlagen[11]. Bevin, der britische Außenminister, war sich durchaus bewußt, wie sehr ein gutes Verhältnis zu Stalin von der schnellen Exekution des für die britische Zone projektierten Demontageprogramms abhing[12].

Da die Sowjetunion nun ein Viertel des aus den Westzonen zu entnehmenden Kapitalstocks erhalten sollte, hatten die westlichen Reparationsgläubiger die Verteilung der übrigen 75 Prozent unter sich auszumachen. Das war Aufgabe einer Konferenz in Paris, die nach ausgiebigem Gezänk die Reparationen in zwei Kategorien teilte. Zur Kategorie A zählten Dinge wie die deutschen Goldreserven und Anlagen im Ausland, zur Kategorie B gehörte die Handelsflotte ebenso wie Kapitalstock. Bei der Aufteilung zwischen den einzelnen Gläubigern entfielen auf Großbritannien 28 Prozent der Kategorie A und 27,8 Prozent der Kategorie B, was man in Whitehall durchaus als zufriedenstellend ansah[13]. Die Kontrolle wurde der IARA in Brüssel übertragen, der als Chefdelegierter des Vereinigten Königreichs Sir Desmond Morton angehörte, der während des Krieges einer von Churchills Sekretären gewesen war[14]. Die IARA nahm am 14. Januar 1946 ihre Tätigkeit offiziell auf.

Jedoch war bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Verständigung über die zulässige Höhe der künftigen deutschen Industrieproduktion erreicht worden. Es war also, mit anderen Worten, zwar eine Reparationsbehörde geschaffen, es waren prozentuale Anteile an den Reparationen zugeteilt worden, doch hatten sich die Beteiligten noch nicht die Mühe gemacht, den Umfang der von Deutschland zu leistenden Zahlungen festzusetzen, das heißt, sie hatten das Pferd beim Schwanz aufgezäumt. Es erscheint als eigenartig, daß sich Verhandlungen darüber bis zum 23. März 1946 hinzogen, als der Öffentlichkeit endlich ein Industrieplan und zugleich ein Reparationsplan vorgestellt werden konnten[15]. Der erste Plan erlaubte der deutschen Industrie eine Produktion bis zum Niveau des Jahres 1932 – in jenem Jahr hatte die Depression in Deutschland ihren tiefsten Punkt erreicht –, und eine solche Produktionsbeschränkung erhöhte natürlich die Zahl der überschüssigen und für Reparationen zur Verfü-

[11] Britische Aufzeichnung der 9. Sitzung des Allied Reparation Committees, Steering Committee, 9.7. 1945, in: PRO, T 236/264.

[12] Aufzeichnung Foreign Office (FO), 27.11. 1945, in: PRO, T 236/280.

[13] Die Aufteilung bei Kategorie A war – in Prozenten – zwischen den Hauptgläubigern: Vereinigtes Königreich 28, USA 28, Frankreich 16, andere 28; bei Kategorie B: Vereinigtes Königreich 27,8, USA 11,8, Frankreich 22,8, andere 37,6 (Command 6721, Dezember 1945, HMSO, London 3).

[14] Ein Karrierebeamter, der 1939 ein hohes Amt im Ministerium für wirtschaftliche Kriegführung innehatte und 1940 Mitarbeiter Churchills wurde (Who's Who 1946, 1954).

[15] Vgl. Cairncross, The Price of War, S. 107 ff., 136 ff.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



gung stehenden Anlagen. Vier Kategorien wurden für die Industrie geschaffen; nur aus den beiden ersten, aus der „verbotenen" und aus der „eingeschränkten" Industrie, durften Reparationen entnommen werden. Als „verboten" galten die eigentlichen Rüstungsbetriebe, also die „Hauer". Jetzt war es Sache der diversen Behörden und Dienststellen, das Programm durch die Aufstellung von Listen bestimmter Betriebe zu verwirklichen.

Die Bürokratisierung des Vorgangs machte sogleich jede Hoffnung auf schnelle Realisierung zunichte. In Frage kommende Anlagen und Maschinen mußten zunächst auf zonaler Ebene erfaßt werden. Diese Listen gingen an die Allied Control Authority (ACA) in Berlin, die dann die Einstufung vornahm. Reparationswerte wurden nach finanziellen Kriterien festgelegt, nicht nach Bedeutung[16]. Danach teilte ACA zwischen der Sowjetunion und der IARA auf, die also beim Auswahlverfahren erst an dritter Stelle rangierte. Die in Brüssel repräsentierten achtzehn Gläubiger erhielten nun das Inventar eines ausgesuchten Betriebs, den sie naturgemäß zu besichtigen wünschten[17]. Dann durfte ein Anspruch angemeldet werden. Niemand wird überrascht sein, daß der ganze Prozeß, einschließlich des Zuschlags an einen erfolgreichen Bewerber, allein bei der IARA mindestens 102 Tage dauerte. Dazu kam die zeitraubende Prozedur auf zonaler Ebene und bei der ACA. Die IARA nahm die früheste Zuteilung erst am 24. Juli 1946 vor[18]. Bevins Hoffnung auf ein rasches Verfahren konnte sich angesichts eines notwendigerweise schleppenden Geschäftsgangs durch die Windungen eines – freilich unvermeidlichen – internationalen bürokratischen Apparats nicht erfüllen.

Zu diesem Hindernis fügten die Vereinigten Staaten alsbald ein weiteres, als General Clay, der stellvertretende amerikanische Militärgouverneur in Deutschland, im Mai 1946 Reparationslieferungen aus der amerikanischen Besatzungszone untersagte. Die Debatte über die Frage, ob sich Clays Entscheidung gegen Frankreich oder gegen die Sowjetunion gerichtet hat, kann hier ausgeklammert werden[19], doch wird die Annahme zugrunde gelegt – zu der damals auch das Foreign Office in Whitehall kam –, daß Clays Vorgehen eine Antwort auf die sowjetische Blockierung der in Potsdam vereinbarten Schaffung einer Wirtschaftseinheit des besetzten Deutschlands war. Die UdSSR verlangte, so sahen es die Amerikaner, Reparationen aus den Westzonen, verweigerte dem Westen jedoch gleichzeitig Ressourcen aus ihrem eigenen

---

[16] Eine ACA-Direktive vom 21. 1. 1946 legte für den Reparationswert die Preise von 1938 zugrunde, minus Kriegsschäden und Abschreibung; bei letzterer zählte jedes Kriegsjahr 1,35 %. Kopie der Direktive in: PRO, BT 211/533.

[17] Kriegsministerium, London, an CCG (BE), Berlin, 6. 11. 1945, in: PRO, FO 1032/308.

[18] Whitehall Zonal CCG (BE) nach Berlin, 8. 5. 1946, in: PRO, FO 1034/33, und Sir Desmond Morton an Schatzamt, 30. 4. 1946, in: PRO, T 236/286; vgl. auch IARA-Rundschreiben, 2. 8. 1946, in: Ebenda.

[19] Daß die amerikanische Aktion gegen Frankreich gerichtet war, das deutsche Zentralverwaltungen blockierte, wird vertreten von John Gimbel, The Origins of the Marshall Plan, Stanford 1976; vgl. auch Wilfried Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, München 1980, S. 143 f. Eine gegensätzliche Ansicht bei Cairncross, The Price of War, S. 156.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Gebiet. Allerdings war es Byrnes gewesen, der das in Potsdam beschlossene Reparationsschema vorgeschlagen hatte. Außerdem waren bis zu Clays Maßnahme aus den genannten Gründen noch gar keine Reparationslieferungen erfolgt. Faktisch forderten also im Frühjahr 1946 beide Seiten Blankoschecks voneinander: Die Sowjetunion trachtete nach einer Umkehrung der Prioritäten[20]. Leider hatte weder das eine noch das andere Lager irgendeine Garantie dafür, daß eigene Konzessionen die Gegenseite zu Konzessionen veranlassen würden.

Die Briten saßen praktisch in der Mitte. Dem Anschein nach war die amerikanische Argumentation, die hinter Clays Reparationsstop stand, plausibel. Sie ging von der Annahme aus, daß die Sowjets, da sie sich in Jalta und Potsdam so brennend an deutschen Reparationen interessiert gezeigt hatten, sehr wohl durch die Drohung mit einem beträchtlichen Verlust an Reparationen dazu gebracht werden könnten, die deutsche Wirtschaftseinheit zu konzedieren. Aber manche britische Kabinettsminister wollten nicht mit Potsdam brechen, worauf Clays einseitiges Vorgehen hinauslief, und im übrigen brauchten Großbritannien und seine Verbündeten in der IARA, anders als die USA, selber Reparationen[21]. Der amerikanische Stop galt jedoch für alle Lieferungen, ausgenommen 72 bis 76 Betriebe, die als Rüstungsfabriken der Kategorie I eingestuft waren, und sogenannte Vorauslieferungen. Andererseits handelte es sich bei den USA um den wichtigsten Bundesgenossen, vor dessen Verärgerung die Briten begreiflicherweise zurückscheuten. Whitehall fand sich also in einem Dilemma. Am Ende ihrer Debatte über die richtige Reaktion Londons schlugen die Minister daher einen Kompromiß vor. Da gerade auch die Außenministerkonferenz in Paris begonnen hatte, kam das Kabinett überein, daß Großbritannien, falls auf dieser Konferenz die Wirtschaftseinheit Deutschlands nicht erreicht werden sollte, Lieferungen aus der britischen Zone in den Osten unterlassen werde[22].

Bis zu einem gewissen Grad entsprach der Vorschlag Bevins eigener Haltung. Der Außenminister wollte sich zwar nicht, wie er sagte, mit den USA gegen die UdSSR „zusammenrotten", auch glaubte er nicht an einen Effekt der Anordnung Clays. Da sich die Demontagen lange hinziehen mußten, wie er nun erkannte, konnte eine sofortige Einstellung der Lieferungen nicht viel bewirken. Jedoch lockte ihn die Aussicht auf amerikanische Hilfe in Deutschland, die sich einstellen mochte, wenn sich Großbritannien dem Vorgehen Clays anschloß. Robertson, der britische stellvertretende Militärgouverneur in Deutschland, stimmte ebenfalls in den Chor derjenigen ein, die Solidarität mit Großbritanniens mächtigstem Partner forderten[23]. Bevin schlug daher vor, Molotow in Paris „geradeheraus" zu fragen, ob er bereit sei, seine

[20] Zu dieser Argumentation Michael MacGwire, National Security and Soviet Foreign Policy, in: Melvin P. Leffler/D. P. Painter (Hrsg.), Origins of the Cold War. An International History, London 1994, S. 71 f.

[21] Yergin, Shattered Peace, S. 226 f., meint, Byrnes habe die Hoffnung auf die deutsche Einheit bereits aufgegeben gehabt.

[22] Kabinettsprotokolle, Cab. (48) 46, 16. 5. 1946, in: PRO, CAB 128/5.

[23] Robertson an Control Office for Germany & Austria (COGA), 21. 5. 1946, in: PRO, FO 1062/271.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Zustimmung zur sofort beginnenden Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit zu geben. Falle die Antwort unbefriedigend aus, werde Großbritannien der ACA/IARA zwar weiterhin Listen von Betrieben vorlegen und dabei ein Viertel für Rußland vormerken, tatsächlich aber nur für westliche Gläubiger demontieren. Er hoffte, Washington für diesen Gedanken zu erwärmen; sollte das nicht gelingen, wollte er lieber der amerikanischen Strategie folgen, „als die Gelegenheit verpassen, die ihre [der Amerikaner] Entschlossenheit bietet, gegenüber den Russen eine feste Haltung zu zeigen". Eine derartige Bemerkung macht klar, wo seine Prioritäten lagen; nicht weniger deutlich geht das aus seiner recht summarischen Zurückweisung französischer Einwände gegen seinen Kurs hervor[24].

So erhielt, als die Realisierung des Reparationsprogramms in Gang kam, das *politische* Bedürfnis nach amerikanischer Unterstützung in Deutschland Vorrang vor der Förderung der Beziehungen zur IARA und zur Sowjetunion, Vorrang auch vor den *wirtschaftlichen* Anforderungen der britischen Exportkampagne. Alles sollte offenbar dem Wunsch untergeordnet werden, das Wohlwollen Washingtons zu gewinnen und die amerikanische Präsenz in Deutschland zu sichern. Dies bedeutet keineswegs, daß Bevin Potsdam aufgeben wollte, er wünschte lediglich das Pressionsmanöver eines mächtigen Verbündeten zur Verwirklichung der Potsdamer Beschlüsse zu verstärken.

Das gilt gewiß auch für seine Annahme des von Byrnes am 11. Juli 1946 auf der Pariser Außenministerkonferenz gemachten Angebots, die amerikanische und die britische Besatzungszone wirtschaftlich zu fusionieren. Manche Kommentatoren haben in diesem Schritt den Ursprung eines künftigen westdeutschen Staates gesehen[25], und sicherlich hat die Gründung der Bizone Whitehall eine zweite Option eröffnet. Aber hat Bevin darin bereits eine Alternative zu Potsdam erblickt? Es ist nicht leicht, in dieser Frage Gewißheit zu erlangen. Im September 1946 ist Bevin von Sir Mark Turner gefragt worden, ob er sich an Potsdam halten oder Bedingungen schaffen wolle, die „eine Wohltat für die Deutschen und für die Außenwelt wären"[26]. Turner meinte damit, ob der Außenminister fürs erste eine Politik der bizonalen wirtschaftlichen Erholung verfolgen und die Vereinigung mit der SBZ auf einen späteren Zeitpunkt vertagen wolle. Auf diese offensichtlich verfängliche Frage hat Bevin damals jedenfalls geantwortet, daß er derzeit nicht an einen weiteren Bruch der Potsdamer Vereinbarungen denke[27].

Daß es in der Folgezeit nicht gelang, die USA für den britischen Kompromißvorschlag zu gewinnen, bedeutete für Großbritannien und seine Bundesgenossen in der IARA eine erhebliche Beschneidung ihres Reparationsprogramms. Dafür bekam Be-

---

[24] Bevin an Kabinett, 19.6. 1946, in: PRO, CAB 134/596; vgl. auch sein Memorandum für das Overseas Reconstruction Committee (ORC), ORC (46) 51, ORC-Aufzeichnungen, 21.6. 1946, in: PRO, CAB 134/595.

[25] Vgl. Deighton, The Impossible Peace, S. 105 ff. Vgl. auch Walter Bedell Smith, Botschafter in Moskau, an Byrnes, 2.4. 1946, in: Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS), 1946, Bd. V, S. 516–520, wo faktisch für einen westdeutschen Staat eingetreten wird.

[26] Sir Mark war ein hochrangiger Beamter des COGA, der auch an der Potsdamer Konferenz und an der Pariser Außenministerkonferenz teilgenommen hatte.

[27] FO-Besprechung zur Deutschlandpolitik, 2.9. 1946, in: PRO, FO 371/55591.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



vin zwar die Bizone und amerikanische Rückendeckung in Europa, doch wollte Großbritannien an sich sowohl dieses wie auch – aus wirtschaftlichen und aus Sicherheitsgründen – umfangreichere Reparationslieferungen. Daher setzte denn auch Whitehall zwischen September 1946 und Januar 1947 Clay unter massiven Druck – aber vergeblich. In den amerikanischen Ämtern hielt man hartnäckig an dem Glauben fest, die Sowjets seien derart erpicht auf Reparationen aus Westdeutschland, daß sie dafür schließlich doch mit der deutschen Wirtschaftseinheit zahlen würden. Bei mindestens vier Gelegenheiten widersetzte sich Clay dem britischen Verlangen und erregte damit den Zorn des Londoner Handelsministeriums, jener Stelle, die zur Unterstützung der britischen Exportkampagne am dringendsten deutsche Reparationen brauchte. Bei der Verurteilung der amerikanischen Haltung fielen harte Worte, darunter „unehrlich" und „selbstsüchtig"[28]. Indes behielten politische Überlegungen nach wie vor die Oberhand: Ein Memorandum, in dem das Handelsministerium darlegte, wie nötig Großbritannien deutsche Reparationen habe, wurde auf Grund von Pressionen des Foreign Office im Oktober 1946 wieder zurückgezogen, kurz bevor Bevin in Paris mit Byrnes zusammentraf. Die Beamten des Handelsministeriums verhehlten die Bitterkeit nicht, die in ihnen aufstieg, als sie dieses weitere Beispiel dafür erlebten, daß die politischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten Priorität vor den industriellen Bedürfnissen Großbritanniens genossen[29].

Die Rivalität zwischen den beiden Ministerien sollte jedoch nicht überbewertet werden. Sowohl im Foreign Office wie im Handelsministerium herrschte die Ansicht, daß Clay die europäische Erholung behindere, ohne die Sowjetunion wirklich unter Druck zu setzen. Die britische Position wurde im Oktober 1946 stärker, als die IARA über die Langsamkeit der Reparationslieferungen klagte, aber Clay wies ein britisches Verlangen, seinen Reparationsstop aufzuheben, erneut zurück[30]. Danach erhielt Bevin, der im Dezember zu Gesprächen mit Byrnes nach Washington reisen sollte, ein interministerielles Memorandum zu dem Problem. Doch wiederum ging der Außenminister dem Thema aus dem Wege, so daß es nicht gründlicher erörtert wurde[31]. Es hat den Anschein, daß Bevin den Amerikanern ihre Rolle in Europa nicht vergällen wollte, indem er ihnen in der Reparationsfrage zu sehr zusetzte; mithin hatten wirtschaftliche Gesichtspunkte sekundär zu bleiben.

---

[28] „Selbstsüchtig und unehrlich", da die Amerikaner, während sie einen einseitigen Stop verhängten und in der ACA gleichzeitig den britischen multilateralen Plan ablehnten, überdies aus ihrer Zone alle Maschinen herausholten, die sie brauchen konnten. Schon im März 1946 hatte ein amerikanischer Delegierter bei der IARA seine Betroffenheit über solches „Verschwinden" aus der US-Zone geäußert; Morton an FO, 4.3. 1946, in: PRO, FO 1057/290.

[29] Memorandum des Handelsministeriums, 19.9. 1946, in: PRO, BT 211/125; Handelsministerium an Versorgungsministerium, 19.9. 1946, in: PRO, BT 211/497.

[30] Zur Klage der IARA vgl. First Report of the Secretary-General 1946, in: PRO, CAB 130/1; zu zwei Ablehnungen durch Clay siehe Robertson an COGA, 16.9. 1946, in: PRO, FO 1032/2328, und 4.10. 1946, in: PRO, FO 1034/6.

[31] Memorandum des Handelsministeriums, 11.12. 1946, in: PRO, BT 211/125; Memorandum des Handelsministeriums, 6.11. 1946, in: Ebenda.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Es ist auch möglich, daß finanzielle Statistiken und die Reparationsproblematik im allgemeinen nicht gerade Bevins stärkste Seite waren. Auf der New Yorker Außenministerkonferenz im Dezember, wo Clay sich abermals weigerte nachzugeben, äußerte Bevin, Großbritannien sei bei den Reparationen vor allem an Holz interessiert; Holz mußte jedoch in Dollar bezahlt werden und konnte daher überhaupt nicht unter die Rubrik „Reparationen" fallen. Eine solche Bemerkung deutet wohl kaum darauf hin, daß der Außenminister das Thema wirklich beherrschte, aber sein Zögern, Byrnes zu beunruhigen, muß bei der Erklärung seines Schweigens sicherlich als der wichtigere Faktor gelten[32]. Im übrigen stellte sich das State Department hinter Clays Maßnahme, und so dürften Bevins Chancen, eine Änderung zu erreichen, ohnehin nur gering gewesen sein[33].

Mit dem schleppenden Verfahren bei der IARA und dem selbstherrlichen amerikanischen Vorgehen standen also im Jahre 1946 dem Reparationsprozeß zwei beachtliche Hindernisse im Wege. Jedoch wurden Lieferungen an das Vereinigte Königreich noch durch einen dritten Umstand behindert: Großbritannien überzog bei den Reparationen der Kategorie B, und zwar auf Grund der Zuteilung deutscher Handelsschiffe. Als die Feindseligkeiten begannen, besaß Großbritannien die größte Handelsflotte der Welt, die in den folgenden Jahren mit 10,87 Millionen Bruttoregistertonnen die schwersten Verluste erlitt (46 Prozent aller alliierten Schiffsverluste). Nach 1945 gehörten die Briten zu den glücklichen Empfängern eines etwa gleichen Anteils an den verbliebenen deutschen Schiffen, nämlich 349619 Tonnen, deren Wert mit 6,353 Millionen Pfund veranschlagt wurde[34]. War diese begrenzte Kompensation von den britischen Ansprüchen in der Kategorie B abgezogen, hatte Whitehall größtes Interesse daran, daß sich andere Nationen in Brüssel möglichst eifrig um deutsche industrielle Anlagen bewarben, damit reduziert wurde, was im Effekt eine britische Überziehung darstellte. Hier gewann Clays Reparationsstop große Bedeutung, da er Lieferungen auf Rüstungsbetriebe der Kategorie I beschränkte. Bewerber in Brüssel waren daran nicht sonderlich interessiert, und in der IARA wurde darüber geklagt, daß so wenige taugliche Maschinen ins Angebot kämen[35]. So blieb das Geschäft 1946 langsam, und als Konsequenz konnten die Briten ihre Überziehung nur geringfügig abbauen. Damit schrumpften wiederum die Chancen britischer Firmen, ihre Hände auf brauchbare deutsche Maschinenparks zu legen.

Zusammenfassend muß mithin unterstrichen werden, wie sehr die internationalen Zusammenhänge, in denen die Reparationen abgewickelt werden mußten, die Lieferungen im Jahr 1946 behinderten, nicht allein für Großbritannien, sondern für alle

---

[32] Bevins Bemerkung über Holz in: Delegation des Vereinigten Königreiches bei New Yorker Außenministerkonferenz an FO, 4.12. 1946, PRO, BT 211/125.

[33] Acheson an US-Botschaft, Paris, 11.10. 1946, in: FRUS, 1946, Bd. V, S. 611 ff.

[34] IARA, First Report, Anhang 13, in: PRO, CAB 130/1.

[35] Ebenda; vgl. auch Robertson an COGA, 12.2. 1947, wo betont wird, daß das IARA-Angebot an Rüstungsbetrieben „bislang enttäuschend gewesen ist", in: PRO, FO 1057/2.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



potentiellen Empfänger. Der erste Jahresbericht der IARA macht denn auch klar, wie wenig bis zum Dezember 1946 zur Zuteilung angefallen war. Ihr französischer Präsident, Jacques Rueff, erlaubte sich im März 1947 auf der Moskauer Außenministerkonferenz sogar ein bißchen gallische Ironie, indem er die bis zu diesem Zeitpunkt zu verzeichnenden Reparationslieferungen mit denen nach dem Ersten Weltkrieg verglich: Bis Ende 1921 habe Deutschland 400 Millionen Pfund gezahlt, hingegen habe die IARA bis zur Konferenz von Moskau eine Gesamtsumme von lediglich 12 Millionen Pfund – plus 64 Millionen RM – bekommen[36]. Natürlich war der Vergleich irreführend, da er die Entnahmen der Sowjetunion aus der SBZ nicht berücksichtigte, aber daß alle westlichen Gläubiger in fast zwei Jahren nur den Gegenwert von 17 Millionen Pfund erhalten hatten, sprach kaum dafür, daß Westdeutschland ausblutete. Die IARA hatte offensichtlich jedes Recht, tief enttäuscht zu sein, doch anders als in den zwanziger Jahren konnten für den unbefriedigenden Stand der Dinge nicht die besetzten Deutschen verantwortlich gemacht werden.

## II.

Indes lag es nicht allein an den internationalen Verfahren, wenn die Entschädigung der Sieger weit hinter den Erwartungen zurückblieb. Es ist nun an der Zeit, die mehr britischen Aspekte der Situation ins Auge zu fassen, und zwar beginnend mit einer genaueren Untersuchung der anfänglichen britischen Hoffnungen. Ungeachtet des überschüssigen Maschinenparks im eigenen Lande, mußte die britische Industrie, nach der Abnützung in den Kriegsjahren, neu ausgestattet werden, wenn die Exportziele erreicht werden sollten. Wie bereits gesagt, bestand vor allem Bedarf an bestimmten qualitativ hochwertigen Kapitalgütern und nicht so sehr an großen Quantitäten. Da Großbritannien nach Kriegsende unter Dollarmangel zu leiden hatte, war es offensichtlich vorteilhafter, die benötigten Maschinen aus Deutschland zu holen, statt sie gegen Bezahlung aus den USA zu importieren. Zusätzlich wurden für das Wohnungsbauprogramm Maschinen zur Holzverarbeitung gebraucht[37].

Bereits im Juli 1945 erkundigten sich einige Firmen nach der Möglichkeit, demontierte Anlagen zu erwerben. Whitehall reagierte darauf mit der Einsetzung eines interministeriellen Arbeitsausschusses zur Koordinierung der Anforderungen. Schließlich vertrat ein Reparations-(Interimistisches Lieferungs-)Komitee alle interessierten Ministerien, während das Handelsministerium eine eigene Deutschlandabteilung einrichtete. Im Herbst wurde eine Konferenz von Geschäftsleuten einberufen, um ab 1. November Inspektionsgruppen nach Deutschland schicken zu können („Opera-

[36] Delegation des Vereinigten Königreichs zur Moskauer Außenministerkonferenz 47/87, 30.3.1947; Zitat des Präsidenten der IARA, in: PRO, FO 1030/4.

[37] Versorgungsministerium an FO, 20.6.1945, in: PRO, FO 371/45818; zur Liste ORC (46) 28, Anhang A, 19.3.1946, in: PRO, CAB 134/595.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



tion Trademark")[38]. Verbindungsmann in Deutschland war Sir Percy Mills, Leiter der Wirtschaftsabteilung im Kontrollrat (British Element) in Berlin. Der Grund für dieses relativ schnelle Vorgehen ist darin zu sehen, daß die Lieferung von Anlagen rasch erfolgen mußte, sollten sie noch von Wert sein.

Ein weiterer Anlaß zur Eile ergab sich aus der in Potsdam getroffenen Entscheidung, ein Reparationssofortprogramm durchzuführen (das dann von Clays Stop nicht betroffen war) und damit vor allem eine möglichst frühzeitige Belieferung der Sowjetunion sicherzustellen, die davon die Hälfte erhalten sollte[39]. Hierbei hatte es sich um eine amerikanische Konzession gehandelt, die London sehr verstimmte, da die britische Regierung darin eine allzu weitgehende Bevorzugung der UdSSR sah. Einmal beschlossen, zwang das Programm jedoch Whitehall zur Eile, weil sowjetische Versuche vereitelt werden mußten, die Hand auf Anlagen und Maschinen zu legen, welche für das Vereinigte Königreich reserviert werden sollten. Ein flüchtiger Blick auf die erste sowjetische Liste genügt, um die britische Besorgnis zu verstehen, fanden sich unter den dort verzeichneten Unternehmen doch so fette Bissen wie Daimler-Benz, die Opel-Werke in Rüsselsheim, zwei Fabriken der IG-Farben, die gesamte Werft von Blohm und Voss und die Hermann-Göring-Werke in Salzgitter-Watenstedt, auf die bereits das Londoner Versorgungsministerium ein Auge geworfen hatte[40]. Unter diesen Umständen ist es nicht überraschend, daß die britische Regierung schon Ende 1945 eine Liste von 5000 Werkmaschinen aufgestellt hatte, von denen die Hälfte ihren Wert verlor, wurden sie nicht bis zum August 1946 geliefert[41].

Für weiteren Druck, schnelle Resultate zu erreichen, sorgte Schatzkanzler Hugh Dalton. Einmal war er extrem anti-deutsch gesinnt, und als Hüter der britischen Finanzen wollte er Geld und Geldeswert aus Deutschland herausholen. Es erregte seinen Zorn, daß er keine zuverlässigen Zahlen über die Besatzungskosten bekommen konnte, und noch wütender machte ihn die Tatsache, daß bis zum 1. Januar 1946 keinerlei Reparationen eingegangen waren[42]. So hatte sich bis 1946 aus wirtschaftlichen wie aus Sicherheitsgründen eine starke Front gebildet, die Lieferungen verlangte,

---

[38] Besprechungen der Arbeitsgruppe des Versorgungsministeriums, 18.7. 1945, in: PRO, BT 211/125; Handelsministerium an Mills, 3.10. 1945, in: PRO, FO 1032/850, und 6.10. 1945, in: PRO, FO 1062/270.

[39] Zu den Vorauslieferungen, eine amerikanische Idee, die die Briten aufbrachte, vgl. FO an Delegation des Vereinigten Königreichs in Moskau, 7.7. 1945, in: PRO, T 236/261.

[40] Memorandum des Handelsministeriums vom 1.11. 1945, in: PRO, BT 211/123; die Liste selbst war bereits am 23.8. 1945 vorgelegt worden. Zu den einzelnen Posten auf der Liste vgl. Vier-Mächte-Besprechung (CORC) in Berlin, 27.8. 1945, in: PRO, FO 371/45788.

[41] Protokoll der 4. Sitzung des Reparations (Interim Deliveries) Committee, 21.12. 1945, in: PRO, BT 211/123, und Protokoll der 7. Sitzung, 22.2. 1946, in: Ebenda. Vgl. auch Handelsministerium an Mills, 11.11. 1945, in: PRO, FO 1062/270.

[42] Dalton an Bevin, 22.1. 1946, mit der Klage, daß Großbritannien noch immer „auf eine Maschine oder einen Baum" warte, in: PRO, CAB 134/595. Vgl. auch Aufzeichnung des Schatzamts, 13.1. 1946, über den ausgeübten Druck, in: PRO, T 236/280. Zu seiner antideutschen Einstellung sein Memorandum „Reparations", 28.8. 1942, in: PRO, T 230/121.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



doch schienen die internationalen Verfahrensregeln ein unüberwindliches Hindernis zu sein. Das führte zu der Frage, ob Großbritannien nicht an der IARA vorbeigehen und sich das, was es wollte, einfach nehmen, im Effekt also ein einseitiges Sofortprogramm exekutieren sollte.

Ende 1945 zeigten sich solche Tendenzen in zweifacher Gestalt: Sir Percy Mills schlug vor, Großbritannien solle sich Maschinen im Werte von 1 Million Pfund aneignen (daher der Ausdruck „Die Mills-Million"), während Dakin im Versorgungsministerium anregte, *allen* Zonenbefehlshabern die Ignorierung der internationalen Kanäle zu gestatten[43]. In beiden Fällen wurde unterstellt, daß Großbritannien nicht über sein endgültiges Kontingent der Kategorie B hinausgehen, sondern nur Abschlagslieferungen nehmen werde, doch besaß Dakins Idee den Vorzug größerer Offenheit, da sie per definitionem einen multilateralen Aspekt hatte. Worauf es Dakin ankam, war die Vermeidung des bei einem britischen Alleingang unweigerlich eintretenden Ansehensverlust bei der IARA. Die bei der IARA vertretenen Nationen brachten den vier Besatzungsmächten ohnehin ein tiefes Mißtrauen entgegen, von denen sie glaubten, sie würden sich in Deutschland „die Rosinen herauspicken", das heißt, die wertvollsten Reparationsgüter sich selbst reservieren und Brüssel nur inferiore Anlagen zuweisen zu wollen[44]. Angesichts dieses Mißtrauens mochte ein multilaterales System wenigstens etwas fairer erscheinen – wenn auch, da doch auf die Besatzungsmächte beschränkt, nicht viel.

Leider zog die Kontrollkommission die „Mills-Million" vor, da die UdSSR einer multilateralen Regelung im Wege stand und die daraus resultierende Verzögerung den Sinn der Sache, der ja gerade in „Tempo" bestand, zunichte zu machen drohte. Indes erwies sich das als ein Fehlurteil, da die USA schließlich bei der ACA ihr Veto gegen die Idee Dakins einlegten, was die anglo-amerikanischen Beziehungen nicht gerade verbesserte, weil Clay mittlerweile ja seinen Reparationsstop verhängt hatte. CCG (BE) neigte zu der Ansicht, daß Großbritannien sich entweder an die internationalen Verfahrensregeln halten oder aber Mills folgen und sich das, was es wolle, nehmen solle, den einseitigen Schritt dann als fait accompli verkündend. Das Control Office for Germany and Austria (COGA) nahm das in London auf, nicht ohne den Wert der Entnahmen auf 2 Millionen Pfund zu veranschlagen. Sowohl COGA wie CCG (BE) waren der Meinung, daß sich die anderen Besatzungsmächte ohnehin bereits in diesem Sinne selbst halfen, wenn auch COGA zugab, daß es keine konkreten Beweise hätte finden können (später haben jedoch Frankreich und die USA einseitige Entnahmen zugegeben)[45]. Bei COGA war man im übrigen überzeugt, daß, wenn sich Großbritannien tatsächlich auf 2 Millionen Pfund beschränkte, solche Bescheidenheit und dann das offene Eingeständnis der Sünde einen guten Eindruck

[43] Zu Dakin vgl. Protokoll der CCG(BE)-Konferenz, 3.1. 1946, in: PRO, FO 1032/307. Zu Mills vgl. Kriegsministerium an CCG (BE), Berlin, 8.12. 1945, in: Ebenda.

[44] Vgl. Mortons Kommentare „Notes on meeting", 16.3. 1946, in: PRO, FO 1057/38.

[45] Mills an Robertson, 2.2. 1946, in: PRO, FO 1032/2327; Protokoll der CCG(BE)-Konferenz, 7.2. 1946, in: Ebenda; CCG (BE), Berlin, an Kriegsministerium, 9.2. 1946, in: PRO, FO 1032/307.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



auf die Verbündeten machen müßten[46]. Das mag recht optimistisch gewesen sein, doch konnten 2 Millionen Pfund, angesichts der Besatzungskosten (und der Kriegsverluste), in der Tat nicht als exzessiv bezeichnet werden.

Natürlich bedurfte die Sache ministerieller Sanktionierung, da es schließlich um eine Verletzung internationaler Regeln ging. Es war nicht überraschend, daß Dalton positiv reagierte und sagte, „wir" hätten „sicherlich Anspruch auf eine Entschädigung, angesichts unserer Opfer" (das heißt, angesichts der für deutsche Lebensmittelimporte aufgewandten Gelder). Es ist bemerkenswert, daß er damit genau auf der Linie Clays lag, der ja ebenfalls meinte, Besatzungsmächte hätten als reparationspolitische Sonderfälle behandelt zu werden[47]. Merkwürdigerweise glaubte Sir Stafford Cripps vom Handelsministerium, daß die Zeit für einseitiges Vorgehen bereits vorbei sei, aber die stärkste Opposition kam, wie nicht anders zu erwarten, von Ernest Bevin, der es sich mit der IARA nicht verderben wollte. Wie bei den Differenzen mit den Amerikanern gab er politischen Erwägungen Vorrang vor wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Am Ende erreichten die Ministerien einen Kompromiß: Die IARA erhalte für Zuteilungen eine Frist bis zum 1. (später verlängert bis zum 15.) Mai. Habe Großbritannien bis dahin nichts bekommen, werde es Werkzeuge im Wert von 2 Millionen Pfund als Vorausreparationen entnehmen[48]. Auf dieser Grundlage wurde dann tatsächlich ein relativ begrenztes Programm in Angriff genommen, da die IARA erstmals am 1. Juli 1946 Zuteilungen vornahm.

Es ist lehrreich, die „Mills-Million" – selbst nach ihrer Verdoppelung – mit gleichartigen Projekten der anderen Westmächte zu vergleichen. Clay beichtete zunächst für seine Zone Entnahmen in Höhe von 500000 Dollar, was später dann nach oben bis zu 10 Millionen Dollar (2,5 Millionen Pfund) korrigiert wurde. Die Franzosen wiederum räumten ein, aus ihrem Gebiet ohne vorherige Benachrichtigung der IARA 6000 Maschinen entfernt zu haben; der Wert dieser Maschinen lag wahrscheinlich, auch wenn die Abnutzung berücksichtigt wird, über 2 Millionen Pfund[49]. Mithin erwies sich die ursprüngliche britische Rechtfertigung des Unilateralismus – die anderen sündigen noch mehr – als zutreffend, was allerdings wohl kaum eine moralische Rechtfertigung des britischen Vorgehens darstellte. Alles in allem gesehen, haben aber die Briten in Brüssel nicht ganz soviel betrogen wie Franzosen und Amerikaner.

---

[46] COGA-Memorandum EWP/P (46) 9, 5.3. 1946, in: PRO, FO 1057/290.

[47] Laut Robertson, in seinem Telegramm an COGA, 21.5. 1946, in: PRO, FO 1062/271.

[48] Zu den „Opfern" vgl. Sir Alec K. Cairncross, Years of Recovery. British Economic Policy 1945–51, London 1985, S.279. Hier wird angegeben, daß Großbritanniens Hilfe für Europa im April 1947 rund 710 Millionen Pfund erreichte, davon 140 Millionen für Deutschland; in den ersten acht Monaten jenes Jahres kostete die Ernährung der britischen Zone 175 Millionen Dollar. Zur Entscheidung über den Vorschlag von Mills vgl. ORC-Aufzeichnungen, 21.3. 1946, in: PRO, CAB 134/595. Die „Million" belief sich nun auf 1,368 Millionen Pfund für Industriegerät und 0,435 Millionen für Wohnungsbaumaschinen.

[49] Zu den amerikanischen Zahlen vgl. Foreign Office an Schatzamt, 29.4. 1947, in: PRO, FO 371/65014, zu den französischen Handelsministerium an Schatzamt, 15.12. 1947, in: PRO, BT 211/239. Die Franzosen gaben an, die Deutschen hätten aus Frankreich 45000 Maschinen weggenommen; IARA an Robertson, 14.1. 1948, in: PRO, FO 1030/12.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Daß die „Mills-Million" von großem Nutzen für die britische Industrie sei, konnte im Januar 1946 leicht begründet werden. Wie das Handelsministerium unermüdlich darlegte, mußte die Reparationsfrage im Rahmen des nahezu unbegrenzten überseeischen Bedarfs an Kapitalgütern gesehen werden, den die einheimische Industrie nicht zu decken vermochte, weil sie die eigenen Fabriken neu auszustatten hatte. Daraus ergab sich der Wunsch nach bestimmten deutschen Maschinen, mit deren Hilfe der britische Kapitalgütersektor expandieren und sowohl den Binnenmarkt wie die überseeischen Märkte versorgen können sollte. Die Hahn-Tessky-Werke wurden als Beispiel für die Möglichkeiten genannt, die in Reparationslieferungen steckten[50]. Für die Exportkampagne waren jedoch die Hermann-Göring-Werke in Salzgitter-Watenstedt noch wichtiger; sie verdienen besondere Aufmerksamkeit.

Wie schon erwähnt, reizten diese Stahlwerke, die als die modernsten Europas galten, nicht nur den Appetit der Briten, figurierten sie doch schon auf der ersten sowjetischen Liste vom Herbst 1945. Noch etwas früher hatte das Londoner Versorgungsministerium mit Nachdruck gefordert, die Werke ins Vereinigte Königreich zu transferieren. Die britische Delegation, die im Sommer 1945 zu den Verhandlungen der Alliierten Reparationskommission gefahren war, hatte sogar die Weisung mitbekommen, keiner Vereinbarung zuzustimmen, die Großbritannien um jenes spezifische Gut bringen würde[51]. Selbst als es nicht gelang, die Werke rasch zu erwerben, nahm Whitehalls Begier kaum ab. Die Schätzungen ihres Werts für die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs fielen unterschiedlich aus. Einmal wurde der Wert, falls die Werke für den einheimischen Stahlsektor gesichert werden könnten, auf 80 Millionen Dollar in vier Jahren geschätzt. Hier kam es aber auf die Deviseneinsparung an, die nach einer späteren Kalkulation nicht weniger als 300 Millionen Dollar – auf längere Sicht – betragen würde. Angesichts einer Wirtschaft, die unter chronischem Dollarmangel litt und viele Dollars zur Bezahlung von Lebensmittelimporten in die Bizone verwenden mußte, waren das eindrucksvolle Zahlen[52].

Im Lauf der Zeit wurde jedoch klar, daß die britische Überziehung in puncto deutsche Handelsschiffe und der amerikanische Reparationsstop den Erwerb des gesamten Komplexes verhindern würden. Daher wies COGA Robertson an, andere größere Stahlwerke auf die Reparationsliste zu setzen, dafür Anträge in Brüssel herbeizuführen und so die dort gegebene Überziehung zu reduzieren (dieser Prozeß ist „Wattieren" genannt worden)[53]. Auf solche Weise gedachte Whitehall von den 36 Millionen RM, auf die sich der britische Anteil am Wert der Werke belief, 14,5 Millionen zu bekommen. Clay verweigerte jedoch die Zustimmung zu dem Projekt, da er darin ein größeres Manöver zur Umgehung seines Reparationsstops sah. Seine Einschätzung

[50] Memorandum des Handelsministeriums, 19.10. 1946, in: PRO, BT 211/105.

[51] Versorgungsministerium an Foreign Office, 20.6. und 17.7. 1945, in: PRO, FO 371/45818.

[52] Die erste Schätzung in Versorgungsministerium an Handelsministerium, o.D., Dezember 1946, in: PRO, BT 211/1145, die zweite in einer Aufzeichnung des Reparations Delivery Committee „Reparations Removals" vom 8.1. 1947, in: PRO, CAB 124/862.

[53] Kramer, British Dismantling Politics, S.142.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



entsprach natürlich den Tatsachen; das war in der Tat Sinn und Zweck der neuen Idee. Clay lehnte es jedoch glatt ab, den Stop vor der Moskauer Außenministerkonferenz im März 1947 aufzuheben. Allerdings hat er, jedenfalls zunächst, nicht begriffen, warum die Briten die Werke nicht einfach zum Rüstungsbetrieb erklärten und sich dann bedienten. Robertson erklärte dem amerikanischen Kollegen das Problem mit der Überziehung. Vergeblich, Clay gab nicht nach[54].

Seine Haltung nötigte Whitehall, über andere Mittel und Wege zur Erlangung der Werke nachzusinnen. Nach einem Plan sollten die Amerikaner, die ohne Überziehung waren, einen großen Anteil an dem Komplex übernehmen, wonach sie und die Briten „zu einem späteren Zeitpunkt zu einer Verständigung über die Aufteilung kommen" könnten. Robertson sprach sich dagegen aus, da die IARA solchen Bilateralismus nicht tolerieren würde. Erst als im Oktober 1947 die revidierten Industrie- und Reparationspläne in Kraft gesetzt wurden, geriet Salzgitter allmählich aus dem Blick[55].

Die Ungunst der Umstände brachte die Briten Anfang 1947, angesichts des fatalen Zusammenwirkens von Überziehung und Clays Reparationsstop, dazu, mit anderen Möglichkeiten zu spielen. Man muß dabei im Auge behalten, daß durch ACA/IARA-Kanäle praktisch nichts kam; bis Ende 1946 hatte Brüssel dem Vereinigten Königreich Maschinerie im Werte von lediglich 4,415 Millionen RM zugeteilt[56]. Dies war ein Tropfen auf den heißen Stein und erklärt die verzweifelte Suche der britischen Regierung nach alternativen Methoden zur Linderung der Nöte Großbritanniens, auch noch nach der „Mills-Million". Wie schon betont, dachte die britische Regierung dabei nicht an ein umfassendes Demontageprogramm in Deutschland, wohl aber wollte sie erheblich mehr, als sie im Augenblick bekam; die Firmen im eigenen Land begannen die Hoffnung auf eine befriedigende Anzahl von Lieferungen zu verlieren[57].

So kam es zu Vorschlägen, Großbritannien solle, statt auf Reparationen zu warten, sich anderer Mittel bedienen. Zwar mußten diese Mittel die Vier-Mächte-Regierung in Deutschland stören, aber das sei schließlich die Folge „von fast allem, was wir tun". Eine Anregung gab Sir Cecil Weir, der Nachfolger Mills' bei CCG (BE), der dabei als Ausgangspunkt die britischen Importkosten in Deutschland nahm. Großbritannien könne sie, so meinte er, gegen den einseitigen Erwerb gewünschter Anlagen und Maschinen verrechnen. Mit anderen Worten: Die von Dalton so genannten „Opfer" Großbritanniens sollten benutzt werden, um ACA/IARA zu umgehen und rasch zum Ziele zu kommen. Eine Variante dazu fiel Haviland vom Foreign Of-

[54] Robertson an COGA, 14.1.1947, in: PRO, BT 211/517. Vgl. auch Dakin an British Iron and Steel Federation, 29.1.1947, und seine Aufzeichnung vom 10.2.1947, in: Ebenda.

[55] Whitham an Weir, Leiter des CCG(BE)-Unterausschusses für Wirtschaft, 13.2.1947, in: PRO, FO 1057/3; Aufzeichnung Weirs, 20.2.1947, in: Ebenda. Zur allmählichen Aufgabe Salzgitters CCG (BE), Berlin, an COGA, 7.6.1947, in: PRO, FO 1032/1218.

[56] IARA – First Report, Anhang 13 (wie Anm. 34).

[57] Von der chemischen Industrie hieß es, sie habe „die Nase voll", weil keine Reparationen einträfen; COGA an Weir, 21.3.1947, in: PRO, FO 1057/2.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



fice ein, der vorschlug, den sowjetischen Anteil von 25 Prozent an den westlichen Erwerbungen zum Verkauf zu stellen, wonach das Vereinigte Königreich Pfunde oder Dollar für das Material bieten könne. Beide Ideen hatten ihre Vorteile, vor allem Schnelligkeit des Erwerbs, jedoch gefiel dem Handelsministerium der Gedanke Havilands besser, da er Großbritannien insgesamt mehr einzubringen versprach.

Bis solche Pläne lanciert wurden, war aber die Überziehung auf 1,7 Prozent des Anteils an der Kategorie B reduziert worden. Daher sah es nun so aus, als seien die internationalen Kanäle schließlich doch der beste Weg; sowohl Weirs wie Havilands Konzepte hätten Streit in Brüssel und Berlin provoziert. Eine statistische Übersicht über die Lieferungen, die Großbritannien bei Beachtung der Regeln erwerben durfte, stellte jedoch eine deprimierende Lektüre dar. Die Desiderata lagen Anfang 1947 näher bei 200 Millionen als bei 100 Millionen RM, und angesichts der Konkurrenz anderer Reparationsgläubiger war nur mit der Hälfte der letztgenannten Summe zu rechnen[58].

Das Dilemma, in dem sich Whitehall befand, ist also leicht zu erkennen: Sollte ein politischer Konflikt mit den Alliierten riskiert werden, um das Gewünschte zu erhalten, oder sollte auf Kosten der britischen Industrie guten internationalen Beziehungen Priorität eingeräumt werden (wie Bevin es vorgemacht hatte)? Daß sich für jeden Kurs so viele Argumente ins Treffen führen ließen, erklärt, warum sich die Debatte 1947 so lange hinzog und schließlich ergebnislos endete. Das negative Resultat der Moskauer Außenministerkonferenz verstärkte dann, wie bekannt, die Tendenz zur Förderung der bizonalen Erholung und nicht das Streben nach Viermächte-Einigkeit. Bis zur endgültigen westlichen Verständigung über das Niveau der deutschen Industrie kam es zu einer Unterbrechung der Reparationsprogramme.

## III.

Die internationalen Aspekte des ersten Programms sind nun behandelt, ebenso die britischen Alternativvorschläge auf unilateraler Basis. Bleibt noch die Frage des Multilateralismus, wie Dakin sie im Dezember 1945 aufwarf. Die USA legten in der ACA ihr Veto dagegen ein, doch kamen COGA und das Handelsministerium darauf zurück, als Clay es im Herbst 1946 ablehnte, den Reparationsstop aufzuheben: Hier schien doch ein Weg zu liegen, der rasche Lieferungen verhieß, ohne daß Großbritannien in Brüssel und Berlin allein am Pranger stand[59]. So präsentierte die britische Regierung nun ein multilaterales Programm, überwacht von allen Zonenbefehlshabern, in Höhe von 100 Millionen RM; ein Viertel davon sollte die Sowjetunion erhal-

[58] Ein Vergleich zwischen den Vorschlägen Weirs und Havilands, ferner über Großbritanniens Finanzbedarf und die 1,7 Prozent Überziehung wird angestellt in einem undatierten Memorandum des Handelsministeriums „The Haviland Plan", in: PRO, BT 211/238.

[59] Aufzeichnung des Handelsministeriums, 17.9. 1946, in: PRO, BT 211/125, dazu sein Memorandum vom 16.9. 1946, in: PRO, BT 211/124.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



ten. London hoffte auf Maschinenteile im Wert von 1 Million Pfund, auf Stahlwerke in gleichem Wert und auf wissenschaftliche Einrichtungen zu 100000 Pfund. Der springende Punkt des Plans war die Konzentration auf einzelne Maschinen und Werkzeuge, statt auf ganze Fabriken; dies galt in Whitehall als höchst vorteilhaft für das Vereinigte Königreich[60].

Leider zeigten sich alsbald schwache Punkte: Die IARA bestand darauf, bei der Zuteilung das letzte Wort zu haben, und setzte den britischen Anteil auf 15 Millionen RM herab (allerdings brachte die französische Zone 15 Millionen RM für alle Beteiligten ein)[61]. Das eigentliche Problem stellte indes die notwendigerweise mühselige Aufgabe der Lokalisierung und Demontage einzelner Maschinen dar; schon Lieferungen im Wert von 50 Millionen RM konnten das Auffinden von rund 15000 einzelnen Werkzeugen erfordern. Das bremste die normalen Demontageprojekte, deren zögerliche Durchführung bereits ein ständiges sowjetisches Gravamen war. Trotz der Klagen über die zusätzliche Arbeit genehmigte Whitehall aber nur wenig zusätzliches Personal. Auch in anderer Hinsicht war das multilaterale Programm nur schwer in die bereits laufenden Demontagen zu integrieren: Es wurden nämlich jetzt Einzelteile aus Fabriken entfernt, die nach dem ursprünglichen Programm zur Gänze demontiert werden sollten; ein Beispiel dafür waren die Asphaltwerke in Dortmund-Hörde[62]. Wie sollte ein Inventar des Betriebs aufgestellt werden, wenn einzelne Maschinen unter der Parole des Multilateralismus entfernt wurden?

Bei Lichte betrachtet, sind kaum konkrete Gewinne des multilateralistischen Programms zu entdecken, obschon die IARA dem Vereinigten Königreich schließlich 17,24 Millionen RM bewilligte. Die Idee war aus dem dringenden Bedarf nach rascher Lieferung geboren worden, und eben dieses Ziel konnte nicht erreicht werden. Bis Mitte 1947 war ein Fünftel der genannten Summe in Großbritannien eingetroffen[63]. Eine frühe Kritik des Vaters der Idee, des Versorgungsministeriums, brachte klar zum Ausdruck, als welche Enttäuschung sich der Multilateralismus entpuppt hatte. Anfänglich waren insgesamt 2250 Maschinen erwartet, bis zum Frühjahr 1947 jedoch nur 198 geliefert und 35 Prozent als ohne Nutzen eingestuft worden. Das Ministerium räumte ein, den Effekt des Plans überschätzt zu haben, der in jeder Hinsicht fehlgeschlagen sei[64]. Im Rückblick ist zu konstatieren, daß alle hier erwähnten

---

[60] COGA an CCG (BE), Berlin, 22. und 30.10. 1946, in: PRO, BT 211/125; Memorandum des Handelsministeriums, 19.9. 1946, und Aufzeichnung des Handelsministeriums, 17.9. 1946, in: Ebenda.

[61] Aufzeichnung des Handelsministeriums, 7.12. 1946, in: Ebenda; zur IARA-Zuteilung vgl. ebenda; zu den Zahlen Foreign Office an CCG (BE), Berlin, 8.11. 1946, vgl. ebenda; Handelsministerium an Morton, 4.12. 1946, in: Ebenda.

[62] Zur Auseinandersetzung um Personal der Meinungsaustausch zwischen Whitham und COGA, 5. und 7.12. 1946, in: Ebenda; Protokolle der Sitzungen von COGA in London und in Berlin, 7. und 16.12. 1946, in: PRO, BT 211/1145. Zu den Asphalt-Werken vgl. Versorgungsministerium an Handelsministerium, 15.3. 1948, in: PRO, BT 211/319.

[63] Vgl. Kramer, British Dismantling Politics, S.143f.; Fortschrittsbericht an Kabinett, 24.6. 1947, in: PRO, FO 1032/2329.

[64] John Wilmot, Versorgungsminister, an COGA, 25.3. 1947, in: PRO, FO 938/377.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Programme versagt haben, ob international, unilateral oder multilateral; gemeinsam war ihnen die Unfähigkeit, der britischen Industrie das zu geben, was sie haben wollte, von der Abschwächung des Demontageprogramms als Sicherheitsfaktor ganz abgesehen. Selbst die „Hauer" sind nämlich kaum gezogen worden, doch wäre es nicht richtig, dafür allein die bislang geschilderten Faktoren verantwortlich zu machen.

## IV.

Es ist noch eine weitere Frage zu untersuchen, und zwar die nach der gegebenen oder fehlenden Effizienz der in der britischen Zone tatsächlich vorgenommenen Demontagen. Falls das dort ablaufende Programm nicht reibungslos funktionierte, sind die bisher diskutierten Gründe für Enttäuschungen, das liegt auf der Hand, nicht sonderlich relevant gewesen. Die meisten Betriebe, die für den Abbau vorgesehen waren, lagen in der britischen Zone: Von den 1657 des ersten Reparationsplans vom 28. März 1946 nicht weniger als 997 (414 in der amerikanischen, 246 in der französischen Zone). RDR schätzte das Gewicht des zu demontierenden Materials auf 2,5 bis 3 Millionen Tonnen; nach den Potsdamer Vereinbarungen mußten diese Tonnen in zwei Jahren bewegt werden. Zwar stellte es sich dann heraus, daß man es tatsächlich nur mit 1,3 MillionenTonnen zu tun hatte, doch angesichts der kurzen Zeitspanne bedeutete auch dies eine Mammutaufgabe für RDR, deren Leiter im Dezember 1945 Gilbert Whitham wurde[65]. Schließlich befand man sich in Deutschlands „Jahr Null", als Mangel an allen Materialien wie an Lebensmitteln herrschte und das Transportnetz schwer angeschlagen war. Beträchtliche Ressourcen mußten also erst einmal in das Unternehmen investiert werden. Damit erhebt sich die Frage, ob die britische Regierung die materielle Möglichkeit wie den Willen zur Durchführung des Programms hatte. Bei genauer Betrachtung wird erkennbar, daß sie weder das eine noch das andere besaß.

Am besten ist das durch einen Blick auf die Tätigkeit von RDR und auf den Status der Abteilung innerhalb der Control Commission zu zeigen, beginnend mit der personellen Besetzung. Dabei muß eingeräumt werden, daß auf keinen Präzedenzfall zurückgegriffen werden konnte, da ja nach 1918 keine Demontagen stattgefunden hatten. Andererseits hätte auf Grund der erkennbaren Größe des Unternehmens und seiner politischen Bedeutung von Anfang an klar sein müssen, daß ausreichend Personal verfügbar zu machen war; in der Wirklichkeit litt RDR stets unter Personalmangel. Das Hauptquartier war mit 184 Offizieren und 131 Schreibkräften kaum zulänglich besetzt, selbst wenn man Verstärkungen für die sechs regionalen Ämter hinzurechnet[66]. Im April 1946 forderte Whitham für das Hauptquartier 227 Offiziere

[65] Zu den ersten Listen vgl. Fortschrittsbericht des Wirtschaftsdirektorats der ACA, 30.9. 1946, in: PRO, FO 1062/272. Das zunächst erwartete Gewicht in Whitham an Mills, 14.9. 1946, in: PRO, FO 1034/6. Die endgültige Zahl in einem Bericht der Allied High Commission Intergovernmental Study Group, 15.5. 1951, in: PRO, FO 1023/46.

[66] RDR-Memorandum, 11.5. 1946, in: PRO, FO 1034/33.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



an, aber sein Gesuch ist bis Juli 1946 nicht einmal geprüft worden. Tatsächlich hat die Einrichtung nie in voller – an sich schon magerer – Besetzung gearbeitet, machten doch im Oktober 1946 lediglich 128 Offiziere Dienst. Personalwechsel scheint auch ein Problem gewesen zu sein. Wie die Abteilung betonte, dauerte es fünf Monate, um jemand nach seiner Ernennung richtig zu installieren, war er aber einmal da, konnte er mit einem Monat Kündigungsfrist wieder gehen[67].

Solcher Mangel hat die Arbeit offensichtlich behindert, zum Beispiel bei der Bewertung einzelner Werke und Anlagen. Im Dezember 1946 hatte das regionale RDR-Büro in Nordrhein-Westfalen von den bis dahin nominierten 169 Betrieben erst 95 bearbeitet; zu diesem Zeitpunkt wurden durchschnittlich 16 Bearbeitungsfälle pro Monat geschätzt. Doch 478 weitere Betriebe auf der Liste waren noch nicht einmal bei diesem Stadium des Verfahrens angelangt, das einen formidablen Engpaß darstellte, auch auf Grund eines Mangels an deutschen technischen Zeichnern und Evaluierungsteams. Wohl waren 150 solcher Gruppen vorgesehen, doch hatten bis Mitte 1946 nur zwei Drittel davon tatsächlich gebildet werden können. Zudem gelang es nie, die Tätigkeit der Teams zu kontrollieren, da, wie RDR resigniert feststellte, „wir das Personal für eine genaue Überwachung weder haben, noch je haben werden. Wir müssen uns einfach auf die Deutschen verlassen." Gelegentlich war davon die Rede, aus Großbritannien „Stoßtrupps" zu entsenden (bei einem seiner Besuche forderte Whitham 150), doch nie geschah etwas[68].

Das komplizierte Unternehmen war naturgemäß mit beträchtlicher Schreibarbeit verbunden, doch litt RDR chronisch unter einem Mangel an Schreibkräften. Schon früh wurde das Programm dadurch in Mitleidenschaft gezogen, daß „die Offiziere genötigt sind, ihre Briefe selber zu schreiben und ihre Buchungseintragungen selber vorzunehmen". Jeder Kommentar dazu ist überflüssig. Diese Mängel zeigen aber wieder einmal, wie schwächlich die Briten in der Praxis an das Problem der Reparationen herangingen. Whitham zufolge wurden jedoch die Dinge immer noch schlimmer, da etwa im Juni 1947 die für eine Operation erforderlichen Unterlagen den siebenfachen Umfang des bei Jahresanfang üblichen erreicht hatten[69]. Die hohe Zahl technischer Zeichnungen, die erforderlich war, um Empfängern den Wiederaufbau demontierter Maschinen zu ermöglichen, verschaffte RDR zusätzliche Arbeit für Schreibkräfte und Zeichner. In einem – zugegeben extremen – Fall verlangten die Russen für eine einzige Maschine 170 Zeichnungen[70].

Einen weiteren Verzögerungsfaktor stellten die schlechten Leistungen der bei den einzelnen Projekten beschäftigten deutschen Arbeiter dar. Anfänglich schätzte man,

---

[67] RDR-Minden (Zonenhauptquartier) an RDR-Berlin, 25.10.1946, in: PRO, FO 1057/37; Protokoll einer Reparationsbesprechung, Berlin, 7.12.1946, in: PRO, BT 211/1145.

[68] RDR-Monatsbericht (Nordrhein-Westfalen), 12.12.1946 und 8.2.1947, in: PRO, FO 1013/263; COGA-Reparationskonferenz, 16.12.1946, in: PRO, BT 211/1145; Korrespondenz vom 1. und 6.7.1946, in: PRO, FO 1005/634.

[69] RDR-Minden an DCOS (Org.) CCG (BE), 17.1.1946, und an DCOS (Exec), 4.6.1947, in: PRO, FO 1030/849.

[70] RDR-Minden an RDR-Berlin, 25.10.1946, in: PRO, FO 1057/37.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



daß der Abbau pro Betrieb vier Monate oder, anders ausgedrückt, die fünffache Tagesarbeitsleistung eines Mannes pro Tonne erfordern werde – keine allzu ehrgeizige Kalkulation. Aber Mitte 1947 betrug der Durchschnitt lediglich die zweifache Arbeitsleistung eines Mannes – nicht einmal die Hälfte der ursprünglichen Annahme[71]. Natürlich könnte zur Erklärung eine ganze Serie von Ursachen genannt werden, darunter Mangel an Lebensmitteln und fehlende Überwachung ebenso wie die geringe Arbeitsmoral in einem besetzten Land. Politische Opposition gegen die Reparationen und Demontagen an sich spielte offensichtlich ebenfalls eine Rolle. Auch konnten die deutschen Arbeiter naturgemäß wenig Neigung haben, lokale Arbeitsplätze zu zerstören und die Arbeitslosigkeit zu verschlimmern. Jedoch ist die Beweislage in dieser Hinsicht nicht eindeutig. Ein britischer Offizier in Nordrhein-Westfalen konstatierte, daß die deutschen Arbeiter keine besondere Unlust bei der Liquidierung solcher Arbeitsplätze an den Tag legten, sie machten sich „vielmehr ganz gut dabei". Sei die Kooperation der Gewerkschaften gewonnen, so meinte er, gebe es keine Probleme[72]. Danach sieht es so aus, als sei bewußter Widerstand weniger hemmend gewesen als die objektiven Schwierigkeiten im Nachkriegsdeutschland.

Welche Gründe auch zusammengewirkt haben, die Demontagen gerieten bis Mitte 1946 jedenfalls derart in Rückstand, daß die britische Firma Geo-Cohen Sons u. Co. als technischer Berater eingeschaltet wurde. Deren Hauptempfehlung lautete, für jede Region (vier an der Zahl) müßten zur besseren Kontrolle der deutschen Arbeiter 406 zusätzliche britische Ingenieure eingestellt werden. Whitham wies das sofort rundweg zurück, da dafür die Mittel fehlten, und ein windelweicher Kompromiß sprach schließlich RDR lediglich 125 Mann weiteres Personal zu[73]. Abermals zeigt die Verweigerung ausreichender Ressourcen, welch niedrige Priorität den Reparationen gegeben wurde.

Ein Blick auf die Zahl der verwendeten deutschen Arbeiter kann das nur bestätigen. Von Juni 1946 bis März 1947 wurden durchschnittlich 4500 Arbeiter beschäftigt, das waren 0,5 Prozent aller verfügbaren Arbeiter. Während der Flaute im anschließenden Sommer ging die Zahl von 9000 im Juni wieder auf gut 7800 im September zurück; in der gesamten neunmonatigen Periode wurden lediglich 84000 Tonnen Maschinerie demontiert, was hinter den fünf Arbeitsleistungstagen pro Tonne weit zurückblieb[74]. Selbst wenn man die Probleme im Deutschland des „Jahres Null" gebührend in Anschlag bringt, kann diese Leistung kaum überzeugend

[71] Zur angenommenen Leistung Aufzeichnung einer RDR-Sitzung, Berlin, 11.5. 1946, in: PRO, FO 1034/6; zu den tatsächlichen Leistungen vgl. Foreign Office an CCG (BE), Berlin, 2.6. 1947, in: PRO, FO 371/65208, und CCG (BE) an Foreign Office, 20.3. 1947, in: PRO, BT 211/523.

[72] RDR-Berlin an Unterausschuß für Wirtschaft, 31.7. 1947, in: PRO, FO 1034/6.

[73] Zum Cohen-Bericht in: Aufzeichnung des Unterausschusses für Wirtschaft, 5.6. 1946, ebenda; Whithams Antwort in: Schreiben an Mills, 14.9. 1946, ebenda.

[74] Die Zahlen für Juni bis September in: COGA (BE), Berlin, an Foreign Office, 7.6. 1947, PRO, FO 371/65208, sowie Whitham auf einer Konferenz des Foreign Office am 19.9. 1947, ebenda; über die erhaltene Tonnage wurde monatlich berichtet, vgl. PRO, BT 211/506. Die 0,5 Prozent erschienen in einem Memorandum des Handelsministeriums vom 6.12. 1946, in: PRO, BT 211/125.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



genannt werden[75]. Großbritannien machte in seiner Zone den Versuch, „zwei Pferde gleichzeitig zu reiten", Reparationen und Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, ohne daß ersteres den Vorzug genoß; in der SBZ lagen die Dinge ganz anders. Nichts illustriert den Mangel an einer dominierenden Leitlinie besser als die Beziehungen zwischen RDR und den anderen Abteilungen von CCG (BE).

Es steht außer Zweifel, daß viele britische Angehörige der Kontrollkommission Reparationen in größerem Umfang ablehnten, selbst für Großbritannien bestimmte Reparationen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Auswahl von Betrieben für Reparationszwecke Sache der Abteilung für Handel und Industrie war; RDR hatte die Entscheidungen zu akzeptieren. In der ganzen Zeit, von 1945 bis Ende 1947, war die Zahl der Klagen Legion, daß Fabriken, die für Reparationen in Frage kämen, durch das Netz rutschten; die Begründung für die Erhaltung eines Betriebs lief gewöhnlich auf die Erklärung hinaus, die Produktion werde für die deutsche Wirtschaft gebraucht[76].

Die Abteilung für Brennstoffe und Energie unterstützte ganz bewußt jene deutschen Firmen in ihrem Bereich, die danach trachteten, der Reparationsliste zu entgehen. Die Abteilung überzeugte Sholto Douglas, als er das Amt des Militärgouverneurs innehatte, von der dringenden Notwendigkeit, in der britischen Zone Kraftwerke zu behalten, und einem ihrer Ableger, der North German Coal Control, wurde nachgesagt, „Fragebögen herauszugeben, die ohne weiteres als Aufforderung an die Deutschen gedeutet werden können, Gründe für die Streichung von der Liste vorzutragen". Später hat die Abteilung offen eingestanden, daß sie hinsichtlich der Elektrizität dem ursprünglichen Industrieplan nicht gefolgt war. Statt dessen habe man sich „ehrlich bemüht", eine vorzeigbare Liste zu demontierender Kraftwerke zusammenzustellen, die die Kapazität nicht nach den Vorschriften des Industrieplans reduzierte, sondern nur auf ein etwas geringeres Niveau brachte, „das zu unterschreiten unklug wäre"[77].

Dieses unverblümte Geständnis, daß der deutsche Wiederaufbau gegen Viermächte-Regelungen gefördert worden sei, zeigte eine Haltung, die keineswegs auf die Abteilung für Brennstoffe und Energie beschränkt war. In Nordrhein-Westfalen hieß es von deutschen Sabotageakten gegen die Demontagen offen, solche Aktivitäten hätten „anscheinend die Unterstützung etlicher britischer Offiziere"[78]. Sogar in London ist das erkannt worden. 1947 charakterisierte ein Beamter des Handelsministeriums in

---

[75] Vom Mangel an Verpackungsmaterial abgesehen, mußte auch das Transportnetz wiederhergestellt werden. Vgl. Aufzeichnungen einer Konferenz über Vorauslieferungen, Berlin, 15.7. 1945, in: PRO, FO 1030/17.

[76] Solche Formel zum Beispiel in: Light Metal Products Control Branch an RDR-Detmold, 29.11. 1946, PRO, FO 1062/275; vgl. auch T Force an Handelsministerium, 8.3. 1947, in: PRO, BT 211/124, wo sich Klagen über die Zurückhaltung von Werkzeugen in Deutschland finden.

[77] Schreiben der Abteilung für Brennstoffe und Energie, 21.4. 1947, in: PRO, FO 1057/36.

[78] Whitham an Weir, 6.4. 1947, in: Ebenda. Hier wird betont, wie wenig beliebt die Reparationen an sich bei CCG (BE) seien; zu Nordrhein-Westfalen vgl. RDR-Sitzung in Wuppertal, 10.9. 1947, in: PRO, FO 1013/850.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



einer Aktennotiz den Stand der Dinge zwischen RDR und den anderen Abteilungen folgendermaßen: „Der Rest der Kontrollkommission [sic] sieht in den Reparationen natürlich eine verflixte Plage, eben weil sie zu Deutschlands wirtschaftlicher Erholung in Gegensatz stehen." Zwei Tage später kam er in dem Entwurf eines Memorandums, das dem Foreign Office zugeleitet und von Bevin im Kabinett vorgelegt werden sollte, auf das Thema zurück. Er sprach sich für ein vereinfachtes Verfahren und für einen neuen Anlauf aus, andernfalls werde das Programm wiederum steckenbleiben, Reparationen würden ausbleiben – „und genau das würden einige Elemente der Kontrollkommission gerne sehen"[79]. Im Foreign Office fand die Obstruktion in Deutschland die beste Charakterisierung, als ein Beamter festhielt, daß manche Angehörige von RDR „offen sagen, bei ihren britischen Kollegen seien sie mehr Widerstand gegen die Reparationspolitik und mehr Sabotage begegnet als bei den Deutschen"[80].

„Sabotage" ist ein starkes Wort, illustriert jedoch einmal mehr, wie ein Mangel an Willen den Umgang der Briten mit den „Hauern" und den „Zähnen" beeinträchtigte. Daß es nicht gelang, aus Deutschland die ursprünglich erhoffte Quantität an „Zähnen" herauszuholen, zog, daran muß erinnert werden, auch Großbritanniens Verbündete in der IARA in Mitleidenschaft. Aber Dalton führte zu diesem Problem ins Feld, daß Großbritannien, indem es einen Teil der deutschen Importe finanziere, in Deutschland „Opfer" bringe, die den anderen erspart blieben. Was das Ausbleiben ausgewählter deutscher Maschinen und Maschinenteile die britische Wirtschaft gekostet hat, ist nicht genau zu ermitteln. Doch gibt es einen relevaten Hinweis. Im Jahre 1938 kaufte das Vereinigte Königreich 44 Prozent (dem Werte nach) der importierten Maschinen in den USA und 25 Prozent in Deutschland, für 1947 lauten die entsprechenden Zahlen 65 und 3 Prozent[81]. Daraus läßt sich der Schluß ziehen, daß der Mangel an deutschen „Zähnen" sehr wohl ein gewichtiger Faktor beim Schwinden der britischen Dollarreserven gewesen ist, bei einem Vorgang also, der wiederum im August 1947 das Land in eine böse finanzielle Krise gestürzt hat[82].

## V.

Die Revision des Reparationsprogramms vom Oktober 1947 stellte natürlich sicher, daß die Situation keine Wendung zum Besseren nehmen konnte, da sie die Zahl der in der „Trizone" zur Demontage vorgesehenen Werke von 1657 auf nur noch 682 verringerte[83]. So sind die britischen Demontagepläne, von deutscher Seite

[79] Aufzeichnung des Handelsministeriums, 13.5. 1947, in: PRO, BT 211/238; Entwurf zum Memorandum „Reparations", 15.5. 1947, in: Ebenda.

[80] Aufzeichnung Foreign Office, 25.7. 1947, in: PRO, FO 1057/36.

[81] Vgl. Alan S. Milward, The Reconstruction of Western Europe 1945–1951, London 1984, S. 36.

[82] Über das Ausmaß der Krise Cairncross, Years of Recovery, S. 120.

[83] Zum revidierten Gesamtumfang vgl. Foreign Office an CCG (BE), Berlin, 26.10. 1947, in: PRO, FO 1032/2336.



Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



manchmal tatsächlich als „uferlos" bezeichnet, nie Wirklichkeit geworden. Eine nüchterne deutsche Kalkulation schätzt die Minderung der westdeutschen industriellen Kapazität durch Reparationen auf 3,1 bis 5,3 Prozent. Lediglich 38 Prozent der im ursprünglichen Demontageprogramm erscheinenden Werke sind dem Prozeß tatsächlich unterzogen worden. So befand sich Westdeutschland 1950 im Besitz einer industriellen Ausstattung, die trotz Luftkrieg und trotz Demontagen um 11 Prozent größer war als die des Jahres 1936[84]. Dies hilft, das Wirtschaftswunder der fünfziger Jahre in der richtigen Perspektive zu sehen; Churchills Forderung „fett, aber impotent" scheint also auf den ersten Blick erfüllt worden zu sein – natürlich nicht für Ostdeutschland.

Übrigens sollte darauf hingewiesen werden, daß die Briten bis zum 31. Dezember 1946 rund 64 000 Tonnen Anlagen und Maschinen in die Sowjetunion geliefert hatten, während sich die Zuteilung der IARA an das Vereinigte Königreich bloß auf 1200 Tonnen belief (einseitige Entnahmen sind hier allerdings nicht berücksichtigt)[85]. Bis 1952 hatte Großbritannien Reparationen der Kategorie B im Werte von insgesamt 15 Millionen Pfund erhalten; aufgeschlüsselt: Schiffe 8,2 Millionen, einseitige Entnahmen 2,7 Mio, multilaterale 0,4 Mio, IARA-Zuteilungen 3,7 Mio. Dazu mußte der britische Anteil an Reparationen der Kategorie A gerechnet werden, der in einem – freilich umstrittenen – Bericht auf 21 Millionen Pfund geschätzt ist. Anfang 1948 nahm die britische Regierung an, daß der Gewinn aus beiden Kategorien 42,5 Millionen Pfund betrage und noch weitere 27,5 Millionen zu erwarten seien[86]. Tatsächlich ist es jedoch unmöglich, exakte Summen anzugeben, da bei der Kategorie B der Wert eines Objekts ganz nach der für angemessen erachteten Abschreibung festgesetzt wurde.

Zwei Feststellungen sind noch zur Sicherheitsfrage zu treffen. Die erste betrifft die sogenannten „eingeschränkten" Industrien, das heißt, jene Zweige der Industrie, die zwar nicht reine Rüstungsbetriebe waren, aber gegebenenfalls auf Kriegsproduktion umgestellt werden konnten, zum Beispiel Werften. Whitehall wünschte eine ganze Anzahl solcher Betriebe demontiert zu sehen, doch kam der Start des Marshall-Plans dazwischen; die Amerikaner übten Druck aus, um diese Einrichtungen in Deutschland zu halten. Der Vorgang liegt nicht im Rahmen des hier vorgelegten Aufsatzes, er sei jedoch erwähnt als ein weiterer Fall der Verwässerung des Reparationsprogramms durch die Vereinigten Staaten, diesmal auf Kosten der Sicherheit ihrer Verbündeten. Überdies schrieben die Vereinbarungen von Jalta und Potsdam die völlige Zerstörung des gesamten deutschen Kriegspotentials vor, insbesondere der zur Kate-

[84] Zit. nach Arcadius R. L. Gurland, Die CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklung bis 1953, Frankfurt a. M. 1980, S. 293. Zur Auswirkung auf die Produktion vgl. Theodor Eschenburg Jahre der Besatzung 1945–1949, Stuttgart 1983, S. 268. Zur Zunahme des Bestands vgl. Werner Abelshauser, The Economic Policy of Ludwig Erhard, San Domenico 1984, Tabelle I, S. 28.

[85] Wie Anm. 36.

[86] Die Zahlen für die beiden Kategorien in: Bericht des Handelsministeriums, 31. 5. 1952, PRO, BT 211/534. Zu Kategorie A vgl. auch A. Wingate (IARA) an Morton, 28. 1. 1948, und die Kommentare des Schatzamts dazu, in: PRO, T 236/1505.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



gorie I gehörenden Rüstungsbetriebe. Indes wurde 1948 klar, daß dies in der amerikanischen Zone nie geschehen war. Clay hatte lediglich Maschinerie entfernen, die Baulichkeiten hingegen stehen lassen; derartige Fabriken waren in wenigen Monaten zu reaktivieren – eine klare Verletzung internationaler Absprachen[87].

Somit steht wohl fest, daß die Notwendigkeit, Rücksicht auf die USA zu nehmen, Großbritannien die Möglichkeit nahm, seine eigene Politik durchzusetzen. Und wenn ein Auge auf Washington gerichtet bleiben mußte, so das andere auf die IARA in Brüssel. Schon während des Krieges war der amtierenden Londoner Regierung bewußt, daß sie nach dem Ende der Feindseligkeiten keine freie Hand in der Reparationspolitik haben werde, doch ist zu bezweifeln, daß das volle Ausmaß der Hemmnisse und Beschränkungen erkannt wurde, das sich aus der internationalen Regelung und Kontrolle der Reparationen ergeben mußte. Ebensowenig war das durch den Erwerb von Schiffen entstehende Überziehungsproblem vorhersehbar. Dies ist Whitehall zugute zu halten, wenn die relative Geringfügigkeit der Erfolge seiner Politik konstatiert wird.

Dennoch muß die Frage nach der Art und Weise gestellt werden, in der Großbritannien das Programm in der Praxis handhabte. Daß es sowohl in London wie in Deutschland an engagiertem Vorgehen fehlte, ist deutlich geworden. Trotz allen Redens über Sicherheit wollten allzu viele Angehörige der CCG (BE) in Wahrheit nicht, daß Deutschland mit hohen Reparationen belastet werde, und in Whitehall dachte man nicht anders[88]. Bevin begriff sehr wohl, daß die britisch-sowjetischen Beziehungen zu einem guten Teil von der zügigen Abwicklung eines Reparationsprogramms abhingen, doch kam es nie zur Bewilligung der dafür erforderlichen Ressourcen, und zwar ganz ohne amerikanische Einwirkung. Der Wiederaufbau Deutschlands genoß stets Vorrang, nicht anders als nach dem Ersten Weltkrieg; daher erreichte RDR nie den Status eines Primus inter pares, geschweige denn Priorität. Anders in der SBZ. Die RDR entsprechende sowjetische Abteilung hatte von Anfang an bestimmendes Gewicht. Im Osten rangierten die Reparationen eindeutig vor dem deutschen Wiederaufbau[89]. So bleibt es weiterhin schwierig, mit Sicherheit zu sagen, ob die Briten zwar ihren Anteil einzutreiben suchten, aber scheiterten, oder ob sie sich einfach keine besondere Mühe gaben. Bevin hat jedenfalls geglaubt, daß der gute Wille der USA in Deutschland wichtiger sei als Reparationsgewinne. Ob er die richtige Entscheidung getroffen hat, ist Ansichtssache.

(Aus dem Englischen übersetzt von Hermann Graml)

---

[87] Harriman, amerikanischer Handelsminister, an Präsident Truman, 23.1. 1948, in: FRUS 1948, Bd.2, S.726f.; vgl. auch „Memorandum of Conversation etc.", 22.3. 1948, in: Ebenda, S.738ff.

[88] Zum Beispiel meinte Playfair von COGA, daß hohe Reparationen die Absatzchancen Großbritanniens in Deutschland mindern würden, weil die Deutschen dann weniger Geld hätten; Memorandum an Handelsministerium, 31.12. 1945, in: PRO, T 236/280.

[89] J.Peter Nettl, German Reparations in the Soviet Empire, in: Foreign Affairs, Bd.29, 1950/51, S.307, weist darauf hin, daß die sowjetischen Erfolge beim Eintreiben von Reparationen keineswegs Zauberei gewesen seien; Moskau habe den Reparationen einfach Priorität eingeräumt.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ANDREAS WENGER

# DER LANGE WEG ZUR STABILITÄT

## Kennedy, Chruschtschow und das gemeinsame Interesse der Supermächte am Status quo in Europa

In einer Zeit, in der Europa vor der Herausforderung steht, ein tragfähiges Sicherheitssystem für die Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges aufzubauen, drängt sich die Frage auf, wie sich die europäische Sicherheitsordnung der Nachkriegszeit herausbildete, die Europa eine lange Epoche des Friedens brachte. Während die Jahre zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Koreakrieg im Zeichen einer zunehmenden Verhärtung zwischen Ost und West standen, konnte der Blockbildungsprozeß in Europa mit der Einbindung der wiederbewaffneten Bundesrepublik Deutschland in die NATO einerseits und der Integration der DDR in den Warschauer Pakt andererseits Mitte der fünfziger Jahre als abgeschlossen betrachtet werden. Gleichwohl hatte das europäische Sicherheitssystem noch nicht zu einer grundsätzlichen Stabilität gefunden, denn die Frage der Blockgrenzen und damit verbunden die deutsche Frage gaben kontinuierlich Anlaß zu Spannungen zwischen wie auch innerhalb der Blöcke. Stabilität in Europa stellte sich erst in den frühen sechziger Jahren im Zuge der amerikanisch-sowjetischen Annäherung in den zwei zentralen Fragen der europäischen Sicherheitsdebatte – der deutschen und der nuklearen Frage – ein. Fortan konzentrierten sich die diplomatischen Bemühungen der beiden Supermächte und ihrer europäischen Blockpartner auf die Kodifizierung des Status quo.

Meist wird die Stabilisierung des europäischen Sicherheitssystems im Zuge der Berlinkrise in den Jahren 1958–1962 den disziplinierenden Auswirkungen des nuklearen Gleichgewichts des Schreckens zugeschrieben. Die USA verloren gegen Ende der fünfziger Jahre ihre Unverwundbarkeit. Der Start des sowjetischen Satelliten „Sputnik" im Oktober 1957 signalisierte, daß die Sowjetunion den Übertritt vom Bomber- ins Raketenzeitalter noch vor den USA vollzogen hatte. Mit nuklearen Gefechtsköpfen bestückte Interkontinentalraketen der Sowjetunion bedrohten die amerikanische Sicherheit fortan direkt und mit stark reduzierter Vorwarnzeit. In der daraus resultierenden Situation der wechselseitigen Verwundbarkeit lag es im vitalen nationalen Interesse sowohl der USA als auch der Sowjetunion, einer nuklearen Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen. Dies zwang die beiden Supermächte, auf eine Politik der Entspannung und Rüstungskontrolle einzuschwenken. Mit Blick

*VfZ 46 (1998)*
*© Oldenbourg 1998*

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



auf Europa wiederum setzte dies voraus, daß beide Seiten den territorialen Status quo akzeptierten[1].

Diese Erklärung der Stabilisierung der europäischen Sicherheitsordnung Anfang der sechziger Jahre greift jedoch zu kurz. Zum einen überschätzt sie die stabilisierende Wirkung von Nuklearwaffen in einer Zeit, in der sich ein strategisches Gleichgewicht erst allmählich herauszubilden begann. Der nukleare Faktor war – wie gezeigt wird – vielmehr mitverantwortlich für den Ausbruch der beiden gefährlichsten Krisen des Kalten Krieges, der Berlinkrise (1958–1962) und der Kubakrise (1962). Zum anderen wird dabei übersehen, daß die neu erlangte Stabilität in Europa auf mehr als der nuklearen Pattsituation zwischen zwei antagonistischen Machtblöcken beruhte. Die bipolare Struktur des Kalten Krieges verdeckt den Blick auf die Tatsache, daß die amerikanischen Sicherheitsinteressen in Europa nicht vollständig im Widerspruch zu den sowjetischen standen.

Erst die Herausbildung einer amerikanisch-sowjetischen Interessenkongruenz in der deutschen und in der nuklearen Frage führte zu einer Stabilisierung der europäischen Sicherheitsordnung. Hinzuzufügen, daß sich die Annäherung der beiden Supermächte in diesen beiden zentralen Problemkomplexen des Kalten Krieges in Europa erst unter dem Eindruck einer für beide Seiten existentiellen Bedrohung durch einen Nuklearkrieg entwickelte, schmälert die Bedeutung des Verständigungsprozesses zwischen Kennedy und Chruschtschow nicht. Die Entwicklung hin zur wechselseitigen Verwundbarkeit schuf günstige Rahmenbedingungen für eine Entspannung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, da beide Seiten an Kooperation in dem Maße interessiert sein mußten, wie sie selbst Opfer nuklearer Angriffe werden konnten. Die Angleichung der strategischen Potentiale verhalf der Erkenntnis zum Durchbruch, daß die amerikanischen und sowjetischen Sicherheitsinteressen mit Blick auf Europa in grundlegenden Fragen übereinstimmten.

## 1. Die Kernelemente der amerikanisch-sowjetischen Annäherung

Ende der fünfziger Jahre drehte sich die europäische Sicherheitsdebatte um zwei umstrittene Punkte: die deutsche und die nukleare Frage. Die beiden Problemkomplexe waren so eng miteinander verwoben, daß sie nur unter Berücksichtigung ihrer gegenseitigen Beeinflussung verstanden werden können. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Spaltung Europas war umstritten, in welcher politischen und territorialen Form sich Deutschland in die Sicherheitsstruktur Europas eingliedern sollte. Hielt der Westen den Anspruch auf Wiedervereinigung aufrecht, pochte der Osten auf die Anerkennung der staatlichen Souveränität der DDR und die Anerkennung der deutschen Ostgrenze. Die politischen Zielsetzungen von Ost und

[1] Als Beispiel für eine solche Argumentationsweise siehe Christoph Hoppe, Zwischen Teilhabe und Mitsprache: Die Nuklearfrage in der Allianzpolitik Deutschlands 1959–1966, Baden-Baden 1987, S. 13–17.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



West waren damit ohne grundlegende Veränderungen nicht in Übereinstimmung zu bringen. Für den Westen stellte sich zusätzlich die Frage, wie Westeuropa in Anbetracht der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes verteidigt werden sollte. Diese Aufgabe war in den frühen fünfziger Jahren zunehmend durch die Abschreckungswirkung des amerikanischen Nuklearpotentials abgedeckt worden. Am Ende der Dekade hingegen verlor die Nukleargarantie der USA für Westeuropa aufgrund der wachsenden Verwundbarkeit Amerikas zunehmend an Glaubwürdigkeit.

Bei Amtsantritt Kennedys im Januar 1961 drängten die grundlegenden Probleme des Kalten Krieges, wie sie im Geflecht der Wechselwirkungen der deutschen und der nuklearen Frage zum Ausdruck kamen, nach einer Lösung. Konnten die USA weiterhin eine glaubwürdige Sicherheitsgarantie für Europa bieten? Oder mußte Europa in Zukunft den Frieden auf dem alten Kontinent aus eigener Kraft sichern? Und schließlich: Welches war in den jeweiligen Konzepten die Rolle Deutschlands im Hinblick auf die Frage der nuklearen Mitsprache bzw. Teilhabe?

Bis 1963 – so die zentrale These dieses Artikels – erreichten Kennedy und Chruschtschow eine informelle Übereinstimmung in all diesen Fragen. Die Kernelemente dieser Übereinkunft bestanden darin, daß die sowjetische Führung den territorialen Status quo in Zentraleuropa akzeptierte und auf erneuten Druck in Berlin verzichtete. Die Sowjetunion sah damit davon ab, die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Sicherheitsgarantien weiter in Frage zu stellen und auf den Zerfall der NATO hinzuwirken. Im Gegenzug signalisierte Kennedy, daß ein nukleares Deutschland nicht im amerikanischen Interesse lag und Washington auch im Rahmen einer multilateralen Streitkraft nicht gewillt war, die Kontrolle über die amerikanischen Nuklearwaffen aus den Händen zu geben. Dies wiederum machte es nötig, daß die USA weiterhin für die westdeutsche Sicherheit garantierten und sich verpflichteten, langfristig Truppen in Europa zu stationieren.

Die Annäherung der sowjetischen und amerikanischen Positionen führte zur Stabilisierung des europäischen Sicherheitssystems auf der Basis des territorialen *und* nuklearen Status quo. Die Berliner Mauer zementierte symbolträchtig die beiderseitige Anerkennung eines geteilten Deutschland und eines geteilten Berlin. Der Abschluß des *Limited Test Ban Treaty* (LTBT) im Sommer 1963 signalisierte weiter den Willen der beiden Supermächte, bei der Eindämmung der nuklearen Proliferation zusammenzuarbeiten.

Im folgenden wird die Herausbildung der amerikanisch-sowjetischen Interessenkongruenz in der Frage der europäischen Sicherheit in ihren wichtigsten Schritten nachgezeichnet. Die Annäherung von Kennedy und Chruschtschow entwickelte sich vor dem Hintergrund der Berlinkrise, die wiederum die Gefahr einer Eskalation zum Nuklearkrieg beinhaltete[2].

---

[2] Wichtige Vorarbeiten für diesen Aufsatz wurden während der Niederschrift eines Buchs zur Nuklearpolitik Eisenhowers und Kennedys geleistet. Vgl. Andreas Wenger, Living with Peril: Eisenhower, Kennedy, and Nuclear Weapons, Lanham 1997. Für kritische Anmerkungen und die sorg-

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



## 2. Chruschtschow, die Nuklearisierung der Bundeswehr und die Berlinkrise 1958

Ende 1958 mündeten die anhaltenden Spannungen um Berlin in eine akute Krise[3]. Seitdem die Westmächte West-Berlin 1948/49 über ein Jahr lang aus der Luft versorgt hatten, war es in Europa zu keiner direkten Konfrontation zwischen Ost und West mehr gekommen. Dies änderte sich, als Chruschtschow am 27. November 1958 ankündigte, die Sowjetunion wünsche einen Friedensvertrag zwischen den Alliierten des Zweiten Weltkrieges und Deutschland, der auch den Status von Berlin neu definiere. Stimme der Westen diesem Vertrag nicht binnen sechs Monaten zu, so drohte Chruschtschow, werde die Sowjetunion einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abschließen. Mit dieser bilateralen Übereinkunft würden die Souveränitätsrechte über den Zugang zu West-Berlin an die DDR übergehen[4]. Die Drohung war klar: Der Westen hatte sich darauf vorzubereiten, daß die Sowjetunion die Kontrolle über den Zugang zu West-Berlin an die DDR übergeben würde. Dies sollte den Westen zwingen, sich mit einem Staat auseinanderzusetzen, den er nicht anerkannte.

Wieso brach Chruschtschow im November 1958 die Berlinkrise vom Zaun? Über diese Frage wurden eine ganze Reihe von Mutmaßungen angestellt, wie etwa, daß der Parteichef vor dem Hintergrund sowjetischer Erfolge in der Raketentechnologie („Sputnik" 1957) die amerikanischen Sicherheitsgarantien für Europa und insbesondere für West-Berlin auf die Probe stellen wollte. Die Sowjetunion versuchte offensichtlich, die Einheit der NATO aufzuweichen. Weiter wurde angeführt, daß der sowjetische Machthaber mit seinem Ultimatum der Führung der DDR den Rücken stärken wolle und bemüht war, seine chinesischen Kritiker in die Schranken zu weisen[5].

All diese Gründe können jedoch nicht befriedigend erklären, wieso die Sowjets bereit waren, einen Konflikt im Herzen Europas anzuheizen, bei dem das Risiko gewaltiger atomarer Zerstörungen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs außeror-

---

fältige Durchsicht des Artikels danke ich Marc Trachtenberg, Kurt R. Spillmann, Thomas Bernauer, Mauro Mantovani, Christoph Breitenmoser und Christoph Münger.

[3] Zum Verständnis amerikanischer Politik während der Berlinkrise vgl. William Burr, U.S. Policy and the Berlin Crisis: An Overview, in: The Berlin Crisis, 1958–1962: Guide and Index, hrsg. v. Thomas S. Blanton/Malcolm Byrne/Margarita S. Studemeister/Lisa Thompson, Bd. 1, Alexandria 1991, S. 31–47; McGeorge Bundy, Danger and Survival: Choices About the Bomb in the First Fifty Years, New York 1988, S. 358–390. Für einschlägige ältere Werke vgl. Jack Schick, The Berlin Crisis, 1958–1962, Philadelphia 1971; Robert M. Slusser, The Berlin Crisis of 1961: Soviet-American Relations and the Struggle for Power in the Kremlin, June–November 1961, Baltimore 1973.

[4] Note From the Soviet Foreign Ministry to the American Ambassador at Moscow, Regarding Berlin, November 27, 1958, zitiert in: United States Senate, Committee on Foreign Relations, Documents on Germany 1944–1961 (künftig: US-Senate, DG), Washington, 1961, S. 348–363; Address by Premier Khrushchev at a Soviet-Polish Meeting, „On Germany and Berlin," November 10, 1958, in: Ebenda, S. 339–343.

[5] Für eine gute Analyse der sowjetischen Motive vgl. Hannes Adomeit, Soviet Risk-Taking and Crisis Behavior: A Theoretical an Empirical Analysis, in: Adelphi Papers 101, London 1973.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



dentlich hoch war. Der amerikanische Historiker Marc Trachtenberg ist dieser Frage erneut nachgegangen und hat gezeigt, daß Chruschtschows Motive in erster Linie im Lichte der transatlantischen Debatte über die nukleare Mitsprache bzw. Teilhabe der Europäer am amerikanischen Nuklearpotential beurteilt werden müssen. Die Berlinkrise ist damit nicht so sehr das Resultat der sowjetischen Absicht, die Westmächte aus Berlin zu vertreiben, sondern sie muß vielmehr im Kontext sowjetischer Ängste vor einer nuklearen Bundesrepublik gesehen werden[6]. Der Zusammenhang zwischen den wachsenden Spannungen in Berlin und der zunehmenden Nuklearisierung Europas (und insbesondere der Bundeswehr) wird durch neu zugängliches sowjetisches und ostdeutsches Quellenmaterial bestätigt[7].

Chruschtschows Drohung mit einem separaten Friedensvertrag fiel zeitlich exakt mit dem Beginn der Ausrüstung der Bundeswehr mit nuklearen Trägersystemen zusammen. Im März 1958 hatte der Deutsche Bundestag nach aufsehenerregenden Debatten einen diesbezüglichen Grundsatzbeschluß gefällt[8]. Noch vor Ende des Jahres befanden sich deutsche Flugzeuge im Training für allfällige Nuklearwaffeneinsätze. Gleichzeitig wurde der Bau von Waffendepots für atomare Gefechtsköpfe aufgenommen[9]. Obwohl die Kontrolle über diese Gefechtsköpfe de jure in amerikanischen Händen verblieb, kam die Bundesrepublik am Ende der fünfziger Jahre einer *faktischen* Kontrolle sehr nahe. Dies stellten auch Mitglieder des amerikanischen Kongresses fest. Bei ihrem Besuch in Europa fanden sie Flugzeuge mit deutschen Piloten und einsatzbereiten Nuklearwaffen in Bereitschaft stehen. Die amerikanische „Kontrolle" beschränkte sich auf einen Offizier mit einer Pistole am Gürtel, der sich im Bereich des Flughafens aufhielt[10].

Die Bemühungen der Bundesrepublik um nukleare Teilhabe müssen vor dem Hintergrund der politischen und militärischen Entwicklung der NATO in den fünfziger Jahren beurteilt werden. Das nordatlantische Bündnis begann sich aufgrund finanzieller und strategischer Überlegungen vermehrt auf die amerikanischen Nuklearwaffen zu stützen, um die Sicherheit Westeuropas zu gewährleisten. In der ersten Hälfte der Dekade hatte die NATO dabei das Hauptgewicht auf die Abschreckungswirkung des *Strategic Air Command* (SAC) der USA gelegt. Ab Mitte der fünfziger Jahre ergänzte die NATO ihre militärischen Mittel zunehmend mit taktischen Nuklearwaffen, um die Unterlegenheit bei den in Europa stationierten Bodentruppen

---

[6] Vgl. Marc Trachtenberg, History and Strategy, Princeton 1991, S. 180–191.

[7] Vgl. Hope M. Harrison, Ulbricht and the Concrete „Rose": New Archival Evidence on the Dynamics of Soviet-East German Relations and the Berlin Crisis, 1958–1961, in: Cold War International History Project Working Paper No. 5, Washington 1993; Vladislav M. Zubok, Khrushchev and the Berlin Crisis, 1958–1962, in: Cold War International History Project Working Paper No. 6, Washington 1993.

[8] Vgl. Hoppe, Zwischen Teilhabe und Mitsprache, S. 37.

[9] Vgl. Trachtenberg, History and Strategy, S. 191.

[10] Die Eindrücke des Joint Committee on Atomic Energy sind wiedergegeben in: John D. Steinbruner, The Cybernetic Theory of Decision: New Dimensions of Political Analysis, Princeton 1974, S. 180.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



wettzumachen[11]. Die zunehmende Abhängigkeit der westeuropäischen Sicherheit von Nuklearwaffen schmälerte die Bedeutung konventioneller Machtmittel. Dies stellte insbesondere den Wert des westdeutschen Wiederbewaffnungsprogramms in Frage, das sich auf konventionelle Waffen beschränkte. Aber nicht nur die USA, sondern auch die Sowjetunion vergrößerten im Laufe der fünfziger Jahre ihr Nuklearwaffenpotential schrittweise. Mit der forcierten Entwicklung von geeigneten Trägersystemen konnten die sowjetischen Nuklearwaffen zunehmend auch die USA direkt gefährden. In ihrer Kombination stellten diese zwei gegenläufigen Tendenzen die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Sicherheitsgarantien für Westeuropa im allgemeinen und für die Bundesrepublik im speziellen grundsätzlich in Frage.

Als Reaktion auf diese Entwicklungen verfolgten die europäischen Mächte eine verstärkt national orientierte Politik. Wie unterschiedlich die USA und ihre europäischen Bündnispartner ihre langfristigen nationalen Interessen definierten, zeigte sich ein erstes Mal in aller Deutlichkeit während der Suezkrise von 1956. Ohne Rücksprache mit den USA entschlossen sich Großbritannien und Frankreich, an der Seite Israels militärisch gegen Ägypten vorzugehen. Da die Unterstützung durch den amerikanischen Bündnispartner fehlte und Washington massiven Druck auf London und Paris zur Aussetzung der Aktion ausübte, endete das Unternehmen in einem militärischen und politischen Debakel[12]. Beide Nationen intensivierten daraufhin ihre Bemühungen um eigene Nuklearwaffen. Während Großbritannien bereits 1952 einen ersten erfolgreichen Nukleartest durchgeführt hatte und 1957 die erste Wasserstoffbombe entwickelte, konnte Präsident de Gaulle 1960 den ersten französischen Testerfolg verkünden[13].

Nach dem erfolgreichen Start des sowjetischen Satelliten „Sputnik" (1957) intensivierte auch die deutsche Bundesregierung ihre politischen und diplomatischen Aktivitäten mit dem Ziel, direkteren Zugang zur Kontrolle über Nuklearwaffen zu erhalten. Bundeskanzler Konrad Adenauer war schon immer bemüht gewesen, die nukleare Option für sein Land offenzuhalten. Die Ernennung von Franz Josef Strauß zum Verteidigungsminister im Oktober 1956 (also noch vor „Sputnik") signalisierte schließlich eine klare Hinwendung der Bundesrepublik zu einer Verteidigungsstrategie, die auf Nuklearwaffen basierte[14].

---

[11] Die Entwicklung der Nato-Strategie in den fünfziger Jahren findet eine ausgezeichnete Darstellung in: Robert Allen Wampler, Ambiguous Legacy: The United States, Great Britain and the Foundations of NATO Strategy, 1948–1957, Ann Arbor/Mich. 1991.

[12] Die Auswirkungen der Suezkrise auf die transatlantischen Beziehungen sind nachzulesen in: William Roger Louis/Roger Owen (Hrsg.), Suez 1956: The Crisis and its Consequences, Oxford 1989; Sir Anthony Eden, Memoiren, 1945–1957, Zürich 1961, S. 475–656; Dwight D. Eisenhower, The White House Years: Waging Peace, 1956–1961, New York 1963, S. 20–57.

[13] Zur Entwicklung der britischen und französischen Nuklearpolitik vgl. Ian Clark, Nuclear Diplomacy and the Special Relationship: Britain's Deterrent and America 1957–1962, Oxford 1994; Wilfrid L. Kohl, French Nuclear Diplomacy, Princeton 1971.

[14] Zur Nuklearpolitik der BRD und zu den Absichten Adenauers vgl. Catherine McArdle Kelleher, Germany and the Politics of Nuclear Weapons, New York 1975; Hans-Peter Schwarz, Adenauer und die Kernwaffen, VfZ 37 (1989), S. 567–593, hier S. 577.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Die Regierung Eisenhower reagierte auf die zunehmenden Spannungen innerhalb der NATO, indem sie den Europäern die Hand zur Mitsprache bzw. Teilhabe am amerikanischen Abschreckungspotential bot. Die USA beschleunigten die umfassende Stationierung von taktischen Nuklearwaffen in Mitteleuropa, speziell in der Bundesrepublik, deren Kontrolle de jure aber in amerikanischen Händen verblieb. Nach „Sputnik" entwickelte sich die Frage der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen zum Dauerthema im Bündnis. Bis zum Ende der Amtszeit Eisenhowers resultierte daraus jedoch lediglich die Stationierung von landgestützten Mittelstreckenraketen vom Typ *Thor* und *Jupiter* – unter bilateralen Kontrollarrangements – in Großbritannien, Italien und der Türkei. Dagegen fand die Vision einer integrierten europäischen Nuklearstreitkraft mit dem Amtsantritt von de Gaulle im Juni 1958 ein abruptes Ende. Ebenso gelang es nicht, die Kontrollfrage für eine multilaterale NATO-Nuklearstreitkraft zu lösen – ein Vorschlag, der vom NATO-Oberkommandierenden Lauris Norstad vorangetrieben wurde[15].

Was als Rückversicherung für die Alliierten gedacht war, bedrohte aber gleichzeitig die Sowjetunion. Aus sowjetischer Perspektive schienen die Entwicklungen innerhalb der NATO darauf hinauszulaufen, daß die Bundesrepublik in naher Zukunft zum Nuklearstaat werden würde.

Die bisherigen Ausführungen machen deutlich, daß Chruschtschows Furcht vor einer nuklearen Bundeswehr nicht unbegründet war. Man kann einwenden, daß die Bundesrepublik aber weiterhin an den 1954 ausgesprochenen Verzicht auf die Produktion von Nuklearwaffen gebunden war und alle auf ihrem Boden stationierten Nuklearwaffen de jure unter amerikanischer Kontrolle verblieben. Letzteres schrieb die amerikanische Verfassung vor[16].

Wie muß die Tendenz in Richtung faktischer Teilhabe der Bundesrepublik am amerikanischen Nuklearpotential erklärt werden? Es handelte sich dabei weder um Schlamperei der amerikanischen Militärs noch um technische Mängel. Vielmehr hielt Eisenhower die Entwicklung der Bundesrepublik zur Nuklearmacht mittelfristig für unausweichlich. Natürlich hätte er eine integrierte europäische Nuklearstreitkraft – allenfalls unter einem europäischen NATO-Kommandanten – einer ganzen Reihe von nationalen Nuklearprogrammen vorgezogen[17]. Dies hätte allerdings vorausgesetzt, daß sich die Europäer auf eine politische Kontrolle in einem multilateralen System geeinigt hätten, wofür die Chancen Ende der fünfziger Jahre nicht gut waren. Der zentrale Grund für die „Aufgeschrecktheit" der Sowjetunion ist damit in der amerikanischen Verteidigungspolitik unter Eisenhower zu suchen.

Eisenhower betrachtete die Stationierung amerikanischer Truppen in Europa als Starthilfe, bis Europa aus eigener Kraft ein militärisches Gegengewicht zur Sowjet-

[15] Die transatlantische Debatte zu den verschiedenen Vorschlägen nuklearer Teilhabe ist im Detail wiedergegeben in: Steinbruner, The Cybernetic Theory of Decision, S. 173–198.

[16] Dies geschah bereits 1946 im sogenannten McMahon Act; vgl. ebenda, S. 169f.

[17] Zur Haltung Eisenhowers in der Frage der nuklearen Teilhabe vgl. Trachtenberg, History and Strategy, S. 185.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



union bilden konnte. Dies erklärt unter anderem auch, wieso Eisenhower den Prozeß der europäischen Einigung unterstützte. Erst wenn sich Europa als dritte Kraft etabliert haben werde, sagte Eisenhower einmal, sei es den USA vergönnt, „to sit back and relax somewhat"[18]. Im Nuklearzeitalter hieß dies konsequenterweise auch, eine europäische Nuklearstreitkraft zu bejahen. Dieser Schluß drängte sich für Eisenhower insbesondere deshalb auf, weil er der Ansicht war, daß ein Krieg in Europa ein nuklearer sein würde. Ausgehend von diesen strategischen Leitgedanken entwickelte Eisenhower eine grundsätzlich positive Haltung gegenüber einem europäischen Nuklearpotential. Nur mit einer solchen Entwicklung ließ sich die langfristige personelle und finanzielle Belastung der USA auf ein tragbares Niveau senken. Nur so konnte eine zunehmende Militarisierung und Reglementierung der amerikanischen Gesellschaft umgangen werden. Und nur so würden die spezifisch amerikanischen Werte, Institutionen und der soziale Zusammenhalt der Nation erhalten bleiben[19]. Dies galt insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, daß es für die USA aufgrund ihrer eigenen zunehmenden Verletzlichkeit immer schwieriger wurde, ihren Nuklearschirm auf Dritte auszudehnen.

Am Ende der Amtszeit Eisenhowers war die amerikanische Haltung hinsichtlich der Frage der nuklearen Teilhabe von einander widersprechenden Überlegungen geprägt. Dem politischen Ziel der Rückversicherung der europäischen Bündnispartner durch vermehrte Teilhabe am amerikanischen Nuklearpotential stand die militärstrategische Forderung nach einer zentralen Kontrolle über alle westlichen Nuklearstreitkräfte gegenüber. Auf der politischen Ebene ging es in erster Linie darum, den Drang nach nationalen Nuklearstreitkräften zu entschärfen. Auf der militärischen Ebene sprach allerdings vieles dagegen, daß die Kontrollfrage auf einer supranationalen Ebene jemals befriedigend gelöst werden könnte[20]. Gerade weil das amerikanische Außen- und das Verteidigungsministerium unterschiedliche Aspekte der Debatte betonten, kam der Haltung des Präsidenten besondere Bedeutung zu. Und Eisenhowers verteidigungspolitische Äußerungen legten den Schluß nahe, daß die bisherigen Entscheidungen, den Europäern größere nukleare Mitsprache einzuräumen, von weiteren gefolgt würden.

Ende der fünfziger Jahre war das europäische Sicherheitssystem noch nicht stabil. Einerseits erachtete Eisenhower die Entwicklung hin zu einer nuklearen Pattsituation als unumgänglich und sah voraus, daß eine Veränderung des strategischen Gleichgewichts eine Stabilisierung der Ost-West-Beziehungen mit sich bringen wür-

[18] Zit. in: Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS), 1955–1957, Bd. 19: Editorial Note, S. 150–153, hier S. 151. Zur Stellung Europas im sicherheitspolitischen Denken Eisenhowers vgl. Thomas U. Schöttli, USA und EVG. Truman, Eisenhower und die Europa-Armee, Bern 1994; Pascaline Winand, Eisenhower, Kennedy, and the United States of Europe, London 1993.

[19] Die Grundannahmen von Eisenhowers sicherheitspolitischem Denken werden überzeugend dargelegt in Richard H. Immerman, Confessions of an Eisenhower Revisionist: An Agonizing Reappraisal, in: Diplomatic History 14 (1990), S. 319–342.

[20] Das Dilemma zwischen militärischen und politischen Zielsetzungen wird betont von Steinbruner, The Cybernetic Theory of Decision, S. 188; Trachtenberg, History and Strategy, S. 188.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



de. Andererseits fand sich der amerikanische Präsident aufgrund der politischen Notwendigkeit zur Rückversicherung der europäischen Bündnispartner zu einer Politik getrieben, die erstens nach überlegenen Nuklearstreitkräften strebte – und damit den Rüstungswettlauf weiter beschleunigte – und zweitens den Weg zu nationalen, auch westdeutschen, Nuklearstreitkräften offenhielt. Dies wiederum bestätigte den sowjetischen Staats- und Parteichef in seinen schlimmsten Befürchtungen zu einem Zeitpunkt, an dem er angesichts der neuen nuklearen Stärke der Sowjetunion mehr Rücksicht des Westens auf sowjetische Sicherheitsinteressen erwartet hatte. War der nukleare Faktor damit wesentlich mitverantwortlich für den Ausbruch der Berlinkrise, sollte er – wie zu zeigen sein wird – auch bei der Verhinderung einer militärischen Lösung eine entscheidende Rolle spielen.

## 3. Die Reaktion der USA: Wahrnehmungswandel

Wie reagierten die USA auf den sowjetischen Druck in Berlin? Wurde die sowjetische Drohung mit einem separaten Friedensvertrag in Washington als Ausdruck echter Besorgnis bezüglich der territorialen und nuklearen Stellung der beiden Deutschland im europäischen Sicherheitssystem gewertet?

Eisenhower – und zu Beginn seiner Amtszeit auch Kennedy – nahmen sowjetische Klagen über den deutschen Militarismus und die Gefahr einer nuklearen Bundeswehr nicht als Symptome echter sowjetischer Sicherheitsinteressen wahr. Aus amerikanischer Perspektive handelte es sich bei Chruschtschows Äußerungen um Propaganda, die auf die Destabilisierung der NATO zielte. Es sei ja zu erwarten gewesen, so wurde in Washington argumentiert, daß die Sowjetunion im Zeichen ihrer neuen nuklearen Stärke die westliche Einheit auf die Probe stellen würde. Und welcher geographische Punkt würde sich dafür besser eignen als West-Berlin, das der Westen mit konventionellen Mitteln allein nicht verteidigen könne?

Von solchen Überlegungen ausgehend, gaben sich Eisenhower und Außenminister Dulles wiederholt fest überzeugt, daß es sich bei den sowjetischen Drohungen letzten Endes um einen Bluff handelte. Die wichtigsten außenpolitischen Verantwortungsträger hielten es für äußerst unwahrscheinlich, daß Chruschtschow eine kriegerische Auseinandersetzung in Europa riskieren wollte. Würde der Westen daher angesichts der sowjetischen Drohungen nicht wanken, sei zu erwarten, daß die Sowjets über kurz oder lang einlenkten. Weiter war Eisenhower der Meinung, daß die Drohung mit einem massiven nuklearen Vergeltungsschlag zur Abschreckung sowjetischer Übergriffe ausreichen würde. Umfassende militärische Vorkehrungen erachtete er als unnötige Maßnahme, die zudem längerfristig zu einer gefährlichen Akkumulation der Kosten führen würde[21].

[21] In seinen öffentlichen Auftritten hielt Eisenhower am Prinzip der massiven Vergeltung fest, um die Abschreckungswirkung seiner Aussagen zu maximieren. Auf der Ebene des contingency planning hingegen befürwortete er eine ganze Reihe diplomatischer, wirtschaftlicher und militärischer Eska-

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



An diesem Punkt setzte der Wahrnehmungswandel der Administration Kennedy ein. Der neue Präsident brachte eine Gruppe von Personen nach Washington, die mit seiner Kritik an Eisenhowers Verteidigungspolitik übereinstimmten. Ehemalige Angehörige der Administration Truman wie Dean Acheson und Paul H. Nitze, Strategieexperten wie Henry Rowen, William Kaufmann, Alain Enthoven und Henry Kissinger sowie militärische Kritiker der Strategie der massiven Vergeltung wie General Maxwell D. Taylor stimmten mit Kennedys Forderung überein, Amerika brauche größere und flexiblere militärische Machtmittel. Nach Ansicht von Eisenhowers Kritikern war die Drohung mit einem massiven nuklearen Vergeltungsschlag angesichts der wachsenden Verwundbarkeit der eigenen Gesellschaft nicht mehr glaubwürdig. Im Gegenteil, sie lade zur begrenzten Erprobung des amerikanischen Handlungswillens ein, wie dies etwa in Berlin 1958/59 geschehen sei[22].

Neben der Ablehnung der Strategie der massiven Vergeltung brachte der Amtsantritt Kennedys auch bezüglich der amerikanischen Haltung zur nuklearen Proliferation einen fundamentalen Wandel mit sich. Der neue Präsident machte die Nichtweitergabe und zentrale Kontrolle über alle amerikanischen Nuklearwaffen zu einem tragenden Element seiner Verteidigungspolitik[23]. Kennedys Haltung in der Frage der nuklearen Teilhabe unterschied sich damit grundsätzlich von Eisenhowers Politik, die auf eine faktische Beteiligung der Europäer am amerikanischen Nuklearpotential hinausgelaufen war. Sichtbarer Ausdruck dieser veränderten politischen Zielsetzung war die Installierung von sogenannten *Permissive Action Links* (PALs), elektromagnetischen Sicherungen, bei allen in Europa stationierten taktischen Nuklearwaffen der USA bis Mitte 1962[24].

Wie wirkte sich der unter dem neuen Präsidenten vollzogene Wandel in der amerikanischen Verteidigungspolitik auf die Art und Weise aus, wie dem sowjetischen Druck in Berlin begegnet wurde? Kurz nach seinem Amtsantritt beauftragte Kenne-

---

lationsschritte, bevor auf die Nuklearwaffen Rückgriff genommen werden sollte. Zur Haltung Eisenhowers in der Berlinfrage vgl. Burr, U.S. Policy and the Berlin Crisis, S. 34–37; ders., Avoiding the Slippery Slope: The Eisenhower Administration and the Berlin Crisis, November 1958–January 1959, in: Diplomatic History 18 (1994), S. 177–206.

[22] Zur Kritik Kennedys und seiner neuen Regierungsmannschaft an Eisenhowers sicherheitspolitischer Strategie vgl. Richard A. Aliano, American Defense Policy from Eisenhower to Kennedy: The Politics of Changing Military Requirements, 1957–1961, Athens/OH 1975; Maxwell D. Taylor, The Uncertain Trumpet, New York 1960; Andreas Wenger, Kontinuität und Wandel in der amerikanischen Nuklearstrategie: Präsident Eisenhowers Strategie der massiven Vergeltung und die nuklearstrategische Neuevaluation der Administration Kennedy, in: Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung 19, Zürich 1991.

[23] Dies macht beispielsweise das zentrale Dokument zur Nato-Politik Kennedys deutlich: Lyndon B. Johnson Library, Vice Presidential Security File, Box 4, NSC-1961, NSAM No. 40, To Members of the NSC from McGeorge Bundy, April 24, 1961.

[24] Dank dieser Sicherungen konnten die nuklearen Gefechtsköpfe nur noch nach Eingabe eines Codes, der nur dem amerikanischen Präsidenten bekannt war, zur Detonation gebracht werden. Vgl. dazu Peter Douglas Feaver, Guarding the Guardians: Civilian Control of Nuclear Weapons in the United States, Ithaca 1992, S. 191–198.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



dy Dean Acheson mit der Überarbeitung der Berlinplanung[25]. Der Bericht Achesons an den Präsidenten vom 28. Juni 1961 kann als Ausgangspunkt von Kennedys Berlinpolitik bezeichnet werden[26]. Acheson schlug vor, die konventionellen Truppen in Europa massiv zu verstärken. Im Gegensatz zu Eisenhower und Dulles war der ehemalige Außenminister Trumans der Meinung, daß nur ein sichtbarer und umfassender Ausbau der militärischen Machtmittel (wie einst im Zuge des Koreakrieges) eine glaubwürdige Abschreckung der Sowjetunion in Berlin garantiere. Acheson ging zwar nicht davon aus, daß die NATO einen Angriff des Warschauer Paktes mit konventionellen Mitteln allein aufhalten könne. Aber ein Ausbau der Bodentruppen – so sein Schlüsselargument – würde die nukleare Abschreckung stärken. Chruschtschow zweifle offensichtlich daran, daß die USA Europa mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln (also auch nuklearen Waffen) verteidigen würden. Diese Annahme galt es in den Augen Achesons zu widerlegen. Die Berlinkrise war damit ein Prüfstein nationaler Willenskraft. Um diesen Test erfolgreich zu bestehen, argumentierte Acheson, müßten die USA erstens willens sein, eher einen Nuklearkrieg zu akzeptieren, als den sowjetischen Forderungen nachzugeben. Aber nur der Wille zur konventionellen Verteidigung West-Berlins mache zweitens die Drohung mit einer nuklearen Eskalation glaubwürdig. Die NATO-Streitkräfte sollten daher fähig sein, einen Angriff der Nationalen Volksarmee zu stoppen. Die Frage der nuklearen Eskalation des Konflikts würde sich damit für die NATO erst stellen, nachdem die Sowjetunion direkt in den Konflikt eingegriffen habe – eine Ausgangslage, die den Gegner die nuklearen Risiken mittragen ließ. Eine Verhandlungslösung der Krise empfahl Acheson erst dann ins Auge zu fassen, nachdem der Westen die Demonstration des festen Willens zur Verteidigung Berlins (notfalls auch mit Nuklearwaffen) erfolgreich bestanden habe.

Die noch unerfahrene Administration ließ sich im Frühsommer 1961 – mit Ausnahme der Aufforderung zur vollständigen Ablehnung von Verhandlungen – von Achesons Argumentation überzeugen. Acheson hatte dabei vorerst leichtes Spiel, da viele der neuen Administrationsmitglieder mit seiner Kritik an Eisenhowers Verteidigungspolitik übereinstimmten und die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen von zunehmenden Spannungen geprägt waren. Der rasche Verhärtungsprozeß zwischen Ost und West im Frühjahr 1961 kam überraschend, war doch die Zeit unmittelbar nach Kennedys Wahl von Signalen der Entspannung geprägt gewesen. Die Ver-

---

[25] Acheson hatte Eisenhowers Berlinpolitik öffentlich dahingehend kritisiert, daß sie zuviel Gewicht auf nukleare Drohungen lege und die konventionelle Aufrüstung vernachlässige. Vgl. Dean Acheson, Wishing Won't Hold Berlin, in: Saturday Evening Post, 7.3. 1959, S. 32f. und 85f. Vgl. auch Bundy, Danger and Survival, S. 372–378.

[26] Das Papier Achesons ist abgedruckt in Report by Dean Acheson, June 28, 1961, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 14, S. 138–159 (künftig: Acheson Report). Neuere Darstellungen, die auf dem erst kürzlich deklassifizierten Papier beruhen, sind Trachtenberg, History and Strategy, S. 215–231; Michael R. Beschloss, The Crisis Years: Kennedy and Khrushchev, 1961–1963, New York 1991, S. 242–261. Ältere Literatur vgl. Theodore C. Sorensen, Kennedy, London 1965, S. 584; Arthur M. Schlesinger Jr., A Thousand Days: John F. Kennedy in the White House, Cambridge 1965, S. 381–383.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



schlechterung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen war das Produkt von Fehlperzeptionen und mißglückten Kommunikationsversuchen zwischen dem sowjetischen Parteichef und dem neuen amerikanischen Präsidenten. Beide nahmen aggressive Äußerungen des Kontrahenten, die jeweils in erster Linie mit Blick auf die innenpolitische Debatte und die Beziehungen innerhalb des jeweiligen Blockes gemacht worden waren, zum Nennwert, was beiderseits zu Überreaktionen führte.

So interpretierte Kennedy Chruschtschows Rede vom 6. Januar 1961, in welcher der sowjetische Parteichef die Unterstützung von nationalen Befreiungskriegen angekündigt hatte, als Eröffnung einer Phase kommunistischer Expansion. Dabei übersah der amerikanische Präsident, daß sich Chruschtschow in erster Linie an seine chinesischen und innenpolitischen Kritiker gewandt hatte. Der Staats- und Parteichef der Sowjetunion andererseits schloß aus Kennedys bedrohlicher Rhetorik in der *State of the Union Address* (30. Januar 1961), in welcher der neu gewählte Präsident seine Kritik an Eisenhowers verteidigungspolitischen Unterlassungssünden begründet hatte, auf feindliche Absichten der neuen Administration. Die Schweinebucht-Invasion[27] bestätigte Chruschtschow in dieser Annahme; das Debakel der Invasion machte ihn aber auch glauben, daß Kennedy weder über die Fähigkeit noch den Willen zu einer harten Vorgehensweise verfüge. Dies wiederum verleitete Chruschtschow dazu, Kennedy im Juni 1961 in Wien mit einem besonders dramatisch formulierten neuen Berlinultimatum zu konfrontieren[28].

Chruschtschows Wiederholung der Drohung mit einem separaten Friedensvertrag mit der DDR und die Tatsache, daß die Administration Kennedy die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion höher einschätzte als die Administration Eisenhower, leiteten einen fundamentalen Wahrnehmungswandel der USA in der Berlinfrage und der Frage der europäischen Sicherheit ein. Nach der Rückkehr aus Wien stellte sich für Kennedy die unangenehme Frage, wieso Chruschtschow nach 1958 sein Prestige ein zweites Mal auf dieselbe Karte setzte. Im Weißen Haus begann man zu fragen, ob sich das sowjetische Staatsoberhaupt eine erneute Entlarvung seiner Forderungen als leere Drohungen überhaupt leisten könne. Oder handelte es sich bei den sowjetischen Drohungen um mehr als nur den Versuch, die westliche Einheit zu spalten? Die Möglichkeit einer militäri-

[27] Am 17.4. 1961 landeten 1500 von der CIA ausgebildete und bewaffnete Exilkubaner auf Kuba in der sogenannten Schweinebucht. Die Invasoren wurden innerhalb von drei Tagen von den Truppen Fidel Castros überwältigt. Auch angesichts des sich abzeichnenden Desasters hielt Präsident Kennedy an seinem Entscheid fest, keine regulären amerikanischen Verbände einzusetzen. Vgl. Schlesinger, A Thousand Days, S. 233–266; Sorensen, Kennedy, S. 324–343.

[28] Zur Verschlechterung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen im Frühjahr 1961 vgl. Beschloss, The Crisis Years, S. 1–117. Kennedys Rede zur Lage der Nation ist abgedruckt in: John F. Kennedy, Annual Message to the Congress on the State of the Union, January 30, 1961, Public Papers of the Presidents of the United States (künftig: Kennedy PPS), 1961, S. 19–28. Chruschtschows Berlinultimatum, wie er es in Wien präsentierte, kann nachgelesen werden in: Aide-Mémoire From the Soviet Union to the United States, Handed by Premier Khrushchev to President Kennedy at Vienna, June 4, 1961, DG, S. 642–646.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



schen Konfrontation zwischen Ost und West schien in der amerikanischen Perspektive im Sommer 1961 auf jeden Fall größer denn je[29].

In der Folge intensivierten Kennedys Berater die Debatte um die sowjetischen Absichten. Achesons „Willenstest", so wurde von Personen wie Bundy, Schlesinger, Kissinger und Kaysen argumentiert, beinhalte die Gefahr eines von niemandem gewollten Eskalationsprozesses. Der einfachste Weg, in einen Nuklearkrieg zu schlittern, sei es, wenn beide Seiten glaubten, der Gegner bluffe und lenke ein, bevor Nuklearwaffen eingesetzt würden[30]. Es war die Gefahr einer unkontrollierten Eskalation zu einem Nuklearkrieg, welche die Administration Kennedy zu einer Überprüfung der sowjetischen Zielsetzungen führte.

## 4. Die Suche nach einer Verhandlungslösung: Bereiche einer amerikanisch-sowjetischen Interessenkongruenz

Die amerikanischen Bemühungen um eine Verhandlungslösung nahmen zu, nachdem am 13. August 1961 die DDR mit sowjetischer Unterstützung mit dem Bau der Berliner Mauer begonnen hatte. In Washington verstand man die Aktion aufgrund ihrer politischen Auswirkungen in West-Berlin und Westdeutschland *kurzfristig* als Eskalation des Konfliktes. Bald aber erkannten die wichtigsten Entscheidungsträger, daß die Teilung Berlins *langfristig* eine evolutionäre Lösung der Berlinfrage erleichterte[31]. In der Rückschau und ausgehend von der Perspektive der USA und der Sowjetunion kann die Mauer durchaus als Symbol für die wechselseitige Akzeptanz des territorialen Status quo in Europa gesehen werden.

Die Zäsuren des Mauerbaus im August 1961 und der Kubakrise im Oktober 1962 bildeten den Startpunkt für einen intensiven, meist bilateralen amerikanisch-sowjetischen Dialog, als dessen Resultat sich die eingangs erwähnte Interessenkongruenz

---

[29] Der amerikanische Botschafter in Moskau, Llewellyn Thompson, schätzte die Kriegsgefahr als sehr hoch ein. Vergleiche beispielsweise seinen Brief an Außenminister Rusk in: National Security Archive, Washington (künftig: NSA), Mikrofilmkartensammlung zur Berlinkrise (künftig: BC 58–62), No. 02061, Memorandum, Thompson to the Secretary of State, May 27, 1961.

[30] Im Dezember 1961 benutzte Rusk dieses Argument, um die europäischen Verbündeten von der Notwendigkeit weiterer Verhandlungen mit der Sowjetunion zu überzeugen. „One of the quickest ways to have a nuclear war," stellte er in einem Treffen mit den Außenministern Großbritanniens, Frankreichs und der BRD fest, „is to have the two sides persuaded that neither will fight. Precisely because a *casus belli* is involved in this situation it would be irresponsible for governments that have nuclear weapons under their control not to be in contact with each other even up to the last few seconds before the holocaust." In: NSA, Rusk Memos Folder, Memorandum of Conversation, December 12, 1961.

[31] Für eine detailliertere Analyse der amerikanischen Reaktion auf den Bau der Berliner Mauer vgl. Trachtenberg, History and Strategy, S. 219–222; Bundy, Danger and Survival, S. 366–371; Honoré Catudal, Kennedy and the Berlin Wall: A Case Study in U.S. Decision Making, Berlin 1980; Norman Gelb, The Berlin Wall: Kennedy, Khrushchev and a Showdown in the Heart of Europe, New York 1986.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



der beiden Supermächte in der deutschen und der nuklearen Frage herauszubilden begann. Die Basis der Gespräche bildete die Fokussierung der Debatte auf die nationalen Interessen der USA und der Sowjetunion. Die amerikanisch-sowjetische Annäherung erwies sich vor dem Schock der Kubakrise allerdings noch nicht als tragfähig genug, um den Widerstand von innenpolitischen Kritikern und außenpolitischen Bündnispartnern überwinden zu können.

Unter dem Eindruck der Zuspitzung der Krise im Spätsommer 1961, symbolisiert durch den Bau der Mauer, die Beschleunigung der Rüstungsspirale und die Wiederaufnahme der Nukleartests, übernahm Kennedy direkt die Führung in den Bemühungen um eine Verhandlungslösung. Er wurde dabei in erster Linie von seinen Beratern im Weißen Haus unterstützt. Das Außenministerium unter der Leitung von Dean Rusk verschleppte den einsetzenden amerikanisch-sowjetischen Annäherungsprozeß, da negative Rückwirkungen auf die Beziehungen zu den Alliierten absehbar waren. Erst kürzlich deklassifizierte Aktenbestände belegen aber, daß Kennedy in der Berlinfrage zu weitreichenden Kompromissen bereit war. Seine diesbezügliche Flexibilität erstaunt und übertrifft Eisenhowers Bereitschaft zur Veränderung der westlichen Verhandlungsposition bei weitem[32].

Kennedy und seine Berater gelangten zur Einsicht, daß die Berlinfrage legitime sowjetische Sicherheitsinteressen tangiere. Die Sowjetunion fürchtete offensichtlich ein Anwachsen des deutschen Militärpotentials, insbesondere mit Blick auf den nuklearen Rüstungssektor. Chruschtschow strebte deshalb eine Stabilisierung der Situation in Zentraleuropa an. Voraussetzung dafür war die Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze und der DDR durch den Westen. Diese Zielsetzungen standen in grundsätzlichem Widerspruch zum westdeutschen Anspruch auf Wiedervereinigung, der beinhaltete, daß die DDR als Staat weiterhin nicht anerkannt wurde. Aufgrund solcher Einschätzungen kamen die Berater Kennedys zum Schluß, daß eine der beiden Seiten ihre Zielsetzungen verändern müsse, oder Ost und West würden unaufhaltsam auf eine militärische Auseinandersetzung zusteuern.

Die neue Verhandlungsposition der USA unterschied sich von den bisherigen Verlautbarungen des Westens in zweierlei Hinsicht. Zum einen reduzierten Kennedy und seine Berater die westlichen Interessen in der Berlinfrage auf das Wesentliche. Sie definierten drei fundamentale westliche Interessen: das Selbstbestimmungsrecht der West-Berliner, das Recht der Alliierten auf uneingeschränkte Präsenz in Berlin und das Recht auf freien Zugang zu West-Berlin. Damit wurde Moskau in aller Deutlichkeit signalisiert, welche Interessen die USA auch mit Waffengewalt zu verteidigen bereit waren – dies mit dem Ziel, die Eskalationsgefahr des Konflikts aufgrund von Fehlperzeptionen herabzusetzen. Zum anderen entschloß sich Kennedy, die Berlinfrage im umfassenden und langfristigen Kontext der europäischen Sicher-

[32] Die Veränderung der amerikanischen Politik in der Berlinfrage gekoppelt mit der Frage der europäischen Sicherheitsordnung ist im Detail dokumentiert in: FRUS, 1961–1963, Bde. 14 und 15: Berlin Crisis, 1961–1962/1962–1963. Der Vollständigkeit halber empfiehlt es sich allerdings, die Bestände der Mikrofilmkartensammlung des NSA ebenfalls zu Rate zu ziehen.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



heit zu diskutieren. Die Debatte im Weißen Haus verschob sich diesbezüglich in Richtung der Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze und der DDR, der Diskussion zweier separater Friedensverträge mit den beiden deutschen Staaten, eines Nichtangriffspaktes und gegenseitiger Sicherheitsgarantien für die beiden deutschen Staaten durch den Warschauer Pakt und die NATO sowie der Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Zentraleuropa. Implizit bedeuteten diese Verhandlungsvorschläge, daß Kennedy gewillt war, die faktische Teilung von Berlin und Deutschland anzuerkennen und damit die Idee der deutschen Wiedervereinigung zumindest kurzfristig nur noch als bloßes Lippenbekenntnis aufrechtzuerhalten[33].

Die Administration Kennedy informierte die Sowjetunion über ihre neue Verhandlungsposition in bilateralen Treffen zwischen Kennedy und Rusk auf der einen Seite und dem sowjetischen Außenminister Gromyko auf der anderen. Äußeren Anlaß für die Gespräche bot die Generalversammlung der UNO in New York im Herbst 1961. Kennedy bekräftigte die in den bilateralen Diskussionen gesandten Signale in einer Rede vor der UNO am 25. September 1961. Die Stellungnahmen der beiden wichtigsten außenpolitischen Verantwortungsträger der USA lassen sich auf die folgenden drei Aussagen reduzieren: Erstens betonten sowohl Kennedy als auch Rusk, daß in der Berlinkrise eine reale Gefahr einer ungewollten Eskalation zum Nuklearkrieg bestand. Zweitens umschrieben sie die vitalen Interessen des Westens mit den drei bereits genannten Grundrechten. Und drittens versicherten sie der Gegenseite ihren Willen, die generelle Sicherheitssituation in Zentraleuropa zu diskutieren. Bezüglich der nuklearen Frage signalisierten sowohl Kennedy als auch Gromyko, daß die Verhinderung der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen an nicht-nukleare Staaten im beiderseitigen Sicherheitsinteresse liege[34].

Wie problematisch Kennedys neue Verhandlungsposition war, zeigte sich, als erste Hinweise auf substantielle Veränderungen in der Haltung Washingtons an die Alliierten durchzusickern begannen. Die diplomatischen Vertreter der Bundesrepublik und Frankreichs waren schockiert über eine Politik, die auf die Anerkennung der DDR und die Aufgabe der deutschen Wiedervereinigung zusteuerte. Präsident de Gaulle

---

[33] Am 21.8. 1961 informierte Kennedy Außenminister Rusk, daß die amerikanische Verhandlungsposition folgenden Vorgaben entsprechen solle: „Protect our support for the idea of self-determination, the idea of all-Germany, and the fact of viable, protected freedom in West Berlin." Memorandum, Kennedy to Rusk, August 21, 1961, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 14, S. 359f. Einen ausgezeichneten Einblick in den Gang der Debatte im Weißen Haus geben: John F. Kennedy Library, National Security Files, Box 320, Meetings and Memoranda Series, Letter with attached Memorandum, Kaysen to Bundy, August 22, 1961; „Staff Memoranda Carl Kaysen 6/61–8/61"; ebenda, Countries Series, Box 82, Germany-Berlin General Folder, Memorandum, Kissinger to Bundy, August 18, 1961. Vgl. Trachtenberg, History and Strategy, S. 226–231; Frank A. Mayer, Adenauer und Amerika: Eine Betrachtung aus zeitgenössischer Sicht, in: Rhöndorfer Gespräche, Bd. 14: Adenauer und die USA, hrsg. von Klaus Schwabe, Bonn 1994, S. 181–220.

[34] Die Gesprächsprotokolle der Treffen zwischen Kennedy beziehungsweise Rusk und Gromyko sind abgedruckt in: FRUS, 1961–1963, Bd. 14, S. 439–441, 456–461. Kennedys Rede kann eingesehen werden in: Address by President Kennedy to the United Nations General Assembly, September 25, 1961, DG, S. 803–811.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



und sein Außenminister Couve de Murville begründeten ihre ablehnende Haltung gegenüber jeglichen Verhandlungen mit Argumenten, die an Achesons Formulierungen vom Juni 1961 erinnerten. Es sei Chruschtschow, nicht der Westen, der den Status quo verändern wolle. Die westliche Präsenz in West-Berlin sei rechtmäßig. Der Westen würde sich erzwungenen Veränderungen des Status quo mit militärischen Mitteln entgegenstellen. Verhandlungen unter dem Eindruck eines sowjetischen Ultimatums würden als Politik des „appeasement" ausgelegt. Damit habe der Westen bereits genügend negative Erfahrungen gemacht. Letztlich würden die Sowjets ebensowenig wie der Westen einen Krieg wegen Berlin riskieren[35]. Die diplomatischen Vertreter der Bundesrepublik wehrten sich noch vehementer gegen die amerikanischen Vorschläge. Die Bundesrepublik würde keinem Sicherheitsarrangement für Zentraleuropa zustimmen, solange Deutschland nicht wiedervereinigt sei. In der westdeutschen Perspektive waren Sicherheitsabsprachen zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt ebenso inakzeptabel wie eine nuklearwaffenfreie Zone in Zentraleuropa, würde die Bundesrepublik doch damit nicht gleichberechtigt mit den anderen Bündnispartner der NATO behandelt. Aufrechterhaltung des Anspruchs auf Wiedervereinigung, Nichtanerkennung der DDR und Beilegung der Grenzfragen nur als Teil eines umfassenden Friedensvertrags waren Positionen, denen im Herbst 1961 alle politischen Parteien der Bundesrepublik zustimmten[36].

Die Uneinigkeit innerhalb der NATO hinsichtlich der Berlinfrage und der Frage der europäischen Sicherheitsordnung verhinderte Ende 1961 weitere Fortschritte in Richtung einer formellen Beilegung der Berlinkrise auf der Basis der amerikanischen Position. Denn im Endeffekt konnte Kennedy in den offiziellen Verhandlungen mit der Sowjetunion nur so weit gehen, als dies die Regierung Adenauer unterstützte, ohne dabei die amerikanisch-deutschen Beziehungen generell zu gefährden. Dies wiederum wäre einer fundamentalen Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik gleichgekommen, handelte es sich bei den Beziehungen zur Bundesrepublik doch seit den fünfziger Jahren um die entscheidende Größe hinsichtlich der Eindämmung der Sowjetunion in Europa.

Kennedy war allerdings nicht bereit, eine Blockierung der Berlinverhandlungen durch Bonn und Paris tatenlos hinzunehmen. Dies äußerte sich in zweifacher Hinsicht: Zum einen übte Kennedy in einer Runde bilateraler Gespräche Ende November 1961 massiven Druck auf den deutschen Bundeskanzler aus, sich nicht länger der Fortführung der amerikanisch-sowjetischen Gespräche zu widersetzen. Der amerikanische Präsident hob die Notwendigkeit von Verhandlungen im Nuklearzeitalter hervor, machte aber auch deutlich, daß der Westen vorerst auf der Basis überlegener

[35] Die Gesprächsprotokolle der Außenministertreffen geben einen guten Einblick in die französische Position; vgl. z.B. Memorandum of Conversation, „Ministerial Consultations on Berlin," August 5, 1961, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 14, S. 269–280; Memorandum of Conversation, „Quadripartite Foreign Ministers Meeting," December 11, 1961, in: Ebenda, S. 650–659.

[36] Für die deutsche Position vgl. NSA, Rusk Memos Folder, Memorandum of Conversation, „Meeting of Ambassadorial Group," October 3, 1961; ebenda, Memorandum of Conversation between Ambassador Grewe and Secretary Rusk, October 22, 1961.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



militärischer Streitkräfte verhandeln könne. Im übrigen ließ er die Gelegenheit nicht ungenutzt, Adenauer an den Verzicht auf die Produktion von Massenvernichtungswaffen aus dem Jahre 1954 zu erinnern. Kurzfristig waren Kennedys Bemühungen erfolgreich. Adenauer stimmte der Fortführung der Gespräche in Moskau zu[37]. Zum anderen dokumentierte Kennedy sein Interesse an einer Lösung der Berlinfrage in informellen, geheimen Gesprächen mit Vertretern Chruschtschows, als die Verhandlungen zwischen Gromyko und dem amerikanischen Botschafter Thompson zu Beginn des Jahres 1962 erwartungsgemäß in eine Sackgasse mündeten. Es scheint, als sei der neue Kommunikationskanal zwischen Kennedy und Chruschtschow von Robert Kennedy, dem Bruder des Präsidenten, in einem Treffen mit Georgi Bolshakov, militärischer Nachrichtenoffizier an der sowjetischen Botschaft in Washington, eröffnet worden. Der Kontakt wurde in einem direkten Treffen zwischen Kennedy, Bolshakov und Chruschtschows Schwiegersohn, Alexei Adzhubei, am 31. Januar 1962 fortgeführt und mündete in einen Briefwechsel zwischen den beiden Staatsoberhäuptern, der außerhalb der formellen diplomatischen Kanäle geführt wurde[38].

Ein Brief Kennedys an Chruschtschow vom 15. Februar 1962 gibt das Denken des amerikanischen Präsidenten in aller Deutlichkeit wieder, da Kennedy hier seine Position ohne Rücksicht auf die Alliierten formulieren konnte. Kennedy versuchte, Chruschtschow für einen neuen Weg in den Berlinverhandlungen zu gewinnen. Da die Chancen äußerst ungünstig stünden, in der Berlinfrage eine allseits befriedigende Lösung zu finden, so Kennedy, und da sich die Situation in der geteilten Stadt über die Jahre hinweg von selbst entspannen werde, sei es wichtiger, eine Übereinstimmung in der Gesamtsituation zu finden. In diesem Zusammenhang erkenne die amerikanische Regierung an, daß die Sowjetunion besorgt sei über die Gefahr des Wiederauflebens des deutschen Nationalismus und einer Weiterverbreitung von Nuklearwaffen. Gerade in diesen Bereichen sei er allerdings überzeugt, daß eine bilaterale Übereinstimmung gefunden werden könne. Abschließend machte Kennedy Chruschtschow darauf aufmerksam, daß anhaltender sowjetischer Druck in Berlin einer Annäherung in den grundlegenden Fragen der europäischen Sicherheit zuwiderlaufen würde. Frankreich und Deutschland würden vielmehr angespornt, unabhängige nationale Nuklearstreitkräfte aufzubauen und jeglicher Übereinkunft in der Berlinfrage entgegenzuwirken[39].

Im Frühjahr 1962 wurden die wesentlichen Punkte, die Kennedy und Chruschtschow berührt hatten, in formellen Verhandlungen auf der Ebene der Außenminister

---

[37] Die Gespräche zwischen Kennedy und Adenauer sind dokumentiert in: Memoranda of Conversation between Adenauer und Kennedy, November 20, 21, and 22, 1961, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 14, S. 590–595, 614–618, 620–632.

[38] Die Kontakte sind dokumentiert in: Letter, Khrushchev to Robert Kennedy, January 8, 1962, in: Ebenda, S. 763–766; Memorandum of Conversation between Adzhubei, Bolshakov, and Kennedy, January 31, 1962, in: Ebenda, S. 780–784. Für weitere Informationen zu den Treffen zwischen Bolshakov und Robert Kennedy vgl. Beschloss, The Crisis Years, S. 152–157.

[39] Kennedys Brief in: FRUS, 1961–1963, Bd. 14, Letter, Kennedy to Krushchev, February 15, 1962, S. 819–822.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



vertieft. In einer Reihe von bilateralen Gesprächen anläßlich der Genfer Abrüstungskonferenz informierte der amerikanische Außenminister Rusk seinen sowjetischen Amtskollegen Gromyko über den amerikanischen Vorschlag eines Modus vivendi. Der amerikanische Vorschlag umfaßte vier Bereiche: 1. Berlin, 2. Deutschland, 3. Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen und 4. Nichtangriffspakt. Der amerikanische Verhandlungsansatz sah vor, sich für jeden dieser vier Bereiche auf generelle Prinzipien zu einigen, welche die Grundlage für künftige Verhandlungen bilden sollten. Weiter schlug Washington vor, die Rahmenbedingungen künftiger Verhandlungen zur Diskussion zu stellen und gleichzeitig konkrete Zwischenschritte zu formulieren[40].

Dean Rusk betonte in seinen Gesprächen mit Andrei Gromyko, es liege im nationalen Interesse beider Seiten, daß sich bezüglich der genannten vier Bereiche eine gewisse Stabilität und wechselseitige Sicherheit einstelle. Aus der Perspektive der nationalen Interessen der USA und der Sowjetunion komme beispielsweise dem Berlinproblem bestenfalls periphere Bedeutung zu. In diesem Sinne seien die USA auch keineswegs als Gefangene westdeutscher Interessen zu betrachten. Vor dem Hintergrund erneuter Spannungen um den westlichen Zugang zu Berlin im Frühjahr 1962 machte der amerikanische Außenminister allerdings auch deutlich, daß ohne eine Entspannung der Situation in Berlin kaum Fortschritte bei den Rüstungskontrollfragen erreicht werden könnten. Die amerikanische Verhandlungsstrategie folgte also der Überlegung, daß die Sowjets ein Entgegenkommen der USA in Rüstungskontrollfragen mit Konzessionen in der Berlinfrage beantworten sollten[41].

Zwischen März und September 1962 wurden die Verhandlungen über die amerikanischen Vorschläge in einer ganzen Serie von Treffen zwischen Rusk und dem sowjetischen Botschafter in Washington Anatoli Dobrynin einerseits und Rusk und Gromyko andererseits vorangetrieben[42]. Das Schwergewicht der Diskussionen lag dabei auf den Bereichen Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen und Berlin. Mit Blick auf die Formulierung eines Nonproliferationsvertrags für Nuklearwaffen machte die sowjetische Seite deutlich, daß sie in erster Linie an einer Formel interessiert sei, die sich auf die beiden Deutschland beschränke. Dabei sollte der Vertragstext sicherstellen, daß Nuklearwaffen weder direkt noch über Drittparteien und Militärbündnisse weitergegeben würden. Die amerikanische Seite machte dagegen klar, daß ein Abkommen, das nicht allgemein abgefaßt sei, sondern nur die beiden Deutschland herausgreife, aus politischen Gründen inakzeptabel wäre. Gleichzeitig betonte Dean Rusk aber auch wiederholt, daß die USA nicht die Absicht hätten, Nuklearwaffen an die Bundeswehr weiterzugeben. Sowjetischen Bedenken, daß dies über die For-

[40] Memorandum from Kohler to Rusk, March 10, 1962, in: Ebenda, S. 4–6.

[41] Die Protokolle der Genfer Gespräche zwischen Rusk und Gromyko in: Ebenda, Memoranda of Conversation, March 12, 13, 20, 22, 26, 1962, S. 26–33, 35–39, 51–60, 61–69, 76–89.

[42] Die Verhandlungen sind dokumentiert in: FRUS, 1961–1963, Bd. 7, Memoranda of Conversation between Rusk and Gromyko, and Rusk and Dobrynin, April 27, May 30, July 24 and 25, August 8 and 23, 1962, S. 444–446, 459f., 493–495, 496, 541–547, 556–559.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



mierung einer nuklearen *Multilateral Force* (MLF) der NATO de facto gleichwohl geschehen könnte, hielt der amerikanische Außenminister entgegen, daß die USA multilaterale NATO-Nuklearstreitkräfte ja gerade deshalb ins Auge faßten, um eine Weiterverbreitung von Nuklearwaffen in Europa zu verhindern. Die USA würden die Kontrolle über die Nuklearwaffen, die einer allfälligen MLF zur Verfügung gestellt würden, nicht aus den Händen geben[43].

Im September 1962 schien eine amerikanisch-sowjetische Einigung über eine Formel für einen nuklearen Nichtweiterverbreitungsvertrag in greifbare Nähe gerückt. Dies geschah aufgrund einer zweifachen Veränderung in der sowjetischen Verhandlungsposition: Zum einen ließen die Sowjets ihre Forderung fallen, daß sich das Abkommen ausschließlich auf die beiden Deutschland zu beziehen habe. Zum anderen schloß Moskau eine Formel nicht mehr kategorisch aus, die eine multilaterale NATO-Nuklearstreitmacht ermöglichen würde[44]. Der Ausbruch der Kubakrise im Oktober führte dann allerdings zu einem abrupten Abbruch der Gespräche.

In der Berlinfrage konzentrierten sich die bilateralen Gespräche auf die sowjetische Forderung, daß der Westen seine Streitkräfte aus West-Berlin zurückziehen solle. Im Sinne einer Übergangslösung könnten die westlichen Truppen durch UNO-Truppen ersetzt werden. Die sowjetische Seite begründete ihre Position mit dem Hinweis auf die Gefahr, daß die beiden Supermächte durch eines der beiden Deutschland in eine direkte militärische Konfrontation hineingezogen werden könnten. Im Gegenzug machte die amerikanische Seite deutlich, daß es sich bei der Präsenz westlicher Streitkräfte in Berlin um ein vitales Interesse der USA handelte. Die amerikanischen Truppen in Berlin seien ein stabilisierendes Element, das nicht preisgegeben werden dürfe. Hingegen würde sich die Situation mit der Zeit von allein entspannen, insbesondere als Folge einer Intensivierung der Kontakte zwischen den beiden Deutschland. Die Erhöhung der Spannungen um Berlin Ende August 1962 und der Ausbruch der Kubakrise zogen dann aber auch für die Bereiche Berlin und Deutschland ein rasches Ende der Gespräche nach sich.

Der Stand der direkten amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen macht gleichwohl deutlich, daß sich im Verlaufe des Sommers 1962 eine weitgehende Übereinstimmung der beiden Supermächte in der deutschen und der nuklearen Frage herauszubilden begann. Die Gefahr eines Nuklearkrieges lenkte die Aufmerksamkeit der politischen Entscheidungsträger in den USA und der Sowjetunion von der begrenzten Frage nach der Zukunft Berlins auf die grundlegende Problematik einer gesamteuropäischen Friedensordnung. Denn: Nur wenn es um politische Zielsetzungen von vitaler Dimension ging, schien es angemessen, das nukleare Risiko abzuwägen,

---

[43] Von speziellem Interesse hinsichtlich der amerikanischen Rückversicherung, daß die MLF nicht zur verdeckten Weitergabe von Nuklearwaffen an die Bundeswehr genutzt würde, sind die Dokumente: Meeting of Committee of Principals, July 26, 1962, in: Ebenda, S. 499–507, Memorandum of Conversation between Rusk and Dobrynin, August 8, 1962, S. 541–547, und Message from Kennedy to Khrushchev, April 11, 1963, S. 672 f.

[44] Zum Wandel der sowjetischen Verhandlungsposition vgl. ebenda, Memorandum from Rusk to Kennedy, September 21, 1962, S. 570–572.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



und glaubwürdig, mit nuklearer Vergeltung zu drohen. Hinsichtlich der Frage, wie in Europa der Frieden am besten gesichert werden konnte, realisierten Kennedy und Chruschtschow, daß die amerikanischen und sowjetischen Sicherheitsinteressen in wichtigen Bereichen übereinstimmten. Mit der beiderseitigen Erkenntnis, daß eine Lösung der Spannungen am besten auf der Basis des territorialen *und* nuklearen Status quo erreicht werden konnte, machte das europäische Sicherheitssystem einen entscheidenden Schritt hin zur Stabilisierung.

## 5. Widerstände in der NATO und in den USA

Die Annäherung zwischen den beiden Supermächten in zentralen Fragen einer europäischen Sicherheitsordnung war nicht unumstritten und löste eine heftige innenpolitische Debatte und einen politischen Dialog innerhalb der nordatlantischen Allianz aus. Die Kubakrise sollte dann allerdings eine deutliche Ausweitung des diesbezüglichen Handlungsspielraums der amerikanischen Regierung mit sich bringen.

Wie erwähnt, nahm die Regierung Kennedy Anfang März 1962 bilaterale Gespräche auf der Ebene der Außenminister über einen Modus vivendi der Supermächte auf. Vor dem ersten Treffen zwischen Rusk und Gromyko wurden nur die Briten konsultiert. Nach der ersten Gesprächsrunde in Genf im März 1962 sah sich Washington aber gezwungen, auch die Regierung Adenauer über die Grundzüge des vorgeschlagenen Modus vivendi zu informieren. Ähnlich wie im Herbst 1961 zeigte sich Adenauer schockiert über die amerikanischen Verhandlungspositionen, sowohl was die Berlinfrage als auch die Frage eines nuklearen Nichtweiterverbreitungsvertrags anbelangte[45]. Prompt sickerte die Substanz der amerikanischen Position (anscheinend mit Zustimmung Adenauers) an die Presse durch. Dies wiederum löste eine tiefe Verstimmung in Washington aus[46].

Die Regierung Kennedy sah sich zusätzlich mit harscher interner Kritik am neuen Verhandlungsansatz konfrontiert. So lehnten beispielsweise die Joint Chiefs of Staff (JCS) einen nuklearen Nichtweiterverbreitungsvertrag ab, da kein umfassendes Verifikationssystem vorgesehen war. In Kennedys Einschätzung der politischen Lage war der Zeitpunkt noch nicht gekommen, um eine offene Auseinandersetzung mit denjenigen Kreisen in Kauf zu nehmen, die sich einer Annäherung an die Sowjetunion entgegenstellten. Der Präsident entschied sich daher, die Verhandlungen mit der So-

[45] In seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Außenminister betonte Adenauer, daß der westdeutsche Produktionsverzicht für Nuklearwaffen 1954 unter dem Vorbehalt ausgesprochen worden sei, daß grundlegende Veränderungen des internationalen Umfeldes eine erneute Überprüfung der Entscheidung notwendig machen könnten. Vgl. Telegram from Rusk to Kennedy, June 23, 1962, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 15, S. 200–203. Zu Adenauers Reaktion vgl. ebenda, Memorandum of Conversation between Adenauer and Nitze, April 13, 1962, S. 101–105.

[46] Vgl. ebenda, Telegram from Rusk to Schroeder, April 14, 1962, S. 113. Vgl. auch Paul H. Nitze, From Hiroshima to Glasnost: At the Center of Decision, New York 1989, S. 206f.; Burr, U.S. Policy and the Berlin Crisis, S. 40.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



wjetunion vorerst auf bilateraler Ebene möglichst weit voranzutreiben und dabei die neuesten Entwicklungen nur einer sehr kleinen Mitarbeitergruppe zugänglich zu machen.

Auf sowjetischer Seite sah sich Chruschtschow bezüglich der Verhandlungen mit dem Westen ständiger Kritik von seiten innenpolitischer Gegner und der chinesischen Führung ausgesetzt[47]. Weit schlimmer noch: In Moskau befürchteten die Falken, daß Kennedy den Aufbau eines Erstschlagspotentials beschlossen habe. Eine Reihe politischer und strategischer Entscheidungen der Administration Kennedy schienen aus sowjetischer Perspektive das nukleare Gleichgewicht des Schreckens wieder grundsätzlich in Frage zu stellen. Im wesentlichen erklären drei Elemente die sowjetische Einschätzung, wonach die Administration Kennedy ein nukleares Patt nicht zu akzeptieren gewillt war.

Erstens betonten die wichtigsten außenpolitischen Akteure der Administration Kennedy auf dem Höhepunkt der Berlinkrise im Spätsommer 1961 das gewaltige Ausmaß der qualitativen und quantitativen Überlegenheit des Westens bei Nuklearwaffen. Die berühmteste Verlautbarung war in dieser Hinsicht die Rede des stellvertretenden Verteidigungsministers Roswell Gilpatric vom 21. Oktober 1961. Gilpatric betonte, die USA verfügten über ein Zweitschlagpotential, das größer als das sowjetische Erstschlagpotential sei[48]. Dieselbe Botschaft nuklearer Stärke wurde von Außenminister Rusk, Verteidigungsminister Robert S. McNamara sowie von Beratern wie Nitze und Kissinger in unzähligen Auftritten vor europäischen Gremien wiederholt[49].

Die amerikanischen Erläuterungen des strategischen Gleichgewichts respektive Ungleichgewichts müssen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Berlinkrise gesehen werden. Das herausragende Problem aus der Perspektive Washingtons war im Herbst 1961, daß sich Frankreich und die Bundesrepublik gegen Verhandlungen mit der Sowjetunion sträubten aus Angst, der Westen müsse die Gespräche aus einer Position der Schwäche führen. Die europäische Wahrnehmung des strategischen Gleichgewichts war geprägt von den sowjetischen Erfolgen in der Raketentechnologie, der im Wahlkampf von Kennedy beschworenen Gefahr einer Raketenlücke und der Hinwendung der neuen amerikanischen Regierung zu einer konventionellen Option für die NATO. Als die Sowjetunion im Herbst 1961 in gedrängter Reihenfolge

[47] Die sowjetische Seite wird nur insofern in die Analyse einbezogen, als sich die Entscheidungen Chruschtschows in der amerikanischen Wahrnehmung widerspiegelten. Zur Position Chruschtschows im internen Dialog vgl. James G. Richter, Khrushchev's Double Bind: International Pressures and Domestic Coalition Politics, Baltimore 1994.

[48] Zu Gilpatrics Rede vgl. NSA, Nuclear History, Box 14, „May 1962 Folder," Memorandum, Yarmolinsky to Sorensen, „Missile Gap Controversy," May 3, 1962. Vgl. auch Bundy, Danger and Survival, S. 381 f.

[49] Vgl. z. B. NSA, Nuclear History, Box 13, „December 1961 Folder," Nitze, Remarks to the Institute of Strategic Studies, London, December 11, 1961; ebenda, Minutes of National Security Council Meeting, December 19, 1961; Telegram, Embassy in Germany to the Department of State, February 17, 1961, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 14, S. 824–827.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



nukleare Sprengsätze von bisher unbekannter Größenordnung zur Detonation brachte, machten sich in Europa zunehmend Zweifel am amerikanischen Vorsprung im nuklearen Rüstungssektor breit[50].

Die Administration Kennedy wußte bereits seit dem Frühjahr 1961, daß die Raketenlücke eine Fiktion war. Da aber Kennedy im Wahlkampf Eisenhower wegen der Vernachlässigung der amerikanischen Raketenprogramme heftig kritisiert hatte, zögerte der neue Präsident, sein neues Wissen so rasch nach seiner Wahl publik zu machen[51]. Das Problem bestand im Herbst 1961 somit darin, daß Amerika um seine nukleare Stärke wußte, die Europäer aber diesbezüglich ihre Zweifel hegten. Aufgrund dieser Sachlage entschloß sich Kennedy, die wirklichen nuklearen Kräfteverhältnisse öffentlich darzulegen. Das Ziel der amerikanischen Bemühungen war die Rückversicherung der europäischen Bündnispartner. Die Betonung der eigenen nuklearen Überlegenheit sollte die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Nukleargarantie stärken und implizit auch zum Ausdruck bringen, daß der Westen mit Blick auf Berlin nicht aus einer Position der Schwäche zu verhandeln brauchte.

Die amerikanische Betonung der nuklearen Stärke war insofern erfolgreich, als sie die Europäer tatsächlich in ihrem Vertrauen in die amerikanischen Sicherheitsgarantien bestärkte. Als beispielsweise Kissinger in einem Gespräch mit dem deutschen Bundeskanzler im Februar 1962 die Konfiguration der amerikanischen Nuklearstreitkräfte (insbesondere die Komponente der beinahe unverletzlichen seegestützten Polarisraketen) im Detail darlegte, betonte Adenauer wiederholt, wie beruhigend diese Ausführungen seien[52]. In dem Maße, wie die Europäer an den Wert der nuklearen Überlegenheit glaubten, war diese politisch bedeutungsvoll[53].

Die sowjetischen Ängste wurden zweitens verstärkt durch das Tempo des amerikanischen Aufrüstungsprogramms. Trotz dramatisch schrumpfender nachrichtendienstlicher Schätzungen hinsichtlich der Größe des sowjetischen Nuklearwaffenpotentials beschleunigte Kennedy im Dezember 1961 die amerikanischen Raketenprogramme der zweiten Generation beträchtlich[54]. Kennedys Budgetentscheidungen

[50] Zum sowjetischen Testprogramm und den politischen Folgen in Europa und den USA vgl. Glenn T. Seaborg, Kennedy, Khrushchev, and the Test Ban, Berkeley 1981, S. 103–139.

[51] Einen guten Überblick über die Geschichte der Raketenlücke gibt das folgende verwaltungsinterne Papier in: NSA, Nuclear History, Box 16, „May 1963 Folder," Memorandum, Lawrence C. McQuade to Paul Nitze, „But Where Did the Missile Gap Go?" May 31, 1963.

[52] Das Gesprächsprotokoll ist abgedruckt in: FRUS, 1961–1963, Bd. 14, Telegram, Embassy in Germany to the Department of State, February 17, 1961, S. 824–827. Zwei Tage später beklagte sich Kennedy beim deutschen Botschafter, er habe das Ausmaß amerikanischer Stärke seit dem Juni 1961 betont. „Yet," fügte er hinzu, „there was this constant need to reassure the Germans." Memorandum of Conversation between Grewe and Kennedy, February 19, 1962, in: Ebenda, S. 830–834.

[53] Bundy, Danger and Survival, S. 382.

[54] Mit den Budgetentscheidungen für das Fiskaljahr 1963 und der langfristigen Verteidigungsplanung für die Fiskaljahre 1963–67 wurde ein Raketenpotential in der Größenordnung von 900 Minuteman ICBMs und über 600 Polaris SLBMs ins Auge gefaßt. Vgl. NSA, Nuclear History, Box 13, „December 1961 Folder," Memorandum, Kaysen to the President, December 9, 1961.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



für das Fiskaljahr 1963 sind einerseits auf seine politischen Verpflichtungen zur Aufrüstung und auf das Drängen der verschiedenen Teilstreitkräfte nach größeren Budgetanteilen zurückzuführen[55]. Andererseits fürchtete Kennedy aber auch die negativen Auswirkungen eines Ausbaustopps auf die Wahrnehmung amerikanischer Stärke in Europa und in der Sowjetunion. Auch wenn diese Gründe Kennedys Politik erklären, gab der Ausbau der amerikanischen Raketenstreitkräfte in Moskau gleichwohl Anlaß zu Bedenken hinsichtlich der amerikanischen Absichten.

Die sowjetischen Befürchtungen wurden drittens durch McNamaras Äußerungen zur Nuklearstrategie beeinflußt. In seiner berühmten Rede in Ann Arbor im Juni 1962 umschrieb der Verteidigungsminister die amerikanische Strategie mit dem sogenannten *no-cities-counterforce*-Konzept. Die primären Angriffsziele in einem Nuklearkrieg seien die gegnerischen Nuklearstreitkräfte (und nicht die Bevölkerungszentren). Die Kombination eines überlegenen Nuklearpotentials und einer Strategie der kontrollierten nuklearen Erwiderung, so führte McNamara aus, gebe Anlaß zur Hoffnung, daß das Schadenausmaß in einem Nuklearkrieg begrenzt werden könne[56]. Diese Einschätzung wiederum bestärkte die sowjetischen Falken in ihren schlimmsten Befürchtungen.

Bei genauerer Lektüre von McNamaras Rede wird jedoch klar, daß der amerikanische Verteidigungsminister die Erfolgsaussichten des beschriebenen Strategiekonzepts äußerst skeptisch beurteilte – nicht zuletzt deshalb betonte er die Wichtigkeit eines Ausbaus der konventionellen Streitkräfte. Seine Ann-Arbor-Rede war in erster Linie politisch motiviert: McNamara benutzte die *no-cities-counterforce*-Strategie, weil er damit die Notwendigkeit einer zentralen Kontrolle über alle westlichen Nuklearwaffen begründen konnte. Seine nuklearstrategischen Äußerungen bildeten die Basis einer vernichtenden Kritik an unabhängigen nationalen Nuklearstreitkräften. Diese Stoßrichtung seiner Argumentation wurde in der sowjetischen Perspektive allerdings von den gefährlichen Implikationen seiner Äußerungen für die Stabilität verdeckt.

Im Sommer 1962 wurde die Annäherung zwischen Kennedy und Chruschtschow in der Frage der europäischen Sicherheitsordnung durch widersprüchliche Signale der beiden Supermächte verzögert. Beschleunigte Kennedy zur Rückversicherung der europäischen Alliierten die konventionellen und nuklearen Rüstungsprogramme

---

[55] Dies ist die zentrale These von Ball, dessen Buch die beste Analyse des amerikanischen Verteidigungsbudgets für das Fiskaljahr 1963 bleibt. Vgl. Desmond Ball, Politics and Force Levels: The Strategic Missile Program of the Kennedy Administration, Berkeley 1980.

[56] Hierbei handelte es sich um eine öffentliche Version seiner Rede vor den Außen- und Verteidigungsministern der Nato in Athen. Für den vollen Text der beiden Reden vgl. NSA, Nuclear History, Box 14, „May 1962 Folder," Remarks by McNamara, NATO Ministerial Meeting, May 5, 1962, Restricted Session; ebenda, „June 1962 Folder," McNamara, Remarks at the Commencement Exercises of the University of Michigan in Ann Arbor, June 16, 1962. Zur Analyse vgl. Wenger, Kontinuität und Wandel, S. 150–164. Gromyko beschwerte sich beispielsweise im März 1962 gegenüber Rusk, daß McNamaras Rhetorik der nuklearen Stärke den bilateralen Verhandlungen keineswegs förderlich sei. Memorandum of Conversation between Rusk and Gromyko, March 12, 1962, in: FRUS, 1962–1963, Bd. 15, S. 26–33.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



und hob er die Bedeutung der nuklearen Überlegenheit der USA hervor, sah die Sowjetunion ihre Glaubwürdigkeit als Supermacht generell gefährdet. Das Gleichgewicht des Schreckens schien mit Blick auf die politischen Konsequenzen zumindest aus sowjetischer Perspektive weiterhin auf einer labilen Basis zu stehen. Diese Einschätzung bestärkte Chruschtschow in seinem Entschluß, die zahlenmäßige strategische Parität mittelfristig durch den forcierten Ausbau der sowjetischen Nuklearstreitkräfte sicherzustellen. Kurzfristig führten Chruschtschows diesbezügliche Bemühungen zur Stationierung von sowjetischen MR/IRBMs in Kuba.

## 6. Die Kubakrise 1962

Die Kubakrise unterschied sich von der Berlinkrise in erster Linie durch den enormen Zeitdruck, unter dem Kennedy und Chruschtschow ihre Entscheidungen zu fällen hatten, welche die Welt an den Rand einer nuklearen Katastrophe brachten. Die politischen Führungen beider Supermächte erkannten im Oktober 1962, daß die Ereignisse außer Kontrolle zu geraten drohten. Unter dem Eindruck der Gefahr eines solchen Eskalationsprozesses strebten sowohl Chruschtschow als auch Kennedy danach, die akute Krise durch einen Kompromiß zu lösen[57].

Die dramatischen Tage der Kubakrise verdeutlichten, daß es das gemeinsame Ziel beider Supermächte sein mußte, einen Nuklearkrieg zu verhindern. Sowohl der sowjetische Parteichef als auch der amerikanische Präsident machten die Erfahrung, daß die nukleare Überlegenheit respektive Unterlegenheit in Krisensituationen von marginaler militärischer und nur sehr beschränkter politischer Bedeutung war. In diesem Sinne festigte die Kubakrise das gegenseitige Vertrauen der beiden Supermächte in die Dauerhaftigkeit des nuklearen Patts[58].

Parallel zur Festigung des nuklearen Gleichgewichts erweiterte sich als Folge der Kubakrise der Handlungsspielraum der beiden Supermächte in der Frage der europäischen Sicherheitsordnung. Gegen Ende 1962 führten ein innenpolitisch gestärkter

[57] Für eine Analyse vgl. Bundy, Danger and Survival, S. 391–462. In Bundys Darstellung gelangen persönliche Erfahrung und ausgezeichnete Kenntnis der akademischen Debatte zu einer fruchtbaren Symbiose, insbesondere hinsichtlich der Rolle der Nuklearwaffen für den Verlauf der Krise. Als Gegenpol vgl. Marc Trachtenberg, The Influence of Nuclear Weapons in the Cuban Missile Crisis, in: International Security 10 (1985), S. 137–163.

[58] Der Einfluß der Nuklearkriegsgefahr auf das Denken von Kennedy und Chruschtschow kommt exemplarisch zum Ausdruck in den folgenden Reden: Krushchev's Report on the International Situation, December 12, 1962, abgedruckt in: Ronald R. Pope, Soviet Views on the Cuban Missile Crisis: Myth and Reality in Foreign Policy Analysis, Lanham 1982, S. 71–107; John F. Kennedy, Commencement Address at American University in Washington, June 10, 1963, in: Kennedy PPS, 1963, S. 459–464. Die Evaluation der amerikanischen und sowjetischen Nukleartests in der Atmosphäre vom Sommer 1962 bestärkte das Weiße Haus in der Annahme, daß es sich beim nuklearen Patt um eine robuste Größe handelte, die nicht aufgrund einiger Tests zu wanken beginnen würde. Vgl. Memorandum from Kaysen to Kennedy, December 24, 1962, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 7, S. 599–601.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Kennedy und ein außenpolitisch versöhnlicherer Chruschtschow die Welt in eine Periode der Entspannung. Kennedy hatte bewiesen, daß er den Sowjets Paroli zu bieten wußte. Dies stärkte innenpolitisch seine Position, so daß er es sich beispielsweise in den Verhandlungen über ein Teststoppabkommen erlauben konnte, seine militärischen Kritiker nicht in den Entscheidungsprozeß miteinzubeziehen. In außenpolitischer Hinsicht war Kennedy nach der Demonstration der Stärke in Kuba weniger direkt an die Befindlichkeit der Alliierten gebunden.

Kennedy war gewillt, die Welle der Sympathie, die er mit seinen Besuchen in Berlin und der Bundesrepublik im Frühjahr 1963 gewonnen hatte, durch die Unterzeichnung des LTBT aufs Spiel zu setzen. In der Tat bezweifelte Adenauer nach dem Abschluß des LTBT denn auch, ob die USA die kommunistische Gefahr in Europa noch richtig einschätzten. Dem hielt der amerikanische Präsident in seiner schriftlichen Antwort nun aber selbstbewußt entgegen, dies sei eine ähnlich absurde Einschätzung wie diejenige, welche die demokratische Ausrichtung der Bundesrepublik in Zweifel ziehe[59]. Mit seiner Friedensrede vom 10. Juni 1963 setzte John F. Kennedy schließlich ein rhetorisches Signal, welches das amerikanische Interesse an einem Teststoppabkommen glaubhaft unterstrich und auch in Moskau als solches wahrgenommen wurde.

Chruschtschow konnte seine politische Existenz nach der Krise in der Karibik nur noch durch eine Vorwärtsstrategie sichern. Er brauchte dringend einen Verhandlungserfolg, um im Streit mit seinen innenpolitischen und chinesischen Kritikern die Politik der friedlichen Koexistenz legitimieren zu können. Im Frühjahr 1963 wurde erstens immer deutlicher, daß die sowjetisch-chinesische Spaltung irreversibel war. Sowohl in Moskau als auch in Washington betrachtete man die Gefahr eines nuklear bewaffneten Chinas als einen Faktor, der den globalen Status quo grundsätzlich in Frage zu stellen drohte[60]. Zweitens signalisierte der Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom Januar 1963, daß es auch um die Einheit der NATO nicht zum besten bestellt war. Dies wiederum schien anzudeuten, daß die primäre Gefahr einer Weitergabe von Nuklearwaffen an Westdeutschland nicht von den USA ausging.

Als Resultat dieser sich verändernden Rahmenbedingungen beschleunigte sich der Verhandlungsprozeß zwischen den beiden Supermächten mit dem Ziel der Stabilisierung des europäischen Sicherheitssystems. Hinsichtlich der beiderseitigen Akzeptanz des territorialen Status quo in Europa war bereits der Verlauf der Kubakrise von großer Bedeutung. Kennedy und seine Berater übersahen den Zusammenhang zwischen dem politischen, militärischen und wirtschaftlichen Druck, den die USA auch nach dem Schweinebucht-Fiasko auf Fidel Castro ausübten, und dem Aufbau eines sowjetischen Abschreckungspotentials. Chruschtschow wollte mit der Stationierung von

[59] Vgl. Letter from Kennedy to Adenauer, August 6, 1963, in: Ebenda, S. 870–872; Memorandum of Conversation between Adenauer and McNamara, August 5, 1963, in: Ebenda, Bd. 15: S. 546–552.

[60] Zur amerikanischen Wahrnehmung Chinas vgl. Memorandum from Bundy to Kennedy, November 8, 1962, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 7, S. 597f.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



MR/IRBMs in der Karibik in erster Linie eine Invasion Kubas durch die USA verhindern; soviel macht die neuere Forschung deutlich[61]. Dieses Handlungsmotiv wurde in der amerikanischen Perspektive jedoch nur ungenügend berücksichtigt. Die amerikanische Regierung maß auch dem Argument, daß die Sowjets mit der Stationierung von nuklearen Trägersystemen das strategische Gleichgewicht herstellen wollten, untergeordnete Bedeutung zu. In Kennedys Einschätzung verfügten beide Seiten bereits über genügend nukleare Mittel, um der Gegenseite irreparablen Schaden zufügen zu können. Deshalb rätselte man in Washington, warum die Sowjetunion die Raketen in Kuba stationiert hatte.

Kennedy und die Mitglieder des *Executive Committee* (ExComm) befürchteten, daß es sich bei der Stationierung von Offensivraketen in Kuba um den ersten Schritt eines umfassenden Plans handelte, mit dem Moskau eine Verbesserung der sowjetischen Position in den Berlinverhandlungen anstrebte[62]. Amerikanischer Druck auf Kuba, so wurde in den Sitzungen des ExComm argumentiert, würde mit sowjetischem Druck in Berlin beantwortet. Schließlich würde sich eine Lösung ergeben, bei der die Sowjetunion zwar die Raketen aus Kuba abziehen würde, die USA aber zu Kompromissen in der Berlinfrage gezwungen wären. Zur Überraschung von Kennedy und seinen Beratern blieb aber eine sowjetische Reaktion in Europa aus, als die amerikanische Flotte eine Blockade Kubas durchzusetzen begann. Dies zeigte, daß es Chruschtschow nicht in erster Linie um die Veränderung des territorialen Status quo in Berlin ging, sondern um die Verteidigung Kubas und eine Angleichung der strategischen Potentiale.

Parallel zur Beendigung der Kubakrise entschloß sich Präsident Kennedy, die Berlinfrage vorerst auf sich beruhen zu lassen und statt dessen ein Abkommen im Bereich der Rüstungskontrolle anzustreben[63]. Mit Beginn des Jahres 1963 bemühte sich dann aber die sowjetische Seite um eine erneute Aufnahme der bilateralen Verhandlungen um Berlin. Dies allerdings in erster Linie mit der Absicht, damit

---

[61] Eine ausgezeichnete Analyse der Beweggründe Chruschtschows zur Stationierung der sowjetischen Raketen auf Kuba findet sich bei Bruce J. Allyn/James G. Blight/David A. Welch, Essence of Revision: Moscow, Havana and the Cuban Missile Crisis, in: International Security 14 (1989/1990), S. 138–144; James G. Blight/David A. Welch, On the Brink: Americans and Soviets Reexamine the Cuban Missile Crisis, New York 1989, S. 116f., 293–297.

[62] Noch am 5.10. 1962 hatte Kennedy in einem Gespräch mit dem Berliner Bürgermeister Willy Brandt den Zusammenhang zwischen Kuba und Berlin betont: „If it were not for Berlin we could feel free to take action in Cuba." Record of Meeting, October 5, 1962, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 15, S. 344–348. Vgl. auch Rusks Ausführungen in Anwesenheit des französischen Botschafters in Washington, Memorandum of Conversation, September 7, 1962, in: Ebenda, S. 311–313.

[63] Die Kubakrise war Anlaß zu einer administrationsinternen Debatte, ob unter den veränderten Rahmenbedingungen in der Berlinfrage verstärkter Druck oder vielmehr vermehrte Zurückhaltung ausgeübt werden sollte. Schließlich setzte sich Llewellyn Thompsons Sichtweise durch, der für eine Hinhaltetaktik plädierte. Vgl. dazu: Memorandum from Klein and Legere to Bundy, October 29, 1962, in: Ebenda, S. 406f.; Memorandum from Nitze to Kennedy, undated, in: Ebenda, S. 411–419; Memorandum of Conversation between Kennedy and Adenauer, November 14, 1962, in: Ebenda, S. 427–433.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



auf die Verhandlungen über das Teststoppabkommen einwirken zu können. In einem Gespräch mit Averell Harriman Ende April 1963 erklärte Chruschtschow, daß sich eine Basis für ein Teststoppabkommen finden lasse, falls gleichzeitig auch die deutsche Frage einer Lösung zugeführt werde. Auf die Rückfrage Harrimans, ob für die Sowjetunion eine Lösung der Berlinfrage oder die Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen an die Bundeswehr wichtiger sei, antwortete der sowjetische Parteichef, daß Berlin keinen Grund für Spannungen mehr darstelle. Das Berlinproblem sei aus der Sicht der sozialistischen Staaten mit dem Bau der Mauer gelöst worden, besser noch, als dies mit einem Friedensvertrag der Fall gewesen wäre[64].

Im Sommer 1963 setzte sich in Moskau wie Washington die Ansicht durch, daß sich die Berlin- und Deutschlandfrage mit der Zeit über direkte Kontakte zwischen den beiden Deutschland ohne direktes Eingreifen der beiden Supermächte lösen werde[65]. Mit dem Abtreten Adenauers von der weltpolitischen Bühne schienen zudem die Zeichen günstig, daß auch in Bonn nach neuen Wegen gesucht würde. Aus der Perspektive der beiden Supermächte war mit dem Bau der Mauer ein entscheidender Schritt in Richtung der Stabilisierung der europäischen Sicherheitsordnung auf der Basis eines geteilten Berlin und eines geteilten Deutschland vollzogen worden. Mitte 1963 drohte der globale Status quo nicht mehr in erster Linie in Europa in Frage gestellt zu werden. Hingegen sorgte man sich sowohl in Moskau als auch in Washington darüber, daß China bald über Atomwaffen verfügen könne.

Die Kubakrise bestärkte die Supermächte aber nicht nur in ihrer beiderseitigen Akzeptanz des territorialen Status quo. Die Ereignisse in der Karibik führten zudem zu einer Intensivierung der amerikanisch-sowjetischen Bemühungen um die Erhaltung des nuklearen Status quo. Sowohl die amerikanische als auch die sowjetische Seite drängten nach der Kubakrise auf rasche Fortschritte im Bereich der nuklearen Nonproliferation[66]. Während die Regierung Kennedy ihre Alliierten von der Notwendigkeit eines Nichtweiterverbreitungsvertrags überzeugen konnte, setzte sich in Moskau die Meinung durch, daß die sowjetische Unterzeichnung eines solchen Abkommens zu offensichtlich gegen Deutschland und China gerichtet war. Hinsichtlich Westdeutschlands vertrauten die Sowjets den wiederholten amerikanischen Versicherungen, daß Washington ebenfalls nicht an einer nuklearen Bundeswehr interessiert

---

[64] Memorandum of Conversation between Khrushchev and Harriman, April 26, 1963, in: Ebenda, S. 510f.; Memorandum of Conversation between Kennedy and Harriman, July 10, 1963, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 7, S. 789f.

[65] Vergleiche die Protokolle der Gespräche zwischen Harriman und Chruschtschow, July 27, 1963, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 15, S. 539–544; Rusk und Chruschtschow, August 9, 1963, in: Ebenda, S. 563–570; Kennedy, Rusk und Schroeder, September 24, 1963, in: Ebenda, S. 581–583.

[66] Vergleiche den Briefverkehr zwischen Kennedy und Chruschtschow im Anschluß an die Krise in der Dokumentensammlung des National Security Archive: Laurence Chang/Peter Kornbluh (Hrsg.), The Cuban Missile Crisis, 1962: A National Security Archive Documents Reader, New York 1992, S. 233–300.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



sei[67]. Was China anbetraf, war der Abschluß eines Teststoppabkommens der subtilere Weg, um eine Isolation des kommunistischen Konkurrenten herbeizuführen. Chinas voraussehbare Ablehnung eines solchen Abkommens würde die Anziehungskraft der chinesischen Alternative in der Dritten Welt massiv beeinträchtigen[68].

Das gemeinsame politische Ziel der Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen bildete die (verdeckte) Basis für den erfolgreichen Abschluß des LTBT am 25. Juli 1963. Beide Supermächte hofften, daß der Vertrag, der nukleare Tests in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser verbot, die Anreize zur Entwicklung von nationalen Nuklearstreitkräften reduzieren würde. Die USA und die Sowjetunion verfolgten mit dem LTBT das politische Ziel, einer Weiterverbreitung von Nuklearwaffen – insbesondere hinsichtlich Deutschlands und Chinas – entgegenzuwirken[69].

Die Berlinkrise führte zu einer amerikanisch-sowjetischen Annäherung in der Frage der europäischen Sicherheitsordnung, da beide Seiten erkannten, daß eine Entspannung der Ost-West-Beziehungen in Europa nur auf der Basis des territorialen und nuklearen Status quo möglich war. Die Kubakrise erhöhte die Tragfähigkeit der gemeinsamen Sicherheitsinteressen der USA und der Sowjetunion. Sie ist damit ein wichtiges Element im Prozeß der Stabilisierung der europäischen Sicherheitsordnung in den frühen sechziger Jahren. Die dramatischen Ereignisse in der Karibik sensibilisierten die politischen Entscheidungsträger der Sowjetunion und der USA für die Konsequenzen, die sich aus der wechselseitigen Verwundbarkeit ihrer Nationen ergaben. Die Erfahrungen der Oktobertage 1962 relativierten erstens die militärische und politische Bedeutung des strategischen Gleichgewichtes und förderten das Vertrauen in die Dauerhaftigkeit des nuklearen Patts. Die Krise bestätigte zweitens die Erkenntnis, daß eine erfolgreiche Entspannung zwischen Ost und West die Erhaltung des territorialen Status quo in Europa voraussetzte. Drittens konnten die Nachkriegsgrenzen langfristig wiederum nur gewährleistet werden, wenn gleichzeitig bei der Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen Fortschritte verzeichnet werden konnten. Auch diesbezüglich veränderten sich die Rahmenbedingungen mit der Kubakrise zum Positiven.

---

[67] Von Interesse ist in diesem Zusammenhang insbesondere das Papier, mit dem die Sowjets Anfang März 1963 die bilateralen Gespräche mit den USA wiederaufnahmen. Darin betonte Moskau, daß sich in der Frage der Nichtweitergabe von Nuklearwaffen an die beiden Deutschland in den Gesprächen des Jahres 1962 positive Resultate ergeben hätten, eine Feststellung, die von amerikanischer Seite nicht in Frage gestellt wurde. Vgl. Memorandum of Conversation between Rusk and Dobrynin, March 26, 1963, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 15, S. 497–504; Memorandum of Conversation between Rusk and Dobrynin, April 12, 1963, in: Ebenda, S. 506–509.

[68] Die Gründe für Chruschtschows Interesse am LTBT werden diskutiert in: Telegram from Harriman to Department of State, Juli 18, 20, and 23, 1963, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 7, S. 808f., 816–818, 833.

[69] Für die politischen Ziele der USA und der Sowjetunion vgl. Seaborg, Kennedy, Khrushchev, and the Test Ban, S. 193–195, 243–253, 285–292.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



## 7. Kennedy, Chruschtschow und die Stabilisierung des europäischen Sicherheitssystems in den frühen sechziger Jahren

1963 erlangte das europäische Sicherheitssystem eine gewisse Stabilität. Die konfrontative Phase des Kalten Krieges in Europa ging nach der Berlinkrise (1958–1962) und der Kubakrise (1962) in eine Periode der Entspannung über, in der die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vermehrt von kooperativen Elementen bestimmt wurden. Die neue Stabilität in Europa wurde ermöglicht durch die Herausbildung einer Interessenkongruenz zwischen den USA und der Sowjetunion in der deutschen und der nuklearen Frage im Laufe der Berlinkrise. Der Annäherungsprozeß der Supermächte in diesen beiden zentralen Fragen des Kalten Krieges in Europa entwickelte sich unter dem Eindruck einer erhöhten Nuklearkriegsgefahr, wie sie durch die Kubakrise für die gesamte Weltöffentlichkeit sichtbar geworden war.

Die Annäherung zwischen Chruschtschow und Kennedy war das Resultat eines informellen Verständigungsprozesses, dem zahlreiche Signale in den Bereichen der Außen- und Verteidigungspolitik vorausgegangen waren. Die zentralen Elemente dieses Prozesses bestanden darin, daß Chruschtschow den Status quo in Zentraleuropa akzeptierte und von erneutem Druck in Berlin absah, während Kennedy im Gegenzug eine deutsche Teilhabe am amerikanischen Nuklearpotential ausschloß (was als Kompensation für die Bundesrepublik eine permanente Stationierung amerikanischer Truppen auf dem Kontinent bedingte). Die wichtigsten politischen Faktoren, die Moskau und Washington die Akzeptanz des territorialen Status quo erleichterten, waren der Bau der Berliner Mauer und das Ausbleiben einer Gegenblockade West-Berlins während der Kubakrise. Kennedy wiederum signalisierte glaubwürdig, daß die USA ebenfalls nicht an einer nuklearen Bundeswehr interessiert waren, indem er auf der zentralen Kontrolle aller amerikanischen Nuklearwaffen (symbolisiert durch die Installierung von PALs) bestand und den Abschluß des LTBT vorantrieb.

Dies macht deutlich, daß der Kalte Krieg im Europa der frühen sechziger Jahre nicht mehr hauptsächlich durch den Machtkonflikt zwischen den zwei Blöcken bestimmt wurde. Während sich in den fünfziger Jahren die Kontakte zwischen Ost und West nur in Ansätzen aus dem starren Schema der bipolaren Blockstrukturen gelöst hatten, verwandelte sich die europäische Sicherheitsdebatte Anfang der sechziger Jahre in einen Dialog innerhalb der Blöcke und in ernsthafte bilaterale Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion. Dabei gelangten die politischen Führungen in Washington und Moskau übereinstimmend zu der Einschätzung, daß die Sicherheitsinteressen ihrer Länder in Europa einander nicht vollständig zuwiderliefen. Die staatsmännische Leistung von Kennedy und Chruschtschow lag in der gemeinsamen Erkenntnis, daß die Sicherheit Europas langfristig nur auf der Basis des territorialen *und* nuklearen Status quo gewährleistet werden konnte.

Inwiefern war diese amerikanisch-sowjetische Übereinstimmung in zentralen Fragen der europäischen Sicherheit mehr als das Produkt des nuklearen Gleichgewichts des Schreckens? Die Analyse der amerikanischen Politik in der Berlin- und der Ku-

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



bakrise kann durchaus zur Unterstützung der These herangezogen werden, daß die Nuklearkriegsgefahr eine grundsätzlich stabilisierende Wirkung auf politische Entscheidungsprozesse in Krisensituationen ausübte. Gleichwohl muß festgestellt werden, daß sich der nukleare Faktor gleichzeitig auch destabilisierend auf den Gang der Ereignisse auswirkte. Annahmen über die prekäre Stabilität des nuklearen Gleichgewichts spielten sowohl beim Ausbruch der Berlinkrise als auch beim Ausbruch der Kubakrise eine entscheidende Rolle. Chruschtschow interpretierte Eisenhowers Politik der faktischen Teilhabe der Bundesrepublik am amerikanischen Nuklearpotential als Anzeichen einer Entwicklung hin zu einer nuklearen Bundeswehr. Solange die politischen Ziele der Bundesrepublik (Wiedervereinigung) im Widerspruch zu den Sicherheitsinteressen der Sowjetunion standen, schien eine solche Entwicklung aus sowjetischer Perspektive die Stabilität des europäischen Sicherheitssystems grundsätzlich in Frage zu stellen. In Washington wiederum interpretierten Eisenhower und zu Beginn seiner Amtszeit auch Kennedy Chruschtschows Berlinultimatum als Versuch, die westliche Einheit im Zeichen der neu erlangten nuklearen Stärke Moskaus zu untergraben.

Bei Ausbruch der Berlinkrise hegten damit beide Supermächte Zweifel an der gegnerischen Perzeption der militärischen und politischen Bedeutung des nuklearen Gleichgewichts. Der Kubakrise wiederum lagen unter anderem sowjetische Bedenken zugrunde, daß die Administration Kennedy nach einem Erstschlagpotential strebte. Kennedy akzeptierte zwar das nukleare Patt und die Grenzen der politischen Nützlichkeit der nuklearen Überlegenheit, seine Regierung betonte aber gleichzeitig die eigene Überlegenheit, um die europäischen Bündnispartner zu beruhigen. Implizit bestärkten solche Äußerungen die Sowjetunion in der Annahme, das strategische Gleichgewicht bedürfe der Korrektur, bevor seine stabilisierende Wirkung auf die Ost-West-Beziehungen zum Tragen kommen konnte.

Hingegen beschleunigte die ständig präsente Nuklearkriegsgefahr die Herausbildung von kooperativen Elementen in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Die grundsätzliche Frage nach der Angemessenheit einer Drohung mit einem nuklearen Vergeltungsschlag lenkte die Aufmerksamkeit der politischen Entscheidungsträger der beiden Supermächte weg von Detailproblemen (wie etwa dem völkerrechtlichen Status von Berlin) hin zu den grundlegenden nationalen Sicherheitsinteressen in Fragen der europäischen Sicherheit. Anhand der Kubakrise läßt sich mit geradezu exemplarischer Deutlichkeit aufzeigen, wie unter den Bedingungen einer wechselseitigen Verwundbarkeit die Gefahr eines unkontrollierten Eskalationsprozesses beide Seiten zu einer vorsichtigen und zurückhaltenden Vorgehensweise verpflichtete und letztlich Kompromißlösungen förderte, die den Status quo bestätigten.

Schließlich bleibt darauf hinzuweisen, daß die Herausbildung der beschriebenen amerikanisch-sowjetischen Interessenkongruenz in Fragen der europäischen Sicherheitsordnung auch durch Entwicklungen im außereuropäischen Kontext beeinflußt wurde. Hier verdienten insbesondere die Rückwirkungen des Emanzipationsprozesses der Dritten Welt und der Formierung der Bewegung der Blockfreien auf das Verhältnis zwischen den Supermächten und das Beziehungsgefüge innerhalb der Blöcke

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Erwähnung. Aus der Sicht der politischen Entscheidungsträger in Moskau wie Washington schien sich Anfang der sechziger Jahre das Epizentrum des Kalten Krieges von Europa in die Dritte Welt zu verlagern. Die zunehmende Entfremdung zwischen der Sowjetunion und China machte deutlich, daß sich die Auseinandersetzungen um regionale Führungsansprüche und Einflußmöglichkeiten in den jungen asiatischen und afrikanischen Staaten nicht ausschließlich entlang der Blockgrenzen entwickelten. Das Potential an Friktionen innerhalb der Blöcke stieg zudem auch aufgrund der wachsenden strukturellen Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen in der internationalen Politik. Wenn die Stabilisierung des europäischen Sicherheitssystems in den frühen sechziger Jahren in einen epochalen Kontext gestellt wird, so kann sie als Ausdruck von strukturellen Veränderungen des internationalen Systems verstanden werden, die schließlich in der Wende der Jahre 1989/91 und dem Ende des Kalten Krieges kulminierten.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

*Miszelle*

GREG DONAGHY

# LOOK BEFORE YOU LEAP

## Elektronische Publikationen in neuer Sicht

Bei unserem letzten Treffen – vor zwei Jahren in Ottawa – äußerte ich mich zu den Möglichkeiten der Veröffentlichung diplomatischer Akten in elektronischen Editionen. Wenn ich damals diese moderne Technologie auch nicht gerade freudig begrüßte, war ich doch ziemlich sicher, daß sie in Bälde als eines der Mittel zur Verbreitung unserer Arbeit dienen werde. Ich war mir einiger der Probleme bewußt, die mit dem neuen Medium verbunden sind, vertrat aber die Ansicht, daß Editoren diese Option im Auge behalten sollten, wenn sie nach Wegen suchten, „mehr mit weniger zu leisten"[1]. Seither sind meine Kollegen in der Historischen Sektion des kanadischen Außenministeriums und ich gebeten worden, eine gründliche Prüfung aller Aspekte unserer Quellenpublikation „Documents on Canadian External Relations" (DCER) vorzunehmen, und zwar als Teil einer Anstrengung zur Reduzierung des Budgets der Abteilung. Dabei sollte unser Augenmerk insbesondere der Frage gelten, ob für die DCER neue elektronische Publikationstechnologien tauglich seien. Mir erschien unsere jetzige Tagung als ein angemessenes Forum zur Kommentierung unserer Resultate und unserer Gründe für den Verzicht auf Pläne einer elektronischen Edition.

Das Problem, dem wir uns im Frühjahr 1995 gegenüber sahen, als die Prüfung unserer bisherigen Arbeit und unserer Dokumentenserie begann, wird vielen von Ihnen ohne Zweifel vertraut sein. Als wir mit DCER die fünfziger Jahre erreichten, sahen wir uns zwei entgegengesetzten Tendenzen ausgesetzt. Auf der einen Seite waren unsere Editoren mit der explosionsartigen Vervielfachung des Materials konfrontiert, die sowohl aus Kanadas größerer internationalen Rolle in der Nachkriegszeit wie auch aus der ständigen Multiplikation der Gegenstände von Außenpolitik resultierte. Die damals einsetzende Verbreitung automatischer Chiffrier- und billiger Reproduktionsapparate trug ebenfalls zum Anschwellen der Akten bei. Auf der anderen Seite haben die Ressourcen zur Bewältigung der unentwegt wachsenden Papiermenge – das zum Durchkämmen der Akten erforderliche Personal und die zur Veröffentlichung der ausgewählten Dokumente notwendigen Gelder – stetig abgenommen. Wir hatten keinen Grund, an ein baldiges Ende dieser Zwickmühle zu glauben.

[1] Greg Donaghy, Digitized Diplomacy. Diplomatic Documentation and the CD-ROM Edition, in: J. F. Hilliker/Mary Halloran, Diplomatic Documents and their Users: Proceedings of the Third Conference of Editors of Diplomatic Documents, Ottawa 1995, S. 28–34. Die vorliegende Miszelle basiert auf einem Vortrag, der auf der Vierten Konferenz der Herausgeber von Akteneditionen zur Auswärtigen Politik vom 19.–22. 9. 1996 in Rom gehalten wurde.
Der Autor dankt Hermann Graml für die Übersetzung dieses Beitrages sowie Boris Stipernitz für die Durchsicht des deutschen Textes.

*VfZ 46 (1998)*
*© Oldenbourg 1998*

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Während der ersten Phase unserer Untersuchung unterzogen wir unsere editorischen Ziele und Prinzipien wie auch den Inhalt unserer Bände einer gründlichen Überprüfung. Am Ende waren wir weder mit den Zielen noch mit den Grundsätzen unserer Editionsarbeit unzufrieden. Wir kamen zu dem Schluß, daß wir weiterhin mindestens einen Band pro Jahr vorlegen sollten und daß der Band für die in ihm behandelte Periode den Lesern und Benutzern einen Einblick in den ganzen Umfang der internationalen Interessen Kanadas vermitteln müsse[2]. Alles in allem gefiel uns unser editorisches Verfahren ebenfalls. Wir beschlossen, auch künftig dabei zu bleiben, die wichtigsten Dokumente zu eigenständigen Erzählungen in thematisch bestimmten Kapiteln zu ordnen. Ferner stimmten wir darin überein, daß die Dokumente auch in Zukunft des erklärenden Materials bedürften, wie es in ergänzenden Texten und Fußnoten enthalten ist[3].

Beim Blick auf den Inhalt der Bände entdeckten wir jedoch, daß unsere bis dahin getroffene Auswahl den von uns festgelegten Grundsätzen nicht immer in dem gewünschten Maße entsprach. Tatsächlich hatten wir über die Jahre sogar die Gewohnheit angenommen, bestimmte Gegenstände einfach deshalb aufzunehmen, weil sie früher einmal wichtig gewesen waren und entsprechende Behandlung verdient hatten. Zum Beispiel zeigte es sich, daß unsere Versuche, die kanadische Politik in gewissen UN-Organisationen zu dokumentieren, Anfang der fünfziger Jahre überflüssig zu werden begannen. Als jede Organisation ihr eigenes Sekretariat aufbaute, blieb es nicht aus, daß die den kanadischen Delegationen gegebenen politischen Richtlinien zunehmend die Hauptlinien kanadischer Außenpolitik duplizierten, mithin für unsere Bände kaum einen Gewinn brachten, während die technischen Instruktionen, die für jene Delegationen von vitaler Bedeutung waren, derart spezialisierten Gebieten galten, daß sie für unsere allgemeineren Zwecke nicht mehr dienlich sein konnten.

Die Prüfung des Inhalts unserer Bände brachte uns dazu, unsere Aufmerksamkeit erneut auf jene Personen und Institutionen zu richten, die an den Kanadas Außenpolitik bestimmenden Entscheidungen tatsächlich beteiligt sind. Bis dahin, da die Edition die außenpolitischen Debatten in der Öffentlichkeit und zwischen Ministern zu dokumentieren suchte, hatten die Editoren mit der Versuchung zu kämpfen, auch Dokumente in ihre Auswahl aufzunehmen, die zwar interessant, aber nicht sonderlich wichtig waren. Wir kamen zu dem Ergebnis, daß eine stärkere Konzentration auf die ministeriellen und interministeriellen Ausschüsse, die für Kanadas Außenpolitik verantwortlich waren, viel Platz sparen würde. Zugleich vermittelten die ständig verfeinerten zusammenfassenden Berichte, die für die Entscheidungsträger mit wachsender Regelmäßigkeit ausgearbeitet wurden, den Lesern Einsichten darüber, welche Überlegungen politische Entscheidungen beeinflußt und welche Optionen die Politiker überhaupt gehabt hatten.

Wir kalkulierten, daß diese erste Prüfungsphase, in der wir uns auf den editorischen Prozeß und auf den Inhalt der Bände konzentriert hatten, uns instand setzen sollte, die Zahl der Dokumente pro Band um fast 25 Prozent zu verringern. Das mußte einen billi-

[2] Dabei hat uns auch der von den Benutzern unserer Dokumente geäußerte Wunsch nach einer gewissen Hilfe bei der Suche in den Akten beeinflußt. Diese Frage der „Erschließung der Akten" wird an anderer Stelle ausführlicher diskutiert: Users' Round Table, in Hilliker/Halloran, Diplomatic Documents, S. 239–259.

[3] Detaillierter zu den kanadischen Editionsprinzipien siehe J. F. Hilliker, Documents on Canadian External Relations, Selection and Arrangement, in: Foreign and Commonwealth Office Historical Branch, Occasional Papers, No. 2, November 1989, S. 34–38.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



geren Band bedeuten. In der Tat glaubten wir, unsere Kosten um etwa 15 Prozent senken zu können und für einen Band nur noch knapp unter 100000 Dollar aufwenden zu müssen[4]. Danach begannen wir nach Wegen zu forschen, den schmaleren Band für noch weniger Geld herzustellen.

Zuerst wandten wir uns an unsere Verleger, um mit ihnen Ideen zu finden, wie die Kosten der derzeitigen Papier-Edition herabzusetzen seien. Verschiedene Vorschläge wurden gemacht: Herstellungsprozeß verkürzen, kleinere Drucktype benutzen, billiger binden lassen, Wegfall der Illustrationen. Nun hätten diese Veränderungen zusammen wohl einen billigeren Band ergeben – wir schätzten die Ersparnis auf weitere 10 Prozent –, jedoch zugleich das Erscheinungsbild und den Charakter unserer Edition dramatisch gewandelt. Dazu waren wir aber, um einer vergleichsweise bescheidenen Einsparung willen, nicht bereit, wenn wir uns auch damit einverstanden erklärten, den Herstellungsprozeß schlanker und damit etwas billiger zu machen. Letzten Endes, so setzten wir unseren Vorgesetzten auseinander, lag die eigentliche Wahl zwischen einer relativ teuren gedruckten Edition und einer weniger kostspieligen elektronischen Version.

Es war von Anfang an klar, daß eine elektronische Editionsweise zu beträchtlichen Einsparungen führen würde, zu welchem elektronischen Verfahren wir uns auch entschließen sollten. Der leichteste und billigste Weg wäre das einfache Scannen von Kopien der Akten in eine elektronische Datenbank und die Veröffentlichung des Resultats auf einer CD-ROM oder im Internet gewesen. Die Leser hätten dann Zugang zu einem tatsächlichen Abbild der Dokumente, die von uns, falls notwendig, ohne weiteres mit Kommentaren zu versehen gewesen wären. Außerdem hätte ein „Deckblatt" die erforderliche Grundinformation über das Dokument geboten[5].

Eine solche Faksimile-Edition hätte es uns ermöglicht, einen Band für weniger als 40000 Dollar zu produzieren, wäre jedoch mit zwei erheblichen Nachteilen verbunden gewesen. Erstens hätte eine Faksimile-Edition eine im Grunde nicht recherchierbare Datenbank geschaffen. Leser wären dabei nur zu einer Stichwort-Suche in den Deckblättern und den ergänzenden Texten imstande und hätten nur begrenzten Zugang zu den Dokumenten selbst. (Das wäre zu einem besonderen Problem geworden, hätten wir zu irgendeinem Zeitpunkt in der Zukunft mehrere Bände in einer einzigen Ausgabe herausbringen wollen.) Wichtiger noch: diese Form von Datenbank ist nicht leicht zu übertragen, und so hätte es technisch unmöglich sein können, eine solche elektronische DCER-Edition bei etwaigen technischen Veränderungen neu zu formatieren. Beide Gründe brachten uns rasch zu dem Schluß, daß ein derartiges Editionsverfahren nicht praktikabel sei.

Wenn schon eine elektronische Edition, dann schien es sinnvoller zu sein, in Textform einzulesen und das Ergebnis auf CD-ROM oder im Internet zu publizieren. Diese Methode bot etliche Vorteile. Zwar nicht ganz so wirtschaftlich wie die Faksimile-Edition, hätte sie doch auch eine spürbare Senkung der Produktionskosten erlaubt. Wir schätzten die Kosten pro Band auf etwa 62500 Dollar. (Bei Eingabe ins Internet hätten sich die Kosten noch etwas verringert.) Auch wären Benutzer in der Lage, den kompletten Text eines solchen Bandes nach Schlagwörtern abzufragen, was seine Brauchbarkeit erhöhen und ihn

[4] Alle Zahlenangaben in kanadischen Dollars.

[5] Dieses Verfahren ist auf der letzten Editorenkonferenz von unserem Schweizer Kollegen Antoine Fleury favorisiert worden; vgl. seinen Artikel La publication de documents diplomatiques suisses et l'utilisation de moyens informatiques, in: Hilliker/Halloran, Diplomatic Documents, S. 99–106.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



weitaus besser zugänglich machen würde als eine Faksimile-Edition. Im Fortschreiten der Serie mußte das noch wichtiger werden und die gleichzeitige Benutzung mehrerer Bände ermöglichen.

Überdies ist bei Textdateien die Übertragung kein Problem. Der Text kann einfach in einer „standard mark-up language" abgespeichert und bei Bedarf in einem anderen Format neu herausgebracht werden. Ferner wären die Leser in der Lage, den Text mühelos zu handhaben, das heißt, bestimmte Abschnitte herauszuholen und in den eigenen Text einzufügen oder von besonders interessanten Dokumenten Kopien auszudrucken.

Die wirtschaftliche Seite dieser Technologie ist ohne Zweifel attraktiv. Jedoch wurde uns bald klar, daß elektronisches Publizieren auch eine Anzahl von Nachteilen aufweist. Dabei stellten Zugänglichkeit und Kompatibilität nicht unsere Hauptsorgen dar. Wohl sollten diese Probleme nicht unterschätzt werden, vor allem in der nahen Zukunft, doch glaubten wir, daß sie sich am Ende von selbst erledigen würden[6]. Wichtiger war, daß wir nach sorgfältiger Prüfung der Frage zu dem Schluß kamen, bei einer elektronischen Veröffentlichung auf CD-ROM oder im Internet handle es sich nicht einfach um einen Wechsel der Gestalt, sondern um einen Wechsel des Mediums. In diesem Fall, so fanden wir, ist Marshall McLuhans überstrapazierter Aphorismus entschieden zutreffend: „Das Medium ist die Botschaft." Mit der Fähigkeit, gewaltige Mengen textlicher Daten wie auch Video- und Audio-Clips nahezu sofort aufzunehmen und zu organisieren, ist elektronisches Publizieren ein wahrhaft neues Medium, in dem die alten Methodologien nicht länger funktionieren. Wie Art Spiegelman, dessen kritisch aufgenommene Comic-Book-Geschichte des Holocaust dann auch, zusammen mit dem größten Teil der zugrunde liegenden Dokumentation, auf CD-ROM herauskam, bemerkte, „das am wenigsten Interessante an der [CD-ROM] ist das Buch selbst, eben weil es als ein Buch konzipiert wurde"[7].

---

[6] Die anfänglichen Kompatibilitätsprobleme, die aus CD-ROM-Publikationen komplizierte Unternehmen zu machen drohten, sind inzwischen fast alle verschwunden. Der größte Teil der Software paßt jetzt sowohl zu einem McIntosh- wie zu einem MS-DOS-Betriebssystem. CD-ROM-Laufwerke gibt es fast überall. University Microfilms International (UMI) hat 1993 festgestellt, daß die akademischen und öffentlichen Bibliotheken in den Vereinigten Staaten bis dahin fast den „Sättigungsgrad" erreicht hätten, das heißt, daß jede Bibliothek ein CD-ROM-Gerät in Betrieb habe. 98 Prozent der amerikanischen Forschungsbibliotheken verwenden CD-ROM-Ausstattung; vgl. Jonathan James, CD-ROM in the information marketplace – a comprehensive study from UMI, in: CD-ROM Professional, Juli 1993, S. 104f. 97 Prozent der Grundschulen und der höheren Schulen in den USA bieten ihren Schülern Mikro-Computer; ein Viertel der amerikanischen Schulen unterstützt die CD-ROM-Technologie. Vgl. Kirsten Mortensen, Technology Meets Culture at the Dawn of the Digital Museum, in: CD-ROM Professional, Mai 1995, S. 106–111.

Die größeren Hindernisse für die Ausbreitung der CD-ROM-Technologie, nämlich die Preise der Laufwerke und der Mangel an brauchbaren Produkten, sind im wesentlichen beseitigt. Das Anwachsen des Internets bedarf keines Kommentars. Gegenwärtig hängen wahrscheinlich, so schätzen Experten, bis zu 17 Millionen Menschen an diesem internationalen Computernetz, und die Zahl steigt von Tag zu Tag. Die meisten Universitäten und Studenten in Nordamerika und Westeuropa haben Zugang zum Internet. Netscape Inc., die den Markt für Internet-Navigatoren beherrscht, arbeitet an einer Technologie, die es erlauben würde, praktisch jedes elektronische Gerät an das internationale Netzwerk anzuschließen. Vgl. Netscape navigates the future, in: Toronto Globe and Mail, 28. 8. 1996, S. B 1.

[7] Sara Lyall, Are these Books or What? CD-ROM and the Literary Industry, in: The New York Times Book Review, 14. 8. 1994.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Forscher werden an elektronische Dokumentensammlungen mit ganz neuen Erwartungen herangehen, die von den Editoren befriedigt werden müssen.

Das beim Wechsel von der gedruckten zu einer elektronischen Publikation eingesparte Geld ganz oder teilweise einfach zur Verdoppelung oder sogar Verdreifachung des Umfangs unserer Bände zu verwenden, konnte nach unserer Ansicht dem Medium nicht gerecht werden. Auch mochte ein solches Verfahren unserem Projekt Kritik und den Vorwurf mangelnder Professionalität eintragen. In der Tat weisen die für elektronische Publikationen durch andere historische Projekte bereits gesetzten Standards darauf hin, daß diese Art von Verfahren nicht weniger, sondern mehr Geld kostet. Zum Beispiel enthält eine kanadische CD-ROM, „Fortress of Louisbourg", 600 Fotografien, 400 Seiten Text und 40 Minuten Videofilm[8]. Aber auch weniger aufwendige Projekte wie die „Henry Laurens Papers" an der Universität von South Carolina bringen es fertig, das Medium innovativ zu nutzen. So wird der Leser im Falle der „Laurens Papers" in der Lage sein, Original-Faksimiles mit edierten Klartext-Transkriptionen zu vergleichen. Um die Erwartungen zu erfüllen, die das neue Medium weckt, muß also eine Entscheidung, elektronisch zu publizieren, von der Mobilisierung jener Ressourcen begleitet sein, die erforderlich sind, wenn die Ton- und Bildquellen genutzt werden sollen, deren sich diese moderne Technologie zu bedienen vermag.

Noch ein weiteres wichtiges Problem machte uns Sorgen, als wir die Frage elektronischen Publizierens prüften: Haltbarkeit. Das Problem hat zwei Aspekte. Erstens: Sind elektronische Daten an sich theoretisch gegen den Ablauf der Zeit unempfindlich, so gilt das nicht für das stoffliche Medium, auf dem sie gesichert werden, in diesem Falle die Compact Disc. Anfängliche Schätzungen veranschlagten für die Lebensdauer einer CD 50 oder sogar 100 Jahre. Seither mußte die Spanne auf lediglich 20 Jahre korrigiert werden[9]. Das spielt zwar für Publikationen keine Rolle, die regelmäßig auf einen neuesten Stand gebracht werden, ist aber klarerweise eine ernste Sache für Veröffentlichungen wie die unsere, die ein langes Leben im Regal haben sollen[10].

Der zweite Aspekt hat mit der Technologie zu tun. Es spricht alles dafür, daß sich diese ihrem Wesen nach schnellebige Technologie in nicht allzu ferner Zukunft dramatisch entfalten wird. CDs, die den Prozeß physischen Verfalls überstehen, können also schon in wenigen Jahren unlesbar geworden sein. Das Problem kann gewiß gelöst werden, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die Editoren eines Projekts über die finanziellen Mittel verfügen, regelmäßig Neuausgaben der CDs herauszubringen. Fehlen ihnen aber die erforderlichen Gelder, so wird der größte Teil der Investition ihrer Sponsoren (für die Ar-

[8] Selbst diese CD-ROM, die mehr, wenn auch sehr heterogene Informationen enthält, als in der absehbaren Zukunft in irgendeiner Sammlung diplomatischer Dokumente enthalten sein dürfte, weckt Erwartungen, deren Erfüllung ich nicht zu sehen vermag. Vgl. die Rezension von Barry Moody, Fortress of Louisbourg, in: Canadian Historical Review, Bd. 77, H. 3 (September 1996), S. 466–468.

[9] Vgl. Jeff Rothenberg, Ensuring the Longevity of Digital Documents, in: Scientific American, Januar 1995, S. 42–47. Eine stärker reflektierende und tieferdringende Behandlung des Haltbarkeits-Problems bei Robert Fulford, The Ideology of the Book, in: Queen's Quarterly 101/3 (Winter 1994), S. 801–811.

[10] Die wichtigste Quelle für das Studium der kanadisch-amerikanischen Beziehungen im frühen 19. Jahrhundert ist beispielsweise noch immer das Werk von William R. Manning, Diplomatic Correspondence of the United States: Canadian Relations, 1784–1860. Diese vier Bände sind in Washington von der Carnegie-Stiftung zwischen 1940 und 1944 veröffentlicht worden.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



beitszeit des Forscherteams, für die Textverarbeitung und fürs Redigieren) verschwendet sein, wenn die Benutzer in zehn oder fünfzehn Jahren nicht mehr in der Lage sein werden, aus Gründen der Software oder der Hardware, mit den gespeicherten Dokumenten zu arbeiten.

Um eben diese Kalamität zu umgehen, hat die „Model-Editions Partnership", ein Konsortium mehrerer amerikanischer Dokumentationsprojekte, zusammen mit dem „Centre for Electronic Text in the Humanities" empfohlen, elektronische Editionen nicht auf CD-ROM, sondern im Internet zugänglich zu machen. Indes ist das, wie ein Sprecher des Konsortiums selbst gesagt hat, allenfalls eine partielle Lösung. Die technologische Entwicklung wird fast mit Sicherheit dazu führen, daß auch elektronische Editionen im Internet regelmäßiger Erneuerung bedürfen, um dauerhafte Zugänglichkeit zu sichern. Wiederum: Gibt es keine Garantie, daß die dafür erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen verfügbar sein werden, und auf eine solche Garantie könnte sich im derzeitigen fiskalischen Klima niemand verlassen, so ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß unsere derzeitigen Investitionen verloren sind.

Ein Mitglied der „Model-Editions Partnership" hat die Annahme geäußert, daß vom Staat oder von privater Seite finanzierte „virtuelle Bibliotheken" entstehen und gegen eine Benutzergebühr jene Erneuerungsarbeit leisten werden. Von unserem Standpunkt aus ist das jedoch keine Lösung. Viele der Gebühren, die für den Zugang zu elektronischen Daten verlangt werden, sind höher als die Preise der entsprechenden Informationen in Büchern oder Zeitschriften[11]. Außerdem sind mit der Überantwortung des nationalen Erbes an den Privatsektor knifflige praktische und moralische Fragen verbunden, die mit der öffentlichen Zugänglichkeit zu tun haben[12]. Im Augenblick liegen diese „virtuellen Bibliotheken" ohnehin noch in weiter Ferne, und Projekte, die auf sie setzen, haben keine Sicherheit, daß sie je Realität werden. Ein Pilotprojekt für elektronische Publikationen, das die National Library Kanadas kürzlich abgeschlossen hat, ließ das Problem ungelöst[13].

Schließlich stießen wir noch darauf, daß auch der Besitz und die Kontrolle elektronisch publizierten Materials nicht ohne ihre Probleme sind. Insbesondere gibt es keine Möglichkeit, die Erhaltung der Unverfälschtheit eines elektronischen Textes auf CD-ROM oder im Internet zu sichern. Gewiß können auch Bücher mißbraucht werden, aber die Leichtigkeit, mit der elektronische Daten zu manipulieren sind, schafft beim elektronischen Publizieren weitaus größere Schwierigkeiten. So könnte Tür und Tor für eine ungeahnte Anzahl verstörender Szenarien geöffnet werden. Zum Beispiel wäre ein unterneh-

[11] Vgl. Ann Okerson, Who Owns Digital Works?, in: Scientific American, Juli 1996, S. 80–84. Detaillierte Angaben zu den Kosten für Online-Informationen in den Vereinigten Staaten bei J. D. Wiedemer/David D. Boelio, CD-ROM versus Online, in: CD-ROM Professional, April 1995, S. 36–42.

[12] Diese Frage wird gestellt, aber nicht vollständig untersucht von Mortensen, Technology Meets Culture. Eine tiefer dringende Prüfung der Fragen, die bei der Überantwortung des nationalen Erbes an den Privatsektor auftauchen, bei Heather Robertson, Privatizing History: is our history up for sale, too? in: Canadian Forum, April 1996, S. 11–14. Ein gegensätzlicher Standpunkt bei Lorraine DesRochers, The Friends of the National Archives of Canada, in: The Archivist, No. 111, 1996, S. 2 f.

[13] Eine Zusammenfassung des Berichts der National Library ist unter ihrer Internetadresse zu finden: http://www.nlc-bnc.ca.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



mender Verleger imstande, die wichtigsten Dokumente zu einem bestimmten Thema oder Gegenstand aus mehreren Sammlungen auf eigene Systeme zu transferieren und sie zu einem völlig neuen Produkt zusammenzustellen. Diese neue Kollektion könnte dann auf dem Markt sehr wohl zu einem Konkurrenten unserer Bände werden. Das hört sich vielleicht weit hergeholt an, aber als die kanadische Regierung das Nordamerikanische Freihandelsabkommen und die dazugehörige Dokumentation für die Öffentlichkeit elektronisch freigab, haben zwei Verlage das Material sofort heruntergeladen und in neuer Fassung verkauft.

Es ist gleichermaßen problematisch, daß vielen Verantwortlichen, die mit Fragen des elektronischen Urheberrechts befaßt sind, offenbar mehr am Schutze der Rechte der Datalieferanten als am Schutze der Benutzer und Leser gelegen ist. In den Vereinigten Staaten hat die Lehman-Kommission, die zur Zeit damit beschäftigt ist, das amerikanische Urheberrecht zu modernisieren, bereits mehrere legislative Veränderungen vorgeschlagen, die dazu dienen sollen, die Rechte der Anbieter elektronischer Informationen zu stärken. Der von der Kommission kürzlich herausgegebene Schlußbericht spricht sich zum Beispiel dagegen aus, den traditionellen „Grundsatz des Erstverkaufs" auf elektronische Publikationen auszudehnen. Die Implikationen einer Liquidierung des Rechts darauf, eine Publikation an jemand zu verleihen oder abzugeben, ohne zusätzliche Tantiemen zu zahlen, liegen auf der Hand und sind beunruhigend[14].

Alle die Fragen, die mit elektronischen Editionen, ob auf CD-ROM oder im Internet, zusammenhängen, sollten uns innehalten lassen, doch wir sahen, in der unsicheren Haltbarkeit einer CD-ROM oder einer Internet-Edition den entscheidenden Faktor bei der Beurteilung der Brauchbarkeit dieser neuen Technologie für eine Quellenpublikation, deren Daseinsberechtigung von ihrer langfristigen Benutzbarkeit abhängig ist. Obwohl der Übergang zum elektronischen Medium beträchtliche Einsparungen bringen könnte, zogen wir also den Schluß, daß es unklug wäre, ein eingeführtes und erfolgreiches Publikationsverfahren aufzugeben und dafür ein Vorgehen zu wählen, das auf ein Bekenntnis zum Glauben an die Allmacht von Bill Gates und seinesgleichen hinausläuft. Zumindest vorderhand werden die DCER – vielleicht etwas schmäler und sicherlich konzentrierter – eine gedruckte Publikation bleiben.

(Aus dem Englischen übersetzt von Hermann Graml)

[14] Vgl. Okerson, Who Owns Digital Works?, S. 83. Dies folgt aus der Überlegung, daß bei einem elektronischen Transfer die Daten für mindestens einige Millisekunden auf zwei Computern vorhanden sind. Daher handle es sich beim Austausch elektronischer Informationen nicht um einen genuinen Transfer (wie bei der Ausleihe eines Buchs), sondern lediglich um die Duplizierung von Informationen.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

*Dokumentation*

PETRA WEBER

# GOETHE UND DER „GEIST VON WEIMAR"

## Die Rede Werner Thormanns bei der Verfassungsfeier in der Paulskirche am 11. August 1932

„Man feiert die Verfassung unter dem Zeichen Goethes. Ein Ausweg aus einer Verlegenheit. Wer wird nicht mit dem Finger darauf weisen, daß dieser Ausweg die Verlegenheit vergrößert! Denn gab es je einen Deutschen, der so viel Sinn für Maß besaß wie er, der die Form von den Deutschen forderte bis zur Ungerechtigkeit gegen das schöne Chaos ihrer Wesenheit?"[1] Für den Leitartikler der „Frankfurter Zeitung", der mit diesen Worten die Leser der Zeitung nicht zur Feier der Verfassung, sondern zu einer Stunde der Besinnung aufrief, stellte sich die bange Frage, ob die Glocken, die am Morgen des 11. August 1932 läuteten, „Werde- oder Sterbeglocken" waren. Fast alle, die sich 1932 in die öffentliche Diskussion einmischten, begriffen das Jahr 1932 als Jahr der Krise und Entscheidung. Konnte der klassische Humanismus ein Widerlager gegen die Barbarei sein? Bedeutete das Gedenken an den 100. Todestag des großen deutschen Dichterfürsten eine Flucht aus der politischen Verantwortung oder eine „letztmalige kollektive Besinnung auf ein gemeinsames Erbe [. . .], das alle erwerben wollten, um es zu besitzen"[2]? Wäre es nicht offen und ehrlich gewesen, auf die Feier einer Verfassung, die die Normen des politischen Lebens nicht mehr bestimmte, zu verzichten? Konnte eine Regierung, in der prominente Mitglieder sich zur Monarchie bekannten, eine demokratische Verfassung feiern? Konnte ein Volk, das in der Mehrheit für verfassungsfeindliche Parteien gestimmt hatte, zur Feier der Verfassung aufgerufen werden? Wie groß die Unsicherheit im Hinblick auf diese Fragen war, zeigt die Tatsache, daß im Juli 1932 noch immer nicht feststand, ob die Reichsregierung wie die Jahre zuvor eine Verfassungsfeier im Reichstag veranstalten werde[3].

### I.

Das feierliche Gedenken an die am 11. August 1919 in Weimar verabschiedete Verfassung der ersten deutschen Republik, zu dem sich die Reichsregierung erstmals 1921 entschloß, war immer schon ein Gegenstand der parteipolitischen Auseinandersetzung gewesen. Die erste Feier des Jahrestages der Verfassung im Reichstag in Berlin fand in einer überaus nüchternen Atmosphäre statt. Da kein prominenter Politiker, Wissenschaftler oder

[1] Besinnung! Zur Feier der Verfassung, Frankfurter Zeitung vom 11. 8. 1932.

[2] So Dirk Hoeges, Kontroverse am Abgrund: Ernst Robert Curtius und Karl Mannheim. Intellektuelle und „freischwebende Intelligenz" in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1994, S. 144.

[3] Erst recht Verfassungsfeier! Frankfurter Zeitung vom 22. 7. 1932.

*VfZ 46 (1998)*
*© Oldenbourg 1998*

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Künstler sich bereit erklärte, die Verfassung zu würdigen, mußte Reichskanzler Wirth die Festrede selbst übernehmen[4]. Die Verfassungsfeier des darauffolgenden Jahres blieb nur deshalb im Gedächtnis haften, weil Reichspräsident Ebert das Deutschlandlied Hoffmann von Fallerslebens in einer dort gehaltenen Ansprache zur Nationalhymne erhob[5]. Nicht die Verfassung, das nationale Pathos einte.

Ein Verfassungspatriotismus, der nationale Identität hätte stiften können, konnte wegen der segmentierten politischen Kultur der Weimarer Republik nicht entstehen. Noch weniger als über die Verfassung herrschte bei den Parteien freilich Konsens über den 11. August als Nationalfeiertag. Von den Parteien der Weimarer Koalition bekannten sich nur SPD und DDP vorbehaltlos dazu. Das Zentrum stand zwar in den zwanziger Jahren hinter der Verfassung von Weimar, machte aber, weil es um seine landwirtschaftliche Klientel fürchtete, Bedenken geltend. Da der 11. August in die Erntezeit fiel, plädierten Zentrumsvertreter dafür, als Verfassungstag den auf den 11. August folgenden Sonntag zu wählen[6]. Die SPD hätte es insbesondere in den Anfangsjahren der Weimarer Republik gern gesehen, wenn neben dem 11. August auch der 1. Mai, der Tag der Arbeit, und der 9. November, der Tag der Revolution, an dem die Parteibasis auf lokaler Ebene „Revolutionsfeiern" veranstaltete, zum gesetzlichen Feiertag erklärt worden wären[7]. Es setzte sich jedoch, zumindest in der Parteispitze, die Meinung durch, daß der 9. November sich als Nationalfeiertag nicht eigne, da er „kein Bastillesturm" war, sondern nur „der Zusammenbruch eines Systems, das bereits Tag für Tag langsam gestorben war"[8]. Die nationale Rechte drängte hingegen darauf, den 18. Januar, den Tag der Reichsgründung, zum Nationalfeiertag zu erheben, wobei sie aus ihrer Ablehnung der parlamentarischen Demokratie keinen Hehl machte. In ihren Augen war der 11. August ein „parteipolitischer Zwangsfeiertag zur Unterdrückung der anderen", wie der spätere Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes Hans Schlange-Schöningen (DNVP/später CDU) 1928 unter lebhaftem Beifall seiner Fraktionskollegen im Reichstag ausführte[9]. Nach 1930 drängte die DNVP die Reichsregierung, auf die Durchführung von Verfassungsfeiern zu verzichten. Die KPD, die auf den „Verfassungsrummel" mit der Parole des Klassenkampfes antwortete, ging am 7. November auf die Straße, um die russische Oktoberrevolution zu glorifizieren, während sie am 11. August nicht selten die Reichsbannerkundgebungen durch Gegendemonstrationen störte[10].

---

[4] Vgl. Klaus W. Wippermann, Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik, Bonn 1976, S. 301.

[5] Aus dem Aufruf des Reichspräsidenten Ebert zum Verfassungstage 1922, in: Zum Verfassungstag. Eine Zusammenstellung von Reden, Zitaten, Gedichten, Daten und Vorschlägen zur Ausgestaltung von Verfassungsfeiern, hrsg. von der Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin 1930, S. 54.

[6] So der Zentrumsabgeordnete Bell in der 7. Sitzung des Reichstages am 10. Juli 1928, in: Verhandlungen des Reichstages. Stenographische Berichte, Bd. 423, S. 139.

[7] Vgl. Detlef Lehnert, „Staatspartei der Republik" oder „revolutionäre Reformisten"? Die Sozialdemokraten, in: ders./Klaus Megerle (Hrsg.), Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989, S. 105–115.

[8] So Carl Severing in der Reichstagssitzung am 10. Juli 1928, in: Verhandlungen des Reichstages, Stenographische Berichte, Bd. 423, S. 127.

[9] Ebenda, S. 130; vgl. auch Klaus Reimus, „Das Reich muß uns doch bleiben!" Die nationale Rechte, in: Lehnert/Megerle (Hrsg.), Identität, S. 231–255.

[10] Manfred Gailus, „Seid bereit zum Roten Oktober in Deutschland!" Die Kommunisten, in: Ebenda, S. 61–89.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Bei einer so zerklüfteten politischen Kultur mußte jeder Versuch, den 11. August als gesetzlichen Feiertag einzuführen, von vornherein scheitern. Ein von den Fraktionen der Weimarer Koalition (SPD, DDP, Zentrum) während der Beratungen des 1922 verabschiedeten Republikschutzgesetzes eingebrachter Antrag, den 11. August zum Nationalfeiertag zu erklären, wurde nicht angenommen. Ein entsprechender Antrag der DDP vom August 1924[11] versandete ebenso im Rechtsausschuß des Reichstages wie ein Antrag der Koalitionsregierung unter Reichskanzler Hermann Müller, bei dessen Begründung im Reichstag am 10. Juli 1928 Innenminister Carl Severing unterstrich, „daß das Volk, das seine Verfassung ehrt, sich damit selbst ehrt"[12]. So mußte die Feier der Verfassung von Weimar unter „obrigkeitliche Fittiche" genommen werden[13]. Der Reichsinnenminister ermahnte die Behörden alljährlich in Runderlassen, den Verfassungstag würdig auszugestalten. Erst 1927 entschloß man sich dazu, für den 11. August generell Sonntagsdienst anzuordnen. Vorher konnte sich an der Verfassungsfeier nur beteiligen, wer einen Antrag auf Urlaub stellte[14].

Daß die Verfassungsfeiern den Charakter behördlich organisierter Veranstaltungen, zu deren Teilnahme die Beamten des öfteren sogar gezwungen werden mußten[15], verloren, war vor allem das Verdienst des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, das sich seit 1924 am Verfassungstag zu Großkundgebungen mit manchmal fast 100000 Teilnehmern versammelte. Die Bundesvorsitzenden des Reichsbanners Otto Hörsing und Karl Höltermann wollten aus dem Verfassungsfeiertag einen Volksfeiertag machen, an dem die verfassungstragenden Kräfte ihre Kampfbereitschaft und Wachsamkeit demonstrierten[16]. Auf der Reichsbannerkundgebung am zehnten Jahrestag der Weimarer Verfassung verband auch Carl Severing seine Festrede mit dem Appell, die Demokratie offensiv zu verteidigen: „Zeigen wir uns also auf der Straße, damit das Volk die Überzeugung gewinnt, daß die, die bereit sind, den Volksstaat mit ihrem Leben zu schützen, auch immer da sind."[17]

Die Feier des zehnjährigen Inkrafttretens der Weimarer Verfassung wurde zu einer beeindruckenden Massenkundgebung, die falsche Hoffnungen weckte. Unter dem Eindruck der Massen, die durch Berlin zogen und feierten, drückte Innenminister Severing, der auch im Reichstag die Festrede hielt, die Erwartung aus, daß die Verfassungsfeier sich schon in nächster Zukunft zu einem „Tag der deutschen Nation" entwickeln werde[18]. Später stellte er resigniert fest, daß seine „Blütenträume" schon bald zu welken begannen[19]. Massenkundgebungen allein waren noch kein Ausweis eines demokratischen Bewußtseins, zumal bei nicht wenigen der Kundgebungsteilnehmer die Freude am bloßen Feiern im Vordergrund gestanden haben dürfte. In einer Zeit relativer Prosperität fiel ein Bekenntnis zur Verfassung von Weimar nicht schwer.

---

[11] Entwurf eines Gesetzes betr. Festsetzung eines Nationalfeiertages vom 22.8. 1924, in: Verhandlungen des Reichstages. Anl. Bd. 383, Drucksache 455.

[12] Verhandlungen des Reichstages. Stenographische Berichte, Bd. 423, S. 127.

[13] Vgl. Gotthard Jasper, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922–1932, Tübingen 1963, S. 231.

[14] Vgl. ebenda, S. 233.

[15] Ebenda, S. 239.

[16] Vgl. Lehnert, „Staatspartei der Republik" in: Ders/Megerle (Hrsg.), Identität, S. 102–105.

[17] Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold" vom 12.8. 1929.

[18] Der Feiertag der Deutschen Republik. Die Verfassungsfeier im Reichstag, Frankfurter Zeitung vom 12.8. 1929.

[19] Carl Severing, Mein Lebensweg, Bd. 2, Köln 1950, S. 208.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Schon zwei Jahre später, 1931, war die Euphorie der Resignation gewichen. Gustav Radbruch, von 1921–1923 Reichsjustizminister, konstatierte, daß der Verfassungstag kein „Tag des Stolzes und der Freude, sondern ein Bußtag" sei, denn von der demokratischen Verfassung gelte „in erster Linie ihr Diktaturartikel – die Diktatur muß dazu dienen, die Demokratie zu retten"[20]. Auch in der „Frankfurter Zeitung" folgte dem Bericht über die Verfassungsfeier im Reichstag ein sorgenvoller Kommentar: „Wer könnte leugnen, daß die Verfassungsfeier, die Berlin heute festlich beging, in einem merkwürdigen, fast peinlichen Gegensatz zu dem tatsächlichen Zustand unseres Staatsbetriebes steht, für den weniger der überkommene Sinn oder gar Wortlaut der Reichsverfassung kennzeichnend ist, als ihre weitherzige, von neuen Entwicklungstendenzen bestimmte Interpretation."[21] Ein Schimmer Hoffnung blieb trotzdem. Das Reichsbanner veranstaltete am Deutschen Eck, dem Ort der Massenaufmärsche des Stahlhelms, eine Großkundgebung, die unter dem Zeichen der deutsch-französischen Verständigung stand. Salomon Grumbach, der unermüdliche Vorkämpfer für eine deutsch-französische Aussöhnung, war von Frankreich nach Koblenz herübergekommen, um eindringlich zu mahnen, daß ohne deutsch-französische Zusammenarbeit der Aufbau eines vereinten Europa scheitern werde. Nicht wenige der 50000 Reichsbannerleute, die sich am Deutschen Eck eingefunden hatten, waren arbeitslos und hatten sich unter großen Entbehrungen die Mittel für die Fahrt absparen müssen. Rechtsradikale Provokateure flohen vor „kräftigen Reichsbannerfäusten"[22].

Am Verfassungstag des darauffolgenden Jahres durfte das Reichsbanner nicht mehr aufmarschieren. Die Reichsregierung unter Reichskanzler Franz von Papen hatte der Bitte des Reichsbanners, für ihre Mitglieder am 11. August 1932 eine Ausnahme von dem allgemein geltenden Versammlungsverbot zu machen, nicht entsprochen[23]. Die Polizei durchsuchte ausgerechnet am Verfassungstag die Räume des Reichsbanners nach Waffen[24]. Die Reichsregierung konnte sich zwar doch noch entschließen, eine offizielle Verfassungsfeier im Reichstag abzuhalten, diese aber glich eher einer Beerdigung als einer Feier. Der Festredner, Reichsinnenminister Freiherr von Gayl (DNVP), zog aus der Feststellung, daß es bisher nicht gelungen war, den Verfassungstag zu einem gemeinsamen Feiertag aller Deutschen zu erklären, den Schluß, „daß die Verfassung die Deutschen nicht einigt, sondern trennt"[25]. Der Reichsinnenminister, der einige Wochen vorher an den Vorbereitungen des Preußenschlages maßgebend beteiligt gewesen war, forderte eine Wahlrechts- und Verfassungsreform, die auf die von ihm anvisierte Auflösung des Landes Preußen[26] hinauslief, wenngleich er sich angesichts des festlichen Anlasses bemüßigt fühlte, den Ländern ihre Eigenständigkeit nicht vollends abzusprechen. Noch vor der Reichsexekution gegen Preußen am 20. Juli 1932 hatte die Reichsregierung ein Ersuchen der preußischen Regierung abgelehnt,

[20] Gustav Radbruch, Gedanken zum Verfassungstag, in: Deutsche Republik, 5, 11.8. 1931, S. 1409.

[21] Verfassungsfeier und „Neuer Staat", Frankfurter Zeitung vom 12.8. 1931.

[22] Verfassungsfeier des Reichsbanners. Die Reichsbannerkundgebung am Rhein, Frankfurter Zeitung vom 10.8. 1931.

[23] Klaus Reimus, „Das Reich muß uns doch bleiben!", in: Lehnert/Megerle (Hrsg.), Identität, S. 246.

[24] Vgl. Haussuchung beim Reichsbanner am Verfassungstag, Frankfurter Zeitung vom 13.8. 1932.

[25] Teilabdruck der Rede, in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 139f.; Reformprogramm – nicht Feier. Die Verfassungsstunde im Reichstag, Frankfurter Zeitung vom 12.8. 1932.

[26] Vgl. Gerhard Schulz, Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930–1933, Berlin/New York 1992, S. 935.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



eine gemeinsame Verfassungsfeier zu veranstalten[27]. Reichskanzler von Papen rief im Anschluß an die Rede Gayls die Anwesenden nicht, wie das bei den vorangegangenen Feiern üblich war, zu einem „Hoch auf das in der Deutschen Republik geeinte Volk" auf, sondern lud die Anwesenden und Reichspräsident Hindenburg, der pünktlich um 12 Uhr in der Ehrenloge erschienen war, dazu ein, des „im Deutschen Reich geeinten Volkes" zu gedenken[28]. Weder Gayl noch Papen bekannten sich zu den Grundgedanken des Weimarer Verfassungswerkes. Die Verfassung wurde so nicht gefeiert, sondern preisgegeben. An Goethe erinnerte keiner der Redner. So wurde zumindest kein Mißbrauch mit seinem Namen getrieben.

In den Ländern und Städten konnte man an der Organisation und Ausgestaltung der Verfassungsfeiern erkennen, wer dort an den Schalthebeln der Macht saß. In Bayern, wo der Mitbegründer der BVP Heinrich Held an der Spitze der Regierung stand, ließ man den Verfassungstag sang- und klanglos vorübergehen. Nicht einmal an den öffentlichen Gebäuden sah man die schwarz-rot-goldene Fahne[29]. Die Universität München weigerte sich, dem Klub demokratischer Studenten einen Hörsaal zur Feier des Jahrestages der Verfassung zur Verfügung zu stellen[30]. In Baden, wo SPD und Zentrum sich zu einer Regierungskoalition zusammengeschlossen hatten, und in Württemberg, wo unter dem Zentrumspolitiker Eugen Bolz eine Minderheitsregierung die Regierungsgeschäfte weiterführte, blieb das Drängen der Deutschnationalen, die Verfassungsfeiern abzublasen, erfolglos. Beide Regierungen meinten, daß die Verfassungsfeiern zur politischen Bildung beitrügen. Der Bevölkerung sollte am Verfassungstage die große Bedeutung der Verfassung als Staatsgrundgesetz vor Augen geführt werden[31]. In Baden war schon seit 1923 der 11. August gesetzlicher Feiertag[32]. In badischen Städten, in denen die Nationalsozialisten die stärkste Fraktion im Stadtrat stellten, wie in Karlsruhe, wurden jedoch keine Verfassungsfeiern mehr durchgeführt. In Hessen hatte der Landtag im Juli 1932 ein Abänderungsgesetz angenommen, das die bereits in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre beschlossene Einführung des 11. August als staatlich anerkannter Feiertag wieder rückgängig machte. Der hessische Staatspräsident Bernhard Adelung (SPD) machte sich jedoch auch die Maxime „Erst recht Verfassungsfeier" zu eigen. Er rief die Behörden und Vereine zu einer würdigen Ausgestaltung des Verfassungstages auf. Die offizielle Festrede hielt vor über 6000 Zuhörern in Darmstadt der sozialdemokratische Staats- und Verfassungsrechtler Hermann Heller, der eindringlich vor Augen führte, daß es nur die Alternative „faschistische Diktatur" oder „sozialer Rechtsstaat" gebe[33].

In Frankfurt hatte sich seit 1925 Oberbürgermeister Ludwig Landmann (DDP) darum bemüht, die Verfassungsfeiern als volkstümliche Gedenktage einzubürgern. Er veranlaßte, daß der Verfassungstag in der Paulskirche, dem Monument deutscher Einheit und Demokratie, in feierlicher Form begangen wurde und nicht wie die Jahre zuvor im Kaisersaal des Römer, wo die Redner sich zumeist damit begnügt hatten, einen Fachvortrag zu halten.

---

[27] Vgl. Erst recht Verfassungsfeier, Frankfurter Zeitung vom 22.7. 1932.

[28] Reformprogramm – nicht Feier. Die Verfassungsstunde im Reichstag, Frankfurter Zeitung vom 12.8. 1932.

[29] Vgl. Keine Verfassungsfeier in München, ebenda.

[30] Vgl. Die Politik der Universitäten, Frankfurter Zeitung vom 29.7. 1932.

[31] Vgl. Erst recht Verfassungsfeier! Frankfurter Zeitung vom 22.7. 1932.

[32] Vgl. Jasper, Schutz, S.235.

[33] Der 11. August in Hessen, Frankfurter Zeitung vom 6.8. 1932; Der Verfassungstag. Abschlußfeier in Darmstadt, Frankfurter Zeitung vom 12.8. 1932.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Es war jedoch schon vor 1930 schwierig, prominente Redner zu gewinnen[34]. Unterstützung fand Landmann bei den Mitarbeitern der links-katholischen „Rhein-Mainischen Volkszeitung", die man nicht zu Unrecht „Herzensrepublikaner" genannt hatte[35]. Der Chefredakteur der „Rhein-Mainischen Volkszeitung" Heinrich Scharp (Zentrum) hatte bei der Feier zum 10. Jahrestag der Weimarer Verfassung in einer zur Nachdenklichkeit anregenden Rede vor einem „republikanischen Byzantinismus" gewarnt[36]. 1931 rief der Schriftsteller Alphons Paquet (DDP) zu einer Politik der Verständigung und deutsch-französischen Aussöhnung auf[37]. Paquet gehörte zu den Freunden des Chefredakteurs der „Deutschen Republik" und Redakteurs der „Rhein-Mainischen Volkszeitung" Werner Thormann, der am 11. August 1932 in der Paulskirche seine Zuhörer angesichts der drohenden NS-Diktatur aufrütteln wollte, denn er war der Meinung, daß die „deutschen Republikaner" keinen Anlaß hatten, „etwas zu feiern, was dem Sinne nach längst nicht mehr existiert, ja auch in früheren Jahren eigentlich nur als Aufgabe existiert hat: das Werk von Weimar"[38].

## II.

Werner Thormann, der 1894 geborene Sohn des Gymnasialprofessors Dr. Heinrich Thormann, wuchs in einer der wenigen katholischen Familien auf, die sich im öffentlichen Leben Frankfurts Ansehen hatten verschaffen können. Carl Thormann, Werner Thormanns älterer Bruder, hatte 1913 als einziger Vertreter des Zentrums einen Sitz im Frankfurter Stadtparlament erobert[39]. Werner Thormann selbst besuchte von 1902 bis 1912 das humanistische Lessing-Gymnasium, danach studierte er Germanistik, Geschichte, Romanistik und Philosophie zunächst in München, dann in Frankfurt, wo er sich der von Carl Sonnenschein ins Leben gerufenen sozialstudentischen Bewegung anschloß, die die soziale Kluft zwischen Akademikern und Arbeitern verringern wollte[40]. 1913 gab er in der Studentenbibliothek eine Anthologie sozialer Gedichte zur Rezitation auf den Schlußfesten heimatlicher Arbeiterkurse heraus. Mehr Wunsch als Wirklichkeit war es, wenn er in der Einleitung zu der Gedichtsammlung feststellte, daß sich ein „tief im Volkhaften wurzelndes Sozietätsempfinden" über das Vaterland „zu wälzen" beginne[41]. Im Dezember 1914 wurde er an die Ostfront eingezogen, die letzten beiden Jahre des Krieges erlebte er an der Westfront. Im Januar 1920 promovierte er an der philosophischen Fakultät in Frankfurt am Main bei Julius Petersen, der sich seit der Jahrhundertwende mit der Erforschung

[34] Vgl. Dieter Rebentisch, Ludwig Landmann. Frankfurter Oberbürgermeister der Weimarer Republik, Wiesbaden 1975, S. 142f.

[35] So Bruno Lowitsch, Der Kreis um die Rhein-Mainische Volkszeitung, Frankfurt a. M. 1980, S. 32.

[36] Heinrich Scharp, Wir wollen uns von dieser Stunde nicht berauschen lassen, Rhein-Mainische Volkszeitung vom 11. 8. 1929.

[37] Vgl. Die Verfassungsfeier in der Paulskirche, Frankfurter Zeitung vom 12. 8. 1931.

[38] Werner Thormann, Politik der Woche, in: Deutsche Republik, 6, 13. 8. 1932, S. 1446.

[39] Vgl. Heinz Blankenberg, Politischer Katholizismus in Frankfurt am Main 1918–1933, Mainz 1981, S. 13.

[40] Vgl. ebenda, S. 109; Lebenslauf Thormanns, in: Werner E. Thormann, Friedrich Schlegels Concordia. Eine Studie zur Weltanschauung der Spätromantik. Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde in der philosophischen Fakultät der Universität Frankfurt am Main 1920.

[41] Soziale Gedichte. Materialsammlung für Schlußfeste Heimatlicher Arbeiterkurse, zusammengestellt und eingeleitet von Werner E. Thormann, Mönchen-Gladbach 1913, S. 9.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



und kulturpropagandistischen Verbreitung der Romantik beschäftigte, mit einer Dissertation über Friedrich Schlegels „Concordia", in der er auch ein politisches Bekenntnis abgab. Er wollte durch die Rückbesinnung auf den Universalismus der Spätromantik der katholischen Bewegung in Deutschland eine philosophische Grundlegung geben, was ihm in einer Zeit, „wo aus dem Zusammenbruch einer technischen Kultur der Geist Rettung bringen soll, besonders bedeutungsvoll" erschien[42]. Dem Individualismus der bürgerlichen Gesellschaft setzte Thormann den Organismusgedanken der Sozialphilosophie der katholischen Romantik entgegen. Das Plädoyer für eine Renaissance der katholischen Romantik war jedoch bei ihm nicht mit einer Verherrlichung der mittelalterlichen Ständegesellschaft verbunden, wie das etwa bei den Sozialkonservativen der Fall war, denen er eine „pseudoromantische Verkennung der Wirklichkeit" vorwarf[43]. In seiner 1932 erschienenen kleinen Biographie über den österreichischen Bundeskanzler Ignaz Seipel, den er persönlich kannte, unterstrich er, daß der „Glaube an die organische Gliederung der Gesellschaft" nicht zur „Überwindung des Klassengegensatzes", sondern in den faschistischen Korporationsstaat führe[44]. Thormann betonte den „prophetischen Charakter" der Romantik, die eine „universalistische Überwindung der menschlichen Zerrissenheit als Ziel der Erneuerung aufstell(e)"[45]. Diesem sozialphilosophischen Konzept hing Werner Thormann auch 1923 noch an, als der Biophysiker und spätere Zentrumsabgeordnete Friedrich Dessauer und der Direktor des Carolus-Verlages Josef Knecht aus zwei kleinen Lokalblättern eine der Zentrumspartei nahestehende Regionalzeitung für das Rhein-Main-Gebiet gründeten: die „Rhein-Mainische Volkszeitung". Thormann schlug vor, die „Rhein-Mainische Volkszeitung" nach dem Vorbild der von Schlegel, Baader und Görres herausgegebenen Zeitschriften als „Wochenblatt zur Durchbildung der deutschen Katholiken" zu gestalten, das als „gedruckte Volkshochschule" wirken sollte[46].

Seit 1923 gehörte Thormann der Redaktion der „Rhein-Mainischen Volkszeitung" an, nachdem er zuvor, seinen künstlerischen Neigungen folgend, als Dramaturg beim Bühnenvolksverbund in Frankfurt, einer Vereinigung zur Pflege des Theaters in christlichem Geiste, und als Regisseur der Rhönbauernspiele in Langenbieber und in Erl gearbeitet hatte. Anfang 1924 wechselte er für ein knappes Jahr zur „Augsburger Postzeitung", um bei der ältesten katholischen Zeitung Deutschlands für die praktische Umsetzung seines sozialpädagogischen Plans zu werben und zu wirken[47].

Nach dem Wiederaufleben nationalistischer Bewegungen während der Zeit des Ruhrkampfes und der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten im April 1925 wandte sich Thormann der aktuellen Tagespolitik zu. Bei der „Rhein-Mainischen Volkszeitung" zunächst als Feuilletonredakteur und Schauspielkritiker tätig, arbeitete er nach 1925 als politischer Redakteur vor allem auf dem Gebiet der Außen- und internationalen Politik. Er nahm zwar weiterhin am künstlerischen Leben Frankfurts teil und verfaßte für die „Rhein-Mainische Volkszeitung", in den Jahren 1930–1932 auch für den „Berliner Börsen-Courier", Schauspielkritiken, aber er betrachtete das künstlerische Schaffen mehr

[42] Thormann, Concordia, S. 87.

[43] Werner E. Thormann, Prophetische Romantik, Mainz 1924, S. 12f. Bei dieser Arbeit handelt es sich um eine leicht geänderte Neuauflage von Thormanns Dissertation.

[44] Werner Thormann, Ignaz Seipel. Der europäische Staatsmann, Frankfurt a. M. 1932, S. 64.

[45] Thormann, Prophetische Romantik, S. 15.

[46] Lowitsch, Rhein-Mainische Volkszeitung, S. 9.

[47] Vgl. Blankenberg, Katholizismus, S. 109f.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



und mehr nur noch unter politischen Gesichtspunkten und plädierte lebhaft für eine littérature engagée. Nicht mehr dem Dichter als Propheten, sondern dem Feuilletonisten, der Literatur und Wirklichkeit vermittelte, galt Thormanns Sympathie und Interesse. Weil er die erste deutsche Republik von der „Stagnation und Ungeistigkeit des politischen Betriebes aufs ernsteste bedroht" sah, rief er die Intelligenz, die geistig Schaffenden zur Parteinahme auf. „Noch fehlt uns", so stellte er 1928 fest, „die verantwortungsbereite, aus dem Erlebnis des Tages zur Erkenntnis der konkreten Aufgaben und zur geistigen Bewältigung der Realitäten bereite Gemeinschaft der Schaffenden. Einzelne nur stehen an dem Ort, den eine breite Front geistiger Menschen besetzen müßte."[48]

Der Feuilletonist und Schauspielkritiker Thormann stand der links-liberalen und marxistischen Gesellschafts- und Kulturkritik weitaus näher als der katholischen[49]. Er teilte Karl Mannheims Auffassung, daß das „Denken des Menschen, auch das Denken des scheinbar über den Klassen schwebenden Theoretikers" stets „interessengebunden" bleibt[50]. Nach 1930 wurde seine Kritik an den „Nurliteraten" immer schneidender. Er verlangte, daß die Schriftsteller in einer Zeit, in der die „Entscheidung für den gesellschaftlichen Fortschritt oder für den Rückfall in die Barbarei auf des Messers Schneide" stand, Antworten auf die Probleme der Zeit geben[51].

Als engagierter Pazifist, der im Friedensbund Deutscher Katholiken mitarbeitete, las er auch die in den zwanziger Jahren immer zahlreicher erscheinende Anti-Kriegsliteratur, die er aber vielfach mehr tadelte als lobte, weil sie die Auflehnung gegen den Krieg „in ein heroisches Gewand" kleidete: „Der heldische Mensch stand [...] im Mittelpunkt; auch um ‚Nie wieder Krieg' zu sagen, mußte man eigentlich ein Held gewesen sein."[52] „Stunden der Ergriffenheit" verdankte Thormann dagegen dem 1928 erschienenen autobiographischen Roman „Ginster" seines Freundes Siegfried Kracauer[53]. Ginster ist ein Anti-Held, der dem Kriegsgeschehen völlig hilflos ausgeliefert ist, seine Erinnerung und Identität verliert. Joseph Roth hatte Ginster mit Charlie Chaplin im Warenhaus verglichen[54].

Ein pazifistisches Bekenntnis genügte Thormann nicht. Eine Politik des Friedens setzte für ihn einen Bewußtseinswandel und politisches Engagement voraus. „Der Pazifist muß zum Politiker werden", postulierte Thormann 1927 kurz und apodiktisch. „Die Aufgabe, die ihm heute gestellt ist, läßt sich nur auf politischem Wege und nur mit den vorhandenen politischen Kräften lösen."[55]

Thormann, der 1918 Mitglied des Zentrums geworden war, ging aber nicht selbst den Weg in die Politik. Er begnügte sich mit der Rolle des politischen Kommentators, der nicht müde wurde, die Leser der „Rhein-Mainischen Volkszeitung" davon zu überzeu-

[48] Werner Thormann, Dichter und Wirklichkeit. Ein Nachwort zur Frankfurter Zusammenkunft der Rheinischen Dichter, in: Deutsche Republik, 2, 6.7. 1928, S. 1280.

[49] Vgl. Karl Prümm, Walter Dirks und Eugen Kogon als katholische Publizisten der Weimarer Republik, Heidelberg 1984, S. 298.

[50] Thormann, Seipel, S. 66; zu Karl Mannheim vgl. Hoeges, Kontroverse, S. 85–139.

[51] Werner Thormann, Emil Ludwigs Selbstentlarvung, in: Berliner Börsen-Courier vom 16. 1. 1932.

[52] Werner Thormann, Ginster verrät sein Geheimnis, Rhein-Mainische Volkszeitung vom 30. 11. 1928.

[53] Ebenda.

[54] Vgl. Ingrid Belke/Irina Renz, Siegfried Kracauer 1889–1966, Marbach 1988, S. 52.

[55] Werner Thormann, Politischer Pazifismus, in: Deutsche Republik, 2, 28. 10. 1927, S. 79.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



gen, daß eine Politik der Verständigung der einzig mögliche außenpolitische Kurs sei. Für ihn gab es nur die Alternative Verständigungs- oder Reichswehrpolitik, für deren wachsende Bedeutung er die DNVP verantwortlich machte[56]. Nach 1930 nannte er die Reichswehr einen Staat im Staate[57]. Im Frühjahr 1927 plädierte er in der „Rhein-Mainischen Volkszeitung", die sich unter dem Trio Heinrich Scharp, Werner Thormann und dem mit ihm befreundeten Walter Dirks zu einem „Sprachrohr der katholischen Linksrepublikaner" entwickelte[58], für eine „großzügige deutsch-französische Kooperation" als Kern europäischer Zusammenarbeit, ohne die der europäische Kontinent eine „wirklich weltpolitische Rolle" nicht werde spielen können[59]. 1928 sprach er sich in Übereinstimmung mit der Mehrheit der SPD gegen den von der Großen Koalition unter Hermann Müller geplanten Bau des Panzerkreuzers A aus. Hugenbergs Anti-Young-Plan-Demagogie trat er mit zahlreichen engagierten Artikeln entgegen, aber die Stimme der „Rhein-Mainischen Volkszeitung" und der „Deutschen Republik", deren Chefredakteur er seit 1929 war, erreichte nur eine intellektuelle Minderheit.

Wenn Hugenbergs Demagogie verfing, so lag dies nach Thormanns Dafürhalten an den Millionen unpolitischer Menschen in Deutschland: „Hugenbergs Spekulation auf die Dummen im Lande rechnet nicht zuletzt mit der mangelnden politischen Aktivität der Koalitionsparteien, mit dem Mißmut und der Verärgerung der Massen, die sich die Politik verekeln ließen und nun von dem ‚Aufstand der Unpolitischen' mitgerissen werden sollen. Das deutsche Volk läuft Gefahr, in einem neuen Biedermeier geistig zu verschlampen. Es wäre eine große und lohnende Aufgabe für die Führer links und in der Mitte, ihre Parteien zu einem großen Feldzug zur Politisierung der deutschen Menschen mitzureißen."[60] Diese Ansicht Thormanns vom Oktober 1929 wich schon ein Jahr später der Erkenntnis, daß der „Aufstand der Unpolitischen" Erfolg haben werde, „wenn ihm nicht ganz andere Kräfte entgegengesetzt werden als der Appell an die Vernunft"[61]. Er stellte die Verantwortlichen in Politik, Wissenschaft und Kultur vor die Aufgabe, einen politischen Mythos, der „sehr wohl ein Mythos der Rationalität" sein könne, zu schaffen[62].

An dem mangelhaft ausgebildeten politischen Bewußtsein der Deutschen trug nicht zuletzt Schuld, daß die maßgeblichen Weimarer Politiker der ersten Stunde es verabsäumt hatten, durchgreifende politische Strukturreformen vorzunehmen. Als eine „große historische Sünde" hatte Thormann bereits 1926 den Verzicht der „Männer und Parteien von 1918" auf eine Eroberung „realpolitischer Machtpositionen" bezeichnet. Die Notwendigkeit der Entmachtung der ostelbischen Junker und des kaiserlichen Offizierskorps sei

[56] Vgl. Stresemann oder Geßler, Rhein-Mainische Volkszeitung vom 14.8. 1927.

[57] Vgl. Bernhard Seiterich, Demokratische Publizistik gegen den deutschen Faschismus. Die Deutsche Republik, eine politische Wochenschrift der späten Weimarer Republik, Frankfurt a.M. u.a. 1988, S.275.

[58] Joseph Becker, Joseph Wirth und die Krise des Zentrums während des IV. Kabinetts Marx (1927–1928). Darstellung und Dokumente, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 109 (1961), S.366; vgl. auch Thomas Seiterich-Kreuzkamp, Links, frei und katholisch. Walter Dirks. Ein Beitrag zur Geschichte des Katholizismus in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 1986, S.80.

[59] Werner Thormann, Die Außenpolitik vor dem Reichstag, Rhein-Mainische Volkszeitung vom 24.3. 1927.

[60] Werner Thormann, Politik der Woche, in: Deutsche Republik, 4, 5.10. 1929, S.2.

[61] Werner Thormann, Politik der Woche, in: Deutsche Republik, 5, 11.10. 1930, S.34.

[62] Rhein-Mainische Volkszeitung vom 14.11. 1930; vgl. auch Blankenberg, Katholizismus, S.255.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



ebenso verkannt worden wie die des Aufbaus einer Wirtschaftsdemokratie. Thormanns Artikel endete mit der Feststellung, daß der demokratische Staat von Weimar sich zum „sozialen Staat" wandeln müsse oder bald nicht mehr sein werde[63]. Die Redakteure der „Rhein-Mainischen Volkszeitung" waren sich während der Debatten über den Volksentscheid zur Fürstenenteignung einig in ihrem Votum für eine entschädigungslose Enteignung des gesamten Vermögens der bis 1918 regierenden Fürsten zum Wohle der Allgemeinheit, was zu Auseinandersetzungen mit dem bischöflichen Episkopat in Limburg führte[64].

Thormann, der seit 1926 mit dem ehemaligen Reichskanzler und linken Zentrumspolitiker Joseph Wirth eng zusammenarbeitete, war ein entschiedener Gegner einer Bürgerblockpolitik und ein ebenso beredter Befürworter einer Politik der Zusammenarbeit von Zentrum und SPD. Er unterstützte Wirths Bemühungen um die Gründung einer Republikanischen Union, die der linke Flügelmann des Zentrums zusammen mit seinem badischen Landsmann, dem Demokraten Ludwig Haas, und dem sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten Paul Löbe im Sommer 1926 ins Leben rief. Gehör wollte sich die Republikanische Union durch die Wochenschrift „Deutsche Republik" verschaffen, mit der ein „starkes Gegengewicht gegen alle reaktionären Kräfte auf politischem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiete" errichtet werden sollte[65]. Die „Deutsche Republik" entwickelte sich allerdings zunächst weniger zu einem demokratischen Forum, das zur politischen Meinungsbildung in republikanischem Geiste beitrug, als zu einem „Piedestal für Joseph Wirth"[66], dem innerhalb des Zentrums immer mehr die Rolle des enfant terrible zuwuchs. 1929, als Werner Thormann die Chefredaktion übernahm, hatte die Wochenschrift, die im Zentrum kaum auf Resonanz stieß, nur noch eine Auflage von 20000[67]. Thormann führte die Wochenschrift, die allein schon wegen ihrer unattraktiven Aufmachung nur eine intellektuelle Minorität ansprach, zunächst im Geiste der Gründerväter weiter. Den „Kampf gegen den Faschismus" wollte er durch den „Kampf für die Politisierung des deutschen Volkes" gewinnen[68]. Seit Frühjahr 1930 entwickelte sich unter seiner Ägide die „Deutsche Republik" von einem überparteilichen Diskussionsforum aller auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Parteien und Gruppen zu einem „antifaschistischen Kampfblatt"[69].

Nach dem von ihm kritisierten Austritt der SPD aus der Großen Koalition im März 1930 hatte Thormann die Arbeit der Präsidialregierung Heinrich Brünings in seinen Berichten zunächst gewürdigt, freilich nicht ohne hinzuzufügen, daß es sich nur um

[63] Werner Thormann, Krise der Demokratie, Rhein-Mainische Volkszeitung vom 5.6. 1926.

[64] Vgl. Werner Thormann, Gegen die Fürstenabfindung, Rhein-Mainische Volkszeitung vom 11.1. 1926; Blankenberg, Katholizismus, S. 155–161.

[65] So die Herausgeber der „Deutschen Republik" in ihrem Vorwort zu Heft 1 des Wochenblattes. Zur Gründung der Republikanischen Union vgl. auch Blankenberg, Katholizismus, S. 162f.; Heinrich Küppers, Joseph Wirth. Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik, Stuttgart 1997, S. 228–230.

[66] Heinrich Köhler, Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878–1949, hrsg. von Joseph Becker, Stuttgart 1964, S. 182.

[67] Vgl. Karl Prümm, Antifaschistische Mission ohne Adressaten. Zeitkritik und Prognostik in der Wochenzeitschrift Deutsche Republik 1929–1933, in: Thomas Koebner (Hrsg.), Prognosen und Diagnosen in der deutschen Literatur und Publizistik 1930–1933, Frankfurt a.M. 1982, S. 105.

[68] Werner Thormann, Politik der Woche, in: Deutsche Republik, 4, 12.4. 1930, S. 835.

[69] Werner Thormann, Zum Neuen Jahrgang, in: Deutsche Republik, 5, 26.9. 1930, S. 1602.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



eine „Regierung auf Abruf" handeln könne, die den Weg freimachen müsse für eine Koalition mit der SPD[70]. Ende 1930 entwickelte sich Thormann dann zu einem scharfen Kritiker Brünings, dem er vorwarf, mit seiner Politik der Depression den Nationalsozialisten zuzuarbeiten. „Wo bleibt", so fragte er im Mai 1931, „der große politische Humanisierungsplan der deutschen Demokratie, der mit Ethik nicht mehr als mit Politik und Wirtschaft zu tun hätte?"[71] „Hat Heinrich Brüning eine Vision?"[72] Brünings Vorstellung von einer sachlichen Politik, die Thormann als Ausdruck der „antipolitischen Haltung" des Regierungschefs wertete, wies keinen zukunftsweisenden Ausweg aus der Krise der Weimarer Republik: „Wer ihr nur Verordnungen gibt, gräbt zunächst sich selber das Grab."[73]

Unter der Überschrift „Abwehr des Faschismus. Was zu tun wäre" legte Thormann im Dezember 1931 ein politisches Alternativkonzept vor, in dem er an erster Stelle Vorschläge für ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm entwickelte, das durch planwirtschaftliche Maßnahmen ergänzt werden sollte[74]. Ein halbes Jahr zuvor schon hatte er in einem politischen Leitartikel der „Deutschen Republik" festgestellt, daß die wirtschaftliche Situation „geradezu nach Sozialisierung" schreie: „Sowohl die ‚subventionsbedürftige' Schwerindustrie – Kohle, Eisen und Stahl – wie die unrentable Großlandwirtschaft sind mehr als reif, sozialisiert und dann freilich auch umorganisiert zu werden."[75] Sein Wirtschaftsprogramm ergänzte er durch ein politisches Programm, in dem er die politisch Verantwortlichen warnte, auf den „Legalitätsschwindel der Nationalsozialisten" hereinzufallen. Der Nationalsozialismus müsse mit allen Mitteln, notfalls durch Verhängung des Ausnahmezustandes, von der Macht ferngehalten werden. Er plädierte u.a. für eine Auflösung des Stahlhelm, der SA und SS, eine personalpolitische Kontrolle der Reichswehr, des Beamten- und Justizapparates und eine Ausweisung des „Nichtreichsangehörigen" Adolf Hitler. Da er angesichts der drohenden Gefahr der NS-Diktatur der politischen Aufklärung nur noch einen untergeordneten Stellenwert beimaß, rief er zur Bildung einer Einheitsfront aus „bürgerlichen Demokraten, Katholiken, reformerische[n] und revolutionäre[n] Sozialisten" auf[76]. Erste Erwägungen zur Bildung einer derartigen Einheitsfront hatte er bereits im März 1930 angestellt[77].

Werner Thormann war 1930 aus dem Zentrum ausgetreten[78], schloß sich jedoch nicht der SPD an, der er politisch am nächsten stand. In dem Maße, in dem sich das Zentrum nach rechts entwickelte, machte er sich linke Positionen zu eigen. Für seine Analyse des Faschismus griff er nun auf marxistische Denkkategorien zurück, die man in seinen Mitte der zwanziger Jahre geschriebenen Artikeln über den Faschismus in Italien, Spanien und Polen nicht findet, wo er noch darauf verwies, daß der Faschismus sich der „Methoden"

[70] Werner Thormann, Politik der Woche, in: Deutsche Republik, 4, 3.5. 1930, S.931f.
[71] Werner Thormann, Politik der Woche, in: Deutsche Republik, 5, 30.5. 1931, S.1091.
[72] Werner Thormann, Politik der Woche, in: Deutsche Republik, 5, 12.9. 1931, S.1539.
[73] Werner Thormann, Politik der Woche, in: Deutsche Republik, 6, 12.12. 1931, S.324.
[74] Vgl. Werner Thormann, Abwehr des Faschismus. Was zu tun wäre, in: Deutsche Republik, 6, 19.12. 1931, S.353–363.
[75] Werner Thormann, Politik der Woche, in: Deutsche Republik, 5, 13.6. 1931, S.1154.
[76] Werner Thormann, Abwehr des Faschismus, Was zu tun wäre, in: Deutsche Republik, 6, 19.12. 1931, S.359.
[77] Vgl. Werner Thormann, Schutz der Republik, in: Deutsche Republik, 4, 22.3. 1930, S.740.
[78] Vgl. Seiterich, Publizistik, S.73f.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



bediene, „mit denen in Rußland die Diktatur der kommunistischen Partei aufrechterhalten wird"[79]. Als Gefahr hatte er den Faschismus schon damals erkannt: „Mussolini und seine Faschisten sind Nationalisten und Imperialisten, ihr System ist eine stete Bedrohung für den Frieden Europas und der Welt."[80]

Seit Beginn der dreißiger Jahre bezeichnete Thormann die NSDAP als „Agentur des Großkapitals", das sich in der Periode des „zugespitzten Klassenkampfes" von der parlamentarischen Demokratie abwende, weil diese die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems nicht mehr garantieren könne. Das Großkapital bediene sich der NSDAP, um den Weg in ein sozialistisches Deutschland zu verbauen[81]. Seit Ende des Präsidialkabinetts Brünings spielte sich in den Augen Thormanns nur noch ein „Quotenkampf", ein Kampf zwischen den bürgerlichen Parteien und der NSDAP um den Anteil an der Macht ab[82]. Durchaus hellsichtig warnte der Chefredakteur der „Deutschen Republik" die bürgerlichen Parteien davor, dem Irrglauben zu verfallen, die NSDAP werde, wenn sie an der Macht sei, sich schnell abnützen und blamieren. Wer das Risiko eines solchen Experiments eingehe, müsse sich darüber im klaren sein, daß er „dem deutschen Volke eine Kur zumute, die leicht zum Tode des Patienten führen kann"[83]. Thormann verkannte nicht, daß die marxistische „Agententheorie" nicht ausreichte, um den Erfolg der NSDAP zu erklären. Wie Theodor Geiger[84] und sein Freund Siegfried Kracauer[85] stellte auch er bereits 1930 fest, daß das „Gros der Hakenkreuzler" sich aus Bauern und vor allem aus dem Mittelstand rekrutierte[86].

Die Erkenntnis, daß der Anti-Marxismus der nationalen Rechten dazu diente, ihre antidemokratischen Ziele zu tarnen[87], machte für Thormann den Anti-Marxismus per se verdächtig, wenngleich er der Politik der KPD nicht kritiklos gegenüberstand. Der KPD hielt er vor, daß ihr die „Zersetzung der SPD wichtiger" sei „als der Kampf gegen die faschistische Gefahr"[88]. Trotzdem beschwor er aus Verzweiflung, aber wider besseren Wissens, Sozialdemokraten und Kommunisten geradezu, sich zu einer Einheitsfront zusammenzuschließen, um den außerparlamentarischen Kampf gegen den Nationalsozialismus aufzunehmen. Seit dem Ende der Ära Brüning war er sich mit seinem Freunde Carlo Mierendorff einig, daß der Kampf gegen die NSDAP nur noch außerhalb des Parlaments zu gewinnen war[89].

Große Hoffnungen setzte Thormann, der selbst dem Reichsbanner angehörte und sich dem Bundesvorsitzenden des Reichsbanners Hörsing für die von diesem geplante Tages-

[79] Werner Thormann, Italien, Rhein-Mainische Volkszeitung vom 11.11. 1926.

[80] Ebenda.

[81] Werner Thormann, Politik der Woche, in: Deutsche Republik, 6, 16.8. 1932, S.1414; 5, 6.3. 1931, S.705.

[82] Vgl. z.B. Werner Thormann, Politik der Woche, in: Deutsche Republik, 6, 17.9. 1932, S.1601–1606.

[83] Werner Thormann, Politik der Woche, in: Deutsche Republik, 6, 7.5. 1932, S.994.

[84] Theodor Geiger, Die Panik im Mittelstand, in: Arbeit 7 (1930), S.637–654.

[85] Siegfried Kracauer, Der Aufruhr der Mittelschichten. Eine Auseinandersetzung mit dem „Tat"-Kreis, in: Ders., Das Ornament der Masse. Essays, Frankfurt a.M. 1977, S.81–105.

[86] Werner Thormann, Politik der Woche, in: Deutsche Republik, 4, 28.6. 1930, S.1187.

[87] Vgl. Werner Thormann, Politik der Woche, in: Deutsche Republik, 5, 4.4. 1931, S.833.

[88] Werner Thormann, Politik der Woche, in: Deutsche Republik, 6, 24.10. 1931, S.68.

[89] Vgl. z.B. Werner Thormann, Politik der Woche, in: Deutsche Republik, 6, 9.7. 1932, S.1281–1285; ebenda, 6, 6.8. 1932, S.1409–1416; Carlo Mierendorff, Was ist außerparlamentarischer Kampf?, in: Deutsche Republik, 7, 15.1. 1933, S.486–490.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



zeitung „Deutscher Volkscourier. Blatt für Arbeitsbeschaffung, Wirtschaft und Politik" als Chefredakteur zur Verfügung gestellt hatte[90], auf die Schlagkraft der Eisernen Front. Sergej Tschachotin, ein Schüler Pawlows, der für die Eiserne Front eine am Vorbild der Kommunisten wie auch der Nationalsozialisten orientierte Propagandataktik entwickelte, legte in der „Deutschen Republik" dar, wie man durch Aufmärsche, den Symbolkampf der „Drei Pfeile" gegen das Hakenkreuz und durch Kleinzettelkrieg die Massen in Begeisterung versetzen könnte[91]. Um so größer war Thormanns Enttäuschung über die Reaktion der SPD auf den Preußenschlag vom 20. Juli 1932. Er kreidete es der SPD als schweren Fehler an, daß sie auf die rechtswidrige Reichsexekution der Papen-Regierung nicht mit außerparlamentarischen Kampfmaßnahmen geantwortet hatte. Mag auch ein Generalstreik nicht durchführbar gewesen sein, so war Thormann doch der Meinung, daß ein Proteststreik von halbtägiger Dauer ein „gutes Mittel" gewesen wäre, „dem Gegner die Kampfentschlossenheit, die Aktivität, die Disziplin und Einigkeit der proletarischen Massen zu zeigen und zugleich den Beweis zu liefern, daß diese Massen fest in der Hand der Führer sind, daß also die Störung von Ruhe und Ordnung, die als Vorwand für den Umsturz in Preußen herhalten mußte, nicht von den Verteidigern der Republik, sondern nur von den Machtgelüsten des Faschismus zu erwarten ist."[92] Der 20. Juli 1932 markierte für Thormann das endgültige Ende der ersten deutschen Republik.

## III.

Als Werner Thormann knapp drei Wochen später in der fahnengeschmückten Paulskirche auf das Rednerpodium trat, blickte er nach vorn – auf eine zweite deutsche Republik[93], zu deren politisch-kultureller Grundlegung er beitragen wollte. Das hieß für ihn nach wie vor: unpolitische Deutsche zu aufgeklärten Demokraten zu erziehen. Die Mehrzahl seiner Zuhörer dürften Angehörige des Bildungsbürgertums gewesen sein, die die Frage umtreiben mußte, ob die Besinnung auf den „Geist von Weimar" Rettung bringen konnte in einer Zeit, in der das gegenüber Goethe gesprochene Napoleonwort galt: „Die Politik ist das Schicksal!"[94]

Alle, die damals emphatisch den Humanismus als Widerlager gegen die Barbarei beschworen, sahen sich mit dem Problem des Verhältnisses von Humanismus und Politik konfrontiert. Wolfgang Frommels 1932 erschienener, vielbeachteter Essay „Der Dritte Humanismus" forderte das Bildungsbürgertum zur Rückbesinnung auf die Tradition der antiken Polis auf. Gerade die Menschen, die durchströmt waren vom „dichterischen

[90] Vgl. Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966, S. 381.

[91] Sergej Tschachotin, Das hessische Experiment, in: Deutsche Republik, 6, 23. 7. 1932, S. 1355–1358; zu Tschachotins Propagandastil vgl. Richard Albrecht, Symbolkampf in Deutschland 1932. Sergej Tschachotin und der Symbolkrieg der drei Pfeile gegen den Nationalsozialismus als Episode im Abwehrkampf der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus in Deutschland, in: IWK 22 (1986), S. 498–533.

[92] Werner Thormann, Politik der Woche, in: Deutsche Republik, 6, 30. 7. 1932, S. 1379.

[93] Vgl. Werner Thormann, Politik der Woche, in: Deutsche Republik, 6, 13. 8. 1932, S. 1446; ders., Zum siebenten Jahrgang, in: Ebenda, 24. 9. 1932, S. 1635–1638.

[94] Richard Friedenthal, Goethe. Sein Leben und seine Zeit, München/Zürich 1982, S. 450.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Wort", durften nicht länger davor zurückschrecken, sich auf das Forum zu begeben. War der Humanismus des 16. Jahrhunderts ein wissenschaftlicher, der Humanismus der Deutschen Klassik ein ästhetischer, so mußte der dritte Humanismus ein politischer sein, der die Grundlage für eine neue geistige Ordnung Europas schaffen sollte[95]. Ernst Robert Curtius schrieb seinen ebenfalls 1932 erschienenen Essay „Deutscher Geist in Gefahr" „im Glauben an Deutschland und im Glauben an den universalen Geist". Auf Goethe berief er sich, weil man von ihm die „lebendige Bewährung überzeitlicher Geisteswerte" lernen könne[96]. Jedoch auch Curtius war sich bewußt, daß das tradierte Bildungsgut nicht ausreichte, um die Probleme der Zeit zu meistern: „Die völlige Umschichtung der Nation im Laufe der letzten hundert Jahre nötigt [. . .] heute zu der Einsicht, daß unsere kulturelle Zukunft nicht mehr unter dem Zeichen der Bildung und der klassischen Kultur sich vollziehen kann. Mit dem Bildungsideal eines Goethe oder eines Humboldt können wir dem deutschen Arbeiter nichts mehr geben."[97]

Der dem Kreis um Stefan George nahestehende Frommel und der Romanist Curtius waren ebensowenig unpolitische Deutsche wie Thomas Mann, dessen emphatische Ablehnung der „Versklavung des Geistes" durch die Politik[98] sie teilten. In den „Betrachtungen eines Unpolitischen" votierte Thomas Mann im Gegensatz zu seinem Bruder Heinrich nicht für eine Politisierung des Geistes, sondern für eine geistige Durchdringung der Politik: „Wenn Goethe Kultur als die ‚Vergeistigung des Politischen und Militärischen' bestimmte, so rechnete er dabei ins Große, hielt sich an eine allgemeinere Norm und blickte über deutsche Verhältnisse und Wirklichkeiten souverän hinweg. Dennoch berechtigt die höhere Gültigkeit seiner Bestimmung des Kulturbegriffs zu der Vermutung oder Hoffnung, daß der deutsche Unglaube an die Möglichkeit einer Synthese von Macht und Geist ein vorurteilsvoller Unglaube ist."[99] Diesem vorurteilsvollen Unglauben war in seinen Augen sein Bruder Heinrich verfallen, der apodiktisch über Goethes Dienst am Hofe von Weimar urteilte: „Wer die Macht übt, ist ihr Knecht nicht weniger als wer sie duldet."[100]

In seiner berühmten Rede „Goethe als Repräsentant des bürgerlichen Zeitalters", gehalten vier Tage vor dem hundertsten Todestag Goethes in der Preußischen Akademie der Künste zu Berlin, knüpfte Thomas Mann an seine „Betrachtungen eines Unpolitischen" an. Goethes Ausspruch, „daß die Einäscherung eines Bauernhofes ein wirkliches Unglück und eine Katastrophe, der ‚Untergang des Vaterlandes' aber eine Phrase sei", kommentierte Mann mit den Worten: „Das ist ein höchst radikaler Ausdruck seiner unpolitischen und antipolitischen Gesinnung und, was dasselbe ist, seines Antidemokratismus, der nichts mit Aristokratismus zu tun hat."[101] Werner Thormann begriff Goethes provozierendes Diktum nicht als Beweis für den „unpolitischen" Goethe, sondern als

[95] Wolfgang Frommel (Pseudonym: Lothar Helbing), Der Dritte Humanismus, Berlin 1932.

[96] Ernst Robert Curtius, Deutscher Geist in Gefahr, Stuttgart/Berlin 1932, S. 33.

[97] Zit. nach Hoeges, Kontroverse, S. 159.

[98] Thomas Mann, Tagebücher 1918–1921, hrsg. v. Peter de Mendelssohn, Frankfurt a. M. 1981, S. 823.

[99] Thomas Mann, Betrachtungen eines Unpolitischen. Mit einem Vorwort von Hanno Helbing, Frankfurt a. M. 1993, S. 246.

[100] Heinrich Mann, Macht und Mensch, München 1919, S. 16.

[101] Thomas Mann, Goethe als Repräsentant des bürgerlichen Zeitalters, in: Ders., Gesammelte Werke, Bd. 9, Frankfurt a. M. 1960, S. 313.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Protest gegen den „Mißbrauch des Wortes Vaterland und gegen den falschen Anspruch [...], der den Einzelmenschen und die Grundlagen seiner Existenz ignorieren zu können glaubt."

Thormanns Festrede zur Verfassungsfeier der Stadt Frankfurt, der Geburtsstadt Goethes, war eine Replik auf die in der „Neuen Rundschau" im April 1932 veröffentlichte Goethe-Rede Thomas Manns. Wenngleich Heinrich Mann von den Redakteuren der „Rhein-Mainischen Volkzeitung" als eine Vaterfigur verehrt wurde[102], machte sich Thormann dessen Positionen nicht zu eigen. Weit davon entfernt, Goethe als unpolitischen Fürstenknecht zu verdammen, wollte Thormann seine Zuhörer, die zum überwiegenden Teil Goethe-Verehrer gewesen sein dürften, aufrütteln, sie zum politischen Engagement bewegen, indem er ihnen vor Augen führte, daß ein „falsch verstandener Goethe zur Isolierung der geistigen Menschen von der Politik beigetragen" habe, weswegen sich in Deutschland keine politische Führungsschicht ausgebildet habe, die Krisensituationen zu bewältigen verstand. Er widersprach Manns Diktum, Goethe sei ein unpolitischer Mensch gewesen. Mann freilich, der Ironiker, verwendete den Begriff des Unpolitischen nicht im landläufigen Sinn. Schon in den „Betrachtungen eines Unpolitischen" hatte er festgestellt: „Anti-Politik ist auch Politik."[103]

Wenn Thormann vortrug, daß Goethes Ablehnung der Politik „um der Selbstbehauptung des Menschen willen" geschah, so fand er sich allerdings in Übereinstimmung mit Thomas Mann, der von Goethes „Grauen vor der Politisierung" gesprochen hatte[104]. Im Sommer 1932 mußte dies jeder, der hören wollte, als Warnung vor der mit der NS-Diktatur drohenden totalen Politisierung des Geistes und Lebens verstehen. Als Überwinder der Barbarei, als Verächter der Dummheit und irrationaler Mythen gewann für Thormann wie für Thomas Mann Goethe aktuelle Bedeutung. Beide teilten die schmerzliche Einsicht, daß eine Kultur ganz nah der Barbarei wohnt, die das Politische und Soziale aus ihrem Gesichtskreis ausschließt. Nicht von ungefähr stellten beide den zweiten Teil des „Faust" und vor allem „Wilhelm Meisters Wanderjahre" in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen. Die „soziale Utopie" des alten Goethe sollte als ein Vermächtnis an die nachfolgenden Generationen gelesen und verstanden werden. Wenn Thomas Mann unter Berufung auf „Wilhelm Meisters Wanderjahre" seine bürgerlichen Zuhörer zur „Selbstüberwindung des Bürgerlichen" und der „individualistischen Humanität" aufrief[105], so wiederholte er im Grunde nur seinen „Appell an die Vernunft" aus dem Jahre 1930, in dem er sich für eine Zusammenarbeit zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie ausgesprochen hatte[106]. Thormann würdigte die „Pädagogische Provinz" des „Wilhelm Meister" ebenfalls als vorbildlich, um im Blick auf die zweite deutsche Republik seine Zuhörer auf die „großen sozialen Aufgaben" zu verweisen. Die Einheitsfront, die er in seinen Leitartikeln in der „Deutschen Republik" immer wieder beschwor, verstand er als reines Defensivbündnis, nicht als Modell für die Zukunft.

In seiner Besinnung auf Goethe kehrte Thormann zu den Anfängen der Weimarer Republik zurück und erinnerte an den „Geist von Weimar", dem sich die Staatsmänner der

---

102 Vgl. Prümm, Dirks, S. 342.

103 Thomas Mann, Betrachtungen, S. 407.

104 Ders., Goethe, S. 316.

105 Ebenda, S. 329.

106 Vgl. Thomas Mann, Deutsche Ansprache. Ein Appell an die Vernunft, in: Ders., Gesammelte Werke, Bd. 11, Frankfurt a.M. 1960, S. 870–890.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



ersten Stunde und Verfassungsschöpfer der Weimarer Republik verpflichtet wußten. In der Eröffnungssitzung der Verfassunggebenden Nationalversammlung in Weimar am 6. Februar 1919 hatte der spätere Reichspräsident Friedrich Ebert verkündet: „Jetzt muß der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter wieder unser Leben erfüllen. Wir müssen die großen Gesellschaftsprobleme in dem Geiste behandeln, in dem Goethe sie im zweiten Teil des Faust und in Wilhelm Meisters Wanderjahren erfaßt hat: Nicht ins Unendliche schweifen und sich nicht im Theoretischen verlieren. Nicht zaudern und schwanken, sondern mit klarem Blick und fester Hand ins praktische Leben hineingreifen!"[107]

Thormann machte sich keine Hoffnung mehr, daß sein Appell an das Bürgertum, am Aufbau einer sozialen Republik mitzuarbeiten, die Republik von Weimar noch retten könne. Die Zeit, da er noch glaubte, der „Theorie der Gewalt mit einer Offensive des Humanitätsgedankens" begegnen zu können[108], war vorbei. Er dachte an die Zukunft, an die zweite deutsche Republik, in der Geist und Politik keine Gegensätze mehr sein sollten.

Am 17. März 1933 verließ er Deutschland, das er nie wieder betreten sollte. In Paris arbeitete er u. a. in der Presseabteilung der Österreichischen Botschaft und als Frankreich-Korrespondent der Wiener Tageszeitung „Telegraf" und des „Wiener Echo"[109]. Auch in Frankreich engagierte er sich für die Bildung einer breiten Volksfront, in der Kommunisten, Sozialdemokraten und Vertreter bürgerlicher Parteien im gemeinsamen Kampf gegen die NS-Diktatur zusammenarbeiten sollten. Er nahm an den Tagungen des Lutetiakreises in Paris teil, der am 22. April 1936 die Bildung eines arbeitsfähigen Exekutivorgans beschloß, dem neben Heinrich Mann, Rudolf Breitscheid, Willi Münzenberg auch Werner Thormann angehörte[110]. 1938 übernahm er auf Anregung des Quai d'Orsay von Arthur Koestler die Chefredaktion der von Willi Münzenberg herausgegebenen Zeitschrift „Die Zukunft", die zum Sprachrohr von Vertretern eines freiheitlichen Sozialismus wurde, die die Diktatur des Proletariats und eine Unterordnung unter die Komintern ablehnten[111]. Ende 1940 floh er über Lissabon in die USA, wo er sich dem von dem ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Albert Grzesinski geleiteten „German-American Council for the Liberation of Germany from Nazism" anschloß. Sein sehr unausgereifter Plan, zusammen mit Brüning und Wirth eine Exilregierung zu bilden, scheiterte am Nein des ehemaligen Reichskanzlers[112].

1947 verstarb Werner Thormann.

---

[107] Verhandlungen der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte, Bd. 326, S. 3.

[108] Werner Thormann, Politik der Woche, in: Deutsche Republik, 5, 11. 10. 1930, S. 34.

[109] Vgl. Seiterich, Publizistik, S. 79–81.

[110] Vgl. Exil in Frankreich, hrsg. v. Dieter Schiller u. a., Frankfurt a. M. 1981, S. 521, Anm. 11 u. 526, Anm. 35.

[111] Vgl. Babette Gross, Willi Münzenberg, Stuttgart 1967, S. 323 f.; Harald Wessel, Münzenbergs Ende. Ein deutscher Kommunist im Widerstand gegen Hitler und Stalin. Die Jahre 1933 bis 1940, Berlin 1991, S. 210.

[112] Vgl. Heinrich Brüning an Werner Thormann, 21. 1. 1941, in: Heinrich Brüning, Briefe und Gespräche 1934–1945, Stuttgart 1974, S. 337 f.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



*Dokument*

Rede Werner Thormanns, gehalten bei der Verfassungsfeier der Stadt Frankfurt in der Paulskirche am 11. August 1932[113]

Meine Damen und Herren,
von dem Festredner einer offiziellen Verfassungsfeier dieses Jahres erwartet man wahrscheinlich sehr unverbindliche Worte. Man erwartet wohl auch, daß er stillschweigend an der Tatsache vorübergeht, die zur Feier des Verfassungstages schlecht passen will: Vor knapp zwei Wochen hat die Mehrheit des deutschen Volkes für Parteien gestimmt, die das Werk von Weimar ablehnen[114]. Das unverbindliche Reden brauchte heute nicht schwer zu fallen. Es ist der Wunsch der Regierung, daß wie im vorigen Jahre des Freiherrn vom Stein diesmal Goethes gedacht werde[115]. Und eine Goethe-Gedächtnisrede, welch besserer Ausweg aus den aktuellen Schwierigkeiten der Verfassungsfeier des Jahres 1932 wäre denkbar? Unter den 1000 Goethe-Themen, die in diesem Jahre abgewandelt worden sind, bieten sich nicht wenige, die auf den besonderen Anlaß dieses Tages Bezug haben. Goethe und der Staat, Goethe und die Politik, Goethes Verhältnis zum deutschen Volkstum, Goethe und der Gedanke der deutschen Einheit, Goethe zum Repräsentativsystem, Goethes Wirken als Staatsmann – neben dem 22. März und dem 28. August[116] ist heute sicher der Tag, an dem am meisten über Goethe geredet wird; und was das in diesem Jahre heißen will, können nicht nur die ermessen, die sich berufsmäßig mit dem Registrieren der Goethe-Feiern zu befassen haben. Jeder einzelne von uns hat wohl schon Gelegenheit gehabt, sich die Frage vorzulegen, ob die Quantität der Veranstaltungen zum Gedächtnis Goethes, ob nicht der naiv verkündete oder der uneingestandene Zweck vieler solcher Veranstaltungen zum wirklichen Goethe-Erlebnis der Veranstalter in einem schreienden Mißverhältnis steht. Goethe hat nicht nur zur Belebung des Geschäfts, zur Verkehrswerbung und zu all den wirtschaftlichen Zwecken herhalten müssen, die nun einmal mit dem Festefeiern unauflöslich verbunden sind. Es gibt kein Gruppeninteresse

[113] Das maschinenschriftliche Manuskript der Rede übersandte der Sohn Werner Thormanns, Gerhard Thormann, dem Institut für Zeitgeschichte zur Veröffentlichung. Der zweite Teil der Rede ist unter der Überschrift „Tag der Besinnung" in der Rhein-Mainischen Volkszeitung vom 13. 8. 1932 abgedruckt. Soweit die maschinenschriftliche Fassung der Rede von der gedruckten abwich, wurde die Druckfassung übernommen. Herrn Gerhard Thormann danke ich sehr herzlich für die Überlassung des Dokuments sowie für wertvolle Hinweise zur Biographie seines Vaters.

[114] Bei der Reichstagswahl vom 31. 7. 1932 konnte die NSDAP die Zahl ihrer Mandate mehr als verdoppeln. Sie erhielt 37,3 % der abgegebenen Stimmen. Die Anzahl der Mandate der KPD stieg von 77 auf 89 (14,3 %). Vgl. Heinrich A. Winkler, Weimar. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 505 f. Thormanns Kommentar zur Wahl erschien unter der Überschrift „Keine Rechtsmehrheit im neuen Reichstag", in: Rhein-Mainische Volkszeitung vom 2. 8. 1932.

[115] Bei der Verfassungsfeier im Reichstag am 11. 8. 1931 erinnerten sowohl Reichsfinanzminister Dietrich als auch Reichskanzler Brüning an den 100. Todestag des Freiherrn vom Stein, dessen Reformen sie als vorbildlich würdigten. Vgl. Die Verfassungsfeier der Reichsregierung, in: Frankfurter Zeitung vom 12. 8. 1931. Am 29. 6. 1931 hatte in der Paulskirche in Frankfurt eine Stein-Gedenkfeier stattgefunden. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 29. 6. 1931.

[116] 22. 3. 1832, Todestag Goethes; 28. 8. 1749, Geburtstag Goethes.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



– und sei es das banalste –, das in diesem Jahre nicht unter Berufung auf den Namen Goethe verfochten und mit bei Goethe geborgter Autorität zu den heiligsten Gütern der Nation und der Menschheit in Beziehung gesetzt worden wäre. Der Fall jenes Wiener Hausbesitzervereines, der seinen Mitgliedern die Beteiligung an einer Goethe-Feier zur Ehrenpflicht machte, weil der Dichter zwei Häuser sein eigen genannt und musterhaft verwaltet habe, ist gewiß ein Kuriosum, aber er ist leider auch ein Symptom. Manche Goethe-Ehrung, die man nicht humoristisch nehmen kann, hat keine edleren Motive aufzuweisen.

Es gibt keine Ansicht, die sich nicht mit Goethe-Zitaten begründen ließe und so kann es auch keine Nuance in der Beurteilung des Werkes von Weimar, in der positiven oder in der negativen Beurteilung geben, die man nicht mit der Berufung auf Goethe zu vertreten vermöchte. Es läßt sich nicht bestreiten, daß Goethe die längste Zeit seines Lebens einem Fürsten gedient hat[117], es ist aber eben so wenig zu bestreiten, daß er auch für die Entwicklung zur Republik und zur Demokratie Verständnis hatte. Er ist ein Bewunderer des genialen Diktators, Cäsars, Napoleons gewesen und er hat überzeugende Worte für das Freiheitsstreben und das Rechtsgefühl eines Volkes gefunden. Er hat sich zeitlebens als guter Deutscher gefühlt, und er hat sich über die Begriffe Vaterland und Nation in einer Form geäußert, die ihn unter den heutigen Verhältnissen glatt mit den Strafgesetzen in Konflikt bringen müßten.

Was soll man mit diesem Goethe in der Verfassungsrede anfangen? Die Feststellung, daß er zur Weltgeltung des deutschen Namens und zur Erweckung von Sympathien für das deutsche Volk und die deutsche Kultur mehr beigetragen hat als jeder andere Deutsche vor ihm und nach ihm, hat mit dem besonderen Anlaß des heutigen Tages nicht eben viel zu tun. Wir wissen, was wir dem Geist von Weimar und seiner Wertung in aller Welt zu danken haben, wir wissen auch, daß jenes Weimar, dessen wir heute zusammen mit dem Goethe-Weimar zu gedenken haben, daß die Verfassung vom 11. August 1919 in wesentlichen und grundlegenden Teilen ohne die große geistige Tradition, die nicht zuletzt auf Goethe zurückgeht, gar nicht zu denken wäre.

Aber haben wir uns wirklich zusammengefunden, um solche Selbstverständlichkeiten auszusprechen? Wenn die Verpflichtung zum Goethe-Gedächtnis in dieser Stunde eines gebieterisch fordert, dann ist es der Verzicht auf abstrakte Geistigkeit und auf geschichtsphilosophische Konstruktionen. Es wäre lächerlich, wollten wir Goethe als Kronzeugen für die im Jahre 1919 in Weimar geschaffene parlamentarische Demokratie in Anspruch nehmen, für den Versuch, aus den politischen Zielsetzungen der sozialistischen Arbeiterschaft, der bürgerlichen Demokratie und des politischen Katholizismus die tragenden Pfeiler des neuen deutschen Staatsgebäudes zu errichten. Wir können gerade bei einer Feier, die dem Staatswesen gilt, dessen Bürger wir sind, und der Verfassungsgrundlage dieses Staatswesens, nicht an der Tatsache vorbei, daß Goethe gerade die geistigen Bereiche, aus denen er zur Verfassungsfeier unmittelbar in Beziehung gesetzt werden könnte, die politische Theorie und die Geschichte, immer wieder von sich gewiesen hat. Goethe ist ein unpolitischer Mensch gewesen, allerdings in einem anderen Sinne, als man diese Kennzeichnung heute anwendet. Er hat für sich das Grundsätzliche in der Politik, das heißt die Fragen der Staats- und Regierungsform, relativiert. Aber er hat sich zu dieser Haltung nicht bekannt aus Opportunismus, um sich die Bequemlichkeit und den Bürgerfrieden seiner materiell gesicherten Existenz nicht stören zu lassen. Seine Abneigung gegen Politik und

[117] Goethe stand seit 1775 im Dienste Herzog Carl Augusts von Sachsen-Weimar-Eisenach.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Geschichte war die Abneigung des Menschen, der nur in konkreten Zusammenhängen zu denken gewillt ist und all sein Denken stets auf sein Tun, also auf die ihn umgebende Wirklichkeit, bezogen wissen will, gegen abstraktes Theoretisieren und Sinndeutungsversuche. Er wollte sich sein Handeln nicht von der Lehre, also auch nicht von der politischen Doktrin, vorschreiben lassen. Aber er hat sich dem Ruf zur praktischen Bewährung nicht entzogen, so oft er an ihn erging, und ist deshalb auch dem Ruf ins *Ministeramt* gefolgt[118], so oft ihn die politischen Aufgaben, wenn auch nur auf dem Wege über die Verwaltung eines kleinen deutschen Landes, reichlich in Berührung brachten. Als Verwaltungsfachmann hat sich Goethe dann auch schnell zu fühlen verstanden, und seine Abneigung gegen die Teilnahme an politischer Theoretisiererei mag nicht zuletzt die Überzeugung ausdrücken, daß auch Politik den Fachmann erheische, der sich in den konkreten Aufgaben des Tages auskennen müsse, daß aber jede ohne die Kompetenz des Fachmannes vorgebrachte politische Forderung in den Bereich des Dilettantismus gehöre.

Wir dürfen es ruhig aussprechen: Goethe ist mit den Vorurteilen des Bürokraten an die großen politischen Bewegungen seiner Zeit herangegangen, er hat nur eine politische Aufgabe aus ganzer Seele bejaht, die nach einer guten Verwaltung, und sich wenig darum gekümmert, welche Regierungsform am besten geeignet sei, diese Aufgabe durchzuführen. Mit dieser Feststellung soll der Universalist Goethe nicht in die Reihe jener lächerlichen Bürokraten, denen ihr Amt Selbstzweck und das Publikum nur als Objekt der Verwaltung interessant ist, [eingereiht werden]. Goethe war ein Bürokrat mit umgekehrten Vorzeichen, er ging vom Rechte des Menschen und Staatsbürgers nach einer guten Verwaltung aus und wollte sich diese Kreise durch Politik nicht stören lassen. Damit aber sind die Voraussetzungen berührt, von denen das unpolitische *Verhalten* Goethes abhängt. Er beanspruchte für das Gros der Menschen eine Sphäre, in die der Staat, die Politik, nicht hereinregieren dürfe, seine Ablehnung der Politik geschieht um der *Selbstbehauptung* des Menschen willen, ist Bürgerstolz vor Königsthronen, und nimmt das Recht auf eine Haltung in Anspruch, die in den Ländern des Westens typisch geworden ist, in Deutschland aber nie zum Durchbruch kam, das Selbstbewußtsein des *Zivilisten.* Man hat Goethes politische Ansichten als eine Ideologie für Untertanen bezeichnet, man kann ihn nicht schlimmer mißverstehen[119]. Denn der Untertan ist ein Mensch, der sich zur Obrigkeit rein passiv verhält, der Zivilist dagegen verlangt eine saubere Abgrenzung der Kompetenzen.

---

[118] Goethe war von 1776–1786 u.a. in der Finanz-, Steuer-, Wegebau- und Bergwerksverwaltung tätig. Als Geheimer Rat nahm er regelmäßig an den Sitzungen des Geheimen Consiliums teil. Nach seiner Rückkehr aus Italien 1788 übertrug ihm Herzog Carl August vor allem Aufgaben im Bereich von Wissenschaft und Kultur. Vgl. Carl Otto Conrady, Goethe. Leben und Werk, Bd. 1, Frankfurt a.M. 1988, S. 299–386 und passim; Ekkehart Krippendorff, „Wie die Großen mit den Menschen spielen." Goethes Politik, Frankfurt a.M. 1988, S. 30–42.

[119] Ludwig Börne bezeichnete Goethe als einen „Fürstenknecht" und Schmeichler der Tyrannei, der „das Knechtische in der Natur des Menschen" verherrlicht habe. Heinrich Mann kritisierte, daß Goethe seine Dichtung nicht in den Dienst einer für Freiheit und Gleichheit kämpfenden Politik gestellt hatte. An die Goethe-Kritik Manns knüpften der literarische Expressionismus und marxistisch orientierte Linksintellektuelle wie Max Herrmann-Neiße, Egon Erwin Kisch und Bertolt Brecht an. Vgl. Michael Holzmann, Aus dem Lager der Goethe-Gegner, Berlin 1904, S. 94–224; Heinrich Mann, Macht und Mensch, München 1919, S. 10–16; Peter Stehlin, Zum Goethe-Bild des literarischen Expressionismus, Zürich 1967; Goethe verwahrte sich gegen den Vorwurf, ein „Fürstenknecht" zu sein. Vgl. Conrady, Goethe, Bd. 2, S. 41.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Goethes Ablehnung der Politik ist nicht denkbar ohne gleichzeitige Ablehnung des totalen Staates und seiner Ansprüche an den einzelnen. In diesem Sinne gehört Goethe, der Anti-Revolutionär, der so manches scharfe Wort gegen die Revolutionäre seiner Zeit – die Liberalen – gesprochen hat, ganz unbedingt zu den geistigen Vätern des Liberalismus, dessen wertvollste Errungenschaft, die Beziehung aller Politik auf den Menschen, für den großen deutschen Humanisten Goethe eine Selbstverständlichkeit war. Sowenig er für eine Freiheit zu haben war, die in die Anarchie führen konnte – für jenes System der Freiheiten, das die große französische Revolution auf die Formel gebracht hat und das die Schöpfer der Weimarer Verfassung in die berühmten Artikel 109 bis 118 zusammenfaßten, für das Bekenntnis zu den Menschenrechten, ist Goethe ein Kronzeuge. Und sein Zeugnis wiegt uns doppelt, weil es nicht aus abstrakter Menschenliebe und sogenannter Humanitätsduselei, sondern aus der Fülle der Lebenserfahrung, aus Wirklichkeitssinn und aus dem tiefsten Gefühl der Volksverbundenheit erworben wurde. Goethe kann für keine Partei und für kein politisches System in Anspruch genommen werden, untrennbar aber ist von seiner Person, seinem Werk und seinem Leben die Idee, die nach den Jahren seines Sturmes und Dranges die Zentralidee seines Lebens wurde: die Idee der Humanität.

Goethe als *Überwinder der Barbarei*, in diesem Sinne und in dieser höchstaktuellen Beziehung dürfen wir ihn mitten in unsere Verfassungsfeier hineinstellen. Denn hier haben wir in Wahrheit den überzeitlichen Gehalt seines Werkes und die Bedeutung, die es durch allen Wandel der sozialen und der politischen Verhältnisse und auch über allen Wandel der Ausdrucksformen des menschlichen Geistes behaupten wird. Der Liberalismus als politisches System steht heute niedriger im Kurs als je, der Humanitätsgedanke, den er in die Politik getragen hat, ist unverlierbarer Besitz und sollte das entscheidende Kriterium sein, nach dem die innere Berechtigung der politischen Lehren beurteilt wird, die den Anspruch erheben, den Platz zu besetzen, den der Liberalismus im bürgerlichen Zeitalter besetzen durfte, auch wenn er es nur in so unvollkommener und vielfach verfälschter Form vermochte wie in Deutschland.

In unlöslicher Verbindung aber mit dem Humanitätsgedanken und mit dem Streben nach einer menschenwürdigen Ordnung des Staates und der Politik stehen als Prinzipien dieser Ordnung, so heftig sie heute auch bestritten werden mögen, der Geist und die praktische Vernunft. Die Ablehnung eines blutleeren und wirklichkeitsfremden Intellektualismus hat uns ins entgegengesetzte Extrem hineintaumeln lassen. Man will die Herrschaft der Vernunft ablösen durch die Herrschaft des Mythos, man beschwört das Blut wider den Geist[120] und übersieht das eine vollkommen: daß bisher weder die Vernunft geherrscht hat (oder nennt man das Geschehen von 1914–1918 Herrschaft der Vernunft?) noch in Zukunft der Mythos herrschen wird, sondern daß es die Interessen waren, die sich der Vernunft zu bedienen suchten, bis sie allzu deutlich gegen sie redete, und die es deshalb mit der als Mythos verkleideten Entthronung des Geistes versuchen wollen. Niemand wird Goethe einen blutleeren und abstrakten Denker zu bezeichnen wagen, und Verständnis für die gemeinschaftsbildende Kraft des Mythos ist ihm als großem Philosophen der Natur auch nicht abgegangen. Und doch gibt es keinen lebendigeren Protest ge-

[120] Einen Blutmythos beschworen u.a. Alfred Rosenberg, Der Mythus des 20. Jahrhunderts, München 1928; Friedrich Georg Jünger, Der Aufmarsch des Nationalsozialismus, Leipzig 1926. Zum politischen Irrationalismus in der Weimarer Republik vgl. Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1978, S. 41–63.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



gen die Entthronung des Geistes und der kontrollierenden Vernunft als die Summe der Lebenserfahrungen dieses Mannes, der gegen Ende seines Werkes aus der Fülle seiner Altersweisheit in der Pädagogischen Provinz der „Wanderjahre" seinen Montan-Jarno die Formel finden läßt, die auch für die Beziehung der Politik zum Geist wie für alle Bereiche des Lebens gilt: „Denken und Tun, Tun und Denken, das ist die Summe aller Weisheit, von jeher anerkannt, von jeher geübt, nicht eingesehen von einem jeden.(. . .) Wer sich zum Gesetz macht, was einem jeden Neugeborenen der Genius des Menschenverstandes heimlich ins Ohr flüstert, das Tun am Denken, das Denken am Tun zu prüfen, der kann nicht irren, und irrt er, so wird er sich bald auf den rechten Weg zurückfinden."[121] Diese Formel mag sehr einfach, fast banal erscheinen und wird manchem Lobredner des Mythos gewiß als philiströs erscheinen, aber sie beruft sich nicht umsonst auf den Menschenverstand, den man mit Recht den gesunden nennt und der für Goethe der Genius selber ist. Sein Ideal des vernünftig handelnden, mit beiden Füßen auf der Erde stehenden, die Dinge an der Wurzel packenden Menschen läßt sich freilich mit der Ablehnung der Vernunft als Ordnungsprinzip der menschlichen Gesellschaft nicht in Einklang bringen und paßt nicht zu dem überschäumenden Pathos, mit dem soviele heutige Verächter des Geistes der einfachen und klaren Menschenwirklichkeit Gewalt anzutun und die Berufung des Staates zum Nutzen und zum größtmöglichen irdischen Glück seiner Bürger zu diffamieren suchen.

Goethes konkrete Betrachtungsweise aller Dinge hat ihn den großen Worten gegenüber sehr skeptisch gemacht. Sein Verhalten in den Jahren 1806 und 1813 ist ihm von vielen guten Deutschen schwer verdacht worden[122]. Jener radikal und ketzerisch klingende Satz, gesprochen nach der Niederlage von Jena und Auerstädt, daß es ein wirkliches[123] Unglück sei, wenn einem Bauern der Hof abbrenne, daß aber der „Untergang des Vaterlandes" eine Phrase sei[124], ist nur richtig zu verstehen, wenn man ihn als Protest nicht gegen den Gebrauch, sondern gegen den Mißbrauch des Wortes Vaterland und gegen den falschen Anspruch wertet, der den Einzelmenschen und die Grundlagen seiner Existenz ignorieren zu können glaubt. Und dann Goethes scheinbar so unpatriotisches Verhalten 1813, die kühle Reserve, mit der er sich von der nationalen Freiheitsbewegung distanzierte. Wieder hat er sich sehr deutlich ausgesprochen, er sah die Bewegung, aber er sah auch die Gefahr des Mißbrauchs und sah, was ihm das Verabscheuenswerteste war, die geistige Unklarheit. Und so verteidigt er seine Skepsis: „Man sprach vom Erwachen, von der Erhebung des deutschen Volkes und träumte, dieses Volk werde sich nie mehr entreißen lassen, was es errungen und mit Gut und Blut schwer erkauft hatte, nämlich die Freiheit! Abgesehen davon, daß nur die Tat beweist, war denn wirklich das Volk erwacht? Wußte es denn, was es wolle? Ist denn jede Bewegung eine Erhebung? Erhebt sich, wer gewaltsam aufgestöbert

---

[121] Wilhelm Meisters Wanderjahre oder die Entsagenden, Goethes Werke, Bd. 8, hrsg. v. Erich Trunz, München 1977, S. 263.

[122] Gemeint ist Goethes Parteinahme für Napoleon, dessen politisches Genie und Größe ihn faszinierten, während der Zeit des von Napoleon beherrschten Rheinbundes. Vgl. Wilhelm Mommsen, Die politischen Anschauungen Goethes, Stuttgart 1948, S. 129–145; Krippendorff, Politik, S. 125–138.

[123] Im Original: positives.

[124] Thormann bezieht sich auf Thomas Manns Rede zum hundertsten Todestag Goethes, gehalten am 18. 3. 1932 in der Preußischen Akademie der Künste. Vgl. Thomas Mann, Goethe als Rpräsentant des bürgerlichen Zeitalters, in: Ders., Gesammelte Werke, Bd. 9, S. 313.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



wird?"[125] Und an anderer Stelle: „Freiheit ist die beste Parole heimlich Verschworener, das laute Feldgeschrei der öffentlich Umwälzenden, ja das Losungswort der Despotie selber, wenn sie ihre unterjochte Masse gegen den Feind anführt und ihr von auswärtigem Druck Erlösung für alle Zeiten verspricht und damit gleich bewußt lügt!"[126]

Der so gesprochen, hat nicht nur durch sein Werk, sondern auch durch hundertfach bezeugten Ausdruck seiner Gesinnung bewiesen, daß er ein guter Deutscher war und die Leiden des deutschen Volkes schmerzlich empfand. Er hat auch für das echte Freiheitsgefühl eines Volkes tiefstes Verständnis gehabt, die Worte, die uns aus den Aufführungen des „Egmont" an der benachbarten historischen Stätte alle noch in den Ohren klingen[127], bezeugen es mit eindringlicher Wirkung. Aber diesem Goethe war es nun einmal unmöglich, sich an den Schein zu verlieren, ehe sich ihm das Sein entschleiert hatte. Politische Stellungnahme war ihm ohne geistige Durchdringung des Problems undenkbar. Daher die große Rolle, die auch in seinen Anmerkungen und Äußerungen zu der Politik der *Bildungsbegriff* spielt, das stete Verlangen nach Maß, Ordnung und Bewußtheit, die fast haßerfüllte Ablehnung aller Anzeichen von Rausch, Fanatismus und Anarchie.

Ich glaube, wir sind mit dieser Goethe-Betrachtung mitten in einer sehr aktuellen und konkreten Antwort auf die Frage, ob uns angesichts der politischen Entwicklung der letzten Jahre, angesichts des Krisenzustandes nicht nur der deutschen Wirtschaft, sondern auch der deutschen Politik, und ob uns vor allem angesichts der leidenschaftlichen Ablehnung, die der Weimarer Verfassung und der auf ihr begründeten deutschen Republik und Demokratie heute so gründlich widerfährt, eine Feier dieser Verfassung erlaubt ist. Nicht von abstrakten Prinzipien und politischen Glaubensbekenntnissen, von konkreten Voraussetzungen aller Politik und vom Konkretesten ausgehend, was es überhaupt gibt, vom Menschen, kommen wir mit Goethe über den Humanitätsgedanken und das Ordnungsprinzip zur Anwendung dieser Prinzipien auf die Gesellschaft, den Staat. Und das ist der Weg Goethes selber. Goethe, der unpolitische Goethe, der Individualist, der eifersüchtig über die Freiheit und Wahrung seiner privaten Sphäre gewacht hat, der sich vor der zerfallenden Feudalgesellschaft, in die er hineingestellt und beruflich gebunden, auf sich selber zurückzog und der unklaren Gärung und dem Überschwang in der zur Herrschaft drängenden Klasse, dem Bürgertum, höchst mißtrauisch gegenüberstand, hat in seinem Leben zwar die Haltung des Betrachters der Ereignisse, des unmittelbar nur am konkreten und menschlich ergreifenden Einzelschicksal Interessierten bis zum Ende bewah-

[125] So Goethe im Gespräch mit dem Historiker Heinrich Luden am 13.12. 1813. Das korrekte Zitat lautet: „Sie sprechen von dem Erwachen, von der Erhebung des teutschen Volkes und meinen, dieses Volk werde sich nicht wieder entreißen lassen, was es errungen und mit Gut und Blut teuer erkauft hat, nämlich die Freiheit. Ist denn wirklich das Volk erwacht? Weiß es, was es will und was es vermag(. . .). Und ist denn jede Bewegung eine Erhebung? Erhebt sich, wer gewaltsam aufgestöbert wird?" Goethes Gespräche. Eine Sammlung zeitgenössischer Berichte aus seinem Umgang auf Grund der Ausgabe des Nachlasses von Flodoard Freiherrn von Biedermann, ergänzt und hrsg. v. Wolfgang Herwig, Bd. 2, Zürich/Stuttgart 1969, S. 868.

[126] Westöstlicher Divan. Noten und Abhandlungen, Goethes Werke, Bd. 2, hrsg. v. Erich Trunz, München 1972, S. 175. Das korrekte Zitat lautet: „Freiheit ist die leise Parole heimlich Verschworener, das laute Feldgeschrei der öffentlich Umwälzenden, ja das Losungswort der Despotie selbst, wenn sie ihre unterjochte Masse gegen den Feind anführt und ihr von auswärtigem Druck Erlösung auf alle Zeiten verspricht."

[127] Das Städtische Schauspielhaus führte im Sommer 1932 Goethes Freiheitsdrama „Egmont" auf dem Römerberg auf. Vgl. Abschluß des Goethe-Jahres, in: Frankfurter Zeitung vom 4.8. 1932.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



ren können, in seinem Werk ist er über diese Haltung hinausgewachsen. Denn was anders ist der Schlußakt des „Faust" als ein Bekenntnis zur Gemeinschaft. Sein „Verweile doch, du bist so schön!" spricht Faust erst im Begreifen der großen sozialen – und was ist sie anders als die politische – Aufgabe erst in dem Moment, da er den Sinn seines Schaffens und Strebens erkannt zu haben glaubt: mitzuhelfen, daß ein freies Volk auf freiem Grunde stehen und sich der Früchte seiner Arbeit freuen darf[128].

Was hier im poetischen Symbol zum Ausdruck kommt, ist in der anderen großen Altersdichtung Goethes, in „Wilhelm Meisters Wanderjahren", in direktester Form ausgesprochen. Hier offenbart sich, was für Goethe selber der Weisheit letzter Schluß geworden ist, das Begreifen einer großen pädagogischen Aufgabe, des Zieles, das Plato den Weisen zugewiesen hat, die Aufstellung des Planes für die Erziehung zur positiven Bewährung im Leben, und das ist gleichbedeutend mit dem Dienst am Menschen und also auch am menschlichen Gemeinwesen. Goethe, der Feind aller Doktrin und der politischen Theorie, ist darob zum Gesellschaftstheoretiker geworden, der unter einem leichten Schleier des Symbolischen verhüllte Normen für eine wohlgeordnete, glückliche und sinnvolle Gesellschaft freier und bewußter Menschen aufstellt. Fast am Ende des Goetheschen Lebenswerkes steht also die große Schau der Vermenschlichung des öffentlichen Lebens, die soziale Utopie, die in einem ganz besonderen Sinne Goethes Vermächtnis und für die folgenden Generationen ein verpflichtendes Erbe geworden ist.

Vielleicht dürfen wir es als ein großes Unglück des deutschen Volkes bezeichnen, daß die pädagogischen Leistungen des verflossenen Jahrhunderts, die nicht zuletzt an Goethe orientiert waren, viel zu sehr nur die Bildung des *Einzelmenschen* im Auge hatten, daß die große politische Bildungsaufgabe in Deutschland unerfüllt blieb. Daß die Ereignisse im Jahre 1918, daß der militärische Zusammenbruch des Obrigkeitsstaates und die Republik als Aufgabe ein unvorbereitetes Geschlecht trafen, droht uns erneut zum Verhängnis zu werden. Geist und Politik sind in Deutschland von jeher getrennte Wege gewandelt, das Ergebnis war das beschämende Versagen eines Volkes, das auf allen anderen Gebieten des Lebens zu den tüchtigsten der Erde gehört, auf dem Gebiete der Politik. Immer wieder nach den Jahren der großen politischen Erschütterungen, nach den Jahren der Krise, sind breite Massen des deutschen Volkes – jene Schichten ausgenommen, die durch ihre soziale Lage oder ihr Minderheitenschicksal auf die Politik als das Mittel zur Verbesserung ihrer Existenzbedingungen hingewiesen wurden – in das leidige unpolitische Wesen zurückgefallen, das den Spießbürger kennzeichnet und seinen deutlichsten Ausdruck findet, wenn er mit abseitigen und dilettantischen Argumenten zur Politik Stellung zu nehmen sucht. Vielleicht hat ein falsch verstandener Goethe zur Isolierung der geistigen Menschen von der Politik beigetragen, zum Versagen des deutschen Volkes in der Herausbildung einer *politischen Führerschicht,* zur Herausbildung aber auch eines falschen Führeranspruchs, der sich auf Amt und gesellschaftliches Privilegium berufen zu können glaubte, statt sich zunächst einmal durch Dienst und Leistung zu bezeugen.

Weniger als je haben wir am heutigen Verfassungstag Anlaß zu Selbstzufriedenheit und Feier, mehr als je Anlaß zu einer Stunde der *Besinnung.* Was ist es doch, was diese Weimarer Verfassung, die gewiß wie alles Menschenwerk ihre Mängel hat, die aber ganz bestimmt eine der besten unter den geltenden gesellschaftlichen Voraussetzungen möglichen Verfassungen ist, für so viele zum Stein des Anstoßes werden ließ? Es konnte geschehen,

[128] Faust. Eine Tragödie. Zweiter Teil, Goethes Werke, Bd.3, hrsg. v. Erich Trunz, München 1986, S.348.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



daß diese Verfassung dem deutschen Volke unbekannt blieb, daß *ihr Sinn und Gehalt nicht ins öffentliche Bewußtsein* drang. Die deutsche Republik hat ihre große Bildungsaufgabe versäumt, hat es nicht vermocht – das Wort nun einmal aller geistfeindlichen Tendenzen entkleidet und ganz goethisch verstanden – ihrerseits einen Mythos zu bilden. Im letzten Jahre vor dem Hereinbruch der Weltwirtschaftskrise, bei der Verfassungsfeier des Jahres 1929 ist von dieser Stelle über die Sorgen gesprochen worden, die die Entwicklung jedem politischen Menschen bereiten müsse[129]. Und als eine der schwersten Sorgen wurde genannt die Gefahr der zunehmenden, von allen Interessenten geförderten politischen Verdrossenheit, das politische Desinteressement breitester Massen. Was in Zeiten der wirtschaftlichen Prosperität – und seien es auch nur Zeiten einer Scheinkonjunktur, wie wir sie von 1926–1929 erlebten, – zum politischen Desinteressement verleitet, führt in Zeiten der Krise zu einer *Politisierung gegen die Politik*, zu einem Radikalismus, der ins Leere stößt, und zwar ein Symptom der Verärgerung, ja der Verzweiflung breitester Schichten ist, aber mit echter politischer Besinnung, mit klaren Zielvorstellungen und sozialer Bewußtheit nichts zu tun hat. Wenn die Zauberformeln mehr Geltung haben als die Überlegungen der Vernunft, so darf man zwar mit Sicherheit darauf schließen, daß die politische Vernunft versagt hat, daß sie ihre Aufgabe nicht zu lösen vermochte, daß die Empörung im Volke also nicht ohne Grund und ohne Ursache überhandnimmt. Aber diese Erkenntnis kann nur zum Heile ausschlagen, wenn sie als Appell an die bessere Vernunft selber wirksam wird, wenn man mit allem Ernst und aller Gründlichkeit und allem guten Willen daran geht, Versäumnisse nachzuholen, Fehler zu verbessern, Versprechungen zu erfüllen.

Die Flucht vom Arzt zum Kurpfuscher ist das Verkehrteste, was der Kranke unternehmen kann. Konkret gesprochen, wir alle wissen, daß vor dreizehn Jahren in Weimar ein Notdach errichtet wurde über den Trümmern eines Zusammenbruchs, wie er in der neueren Geschichte beispiellos war. Wir hätten auch allen Anlaß, uns immer wieder daran zu erinnern, welche Leistung es damals bedeutete, daß dieses Notdach überhaupt zustande kam. Wir wollen uns nicht verhehlen: Der verheißene Ausbau ist in vielen, sehr vielen Bereichen unterblieben. Wir wissen die Gründe, aber wir können sie höchstens als mildernde Umstände gelten lassen – große Teile der Weimarer Verfassung, namentlich die auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik bezogenen, stehen noch immer als ungelöste Aufgabe auf dem Papier. Aber wenn man, von einer Krisenzeit im Innersten aufgestört, daran gehen will, sich neu einzurichten, muß man damit anfangen, sich das Dach über dem Kopf und den Wohn- und Werkraum zu zerstören? Wieder aus dem Bild zur Wirklichkeit. Eines sei mit aller Deutlichkeit gesagt: Die in der Weimarer Verfassung grundgelegte *Demokratie* ist auch heute die *einzige Garantie für die Einheit* und die Lebensmöglichkeit des deutschen Volkes nach innen und außen hin. Vielleicht läßt sich in diesen aufgeregten Tagen, die unvoreingenommener und objektiver Betrachtung nicht günstig sind, der Beweis nur im Negativen führen. Von einem normalen Funktionieren der Demokratie oder gar des Parlamentarismus kann allerdings nicht mehr die Rede sein. Mehr als je ist uns die Republik zur Aufgabe geworden, die es erst zu verwirklichen gilt, aber keine po-

[129] Die Rede bei der Verfassungsfeier der Stadt Frankfurt in der Paulskirche am 10. 8. 1929 hielt der Chefredakteur der „Rhein-Mainischen Volkszeitung" Heinrich Scharp, der u. a. die für Deutschland typische Trennung von Macht und Geist, das mangelnde Verantwortungsgefühl und die fehlende Toleranz der Mehrheit der Deutschen kritisierte. Die Rede ist abgedruckt, in: Rhein-Mainische Volkszeitung vom 11. 8. 1929.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



litische Richtung, die die grundsätzliche Abkehr von dem Werk von Weimar fordert, wäre in der Lage, mit unserer Verfassung brutal Schluß zu machen, ohne zugleich die Grundlagen zu zerstören, auf denen das Zusammenleben deutscher Menschen und die Bildung eines wirklichen Staatsbewußtseins überhaupt erst möglich sind. Wer es unternehmen will, ein neues Herrschaftssystem an die Stelle der in Weimar gegründeten Demokratie zu setzen, muß sich klar darüber sein, daß er gleichzeitig die Mehrheit des deutschen Volks – auch wenn Teile dieser Mehrheit aus anderen Gründen als er selber Gegner der Weimarer Verfassung sind – in das Bewußtsein der *Entrechtung,* der Deklassiertheit verstößt, ein Bewußtsein, das noch immer in der Weltgeschichte in revolutionären Entladungen seinen Ausdruck gefunden hat.

Die *Spannungen* und *Gegensätze,* von denen unser Volk gepackt und zerrissen ist, sind *Tatsachen,* die sich nicht mit dem Bedauern über ihr Vorhandensein und mit der moralischen Betrachung aus der Welt schaffen lassen, wie schön es wäre, wenn wir alle einig wären. Es handelt sich hier nicht um Fragen des guten Willens, sondern um die historisch gewordene Situation. Diese Spannungen zu ertragen ist eine furchtbare Sache für den Menschen, der nicht begreifen kann, daß sein Interesse und seine politische Ansicht nicht von jedermann geteilt werden. Es gibt allzu viele Deutsche in diesen Tagen, die, einer verhängnisvollen Neigung zum *Gruppenindividualismus* folgend, – der Deutsche ist nun einmal Vereinsmensch – im Andersdenkenden den schlechten Kerl, ja den Verbrecher sehen. Die Sucht, alles Unheil, das die Wirtschaftskrise über das deutsche Volk gebracht hat, dem inneren oder dem äußeren Feind zur Last zu legen, ist riesengroß und verhindert Millionen an dem klaren Bewußtsein über das *Wesen dieser Krise* und die Wege zu ihrer Überwindung. Und so entsteht auch vielfach die Neigung, die Spannungen und Gegensätze durch *Kommando* aus der Welt zu schaffen. Es gibt dabei Menschen, die ehrlich überzeugt sind, von der höheren Warte aus zu sprechen und deshalb ein Recht auf das Kommando zu haben, weil sie ja über den Parteien stünden. Sie begreifen nicht, daß die Sache einer Partei nicht aufhört, Parteisache zu sein, wenn die *Partei mit der Allgemeinheit verwechselt* wird. In der Gesellschaft, in der wir leben, sind Parteien gut, müssen Parteien sein, weil die Gegensätze politisch zur Erscheinung gebracht werden müssen. Diese Gegensätze lassen sich nicht hinwegdekretieren, sie lassen sich aber auch nicht künstlich harmonisieren und gleichsam auf den Generalnenner der nationalen Einigkeit bringen. Denn diese Gegensätze sind unsere Wirklichkeit, unser Schicksal. Die Kämpfe müssen ausgetragen werden, sauber und ehrlich, die Kämpfe, die aus der Klassenwirklichkeit, aus der historischen Entwicklung der einzelnen Landesteile, aus der kulturellen Differenziertheit des deutschen Volkes sich ergeben. Es muß die Form gefunden werden, die den Austrag dieser Kämpfe erlaubt, *ohne daß Deutschland untergeht.* Kein politisches System kann Ewigkeitsdauer beanspruchen, aber dem deutschen Volke – auch den widerstrebenden und scheinbar gar nicht danach begehrenden Teilen des Volkes – die Hoffnung auf die Wiederkehr der Demokratie nehmen, wie sie die Weimarer Verfassung vorschreibt, hieße den Klassenkampf in einem Maße verschärfen, daß sein gewaltsamer Austrag unvermeidlich wäre.

Besinnen wir uns auf die Grundlage des Weimarer Kompromisses zurück, das heißt auf den Versuch in der durchgebildeten Demokratie unter dem parlamentarischen System, das auf dem Proportionalwahlrecht aufbaut, die politische Gleichheit aller Deutschen herzustellen und die Wirkungen der *wirtschaftlichen Ungleichheit* durch Sozialpolitik, Arbeitsrecht und Ansätze zur Wirtschaftsdemokratie zu mildern. Wir können verstehen, daß dieser Kompromiß durch eine Krise von der Heftigkeit der gegebenen, durch die

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Schmälerung des Sozialprodukts bei steigender Zahl derer, die ihren Anteil heischen, mit in Frage gestellt werden mußte. Wir verstehen, daß vor allem die *Sozialrevolte eines Mittelstandes* bedrohlich werden konnte, den die wirtschaftliche Konzentration um die Basis seiner Existenz, die Inflation um seine Ersparnisse und die Deflation um seine Sachwerte gebracht hat. Wir wundern uns nicht über die Rückwirkungen der Agrarkrise auf die Politik, der Agrarkrise, deren Hauptursache in der geradezu revolutionären Umgestaltung der Produktionsverhältnisse in Übersee und neuerdings auch in der Sowjetunion[130], in der Industrialisierung des Getreideanbaus zu suchen ist. Diese Krise läßt sich nicht durch autarkistische Maßnahmen von der deutschen Landwirtschaft fernhalten, weil Autarkie industriellen Produktionsschwund und damit Konsumvernichtung bedeutet[131]. Versinkende Mittelschichten, verzweifelnde Bauernmassen, die in steigendem Maße ihre Wirtschaften unrentabel werden sehen, und zu allem das unvorstellbare Elend der mitten in der sommerlichen Saison gezählten fünfeinhalb und geschätzten weiteren zwei Millionen Arbeitslosen[132], es wäre ein Wunder, wenn zu der wirtschaftlichen und parteipolitischen nicht auch die Staatskrise gekommen wäre. Wir dürfen nicht in jedem deutschen Menschen, der sich in diesen Zeiten gegen das Werk von Weimar ausgesprochen und mit dem Stimmzettel entschieden hat, den Typ jenes ewig unzufriedenen, neiderfüllten, mit Gott und der Welt im Streite liegenden Spießbürgers sehen, für den die französische Karikatur das vorzüglich charakterisierende Kennwort geprägt hat: „Jetzt regnet es schon drei Wochen, kein Wunder bei der Regierung." Es sind auch viel ehrliche Zweifel wachgeworden, die nur durch künftige Taten widerlegt werden können. Aber der Gefahr des Zusammenbruchs und der Anarchie begegnen wir weder durch Experimente, die nur gegen den erbitterten Widerstand wesentlicher Teile der Bevölkerung durchgesetzt werden könnten, noch durch den Rückzug auf das Bekenntnis zu einem abstrakten und absoluten Staate. Wir sind hier versammelt, den konkreten Staat zu feiern, der unser Bekenntnis in diesem Jahre doppelt braucht, weil er seine Krise durchmacht und nicht als fetter Besitz und nährende Pfründe betrachtet werden darf, sondern als eine Aufgabe, vor der wir alle auf die Bewährungsprobe gestellt sind. „Der Staat seid ihr", hat man uns zugerufen, auch dieses Wort kann sich nicht auf einen Staat beziehen, der über Untertanen errichtet ist, sondern nur auf den Staat des Volkes, dem man in Weimar eine Form gegeben hat.

Die Fundamente dieses Staates, *unseres* Staates, vor dem Versinken in der Krise zu retten, sind wir aufgerufen. Mit Feiern und Hochrufen ist das nicht getan, aber das Bekenntnis darf nicht fehlen, wenn die Tat nachfolgen soll. „Das deutsche Volk, einig in seinen

130 Wenn Thormann die revolutionäre Umgestaltung der Produktionsverhältnisse in den USA mit der in der Sowjetunion gleichsetzt, so beschönigt er, wenn auch unabsichtlich, die Zwangskollektivierung in der UdSSR, die mit brutalem Terror verbunden war. Der hohe Getreideexport der sowjetischen Regierung führte zu Hungersnöten, die Millionen ukrainischer Bauern das Leben kosteten. Vgl. Alan Bullock, Hitler und Stalin. Parallele Leben, Berlin 1993, S. 368–372.

131 Zu den agrarprotektionistischen Maßnahmen der Regierung Brüning und Papen sowie den Autarkieforderungen konservativer und rechtsextremer Kreise am Ende der Weimarer Republik vgl. Dieter Gessner, Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930 bis 1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977.

132 Anfang August 1932 waren 5525604 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet. Vgl. Heinrich A. Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930–1933, Berlin/Bonn 1987, S. 67. Die Zahl der nicht gemeldeten Arbeitslosen schätzte Wladimir Woytinski auf 2,4 Millionen. Vgl. Wladimir Woytinski, Unsichtbare Arbeitslosigkeit. Über zwei Millionen, in: Gewerkschaftszeitung 47, 19. 11. 1932.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben", heißt es im feierlichen Vorspruch zur Verfassung von Weimar. Ein Blick in die trübe und verwirrte Gegenwart scheint diese Verheißung Lügen zu strafen. An uns nun ist es, dafür zu sorgen, daß sie doch noch Wirklichkeit werde.

**Wilhelm-Liebknecht-Preis**
**der Universitätsstadt Gießen**

Zum Andenken an Wilhelm Liebknecht, den in Gießen geborenen Reichstagsabgeordneten und Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, vergibt die Universitätsstadt Gießen den „Wilhelm-Liebknecht-Preis".

Der Preis wird für hervorragende geschichtliche und sozialwissenschaftliche Publikationen oder Arbeiten verliehen, die sich mit den demokratischen und sozialistischen Strömungen und Bewegungen und deren politische und historische Wirkung im 18. und 19. Jahrhundert mit dem Schwerpunkt Hessen auseinandersetzen. Ausgezeichnet werden selbständige Arbeiten einzelner Wissenschaftler/innen. In Ausnahmefällen kann der Preis an eine Arbeitsgruppe verliehen werden. Der „Wilhelm-Liebknecht-Preis" ist mit 5.000,- DM (fünftausend Deutsche Mark) dotiert und wird alle zwei Jahre vergeben.

Informationen können bei u.a. Anschrift angefordert werden. Bewerbungen für die im Jahr 2000 vorgesehene Preisverleihung sind bis zum 31.12.1998 schriftlich zu richten an den

Oberbürgermeister der
Universitätsstadt Gießen
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Mutz
Oberbürgermeister

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

# Abstracts

*Joachim Fest,* On Thin Ice: Adam von Trott.

No single person exemplifies so well the failure of German collaboration with the British government to form an opposition movement against Hitler as does Adam von Trott. An Anglo-Saxon heritage as well as several years study at Oxford University enabled Adam von Trott to acquire a precise, not entirely unbiased, understanding of British politics. Trott's attempts to make contact with British government officials all but failed. Suspicion, misunderstanding and an obstinate adherence to appeasement played their part, but certainly Trott's inexperience, served also to deter any willingness to communicate. After the outbreak of World War II, suspicion of Trott grew. Since, as a member of the German foreign office, he was assumed to be in league with the Hitler regime. The reservations brought against Trott in the „Trott Controversy" have been sustained until now. Only recently have efforts been made to do justice to Trott and to resistance as a whole.

*Christoph Maria Merki,* On the National Socialist Policy Regarding Tobacco.

There was an exceptional demand for tobacco in Germany during and after World War II. Tobacco highly valued for its relaxing and hunger stilling properties, the Nazi regime undertook every effort to ensure the adequate supply of it on the market. By doing so, however, the National Socialist dictatorship called into question its own, for those times very advanced, preventive health care measures. By the end of the war, German society had not, as the Nazi regime had intended, reduced its tobacco consumption. Indeed, German society had become even more dependent upon tobacco, if not addicted to it. The essay examines the ideological background of the National Socialists' preventive policy and its practical endorsement. Furthermore, the article explores the tobacco industry's strategy in promoting tobacco consumption and evaluates consumer behavior. The author bridges the gap between government policy on the one hand and the daily needs of society on the other. The history of tobacco is a good example of how various traditional approaches to historical analysis, such as political, economic, cultural and social history, can be incorporated.

*John Farquharson,* Britain and German Reparations, 1945–47.

This article attempts to evaluate British reparations policy after 1945 in Germany. It suggests that protection against future German aggression, the dominant concern, necessitated the removal of war potential by a dismantling programme. The British authorities did also wish to move a few high-quality machine tools to the United Kingdom to assist with the export drive, but this always remained a subordinate objective. By October 1947, when a reduced reparations programme came into being in West Germany the aims of British strategy had not been achieved. The conclusion here is that Britain's relations with its American allies in Germany, and its membership of the Interallied Reparations Agency at Brussels played a part in frustrating British hopes. Quite apart from these factors, however, the British themselves were responsible for the failure, as they never

*VfZ 46 (1998)*
*© Oldenbourg 1998*

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



gave reparations any real priority. Reconstruction of the German economy always took precedence.

*Andreas Wenger,* The Long Road to Stability: Kennedy, Khrushchev and the Common Interest to Protect the Territorial and Nuclear Status Quo in Europe.

The article discusses the reasons for stabilizing the European security system in the early 1960's. The author delineates the development of American and Soviet relations against the background of the Berlin Crisis (1958–1962) and the Cuban missile crisis. The author concludes that the newly achieved stability in Europe was not solely due to the disciplining effect of nuclear Balance of Terror which kept both powers in check. Rather, the author argues, the gradual shift of both the Soviet and American position on the German question and the role of nuclear weapons, preserved the territorial and nuclear status quo in Europe. Movement toward an understanding between Kennedy and Khrushchev began when direct dialogue, through informal talks, was sought rather than formal agreements. Its most important aspect was the building of the Berlin wall, whereby Khrushchev symbolically defined the European spheres of influence. The ensuing placement of missiles in Cuba took the pressure off Berlin and American security guarantees were no longer undermined. By the same token, Kennedy conceded that the United States likewise objected to nuclear armament of the *Bundeswehr.* Indeed, the control of US nuclear arms would never be shared with any ally, even in the context of multilateral forces. Furthermore, the United States was firmly committed to the deterrence of nuclear proliferation and would sign the Limited Test Ban Treaty. As a compensatory gesture, so to speak, US troops remained permanently stationed in the Federal Republic of Germany.

*Greg Donaghy,* Look Before You Leap: Electronic Publications Re-considered.

This paper explores the possibilities and problems associated with publishing historical documents in an electronic format. While acknowledging the tremendous capacity of the newest kinds of technology to store and process vast amounts of information, the author is skeptical of this medium for a variety of reasons. Most important, the uncertain durability of the new media presents a serious and ultimately insurmountable problem for publishing projects which are designed to have a lengthy shelf-life.

*Petra Weber,* Werner Thormann's Address at the *Paulskirche* in 1932.

On the occasion of Goethe's 100 year anniversary in 1932, proposals were made to have the celebration of the *Verfassungstag* coincide with individual reflection on Germany's great cultural heritage. The Reichsregierung hesitated, since similar plans to declare the *Verfassungstag* an official holiday in the 1920's had been thwarted by the National Right. In an address given at the *Paulskirche* in Frankfurt, the editor-in-chief of the „Deutsche Republik", Werner Thormann, demonstrated how contemporary Goethe was. In reply to Thomas Mann's famous speech on Goethe held on March 18, 1932, Thormann confronted his audience with the controversial question of the relationship between humanism and politics. Unlike Thomas Mann, Thormann did not share the general view of an unpolitical Goethe; he agreed with Thomas Mann, however, when he referred to Goethe in his appeal to beware of a totally politicised society in an ever-threatening National Socialist dictatorship.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

# MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. h.c. *Joachim Fest,* Honorarprofessor der Universität Heidelberg (Gartenstr. 11, 61476 Kronberg im Taunus), veröffentlichte u.a. „Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft" (München 1963); „Hitler. Eine Biographie" (Berlin/Frankfurt a.M. 1973); „Aufgehobene Vergangenheit. Portraits und Betrachtungen" (Stuttgart 1981); „Im Gegenlicht. Eine italienische Reise" (Berlin 1988); „Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli" (Berlin 1994).

Dr. *Christoph Maria Merki,* Oberassistent am Historischen Institut der Universität Bern (Länggassstraße 49, CH-3000 Bern 9, e-mail: Merki@hist-unibe.ch), veröffentlichte verschiedene Studien zur Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, u.a. „Zucker gegen Saccharin. Zur Geschichte der künstlichen Süßstoffe" (Frankfurt a.M./New York 1993); arbeitet zur Zeit an einer Studie über die Motorisierung des Straßenverkehrs in Frankreich, Deutschland und der Schweiz (1890–1930).

Dr. *John Farquharson,* (Oxford OX 4 1AR, Flat 6, 100 St. Clements Street), veröffentlichte u.a. „The Plough and the Swastika. The NSDAP and Agriculture in Germany 1928–45" (London 1976); zusammen mit J. Hiden „Explaining Hitler's Germany" (London 1983); „The Western Allies and the Politics of Food" (Leamington 1985). Gegenwärtiges wissenschaftliches Interesse: der Einfluß und die Auswirkung der britischen Reparationspolitik auf die Spaltung Deutschlands.

Dr. *Andreas Wenger,* stellvertretender Leiter der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETH-Zentrum/SEI, CH-8092 Zürich), veröffentlichte „Living with Peril: Eisenhower, Kennedy, and Nuclear Weapons" (Lanham 1997) sowie verschiedene Schriften zur schweizerischen Sicherheitspolitik; arbeitet gegenwärtig an einem Projekt über die Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen in den frühen sechziger Jahren.

Dr. *Greg Donaghy,* Professor am Department of Foreign Affairs and International Trade (125 Sussex Drive, Ottawa, Ontario, K1A OG2), Herausgeber von vier Bänden der Reihe „Documents on Canadian External Relations" der Jahre 1950–1951 und 1954–1955; veröffentlichte verschiedene Studien zur kanadischen Außenpolitik nach 1945, u.a. „Uncertain Horizons: Canadians and their World in 1945".

Dr. *Petra Weber,* Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte, Außenstelle Berlin (Finckensteinallee 63, 12205 Berlin), veröffentlichte u.a. „Sozialismus als Kulturbewegung. Frühsozialistische Arbeiterbewegung und das Entstehen zweier feindlicher Brüder: Marxismus und Anarchismus" (Düsseldorf 1989); „Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1957, 2 Bde." (Düsseldorf 1993); „Carlo Schmid (1896–1979). Eine Biographie" (München 1996).



Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

## GESCHÄFTLICHE MITTEILUNGEN

© 1998 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Die Lieferung geschieht auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Kostenlose Nachlieferung in Verlust geratener Sendungen erfolgt nicht. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.
Werbeanzeigen und Werbebeilagen besorgt der Verlag. Verantwortlich: Suzan Hahnemann.
Hinweis gemäß § 26 Absatz 1, Bundesdatenschutzgesetz: Die Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" sind in einer Adreßdatei gespeichert, die mit Hilfe der automatisierten Datenverarbeitung geführt wird.

Gemäß unserer Verpflichtung nach § 8 Abs. 3 PresseGiVm Artikel 2 Abs. 1 e DVO zum BayPresseG geben wir die Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse wie folgt an:

Verlag: R. Oldenbourg Verlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Alleiniger Gesellschafter des Verlages ist die Firma R. Oldenbourg GmbH & Co. KG unter der gleichen Anschrift. Sie wird durch die persönlich haftende Gesellschafterin R. Oldenbourg Verwaltungs GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München, vertreten. Außerdem sind nachstehende Kommanditisten beteiligt. Elisabeth Alber, Hausfrau, Rieden; Hedwig Geupel, Hausfrau, Oberhaching; Baronin Silvia von Maydell, Hausfrau, München; Christoph von Krafft, Finanzdirektor, BASF, New Jersey; Christa von Bomhard, Fremdsprachensekretärin, NAMMA, München; Gräfin Inge von Schönborn, Geschäftsinhaberin, München; Dr. John Oldenbourg, Übersetzer, selbst., München; Dr. Andreas Oldenbourg, Steuerberater, WP, Haarmann & Partner, München; Dr. Thomas Oldenbourg, Rechtsanwalt, München: Friedrich Schily, kaufm. Angestellter, Krupp, Essen; Jochen Schily, Bankdirektor, Merck, Düsseldorf; Horst Schily, Schauspieler, Bühne der Landeshauptstadt Kiel; Dr. Rolf-Dieter Schmid, Arzt, Bubenreuth; Dr. Axel Schmid, Kieferorthopäde, selbst., München; Wilhelm Schmid, Major a.D., Regensburg; Barbara Müller, Hausfrau, München; Heidi Fieser, Sekretärin, Schule Schloß Salem, Salem; Reinhard Fieser, Internatsleiter, Jugendsozialwerk, Esslingen; Johannes Oldenbourg, Dipl.-Math., Oldenbourg, München; Christoph Oldenbourg, Restaurator, selbst., Oxford; Louise Oldenbourg, Grafikerin, selbst., Freiburg; Walter Oldenbourg, Verleger i.R., München; Eva Lange, Hausfrau, München; Brigitte Hahn-Miller, Hongkong; Dr. Klaus Hahn, Arzt, Universitätsklinik Mannheim, Heidelberg; Dr. Peter Hahn, Denkmalpfleger, Senator für Wissenschaft und Kunst, Bremen; Mariele Platiel, Hausfrau, Bonn; Edith Müller, Hausfrau, Ingolstadt; Dr. Reinhard Müller-Leimbach, Arzt, selbst., Ingolstadt; Dr. Marianne Maubach, Ärztin, Ingolstadt; Brigitte Reiner, Hausfrau, Haar; Dr. Heinz Reiner, mediz. Direktor, Bezirk Obb., Haar; Eberhard Oldenbourg, Kaufmann i. R., München; Eva May, Studienrätin, Hausfrau, München; Paul Oldenbourg, Dipl.-Ing., selbst., München; Marga Oldenbourg, Hausfrau, München; Doris Krusenstjern, Lehrerin, Reg. v. Obb., München; Regine Oldenbourg, Geschäftsinhaberin, selbst., München; Albrecht Oldenbourg, Verlagsangest., München; Paul Schröder sen., Dipl.-Ing. i.R., Turnhout/Belgien; Anne den Hertog-Schröder, Heilgymnastin, selbst., Amsterdam; Tomas Schröder, Verlagskaufmann, Hamburg; Nicola Schröder-Steenhuisen, Tierärztin, Tierklinik „De Heuvel", Best; Paul A. Schröder jun., Bankkaufmann, NBM-Bank, s. Gravenhage; Brigitte Fertl, Hausfrau, München; Inge von Negelein, Hausfrau, München; Prof. Dr. Friedrich Rosenkranz, Ottobrunn; Ilse Rosenkranz-Castelli, Psychologin, Frascati; Dr. Thomas Cornides, Verleger, Oldenbourg, München; Dr. Elisabeth Garms, Hausfrau, Rom; Cäcilie Cornides, Therapeutin, selbst., Rieden; Dr. Rudolf Cornides, Amtsarzt i.R., Innsbruck; Margit Cornides, Hausfrau, Bonn; Christoph Cornides, Volkswirt, DAT-Daten- und Textverarbeitungs GmbH, Heidelberg, Mannheim; Gabriele Hommes, Hausfrau, Ingolstadt; Barbara Roth, Restauratorin, selbst., München; Miriam Wagmann, Dipl.-Ing., Architekturbüro Prof. K. Ackermann, München; Dr. Christian Fertl, Arzt, selbst., Kochel; Dr. Rudolf Oldenbourg jun., Physiker, Brandeis University, Cataumet/USA; Jens Peter Oldenbourg, Architekt, selbst., Grünwald; Hermann Geupel, Student, München; Johanna Geupel, Angestellte, Oberhaching; Alexandra Geupel, Anzeigendisponentin, Oberhaching; Ursula Geupel, Studentin, Oberhaching; Monica Oldenbourg-Keck, Hausfrau, München; Ruth Grosse, Sekretärin, Max-Planck-Gesellschaft, Pullach; Claudia von Saalfeld, Lehrerin, Staatl. Schulamt München, München; Bankhaus H. Aufhäuser, München; Dr. Marlene Baubin, Salzburg; Frieder v. Krusenstjern, München; Gisela Rosenkranz, Hausfrau, Ottobrunn; Daniela Cornides, Bonn; Dr. Jakob Cornides, Wien; Francesco Oldenbourg, München; Alessandro Oldenbourg, München; Stephan Cornides, Bonn; Vilma Piccolo-Oldenbourg, Artdirector, München; Marietta Lechleitner, Hausfrau, Elmen/Österreich; Klaus Alber, Techn. Angestellter, München; Richard Alber, München; Maximilian May, Schüler, München; Franziska May, Schülerin, München; Johanna May, Schülerin, München; Maria-Theresia Fenzl, Dipl.-Betriebsw., Kelkheim; Gabriele Reiner, Med.-techn.-Assistentin, München; Hans Anton Reiner, Dipl.-Biol. und Winzer, Freiburg/Opfingen; Peter Kloepfer, Rechtsanwalt, selbst., Kettwig; Prof. Dr. Rolf Kloepfer, Land Baden-Württemberg, Mannheim; Dr. Hans E. Kloepfer, München; Stephanie von Bechtolsheim, Dettelbach; Dr. Andrea von Mengershausen, Bayrischzell; Michaela von Bentzel, Geschäftsführerin, Heroldsberg; Mitja Oldenbourg, Ottobrunn; Theresa von Bentzel, Verlagskauffrau, Heroldsberg; Burgi von Mengershausen, Studentin, Bayrischzell; Florian von Mengershausen, Student, Bayrischzell; Michael von Mengershausen, Student, Bayrischzell; Ursula von Mengershausen, Studentin, Bayrischzell; Dr. Ulrich Garms, Rechtsanwalt, Rom; Oswald Garms, Student, Rom; Veronika Garms, Studentin, Rom.



Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte